

Unsere Demokratie ist nur durch eine neue Verfassung und durch die Überwindung der Parteienherrschaft zu retten!

Ein Weckruf für die Mitglieder der Legislative, Exekutive und Judikative ihre eigene Rolle als Demokratie- und Verfassungsfeinde zu überwinden, gleichzeitig eine Verbeugung vor ihnen für ihren Einsatz für das Gemeinwohl und die Erinnerung an das Gebot der Feindesliebe.

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Abschluss 15. März 2020

Text 166

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Vorbemerkungen	1
Wie soll ich meine selbstgewählte Aufgabe bewältigen?	2
Meine politische Verortung	3
Anmerkungen zur politischen Mitte	6
Die Herrschaft politischer Parteien	8
Vom Verrat und Missdeutung der Sozialen Marktwirtschaft ..	12
Gabor Steingart block Parteienkritik ab	13
Zur Verfassung	14
Zur Wirtschaftsordnung	20
Kapitalismus ≠ Marktwirtschaft	21
Die Fixierung der Deutschen auf Verbrechen, die im Namen ihres Staates begangen wurden, schafft neues Unheil	25
Theodor Heuss als Starthilfe / Mut zur Liebe	26
Johann Heinrich Pestalozzi	31
Die Hamburg-Wahl vom 23. Februar 2020	43
Der Kapitalismus lebt vom Mangel	44
Die Folgen der Bluttat von Haunau	50
Weiter mit der Spurensuche mit Nahum Goldmann u. a. ...	53
War Deutschland ein Kriegstreiber?	63
Deutschland heute: Militär und Pazifismus	66
Wann hatten die Deutschen die Chance die Demokratie zu entwickeln und lieben zu lernen? Noch nie!	71
Wir haben uns nach der Wende einen neuen Feind gezüchtet	75
Von der Sehnsucht nach einer anderen Ökonomie	76
Das politische Verhalten der Politik und Bürger zum Klimawandel	76
Freihandel und Globalisierung	80
Flüchtlinge und Einwanderung	83
„Die Wahrheit darf nicht sterben“	96
Themenfelder, die unnötig vermint sind	109
Gegen die Übergriffe der Obrigkeit	114
„Nach uns die Zukunft / von der positiven Subversion“	119
Anmerkungen zum Schluss	131
Überblick über Ziele und Einsatz für	131

Vorbemerkungen

Bevor ich den Titel in die Tasten getippt habe, habe hin und her überlegt, wie ich mein Vorhaben benennen könnte, damit die Widersprüche, die ich hier beschreiben will in Kurzform zum Ausdruck bringe.

So wie ich ihn dann gewählt habe, ist er eigentlich nur angemessen für ein Buch von mehr als 300 Seiten. Ich will aber nur einen Achtungsruf senden, der so kurz ist, dass er auch gelesen wird, auch von jenen, die täglich welche senden und dabei nicht merken, dass sie selber zu den Verursachern der Gefahren gehören, die uns bedrohen.¹

Ein Widerspruch besteht auch in meiner Haltung als Schreiber. Auf der einen Seite befürchte ich mich mit dem Thema zu übernehmen, möchte auch nicht als Besserwisser da stehen und halte es für klüger zu schweigen und auf der anderen Seite habe in den letzten Tagen zitiert:

Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.

[Molière](#)

französischer Dramatiker und Schauspieler

* 15.01.1622, † 17.02.1673

Nun muss ich aber entscheiden, ob das Tun oder das Nichtstun das Richtige ist. Der Feigling in mir (oder ist es nur der müde Krieger) sagt mir: „Das Nichtstun ist das Richtige!“ Die andere Stimme sagt mir: „Kümmere dich nicht um deine Ängstlichkeit, da hinter versteckt sich nur deine Feigheit. In der Not ist manchmal der gezeigte Wille wertvoller als das mangelhafte Können! Eine gewisse Chance, dass deine Bemühungen Wirkungen zeigen, hast du!“ Schon tauchen neu Bedenken auf: „Kannst du auch die Erwartungen erfüllen, die deine Zeilen wecken könnten und hast du noch die Kraft auf einen möglichen Widerhall zu reagieren?“

Am letzten Sonntag erhielt ich ein E-Mail von einem Freund mit folgendem Inhalt:

Über die Politik sage ich nichts, alles kommt in falsche Häuse, und schon ist man in einer Schublade, in der man nicht stecken möchte. Morddrohungen auf allen Seiten, selbst für harmlose, ohnmächtige Kommunalpolitiker.²

Ich habe darauf geantwortet:

Du schreibst: „Für einen Meinungs austausch bleibt nur das persönliche Gespräch.“ Dass Du mit dieser Einschätzung nicht alleine stehst, zeigen auch Meinungsumfragen. Aber soviel mehr Menschen sich daran halten, so viel richtiger wird die Aussage. ...

Und noch einmal zu meiner Selbsteinschätzung als Akteur. Ich saß vor wenigen Tagen mit meiner Ex-Frau beim Tee zusammen. Wir kamen auf das Thema Beerdigungen und dass bei dieser Gelegenheit die Gestorbenen in der Predigt meist einseitig zu edlen Menschen geformt werden und dadurch die Beerdigungsteilnehmer um die Schilderung wesentlicher Teile der Persönlichkeit des Verstorbenen betrogen werden. Und da wir beide in einem Alter sind,

1 Das war das Ziel bei Beginn. Dann wuchs das Gefühl der Sinnlosigkeit meiner Bemühungen in mir und ich wollte nur noch mir selber eine Rechenschaft für mein politisches Tun und Lassen abgeben, das auf die Kürze verzichten kann.

2 Die Haltung ist kein Einzelfall. Gestern berichtete im Fernsehen ein Kamerateam über solche Erfahrungen.

wo die eigene Beerdigung ansteht, äußerten wir gegenseitig den Wunsch als ganze Persönlichkeiten beerdigt zu werden. Ich sagte dann noch: Wenn ich einen Menschen suche, der die guten und schlechten Eigenschaften in sich vereinigt, brauche ich nur in den Spiegel zu schauen.

Wie soll ich meine selbstgewählte Aufgabe bewältigen?

Ehrlich gesagt! Die Frage hat mich gestern den ganzen Tag beschäftigt und ich wünschte mir schon, dass mir nie die Idee dazu gekommen wäre, diese Zeilen zu schreiben. Ich habe in den letzten Wochen als Gedächtnisstütze ein paar Dutzend Zeitungsausschnitte Links und Kopien von Internetbeiträgen gesammelt. Die Anzahl der Quellen könnten aber nur in einem Buch verarbeitet werden, das erscheint mir aber als wenig sinnvoll. Mir fiel auch keine sinnvolle Gliederung bzw. Systematik des Stoffes ein. Klar war mir nur, es muss zum Ausdruck kommen, dass mich hier kein Hass antreibt, dass ich die, die ich kollektiv kritisieren muss, wohl gesinnt bin und achte - auch wenn die Kritisierten sich gegenseitig hassen mögen – und dass trotz der Aufzählung von negativen Bewertungspunkten der realen Politik, unsere Republik nicht eine Katastrophe landen muss wie am Ende der Weimarer Republik. Eine gute Entwicklung stellt sich aber nicht von selbst ein und auch nicht durch heutige isolierte Warnungen, wie es sie vor dem Ende der Weimarer Republik gegeben hat, sondern durch vorurteilsfreies und nicht auf die Bestandssicherung ausgelegtes Nachdenken und dem nachfolgenden Handeln.

Der Selbstbefehl, den mir mein besseres Ich erteilte, lautete dann: Setze dich an die PC-Tasten und vertraue darauf, dass dir etwas Vernünftiges einfällt. Ich werde mich bemühen, das, was ich zu sagen habe, nicht wie eine Predigt von Kanzel herab vortragen. Nackte Anklagen haben meistens die Wirkung, dass sich die Angesprochenen mit ihren überkommenen Denkfiktionen, die zu den gegenwärtigen Problemen geführt haben, einigeln. Neben einer fehlenden Systematik wird der Leser eben auch viele Lücken im Gesamtthema feststellen können. Ich werde am Ende Titel von eigenen Arbeiten einfügen, von denen ich annehme, dass sie die eine oder andere aufkommende Frage beantworten können. Der Benennung der einzelnen Arbeiten sind Links, beigefügt, die das Auffinden der Texte erleichtern. Bei allem was ich sagte, spreche ich als von Organisation unabhängige Person und nicht mit der Autorität, die mir ein Amt oder Orden verleiht, sondern nur mit jener, die ich meinen Worten zu geben vermag.

Meine politische Verortung

Das Textverständnis des Lesers kann unter Umständen erleichtert werden, wenn er den politischen Hintergrund des Verfassers kennt.³ Daher mache ich folgende Angaben:

1957 habe ich mir eine Grundhaltung eines undogmatischen, wehrhaften Pazifismus ohne Literatur und ohne den Zusammenhang mit einer Gruppe erarbeitet und danach im ehemaligen Internationalen Freundschaftsheim in Bückeburg gefestigt.

Nov. 1967 bis Feb. 1968 war ich der Initiator der Gründung und Auflösung der *LIBERAL SOZIALEn PARTEI (LSP)* als parteipolitischer Versuchsballon.

Danach wurde ich Mitglied der FDP. Das wurde mir auch ermöglicht, weil die FDP damals Punkte hinter ihren Initialen, als Zeichen der Erneuerung oder Wandels setzte. Es folgt ein Zitat aus meinem Text 1.2 vom 18. 02. 1978 der meine Haltung verdeutlicht:

PLÄDOYER für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD im allgemeinen und in der FDP im Besonderen.

Freundin⁴: „Hast Du den Degenhardt schon gelesen?“

Ich: „Den kann ich doch für mein Referat nicht gebrauchen.“

Freundin: „Vielleicht doch!“

Ich: „Ja, ich werde meine Parteifreunde fragen, ob sie mir einen „Degenhardt“ unter den Liberalen nennen können. Denn, wenn der Liberalismus, der auch heute noch eine potentielle friedliche Revolution darstellt, nicht von den Krämerseelen, Verbandsfunktionären, ängstlichen Mächtgernunternehmern, politisch-geistig kastrierten Unternehmern mit Angestelltenverträgen, den Großaktionären und den Bürokraten in den Ministerien zu einer Besitzstandsbewahrungsideologie verfälscht worden wäre, dann könnten wir sicher TAUSEND „Degenhardts“ zu den Unsrigen zählen.“

Freundin: „Der Liberalismus soll eine revolutionäre Idee sein? Und 1.000 „Degenhardts“ würden singend und schreibend für ihn eintreten?“

Ich: „Ja, der Liberalismus ist eine revolutionäre Idee, er kann bei konsequenter Anwendung mehr leisten als die Kommunisten, Christen und Anarchisten zu träumen wagen. Aber das ist etwas, was die politischen Vertreter des Liberalismus auch noch nicht begriffen haben. Zudem ist der Begriff Liberalismus so mit vergangenen und heutigen Fehlentwicklungen belastet, daß für das, was gemeint ist, ein neuer Begriff geprägt werden muß. Ich be-

³ Eine biographische Notiz gibt es hier: <http://www.tristan-abromeit.de/biographie.html>

⁴ Die schon über 40 Jahre meine Frau ist.

helfe mich z.B. mit dem Begriff konsequente Marktwirtschaft. Die 1.000 „Degenhardts“ sind weltweit gemeint.“

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.2%20Plaedoyer%201978.pdf>

Zuletzt habe ich für die FDP Plakate geklebt aber die Grüne Liste Umweltschutz (GLU) gewählt. Als Mitglied der GLU bin ich dann ein Gründungsmitglied der Partei DIEGRÜNEN geworden bis ich den nachfolgenden Text schrieb.

Mein Abschied von den GRÜNEN

(Vor einer Wahl ohne Chancen für eine bessere Politik)

von Tristan Abromeit www.tristan-abromeit.de August 2009

Text 75.1 Ergänzung

Ich habe meinen Wahlzettel verbrannt! Memorandum An:

Unentschiedene WählerInnen

Von: Tristan Abromeit / Datum: 21. 09. 98

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.1%20Abschied%20Grüne%20Ergänzungen.pdf>

Ich wollte den Verfassungsverrat der Parteien und die Verdrängung des liberalen Gründungsimpulses der GRÜNEN nicht mehr durch meine Wahlbeteiligung und meine Mitgliedschaft legitimieren.

Als **ordnungspolitische Orientierung** kann ich noch angeben, dass ich der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule zuzurechnen bin. Ich habe in einer gerade abgeschlossenen Arbeit geschrieben:

Für die Freunde der Freiwirtschaft ergibt sich in einer Zeit, in der unsere Gesellschaft wieder oder immer noch in einer Situation der politischen Unsicherheit und der ordnungspolitischen Verirrungen steckt, ob sie den klärenden und aufklärenden Beitrag leisten können, der in dem freiwirtschaftlichen Wissen angelegt ist. Ihr Beitrag war in der Weimarer Republik zu gering, um die Katastrophensituation, die sich zuerst durch die Inflation mit der Wirkung der Entwertung aller auf Geld lautenden Eigentumstitel und dann durch die Deflation mit den hohen Arbeitslosenzahlen entwickelte, abwenden zu können. Die Ursache dafür, dass die freiwirtschaftliche Aufklärung nicht fruchtete, lag nicht nur der Unfähigkeit der demokratisch orientierten Parteien, die Zusammenhänge des Währungsgeschehens zu verstehen, sondern auch die fehlende Konzentration in der Zusammenarbeit der freiwirtschaftlichen Gruppen. Die noch größere Katastrophe in Folge war der Sieg des Nationalsozialismus, der aber nicht als Sieg einer unterstellten mörderischen Gesinnung der Deutschen seinen Einzug hielt, sondern als Rettung aus der sozialen und seelischen Not, in der die demokratischen Führer die Deutschen getrieben hatten.

Diese Zusammenarbeit fehlte auch zwischen den NWO-Gruppen, als es darum ging, dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft die freiwirtschaftlichen

Ausrichtung zu bewahren. Sie fehlte auch, als ihre Akteure aus der freiwirtschaftlichen Gründung der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* ausbootet – bzw. in die Resignation getrieben - wurden. In der Folge konnte nicht verhindert werden, dass der Begriff *Soziale Marktwirtschaft* ein Deckname für den nackten Kapitalismus wurde.

Das Zitat ist aus einem Text entnommen, der aus der Zusammensetzung von Beiträgen aus einer E-Mail-Liste entstanden ist und wo es um die Frage geht, wie wir ohne Unterstützung aus Spendentöpfen, ohne Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zur Forschung oder politischen Bildung bei Abschottung der Wirtschaftswissenschaften gegenüber den freiwirtschaftlichen Erkenntnissen weiter arbeiten sollen. Ich hatte geschrieben, dass Georg Otto - der die GLU initiiert und viel zum Aufbau der Partei DIE GRÜNEN beigetragen hat – und ich uns aus Altersgründen zurückziehen sollten.

Das wurde so verstanden, als wäre ich der Meinung, wir sollten insgesamt aufhören an dem großen Projekt *Die natürliche Wirtschaftsordnung* (= der Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus.) zu arbeiten. Ich habe dann geantwortet:

Der kritisierte Satz war nur auf Georg Otto und mich bezogen. Für die meisten anderen gilt, das Ziel ist erreichbar, wenn nicht in 10 Jahren, dann in 100.* Ich bin auch nicht von der freiheitlichen und sozialen Idee der NWO enttäuscht, allenfalls von unserer streckenweise stümperhaften Arbeitsweise. Ich schreibe "wir", weil ich mich damit einbeziehe und nicht als der Besserwisser argumentiere. Auch halte ich das Versagen der Sozialwissenschaften, das der Parlamentsparteien und der Medien x-mal größer als das unsere. Enttäuschungen sind unausbleiblich, wenn man Neues in eine Gesellschaft einführen will. Das Mutmachen ist auch für uns wie beim Wettkampf in einer scheinbar nicht verbesserbaren Lage wichtig. Meine Stimmung ist nicht defätistisch. Nicht einmal die altersbedingten Ermüdungerscheinungen sind mein Problem, sondern es ist mein Ärger darüber, dass ich die Freiwirtschaft nicht einfach wie ein ausgelesenes Buch zurück ins Regal stellen und mich auf andere Vorhaben, die ich für wichtig halte, konzentrieren kann.

Meine aktuelle Literatur, die ich lese, ist: „**Die Warnung / Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird** / Deutschlands höchster Richter a.D. klagt an“ von Hans-Jürgen Papier; „Mein Freund, der Feind“ von Uri Avnery und in der Wiederholung: „Demokratie und Menschenrechte“, 1947, von Karl Walker. Er hat schon 1931 als Buchbindergeselle sein erstes Buch „Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung“ geschrieben, da drin stand schon alles, was nötig war, um die Wirtschaftsnot, die Hitler in seine Machtposition hievt, zu überwinden. Aber die Blindheit der Demokraten und die Arroganz der Wissenschaftler verschlossen sich gegen

Einsichten, die nicht ihre eigenen waren. Ich denke es genügt, um meinen politischen Hintergrund zu verdeutlichen. Es folgt der eigentliche Start.

Anmerkungen zur politischen Mitte

In der Beilage SONNTAG der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 15.16. Februar lautet die Überschrift auf der Titelseite „*Wo ist die Mitte?*“. Dort sind kluge Anmerkungen zu lesen. Die will ich aber nicht zitieren, sondern ich will meine eigenen Überlegungen einbringen. Die Mitte wird meistens als ausgewogene oder sichere politische Position verstanden, aber auch als ein Ort von dem man die extremen politischen Positionen verurteilen, bekämpfen oder gar durch Verbote ausschließen kann. Es gab auch die Parole der CSU: „Wir dürfen rechts von uns keine Partei entstehen lassen!“ Erstens ist anzumerken, wie soll die CDU / CSU besser werden, wenn sie die weiter rechtsstehenden Bürger in sich aufnimmt oder wenn die SPD die Kräfte vom linken Rand in sich aufnimmt. Diese Parteien werden dadurch nicht besser und nicht automatisch zu Vormünder der aufgenommenen rechten oder linken Kräfte, sondern diese wirken weiter und verändern dadurch die Parteien insgesamt. Zweitens zeugt der Gedanke von einer antidemokratischen Gesinnung, denn weder die Idee von der Demokratie und auch nicht das Grundgesetz, das schon lange sein Verfallsdatum überschritten hat, schreiben den Bürgern eine bestimmte politische Einstellung vor. Es ist sogar so, dass die Vorstellung von der Demokratie dem Wahlvolk auch erlaubt, sich für die Monarchie oder eine Diktatur zu entscheiden. Dass eine solche Wahl nicht klug ist, weil das Ergebnis nur schwer zu korrigieren ist, ist eine andere Sache. Wenn man eine Demokratie will, in der die Freiheit und Gerechtigkeit ihren sicheren und maximalen Platz da drin findet, dann wird die große Mehrheit den erlangten Status gar nicht verlassen wollen. Den Fortgang dieses Gedankens greife ich später wieder auf. Hier geht es mir darum zu zeigen, dass die politische Mitte so etwas unverrückbares ist, wie Marktplatz in der Mitte einer mittelalterlichen Stadt. Die Form und der Inhalt der politischen Mitte müssen aber immer in Bewegung bleiben, wenn sie eine Orientierungsgröße sein soll. Ihre Erstarrung gefährdet die Anpassungsfähigkeit der Gesellschaft an neue Gegebenheiten. Das Bild von der Mitte taugt aber auch, um die gegenseitige Abhängigkeit der Mitte von den Rändern zu verdeutlichen.

Der Marktplatz als Symbol der Mitte kann für die Menschen etwas sehr Einladendes und Verbindendes haben, aber kann auch ein übelriechender Platz sein, den die Menschen meiden. Ähnliches kann man auch über die Randbebauung und die Art ihrer Nutzung sagen. Es wird deutlich, dass es hier eine Wechselbeziehung gibt.

Wenn man sich das politisch mögliche Spektrum als eine Linie denkt, dann ist die Mitte nur ein Punkt und alle politischen Möglichkeiten sind „links“ oder „rechts“ einzusortieren. Die politischen Akteure können sich dann nur zwischen ganz „links“ und „links von der Mitte“ oder zwischen ganz „rechts“ und „rechts“ von der Mitte einsortieren. Wenn man sich die politischen Kräfte auf einer Wippe vorstellt, dann kann ein dynamisches Gleichgewicht dadurch entstehen, dass beide Kräfte, die zur Mitte streben sich gleichstark entwickeln. Hängt eine Seite machtlos in der Luft und die andere Seite am Boden übt die Macht aus, entwickeln sich automatisch Kräfte bei den Machtlosen, die einen Ausgleich anstreben.

Ich will noch ein anderes Bild nutzen, um die gegenseitige Abhängigkeit von der Mitte und Rändern verdeutlichen. Nehmen wir den menschlichen Körper mit seinen vier Extremitäten, dann ist leicht einzusehen, dass der Rumpf und die Extremitäten aufeinander angewiesen sind. Den Rumpf bezeichnen wir als die Mitte, die Arme und Beine als die linken und rechten Extremen. Die Extremen versorgen die Mitte durch die Nahrungszufuhr indirekt mit Energie und die Mitte liefert den Extremen direkt mit der von ihnen benötigte Energie, damit sie ihre Aufgabe, der Mitte indirekt die nötige Energie zu liefern, gerecht werden können. Nun kann jeder sich ausmalen was passiert, wenn der Körper zu fett und bequem wird und die Beine ihn nicht mehr tragen können, oder wenn ihm Arme verloren gehen. Mit diesem Bild wird auch deutlich, dass die jeweils Linken und Rechten keine einheitlichen Blöcke sind, sondern unterschiedlich geformt und unterschiedlich in ihren Eigenschaften sind. Einen Zugewinn können die Mitte oder die Extremen nur haben, wenn sie selber im Hinblick auf ihre Funktion im ganzen Geschehen vervollkommen und nicht dadurch, dass sie die jeweils anders gelagerten Kräfte bekämpfen.

Das Links-Mitte-Rechts-Problem ist nur eins in einer Gesellschaft, die sich eine Parteienherrschaft gegeben hat oder diese erduldet. Wenn jetzt die AfD soviel politischen Raum ergreift, ist es nutzlos, sich zu beklagen und ihre Mitglieder zu beschimpfen, da ihre Entstehung nicht durch ihre Verführungskunst und auch nicht durch eine mögliche Dumm- oder Bosheit der Wähler erworben haben, sondern durch die politischen Fehlleistungen der Linken und Mittigen. Und dieses Ergebnis kann man auch nicht durch Abgrenzungen, Verteufelungen oder durch den Verfassungsschutz korrigieren, sondern nur durch eine bessere Politik, die einen größeren Zuspruch der Bürger in ihren Wohnungen, auf den Straßen und in den Wahlen erhält.

Die Herrschaft politischer Parteien

In der Beilage *Sonntag* der HAZ vom 15. 02. 2020 ist auch unter dem Titel „Wir haben die erste Schlacht verloren“ ein Interview von Fabian Kretschmer mit dem Chinesen Wu'er Kai-xi, einem „der Anführer der chinesischen Studentenbewegung, die 1989 den Pekinger Platz des Himmlischen Friedens besetzt hielt – und schlussendlich von den Panzern von der Volksbefreiungsarmee blutig niedergeschlagen wurde.“ und dort findet sich auch der Satz:

Die kommunistische Partei ist nichts weiter als eine Gruppe von Banditen. Kann man diesen Satz auch auf die Parteien der westlichen Demokratien anwenden? Ich denke ja. Ich meine aber nicht, dass da Banditen sind, die sich die Organisationsform *Partei* für ihre Machenschaften aussuchen, sondern dass die Organisationsform *Partei* sehr leicht ihre Mitglieder zu Banditen macht, obwohl sie ihr beigetreten sind, um das Heil der Menschen zu fördern. Über die Tätigkeit der Mitglieder der Parteien fließt viel Idealismus hinein und es offenbart sich oft ihre Opferbereitschaft für das Gemeinwohl. Dabei will ich gar nicht die politischen Konjunkturritter übersehen, die ihr eigenes Wohl meinen, wenn sie von dem Gemeinwohl sprechen und nach einem Platz suchen, wo sie ihre Lust auf Herrschaft über andere ausleben können. Die große Mehrheit der Parteimitgliedschaften dürfte aber idealistisch ausgerichtet sein. Diese Einschätzung dürfte sogar bei der Kommunistischen Partei Chinas festzustellen sein, wenn eine empirische Untersuchung möglich wäre. Die Kommunistische Partei Chinas ist eine Einheitspartei und ich habe mich belehren lassen, dass sie als solche eigentlich keine Partei ist, denn es ist zu lesen:

Sprachlich handelt es sich um ein [Oxymoron](#), da der Begriff *Partei* aus dem lateinischen *pars* (=Teil, Richtung) abgeleitet ist, was der Existenz eines einzigen, einheitlichen und die Gesamtheit repräsentierenden [Exemplares](#) widerspricht.

Der Widerspruch kann aber aufgelöst werden in dem wir die Einheitspartei als ein Monopol auf die Macht zur Gestaltung der jeweiligen Gesellschaft verstehen und das Mehrparteiensystem als ein Oligopol. Das politische Monopol schließt den Wettbewerb aus – muss aber um seine Stellung zu sichern, die Angelegenheiten aller eingeschlossenen Teile berücksichtigen. Das Mehrparteiensystem schränkt nur den Wettbewerb ein, kann sich tendenziell aber nur um jenen Teil der Gesellschaft kümmern, der ihr das Mandat auf ihre Vertretung gegeben hat. Damit die Mitglieder des Mehrparteiensystems ihre Macht steigern können und nicht an zusätzliche Mitbewerber verlieren, müssen möglichst viele Barrieren eingebaut werden, damit sie nicht an die Futterkrippe der Macht gelangen.

Es ist aus den Überlegungen zu den Bedingungen zu einer Marktwirtschaft bekannt, dass sie sich nur richtig entfalten kann, wenn sich der reale Wettbewerb dem Ideal des atomistischen Wettbewerbes nähert. Die Wirkung ist dann, dass kein Marktteilnehmer ohnmächtig ist und keiner kann den anderen dominieren, ihm Preise oder Bedingungen diktieren kann. Diese Bedingungen gehören auch zur Demokratie. Wir sind aber in der Wirtschaft noch nicht zur Marktwirtschaft gekommen, sondern es werden rudimentäre Ansätze dieser Wirtschaftsordnung benutzt, um die kapitalistische Vermachtung der Wirtschaft zu verschleiern. Und für das politische System, das wir als das unsere nennen, haben wir bisher nur geschafft, die Parteienherrschaft, die ständig bemüht ist, die Bürger - die in der Summe der Souverän sind – zu entmündigen, aufrechtzuerhalten. Die Menschen spüren den Betrug beziehungsweise den Selbstbetrug – je nach Sichtweise. Wenn die politisch agierenden Bürger diesen Widerspruch nicht auflösen, dann landen wir in kürzerer oder längerer Frist in eine revolutionäre Situation. Und da bei uns der Pazifismus lächerlich gemacht wird und die nicht-militärische Gewalt nicht gelehrt und geübt wird ⁵, kann wieder ein großes Blutvergießen erfolgen, aus dem dann eher ein Diktator hervorgeht als eine Regierung die wirklich weiß, was Freiheit und Gerechtigkeit heißt.

Ich zähle ein paar Sünden der Parteienherrschaft auf, die mir ohne großes Nachdenken einfallen:

- a)** Die größte Sünde ist, dass sich die Parlamente als Souverän ausgeben und ernsthaft glauben, sie hätten einen Anspruch auf diesen Status.
- b)** Das die Parteienherrschaft glaubt, sie könnte nach ihrem Bedürfnis das Grundgesetz interpretieren. Ich denke hier vor allem an den Artikel 146, der eine klare Frist für die Gültigkeitsdauer des Grundgesetzes gesetzt hat, die einfach mit einer Hintertür umgangen wurde.
- c)** Ich denke an den Artikel 20, der dem Volk nicht nur das Wahlrecht zuspricht, sondern auch Abstimmungen. Diese Abstimmungen können Maßnahmen der direkten Demokratie als Ergänzung der Vertretungsdemokratie - die durch die Parlamente ausgeübt wird - sein. Dieses Recht wird dem Volk seit 1949 vorenthalten.
- d)** Ich denke ebenfalls an den Artikel 21, der den Parteien politischen Parteien ein Mitwirkungsrecht zuspricht. Aus dem Mitwirkungsrecht haben die Parteien ein Monopol gemacht. Die Mittel dazu waren das Wahlverfahren, die Parteienfinanzierung, die 5%-Klausel und die Verhinderung eines praktikablen Verfahrens für die Abstimmungen nach Art. 20.

5 Die Freiwilligen Ausbildung zur gewaltlosen Selbsthilfe und unmilitärischer Verteidigung von Bode Mannstein und Nikolaus Koch, 1959 <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/52.3%20Anhang%20II%20Die%20Freiwilligen%20DIN%20A4.pdf>

- e) Außerdem bilden die Abgeordneten Fraktionen entsprechend ihrer Parteizugehörigkeit. Diese Fraktionen sind Kartelle, die die Unabhängigkeit der Abgeordneten, wenn nicht aufheben, dann doch stark einschränken.
- f) Außerdem unterwerfen sich die Abgeordneten in vielen Fragen, den Willen der Parteien. Das macht ihr Mandat zu einem imperativen Mandat, die in der Verfassung nicht vorgesehen sind. Diese Sünden beziehen sich auf den Anspruch der Parteien gegenüber Mandatsträgern, aber auch auf die Mandatsträger, die sich diesem Anspruch unterwerfen.
- g) Parteimitglieder ohne Mandat tragen auch viel zur Missbildung unserer Gesellschaft bei, nicht weil sie schlechte Menschen sind oder böses wollen, sondern weil sie immer wieder die Programme ihrer Parteien so behandeln als seien es Gesetze, die von ihren Abgeordneten - die ja eigentlich Abgeordneten des ganzen Volkes sein sollen – erwarten, dass sie die Programme für sich als bindend akzeptieren.
- h) Da dann auch noch die Vorstellung herrscht, dass jede Partei geschlossen eine Meinung in der Veröffentlichung vertreten muss, wird jede kleine Änderung im Parteiprogramm zu einem K(r)ampf um die Meinungsführerschaft in den Parteien. Das führt dazu, dass der Begriff Parteifreund der Decknamen für Kumpanei oder Parteifeind wird.
- i) Und was noch schlimmer ist, das die Vorstellung notwendiger Erneuerungen oder Änderungen aufgrund des Parteienmonopols ohne das Parteienfilter mit der Wirkung einer Zensur gar nicht in die Parlamente kommen und beleuchtet werden können.
- j) Die Fünf-Prozent-Klausel und die Parteienfinanzierung in Kombination mit dem Wahlrecht haben dazu geführt, das wir quasi ein Außerkraftsetzung des passiven Wahlrechts für parteiunabhängige Bürger mit Interesse für ein Mandat für den Bundestag und die Landtage haben.

Ich erinnere daran, ich kritisiere nicht die aufopferungsvoll Arbeit der Parteimitglieder, sondern höchstens, dass sie ihr Tun nicht genügend reflektieren. Aber das kann man entschuldigen, weil Bürger, die ihre Parteimitgliedschaft ernst nehmen, ständig mit den Anforderungen, die aus der Teilnahme an der Politik resultieren, überfordert sind.

Eine weitere Folge der Parteiendemokratie ist, dass die Politik insgesamt vom Konservatismus beherrscht wird. Man merkt es ohne genaue Hinsicht nicht so, weil dieser Konservatismus entsprechend der Parteizugehörigkeit anders gefärbt ist. Jede Partei konserviert ihre eigenen Ziele und Verhaltensmuster, wobei aber zu beobachten ist, das alle Parteien auf dem Weg zum Zentralismus und der Expansion der Staatstätigkeit sind.

Dabei ist es nicht verwerflich, wenn eine Partei den Kommunismus oder auch den Nationalismus als Ziel hat. Wenn das eine Demokratie nicht aushält, dann ist sie in Wirklichkeit noch gar nicht vorhanden. Verwerflich wird ein solches Streben erst, wenn diese Ziele nicht mit offenem Visier verfolgt werden und mit unsauberer Methoden das Wort für freiheitliche Modelle verhindert werden. Übel finde ich auch, dass die CDU/CSU, die SPD und die FDP in den 60er Jahren, als ersichtlich wurde, dass unsere West-BRD ökonomisch und sozial ungewollten Verwerfungen ausgesetzt war, die studierenden und teils auch lehrenden Bürger regelrecht in den Marxismus getrieben haben, weil sie aus parteipolitischer Blindheit oder zur Sicherung ihrer erworbenen Dominanz den suchenden Bürgern nicht den vorhandenen freiheitlichen Weg zur Lösung der anstehenden Probleme gezeigt haben. Der dann einsetzende primitive Antikommunismus und die Berufsverbote haben zusätzlich die Suche nach sozialen Lösungen in Freiheit blockiert.

Unsere Parteien geben sich alle antifaschistisch und diese Selbsteinschätzung ist wohl soweit gerechtfertigt, dass sie wohl alle kein System wollen, das der Herrschaft des Nationalsozialismus ähnelt. Und diese Haltung sollte man auch der AfD zubilligen, wenn man bei ihr nicht mehr als bei einigen Mitgliedern beweisen kann, dass sie nationalsozialistische Zustände anstreben. Dabei sind wohl in allen Parteien Mitglieder zu finden, die nichts mit der Demokratie am Hut haben und formal die Spielregeln einhalten, weil es ihrer Karriere dient. Der Begriff Faschismus passt ja auch nicht richtig zum Nationalismus. Der italienische Faschismus hat mit dem Nationalismus gemeinsam das Führerprinzip und den Nationalismus, aber anfangs nicht mit dem Antisemitismus und Rassismus. Die Wissenschaft, das ist zu lesen, betrachtet den Begriff Faschismus als inhaltsleer. Aber darum eignet er sich auch gut, um Andersdenkende zu diffamieren, man muss dem geschriebenen oder gesprochenen Wort nur richtig betonen, um den Empfängern der Botschaft ein Schauer auf dem Rücken zu verursachen und ihn dadurch veranlassen von den so betitelten Personen Abstand zu halten. Und meiner Erfahrung nach sind unter den Antifaschisten Meister eines solchen Gebrauchs dieses so benutzten Begriffes, der den Beinamen *Faschismuskeule* trägt.

Die Neigung der Parteien Herrschaft über die Köpfe der Bürger zu gewinnen, kann man auch als einen unausgesprochenen Faschismus, als eine Methode betrachten, die den Wähler so abhängig machen von den eigenen politischen Zielsetzungen und Maßnahmen, dass die Bürger soweit zu bringt, ihre eigene Entmündigung auch noch zu bejubeln. Die Verfolgung dieser Form von Faschismus nehme ich bei allen Parteien, die im Bundestag vertreten

sind, wahr.

Soweit ich die politischen Meldungen und Nachrichten verfolge, ist mir noch kein Mitglied des Bundestages oder noch kein Mitglied der Regierung aufgefallen, von der ich den Eindruck gewonnen habe, das es sein Mandat oder sein Amt nutzen will, um den Bürgern Gerechtigkeit in Freiheit zu sichern. Aber bei vielen schwillt die Brust, wenn sie ein Gesetz durchgeboxt haben, das den Bürgern zeigt, was sie zu tun und zu lassen haben. Es hat sich in den Parteien noch nicht herumgesprochen, dass viele Gesetze auch viele Richter und Gefängniswärter benötigt, aber nur selten eine Gesellschaft besser machen. Der Sozialstaat wird meistens so verstanden und von den Sozialpolitikern so vorangetrieben, dass möglichst viel Bürger berechtigt werden von dem Staat Einkommen oder andere Leistungen zu beziehen. Bei der Gewährung der Wohltaten wird dann erwartet, dass sich die Antragsteller (demütigend) finanziell nackt ausziehen. Ihnen wird ihnen dann versichert, dass alle Daten, wenn sie auf allen Rechnern der Behörden gespeichert sind, datenschutzrechtlich gesichert sind. Aufgrund der Vielfalt staatlicher Institutionen bedeutet das, dass der nackte Bürger in der ganzen Republik betrachtet werden kann.

Vom Verrat und Missdeutung der Sozialen Marktwirtschaft

Die Verräter des Modells der Sozialen Marktwirtschaft, die CSU / CDU und die FDP haben nie begriffen, dass der Bestandteil *Sozial* in dem Begriff Soziale Marktwirtschaft am Anfang nicht für soziale Zwangskollektive stand, sondern für das im Modell der Marktwirtschaft angelegte, erwartet und mögliche Soziale nach außen sichtbar gemacht werden sollte.

Die SPD, die am Beginn unserer Republik sich mit der Sozialen Marktwirtschaft nicht anfreunden konnte, weil sie noch zu marxistisch orientiert war, konnte sich hat erst einen Zugang zur Idee der Sozialen Marktwirtschaft gefunden, als sie den Begriffsbestandteil *sozial* als fortwährende Staatseingriffe deuten konnten. Sie hat so geholfen, dass der Begriff Soziale Marktwirtschaft für einen Erhalt des Kapitalismus mit angehängten Zwangskollektiven zur Absicherung sozialer Risiken wurde. Das führte zur Herrschaft der Sozialpolitiker und Verbandsfunktionäre, zu eine Teilentmündigung der Arbeitnehmer und ändert nichts am Kapitalismus.

Im ursprünglichen Modell der Sozialen Marktwirtschaft sollte jeder, der Arbeiten konnte und wollte in der Lage sein, sein soziales Netz alleine in frei gewählten Verbänden selber knüpfen können. Und das jeder jederzeit eine Arbeit fand, die das möglich machte, dafür

sollte eine angepasste Ordnungspolitik etabliert werden. Es war keine Politik, die zuerst oder überhaupt für eine hohe Rendite des Kapitals sorgen sollte. Mitgliedschaften in Zwangskollektiven und das Berechtigungsunwesen des Staates waren beiden Gründern der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft widerlich.

Man kann linken Politiker - verschiedener Schattierungen - nicht vorwerfen, dass sie anderen - vorwiegend marxistischen - Ideen verfolgen, die der Zentralverwaltungswissenschaft zuzurechnen sind, aber man muss sagen, dass sie durch ihre Politik den Kapitalismus nichts anhaben können, aber seinen Bestand sichern helfen. Sahra Wagenknecht ist wohl bisher die einzige unter den linken Politikerinnen, die das begriffen hat. ⁶ Aber die Linken brauchen sich wegen ihres Verhaltens, das Ziel von Marx ⁷, das Reich der Freiheit, nie zu erreichen, nicht zu genießen, es gibt doch im Bundestag keine Partei, die die Marktwirtschaft nicht aus den Augen verloren hat und in der Politik immer mehr Anleihen in der Zentralverwaltungswirtschaft macht.

ooooo

20. Februar 2020: An dieser Stelle hatte ich meine Niederschrift unterbrochen, um die Nachrichten im Fernsehen zuzuhören. Es kam der Bericht über die Morde Hanau. Trauer über das Geschehen ist auch in mir aufgestiegen. Kerzen, Blumen und das Zusammenstehen auf den Straßen, sind sicher Formen, mit denen die Bürger das Geschehen leichter verarbeiten können. Aus den Reden und Kommentaren wird deutlich, dass der Staat gesetzlich und polizeilich aufrüsten soll und wird. Das wird unseren Staat noch mehr in Richtung eines Polizeistaates entwickeln, aber solche Vorfälle nicht verhindern. Ich komme später darauf zurück.

ooooo

Gabor Steingart blockt Parteienkritik ab

Nachtrag vom 21. 2. 2020: Gabor Steingart schreibt in seinem Morning Briefing von heute beachtenswerte Sätze. Aber mit folgenden Sätzen macht er mich, der die Parteienherrschaft kritisiere, zum Gesinnungsgenossen von Björn Höcke:

Wenn „Flügel“-Chef Björn Höcke am vergangenen Montag bei der 200. Pegida-Demonstration in Leipzig von „verbrauchten Parteien“ mit „geistiger Störung“ spricht, dann artikuliert er jene Parteienverachtung, die bereits die frühen Weimarer Jahre kennzeichnete.

Hier verwechselt Steingart Ursache und Wirkung. Und wenn er unterstellt, dass Höcke etwas

⁶ Sie ist mir vorhin nicht eingefallen, als ich weiter oben schrieb, dass mir unter den Mitgliedern keines aufgefallen ist, die sich bemühen, Freiheit und Gerechtigkeit zusammen zu denken.

⁷ Marx soll ja erklärt haben, dass er kein Marxist sei. Und den Sozialismus in Form der Zentralverwaltungswirtschaft, stammt auch nicht von ihm, hat ihr aber dadurch Vorschub geleistet, dass er keine Auskunft gegeben hat, in welcher Form die ökonomischen Probleme denn gelöst werden könnten.

Falsches sagt, wenn es richtig ist, dann bekämpft er ihn nicht, sondern fördert ihn. In meinem Text > Plädoyer für die Diskussion der theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik in der BRD im allgemeinen und in der FDP im Besonderen < vom 18. Februar 1978 zitiere ich Ralf Dahrendorf aus der Wochenzeitschrift DIE ZEIT Nr. 35 / 77 wie folgt:

„Der sozialliberale Konsens bröckelt an seinen Rändern, ist indes keineswegs passé: Das biedere Dreigestirn Schmidt - Genscher - Kohl könnte in einer Regierung sitzen, jedenfalls was politische Programme betrifft. Die neuen Herausforderungen kommen von den Rändern dieser Position. Das ist das hervorstechende Merkmal der neuen politischen Szene: Nicht nur die Idee der Modernität, sondern eine ganze politische Ideenwelt ist erschöpft - sozialliberal, sozialdemokratisch, soziale Marktwirtschaft.“

„Die neuen Kräfte an den Rändern sind vergleichsweise schwach an politischer Unterstützung; sie sind zugleich stark an Ideen in einer ansonsten erschöpften Welt. Sie und die Reaktion auf sie bestimmen die politische Zukunft.“

„Um die politische Phantasie anzuregen, können wir uns unter den geschilderten Umständen schwerlich auf die politischen Parteien verlassen. Was wir brauchen, ist eine öffentliche Diskussion politischer Möglichkeiten.“

Ich ergänzte dann:

.Ich teile Dahrendorfs Beurteilung der politischen Szene und fühle mich diesen Kräften an den Rändern zugehörig.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.2%20Plaedoyer%201978.pdf>

Zur Verfassung

Die Verfassung ist keine Religion, sondern ein Zaumzeug, mit der die Demokratie, die als Selbstregierung aller Gesellschaftsmitglieder verstanden wird, sich nicht wie andere Staatsformen die Funktion des Reiters anmaßt, sondern ihr Diener – ihr Pferd – bleibt. Die Verfassung hat wechselseitig das Verhältnis der Bürger zum Staat und umgekehrt und die Verhältnisse der Bürger untereinander zu regeln. Die Bürger haben die Freiheit ihrem Staat zentrale oder dezentrale Strukturen einzufügen. Dezentrale Strukturen ermöglichen mehr Freiheit, weil die Bürger hier auf der gesellschaftlichen Ebene ihre Angelegenheiten im großen Umfang durch die Selbstorganisation auf der Vertragsgrundlage erledigen kann.

Daraus ergibt sich, dass die Verfassung keine heilige Kuh ist. Und da das Volk im Sinne der Bewohner eines abgegrenzten Gebietes auch Selbstherrscher bleibt, haben Ewigkeitsklauseln

in der Verfassung nichts zu suchen, weil sie die Herrschaft der Toten begründen und die Rechte der Lebenden beschneiden. Daraus ergibt sich, dass die Verfassungsfindung, die Zustimmung zu einer Verfassung und die Änderung einer Verfassung nicht auf eine der drei Gewalten, in der die Organisation Staat aufgeteilt sind, delegiert werden kann. Auch müssen alle drei Gewalten, die zur Begrenzung der Macht, die der Staat über seine Bürger und die Trägergesellschaft erlangen kann, ihre Legitimität direkt vom Volk ableiten und nicht von einer stellvertretenden Macht, wie es die Parlamente sind. Ich denke, dass ich die Merkmale der Demokratie richtig erfasst habe. Und mein Urteil auf dieser Basis ergibt, dass wir Deutschen noch gar keine Verfassung erworben haben und das die herrschenden Parteien, die den Erwerb verhindert haben, den Status von Staatsbesetzern und Demokratiefeinden haben.

Ich habe die Grundrechte oder die allgemeinen Menschenrechte nicht übersehen, sondern gehe auf sie bewusst separat ein, weil sie nicht durch die Verfassung gewährt werden, sondern Rechte sind, die in der Natur des Menschen begründet sind. Sie haben das Licht der Welt nicht durch einen Gesetzgeber erreicht wie das positive (das gesetzte) Recht, sondern als das entdeckte Recht (Naturrecht), das mit der Geburt jedes einzelnen Menschen mit seiner Existenz verbunden ist. Dass die Menschenrechte wirksam geworden sind, ist dem Umstand zu verdanken, dass genügend Menschen über die Natur des Menschen nachgedacht haben. Dieser Bewusstwerdungsprozess ist nicht auf der ganzen Welt gleichmäßig verlaufen, deswegen haben die Allgemeinen Menschenrechte in vielen Staaten auch nur den Charakter eines angestrebten Ziels. Die Grundrechte oder die Menschenrechte (die Fassungen sind unterschiedlich) benötigen eine Gesellschaft, die aus ihrer Bürgerschaft heraus einen Staat schafft, der die individuelle Freiheit und das Rechte des Individuums achtet. Die Grundrechte in der Verfassung haben den Sinn, dass der Staat auf die Beachtung der Grundrechte verpflichtet wird und auch darauf achtet, dass die Bürger sie untereinander respektieren. Was in der Verfassungsarbeit geleistet werden kann, ist, zu versuchen die Grundrechte nach Möglichkeit genauer zu fassen. Zum Beispiel ist die Würde des Menschen, auf die viel Bezug genommen wird, ist bisher gar nicht so genau gefasst, wie immer unterstellt wird. Ein Beispiel: Über Jahrzehnte wurden Millionen von Menschen in eine unfreiwillige Arbeitslosigkeit gehalten. Das ist für jeden Betroffenen eine Verletzung seiner Würde. Da diese Arbeitslosigkeit kein Naturereignis ist, sondern eintrat und anhält, weil der Bundestag und die Bundesregierung die Gründe für das Ausbleiben der Vollbeschäftigung nicht klärt und ausräumt, kann man die Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung schon aufgrund dieser Tatsache als Verfassungsfeinde einstufen. Ich wiederhole auch an dieser Stelle, es geht mir hier

nicht so sehr um eine Anklage, schon lange nicht um eine Ehrabschneidung der Menschen, die sich seit Jahren mit diesen Problemen herumschlagen, sondern um Hinweise auf Fehler in unserem Ökonomiesystem und auf das Versagen unserer Wirtschaftswissenschaften, die die Zusammenhänge nicht aufklären und die Bürger auch verführen, Erklärungen in Verschwörungstheorien zu suchen. Es kann ja sein, dass ich in meinen Annahmen und Behauptungen irre, aber das, was ich vortrage, ist von x Menschen mit Sachverstand schon so oft und an vielen Stellen vorgetragen worden, dass das Parlament, die Regierung und ebenfalls Wissenschaft, wenn sie ihrer Verpflichtung - dem Gemeinwohl zu dienen - nachgekommen wären, schon längst hätten überprüfen müssen.

Ich bilde mir nicht ein, Teile oder eine ganze Verfassung zu entwerfen, aber jeder Bürger als Teil einer großen Bürgerschaft, hat das Recht sich zur Verfassung zu äußern. Ich formuliere mal einige Überlegungen, die mir wichtig erscheinen.

A) Eine neue Fassung müsste das Ergebnis eines mehrstufigen Findungsprozesse sein, der sein Final in der Annahme oder in der Ablehnung von mindestens 2/3 der Stimmberechtigten findet. Eltern halten dabei für jedes ihrer nichtstimmberechtigten Kinder eine zusätzliche Stimme.

1. Eine Vorstufe zur Findung einer neuen Verfassung verschaffen sich die Bürger sich einen Überblick, was bisher gut und was schlecht gelaufen ist und welche Lösungsmöglichkeiten es für die Probleme gibt, die sich als Störungsfaktor einer gedeihlichen Entwicklung unserer Gesellschaft gezeigt haben. Die Beteiligung ist völlig offen. Die Ergebnisse werden gesammelt und nach einer vereinbarten Gliederung im Internet veröffentlicht.

2. Der Vorstufe folgt eine Findungsstufe, die auch noch völlig offen ist, in der Bürger alleine oder in Gruppen über eine Verfassung grübeln. Die Ergebnisse werden als komplette Entwürfe oder auch als Teilentwürfe miteinander konkurrierend im Netz veröffentlicht. Rückfragen an die jeweiligen Verfasser sollten möglich sein. Die Koordinierung von Teilnehmern von 5% bis 10% der Bürger dürfte mit dem heutigen Internet möglich sein.

3. Die gesamten Teilnehmer in der Findungsgruppe benennen Kandidaten, die sie für geeignet halten in der Formulierungsgruppe der neuen Verfassung mitzuwirken. Die Summe der Vorschläge der Findungsgruppe bildet den Pool, aus denen alle Stimmberechtigten Bürger die Mitglieder der Formulierungsgruppe einer neuen Verfassung wählt. Die Formulierungsgruppe veröffentlicht ihre Teilergebnisse im Netz und die Bürger erhalten die Möglichkeit

diese zu kommentieren. Damit die Mitglieder der Findungsgruppe in den Kommentaren nicht "ertrinken", wird ihr eine Hilfsgruppe beigeordnet, die Kommentare nach Sachgebieten und Ernsthaftigkeit sortieren und evtl. zusammenfassen und auch andere Hilfsdienste übernehmen, wie z. B. die Informationsbeschaffung.

4. Das Endergebnis wird ebenfalls im Netz (und in gedruckter Form) veröffentlicht zur Abstimmung durch alle Bürger veröffentlicht. Hat die Formulierungsgruppe zu einzelnen Sachgebieten konkurrierende Ergebnisse erarbeitet, sollten diese auch einzeln abgestimmt werden können. Es sollten dann nur solche Teilergebnisse zur Abstimmung kommen, die nicht im Widerspruch zu den übrigen Teilen des Verfassungsentwurfes stehen. Zwischen der Veröffentlichung des Entwurfes und der Abstimmung darüber sollte eine angemessene Zeitspanne eingeräumt werden, so, dass die Bürger vor der Abstimmung Zeit für ihre persönliche Überprüfung haben. Die Abstimmung muss natürlich korrekt und überprüfbar ablaufen.

B) Die Sprache der Verfassung muss so sein, dass der Bürger den Sinn oder den Inhalt eines jeden Artikels unmittelbar ohne Juristen als Übersetzer verstehen kann. Die Verfassung kann nicht ausschließlich ein Werk von Juristen sein.

C) Im Vereinigungsprozess der beiden deutschen Republiken formulierte Bernhard Bartmann, ein Lehrer, der im Umfeld der GRÜNEN 1982 und 1987 die Regensburger Bildungskongresse organisiert folgendes:

Die Bildungsfreiheit beruht auf der Selbstbestimmung der Menschen und Völker, auf den allgemein gültigen Menschenrechten und auf der uneingeschränkten Freiheit jedes Menschen. Die Suche nach Wahrheit ist ihr herausragendes Kriterium.

Die Bildungsfreiheit findet ihren sichtbaren Ausdruck in der Lernfreiheit aller Menschen ohne Altersbegrenzung oder Einschränkung durch Institutionen und Organisationen.

Die Bildungsfreiheit ist die Grundlage für Demokratie sowie für Geistes-, Gewissens-, Religions-, Informations- und Pressefreiheit. Ihre Realisierung ermöglicht eine freie Wirtschaftsordnung, die ökologisch und sozial ist und der gesamten Menschheit zu ihrem Wohl verhilft.

Das sind Sätze, deren Bedeutung gar nicht genug geprüft werden können, wenn wir wirklich eine *Gesellschaft der Freien*⁸ haben wollen. Es ist wirklich beschämend, unser Bildungssystem entspricht in weiten Zügen solchen von Monarchien und totalitären Staaten, in dem die Bildung betrieben wird, damit der Bürger seinen Staat dirigieren kann, sondern das er ein

⁸ Den Begriff habe ich in dem Werk „Der Staat“ von Franz Oppenheimer aufgeschnappt. Ludwig Erhard hat berichtet, dass Oppenheimer sein Lieblingslehrer gewesen wäre.

brauchbarer Untertan wird, der die Befehle der Obrigkeit verstehen und ausführen kann. Das Problem einer Reform besteht hier darin, dass die meisten Bürger vom Hilfsarbeiter bis zum Minister und Richter die herrschende Zwangsbildung so verinnerlicht haben, dass sie den Widerspruch gar nicht wahrnehmen und sich eine freie Bildung gar nicht vorstellen können. Wenn die Schlagzeile „Immer mehr Schüler haben psychische Probleme“ (HAZ vom 14. 2. 2020) lesen, dann können sie nur schlussfolgern „Panne“ und nicht „Systemfehler“.

D) Es ist notwendig das richtige Maß für die Demokratie zu finden, damit sie nicht eine Entwicklungsblockade für die ganze Gesellschaft wird, nicht zur Majorisierung von Minderheiten verkommt, nicht dem Bürger jegliche Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit nimmt, muss hier eine Regulierungsbremse für die Regierung und das Parlament eingebaut werden. Jetzt ist es doch so, dass die Regierung und das Parlament unsere Gesellschaft immer mehr in die Zentralverwaltungswirtschaft treibt, ohne dass sie einen Auftrag dafür hat.⁹ Es muss genügend Freiraum bleiben für die gesellschaftliche Selbstorganisation. Hier ist der Vertrag das Instrument, wo die Bürger aus eigenen Überlegungen ihre Bedürfnisse und Angelegenheiten regeln.

In der Zeit als sich die Partei DIE GRÜNEN bildete, sprach man von den Parlamenten der Betroffenen. Es sollten also nicht die Bürger mitbestimmen, die von dem Inhalt der Vereinbarungen gar nicht betroffen waren. Meiner Erinnerung nach wurde aber übersehen, dass das nur auf privatrechtlicher Basis zu machen ist.¹⁰ Peter Kafka, der verstorbene Astrophysiker kommt in seinem Buch „Das Grundgesetz vom Aufstieg“ zum Schluss, dass die Vielfalt, Gemächlichkeit und Selbstorganisation der Weg zum wirklichen Fortschritt sind. Karl Walker weist in seinem Buch „Demokratie und Menschenrechte“ nach, dass vor zweieinhalbtausend Jahren die Vertreter der Gesetzgebung Kung fu tse für sich als Zeuge in Anspruch nahmen und jene, die die Dinge einfach sich entwickeln lassen wollten, Lao tse als Zeuge aufriefen. Und dieser Streit würde bis heute anhalten.

Ich lasse noch ein längeres Zitat von Karl Walker aus dem Jahr 1947 folgen. Hier wird deutlich was eine Verfassung, die Probleme lösen hilft und nicht verfestigt leisten muss:

⁹ Auf der Europaebene wiederholt oder erweitert sich dieses „Spiel“. Hier dürfte der wahre Grund für den Brexit liegen und er wird von der Politik nicht mal wahrgenommen. Frau Ursula von der Leyen macht schon jetzt den Eindruck, als wäre sie die Chefin einer europäischen Zentralregierung.

¹⁰ Zwangsmitgliedschaften in berufsorientierten Kammern passen aber nicht in das Modell der selbstbestimmten Parlamente. Wir erleben in Niedersachsen gerade das „Hauen und Stechen in der Pflegekammer“, die neu geschaffen wurden. (HAZ vom 21. 2. 2020)

VERFASSUNG UND MENSCHENRECHTE

*„Stellt die Freiwilligkeit und das geistig Verwandte als das für ein Bündnis einzig Entscheidende auf! Das ist der Beginn einer Freiheit, die etwas wert ist.“
Henrik Ibsen.*

Kann es nicht möglich sein, eine politische Verfassung zu schaffen, unter der jede Gruppe, die überzeugt ist, einen Weg zur besseren sozialen Ordnung zu wissen, diesen Weg auch gehen kann, ohne durch die Entscheidung Andersdenkender daran gehindert und auf einen entgegengesetzten Weg gezwungen zu werden - und auch ohne die andern zu zwingen. diesen eigenen Weg mitzugehen? - Ein ungewöhnlicher Gedanke, gewiß! doch wenn weder Minderheitsherrschaft noch Mehrheitsherrschaft richtig ist - darüber müßte man sich klar sein -, dann kann die Lösung nur noch darin liegen, dem freien Willen in einem gewissen Rahmen freie Bahn zu lassen. Um noch einmal im Bilde unserer Parabel zu sprechen: die Lösung ist ganz einfach die, daß man den Knoten des Herrschaftsgedankens, der die nach verschiedenen Richtungen auseinanderstrebenden Gruppen aneinanderfesselt und so die Klügsten hindert, die Richtigkeit ihrer Einsicht vor aller Augen unter Beweis zu stellen, wie auch die Einsichtslosen entgegen höherer Notwendigkeit davor bewahrt, sich mit den nicht begriffenen Mängeln der eigenen Idee höchstselbst herumzuzügelern, - daß man also diesen Knoten löst und jede Gruppe ihres Weges ziehen läßt. Und wenn man im Interesse der Allgemeinheit noch ein übriges tun will, dann kann man (wenn es sein muß, in Gottes Namen noch mit Stimmenmehrheit) beschließen, daß keine Gruppe einer andern den Weg versperren - - - Nein! - besser noch, damit Einstimmigkeit zustande kommt: daß die eigene Gruppe von keiner andern behindert werden darf. - Es soll zwar jeder und jede Gruppe die Freiheit haben, aber dort muß die Freiheit zu Ende sein, wo sie die Freiheit anderer verletzen würde. -

Nun würde jede Gruppe, jede Partei in vollständiger Einmütigkeit ihren Weg gehen können, kein Zwang durch herrschsüchtige Minderheit, kein Zwang durch den Terror der unverständigen Mehrheit! Niemand würde ein Kompromiß erzwingen, niemand ein Programm verfälschen, niemand würde besseres Wissen mit fragwürdigen Meinungen und fragwürdige Meinungen mit besserem Wissen zusammenwerfen. - Aber die Gruppe, die auf dem rechten Wege ist, kann jedenfalls das Beste erreichen - und davon könnte die Kunde schließlich auch bis zu den andern dringen, die sich verlaufen haben. Sie würden umkehren, denn was alles Reden bisher nie zustande bringen konnte, das bringt der eigene Mißerfolg und der Erfolg der andern fertig; er läßt die Einsicht keimen, daß jener Weg der richtige war - und jetzt kommen sie - aus eigener Einsicht, freiwillig, ohne von einem Führer oder von Mehrheitsbeschlüssen dazu gezwungen zu werden! Und am Ende finden sich alle in voller Einmütigkeit da zusammen, wohin einstmals nur ein Teil gegen den erbitterten Widerstand der andern zu kommen strebte. -

Es ist noch mehr, was in diesem Zusammenhang bedacht werden muß und was uns in der Richtung der aufgeworfenen Überlegungen weiterführt: Die Tatsache, daß eine Aufgabe nicht gelöst ist und daß Kräfte und Gruppen um die verschiedenen Methoden der Lösung ringen, bedingt von vornherein die Möglichkeit von Fehllösungen. - Die Auswirkungen von Fehlern in der Gestaltung der Sozialordnung sind aber um so weitgreifender und tiefgehender, je größer der Bereich ist, für den sie durchgeführt werden; und die Lage ist um so verfahrenere, je geringer die Möglichkeiten sind, daß sich irgendwo etwas anderes durchsetzen kann. - Das ist der gefährlichste Wahn unserer Zeit, daß alles im Sinne zentralistischen Denkens für alle verbindlich, für Länder und Erdteile und möglichst gleich für die ganze Welt, nach einem Schema durchgeführt werden müsse. - (S. 80 f.)

Ein weiteres Erfordernis einer neuen und besseren Verfassung muss sein, das der Bundestag in der Gesetzgebung solche Verfahren und Problemlösungen den Vorzug gibt, die der Bürger auch ohne Dolmetscher in Form von Steuerberatern, Rechtsanwälten und anderen Spezialisten unmittelbar versteht.

Gesell sagt, dass eine Demokratie nur möglich ist, wenn die Bürger das Währungssystem versteht. Die Aussage ist berechtigt und nur möglich, wenn das Währungssystem vom Ballast befreit wird, mit einer wichtigen Funktion und klaren Anweisungen für die Leitung ergänzt wird. Denn so wie die Europäische Zentralbank gestrickt ist, ist sie eine Kombination von Nebenregierung und Nebenparlament ohne Mandat, nicht einmal die Parlamentarier durchschauen das Wirrwarr der Notenbanken. (Ein paar Ausnahmen mag es geben.)

Die Währung hält den Staat zusammen oder sprengt ihn – je nachdem. Wird hier gepuscht, so löst er sich in kleinste Teile auf, wie wir es jetzt erleben, in Atome, die sich gegenseitig abstoßen. Stadt gegen Land, Beruf gegen Beruf, Volksstamm gegen Volksstamm, Norden gegen Süden, Gläubiger gegen Schuldner, Festbesoldete gegen Lohnarbeiter, – bis schließlich Arbeiterbataillone gegen Arbeiterbataillone marschieren.

Aus: Silvio Gesells Verteidigungsrede.

Shylock: Dies ist der Narr, der Geld umsonst auslieh!

Acht auf ihn, Schließer!

Gesammelte Werke, Band 12, S. 28

Zur Wirtschaftsordnung

In meinem Text 164 „Das Grundgesetz wurde vor 70 Jahren verabschiedet. Haben wir Gründe zum Jubeln oder Trauern?“ vom 3. Oktober 2019 habe ich folgendes Zitat, das ich 2001 in dem Text 19.1.3 (Dokumentation 3 zum Text *Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil*) verwendet habe, erneut eingefügt: ¹¹

Benda: Grundgesetz schreibt keine Wirtschaftsverfassung vor
Baden-Baden, 13. Oktober ~dpa~ / Hannoversche Allgemeine Zeitung

Das Grundgesetz der Bundesrepublik schreibt nach Auffassung des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Benda, keine bestimmte Wirtschaftsverfassung vor. Vor der Mitgliederversammlung des Verbandes der Chemischen Industrie erklärte Benda am Freitag in Baden-Baden, die Soziale Marktwirtschaft sei zwar verfassungsgemäß, im Rahmen des Grundgesetzes sei aber auch eine andere Ordnung möglich, soweit sie Extremlösungen vermeide. Der Präsident betonte, das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes verpflichte den Staat „die soziale und damit auch die wirtschaftliche Ordnung im Sinne einer gerechten Ordnung“ zu gestalten. Allerdings trete das freiheitliche demokratische Grundgesetz der Staatswirtschaft, der Zentralverwaltungswirtschaft mit sozialisiertem Eigentum, „ohne jeden Zweifel entgegen“.

¹¹ Mir ist jetzt aufgefallen, dass die Jahreszahl bei der Quellenangabe fehlt. Ich vermute, das die Zeitung aus den 70er Jahren ist. Es folgen die beiden Links zu den genannten Texten:
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.3%20OB%20Lt.%20Doku%2003.pdf>
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/164.0.Grundgesetz.70.Jahre.Jubel.oder.Trauer.pdf>

Mehr braucht in einer Verfassung zum Thema Wirtschaft auch eigentlich nicht stehen. *Eigentlich*, denn tatsächlich ist die real existierende Wirtschaft ein Verstoß gegen diese Deutung des Grundgesetzes. Weil das Sozialstaatsprinzip auch unterschiedlich gedeutet werden kann, einerseits wie: „Der Staat muss dafür sorgen, dass jeder arbeitsfähige und -willige sich und die Seinen durch eigenen Einsatz versorgen kann und die Möglichkeit erhält, sicher für die Wechselfälle des Lebens und das Alter selbstbestimmt vorzusorgen.“ und andererseits: „Das Sozialstaatsprinzip berechtigt und verpflichtet den Staat ein staatliches Vorsorgesystem mit Zwangsgliedern und Nutzungsberechtigungen zu installieren.¹² Besser ist es da, wenn in der Verfassung steht: Die Wirtschaftsordnung muss der Art sein, dass sie die Grundrechte real fördert und nicht einschränkt.

Da es nur zwei reine Formen der Wirtschaftsordnung gibt – die Zentralverwaltungswirtschaft und die Verkehrs- oder Marktwirtschaft - und Mischformen davon, braucht man nur überlegen, welche Form von Wirtschaft die Wirksamkeit der Grundrechte am effektivsten unterstützt. Es hat sich eingebürgert, die Begriffe Kommunismus und Zentralverwaltungswirtschaft gleichzusetzen, sie als Synonyme zu benutzen. Das ist unkorrekt. Die ZVW kann auch mit anderen Ideologien als die des Kommunismus ausgestattet werden. Da die ZVW aber nicht ohne Zwang und Unterordnung auskommt, benötigt sie eine Ideologie, die die Bürger durch einen Wahn – dieser Weg ermögliche ein solidarisches Handeln oder würde den Frieden bringen - leidensfähig und opferwillig macht.

Kapitalismus ≠ Marktwirtschaft

Für ein Urteil über diese Zusammenhänge ist es aber notwendig, die verschleiende Gleichsetzung der Begriffe Kapitalismus und Marktwirtschaft aufzulösen, denn die Marktwirtschaft ist eine Wirtschaftsordnung und der Kapitalismus – ob privat oder staatlich – ist die Möglichkeit das Arbeitseinkommen ohne Gegenleistung anzuzapfen. Rechte (bis in die Mitte hinein) und Linke wehren sich aber dagegen. Die Linke braucht den unlogischen Doppelbegriff, um ihren Anspruch auf das Monopol der Kapitalismus-Analyse zu retten und die Rechten braucht die Gleichsetzung, damit das Publikum nicht merkt, dass der Kapitalismus nur

¹² Die Befürworter eines solchen sozialen Sicherungssystem, glauben noch immer, das damit dem Kapitalismus Grenzen gesetzt werden können, was ein Irrtum ist. Die Kosten dieses System müssen aus dem Arbeitseinkommen bezahlt werden. Die Anteile, die die Unternehmen zahlen müssen, sind für sie Lohnkosten in anderer Form. Und staatliche Sicherungssysteme sind auch nicht gegen Entwertungen aufgrund von Inflationen geschützt. Abgesehen davon, dass der Staat ursächlich für die Inflationen verantwortlich ist, kann er die Schäden nur durch Umlage auf die Steuerzahler ausgleichen. Das heißt, die Geschädigten zahlen den Schadensausgleich selber.

ein Zerrbild von der Marktwirtschaft möglich macht, das 80 % dafür zahlen, damit 10 % immer reicher werden und 10 % mit plus-minus-null aus diesen versteckten Verteilungskampf herausgehen.

Das Schlimme ist, das für die Erforschung von schwarzen Löchern, die Sprache bestimmter Singvögel oder für neue militärische Tötungsmaschinen immer Geld und Personal vorhanden ist, aber nicht für die Antworten auf die zentralen Fragen zur gedeihlichen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Die Mitglieder der Wissenschaften, die das menschliche Handeln zum Gegenstand haben, leisten hier nicht die nötige Aufklärungsarbeit. Die Ursache ist bestimmt nicht, weil sie alle faul und dumm wären. Ich vermute, dass die Ursache darin zu suchen ist, dass gerade hier die gefesselte Bildungsfreiheit ihre negativen Wirkungen zeigt. Wenn auch außerhalb der offiziellen Wirtschaftswissenschaft gute Aufklärungsarbeit geleistet wird, wie unter anderen die meines verstorbenen Freundes Helmut Creutz¹³ mit seinem Buch „Das Geldsyndrom / Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“, so reicht das nicht, um die Verschwörungstheorien einzudämmen, zumal nicht ausgeschlossen werden kann, dass Gruppen von Wissenden die Aufklärung vermeiden, weil sich im Trüben besser fischen lässt. Aber die Verfassungswirklichkeit ist eben von den ungeklärten ökonomischen Verhältnissen geprägt und ohne vorherige Aufklärung vor der Formulierung einer neuen Verfassung würde sie nicht die mögliche optimale Form erreichen.

Merkpunkte zur Verfassung

- a) Ein Verfassungsfeind ist nicht der, der eine andere Verfassung will und da offen für wirbt, sondern der, der im Zeitpunkt der gültigen Verfassung ihre Normen nicht einhält. Und in diesem Sinne zählt unsere ganze politische Klasse zu den Verfassungsfeinden.
- b) In eine Verfassungsklausel gehören keine Ewigkeitsklauseln, weil diese die Herrschaft der Toten begründen und dem lebenden Volk um das Verfassungsgebungsrecht betrügen.
- c) Das Recht auf die Verfassungsänderung muss auch bei der Gesamtheit der Gesellschaftsmitglieder bleiben und in Form der direkten Demokratie entschieden werden.
- d) alle 25 Jahre, sollte in einer Revision in Form der direkten Demokratie entschieden werden, ob die Verfassung weiter bestehen soll oder ob eine neue beschlossen werden soll. Auch

13 www.helmut-creutz.de <https://www.thomaskubo.de/das-geld-syndrom.html>

Helmut Creutz war und ist mit seiner schriftlichen Hinterlassenschaft nur einer von vielen, diese Aufklärungsarbeit betrieben haben und betreiben. In der Uni Oldenburg ist das Archiv für Geld- und Bodenreform untergebracht. Hier kann eingesehen werden, was sich zu diesen Themen in 1 ¼ Jahrhundert an Schriftgut dazu angesammelt hat.

<https://uol.de/bis/archive-und-sammlungen/archiv-fuer-geld-und-bodenreform>

<https://www.sozialoekonomie.info/archive/archiv-geld-und-bodenreform/archiv-geld-und-bodenreform-vorstellung.html>

Besonders aus verfassungsrechtlicher Sicht hat auch Dieter Suhr das Thema bearbeitet. https://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Suhr
<https://www.dieter-suhr.info/de/>

ein sich evtl. angesammelter Verfassungsmüll könnte dabei entfernt werden. Auf diese Weise hat jeder Bürger die Chance einmal im Leben sein Anteil am Verfassungsgebungsrecht auszuüben.

e) Die Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin erfolgt auch in direkter Wahl. Dem Amt wird ein Beirat zugeordnet, der ihr oder ihm hilft, die vom Parlament beschlossenen Gesetze die er oder sie unterschreiben soll, vorher zu prüfen, ob die betreffenden Gesetze verfassungskonform sind und so formuliert wurden, das sie von Bürgern mit durchschnittlicher Bildung auch ohne „Dolmetscher“ verstanden werden können. Der Präsident mit dem Beirat wäre auch zuständig für die ordnungsgemäße Durchführung von Akten der direkten Demokratie und das Entscheidungsgremium für die Höhe der Diäten der Mitglieder des Bundestages.

f) Um auch die Gewaltenteilung zwischen Judikative einerseits und der Legislative und Exekutive andererseits wird die Richterschaft direkt mit Einschaltung eines Stufenwahlrechts vom Volk, dem Inhaber und Ausgang staatlicher Gewalt, bestimmt. In jedem Bundesland wählen die Bewohner dieses Landes ein Richterwahlgremium. Die Kandidaten sollten zu einem Viertel aus der vorhandenen Richterschaft kommen, zu einem Viertel aus der Gruppe der Rechtsanwälte und zur Hälfte aus anderen Berufen. Das gewählte Gremium wählt die Richter auf Landesebene und setzt sie auch in ihr Amt ein. Eine Abwahl von Richtern sollte auch möglich sein.

Die Richterwahlgremien auf den Landesebenen wählen dann ein Richterwahlgremium für die Bundesebene nach gleichem Muster wie auf der Landesebene. Sie wählen dann die Richter auf Bundesebene und setzen sie ein. Auch hier sollte eine Abwahl möglich sein.

g) Um auch die Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative konsequent einzuführen, zu vermeiden, dass die Mehrheit des Bundestages nur ein Erfüllungsgehilfe der Exekutive spielt, der Opposition nur die Rolle des zahnlosen Löwen verbleibt und Komplikationen wie zur Zeit in Thüringen - wo keine Mehrheiten für einen Ministerpräsidenten gefunden werden - gar nicht entstehen können, ist die Wahl der Bundeskanzlerin oder des Bundeskanzlers in direkter Wahl von allen Bürgern zu wählen. Die Kandidatin oder der Kandidat für das Kanzleramt stellt den Wählern die Personen vor, die sie oder er für die einzelnen Ministerposten berufen will. Das Parlament erhält das Einspruchsrecht gegen die Berufung einzelner Personen in das Ministeramt. Fällt ein Minister-Kandidat im Parlament durch, muss der Kanzler / die Kanzlerin dem Parlament einen neuen Minister-Kandidaten präsentieren. Spricht das Parlament der Kanzlerin oder dem Kanzler das Misstrauen aus, muss das Volk durch eine weitere Wahl das Vertrauen aussprechen oder eine neue Bundeskanzlerin / einen neuen Bundeskanzler neu besetzen, was zur Folge hat, dass die Amtszeit der Minister mit der Amtszeit der Kanzlerin / des Kanzlers automatisch endet oder von der neuen Kanzlerin oder neuem Kanzler neu berufen werden müssen. Das Recht der Besetzung des Kanzleramtes bleibt Volk und landet auch im Falle eines Misstrauenvotums nicht im Parlament.

h) Hier sollen ein paar Anmerkungen zur Beschickung der Parlamente und der Rolle der Parteien gesagt werden. Ich zitiere den Art. 21 (1) des Grundgesetzes er lautet:

(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

Beim Absatz 2 ist mir die Frage gekommen, ob Parteien, die aus Deutschland eine Verwaltungseinheit eines europäischen Zentralstaates machen wollen - und diese Tendenz ist doch bei allen unseren Parteien, wenn auch nicht als Ziel offen angestrebt, so doch die Folge ihrer Politik - , noch verfassungstreu?

Mir geht es hier aber um das Mitwirkungsrecht der Parteien (im Abs. 1) an der Willensbildung des Volkes, das in der Realität zu einem Monopol jener Parteien geworden ist, die die Hürden, die vor dem Einzug in die Parlamente überwunden haben. Der Begriff Monopol ist hier nur zutreffend im Vergleich mit parteilosen Bürgern. Innerhalb der Parteien insgesamt bilden die Parteien, die die wettbewerbsfeindliche 5 %-Hürde übersprungen haben ein Kartell, das dafür sorgt, das die Privilegien, die sie sich mit Hilfe durch ihre Vertreter in den Parlamenten verschafft haben, nicht durch noch mehr Teilnehmer verwässert werden. Die Parteien, die an der 5%-Klausel gescheitert sind, sind in mehrfacher Hinsicht gegenüber dem herrschen Kartell benachteiligt, sie kommen in den Medien so gut wie nicht vor und in den Berichten über Wahlergebnisse werden sie nur unter dem Sammelbegriff „Sonstige“ erwähnt.

Es ist gar nicht zu vermeiden, dass sich Bürger zusammenschließen und versuchen, die Erreichung politischer Ziele zu fördern, dabei ist es egal, ob diese Zusammenschlüsse Partei, Verein, Gesellschaft oder Arbeitsgemeinschaft genannt werden. Nur klar muss sein, dass diese Gruppen keine Verfassungsorgane sind und kein direktes Einwirkungsrecht auf das Parlament und die Regierung haben. Gegenüber der Legislative und der Exekutive haben sie den Status von Lobbygruppen. Ihre Finanzierung durch den Staatshaushalt ist nicht gerechtfertigt und wenn diese doch erfolgen soll, sollen Parteien mit anderen Gruppen, die für öffentliche Anliegen werben und arbeiten gleich gestellt werden. Auch sollten die Wahlberechtigten selbst - und nicht Parlamente - entscheiden können, welche Gruppe finanziell unterstützt werden soll. Dies ist einfach durchzuführen. Jeder Steuerbürger kann sein Finanzamt anweisen einen für alle Bürger einheitlichen Betrag von seiner gezahlten Steuerschuld an die ausgewählte Gruppe / Partei zu überweisen. Das Finanzamt oder der Empfänger melden den Vollzug der Überweisung mit dem Steuerbescheid. Oder der Spender überweist selber den Betrag. Und eine Kopie der Überweisung gilt als Teil der Tilgung seiner Steuerschuld. Für weitere Spenden, die die Bürger tätigen, gibt es dann keine Steuerminderung mehr.

Das Wahlrecht muss dann so gestaltet werden, das Bewerber aus dem Parteienumfeld keinen Vorteil gegenüber parteilosen Bewerbern haben, den diese nicht anderweitig ausgleichen können. Dazu ist notwendig, dass keine Listen mehr gewählt werden, sondern nur Einzelkandidaten. Diese können dann mit Symbolen hinter ihren Namen auf Internetauftritten (nach einem einheitlichen Schema) hinweisen, aus deren Inhalte die Wähler sich ein Bild vom politischen Hintergrund des jeweiligen Bewerbers machen können.

Man könnte die Wahl selbst so gestalten, dass jedem Wähler z. B. 10 Stimmen gibt, die einzeln auf unterschiedliche Kandidaten oder gehäuft auf wenige Kandidaten eingesetzt werden können (Kumulieren). Da nicht jeder Wähler in jedem Wahlbezirk seinen Wunschkandidaten findet, kann man sein Wahlrecht dadurch mehr Gewicht geben, dass ihm die Möglichkeit gegen wird, seine Stimmen für Kandidaten in anderen Wahlbezirken einzusetzen. Man könnte diese Möglichkeit dahingehend beschränken, dass die Wähler z. B. die Hälfte seiner Stimmen für die Wahl von Kandidaten in anderen Wahlbezirken landes- oder bundesweit einsetzen kann. Hier würde das Mehrheitswahlrecht genau den Wählerwillen widerspiegeln. Die Zahl der Bundestagssitze kann eindeutig bestimmt werden, weil es keine Überhangmandate mehr gibt und keine Benachteiligungen von Bewerbern. Nach der Wahl wird eine Rangfolge

der Bewerber nach erhaltenen Stimmen gemacht und abgezählt, wer nach der erhaltenen Stimmzahl das Ziel erreicht hat. Wenn man befürchte, dass durch solch ein Verfahren bestimmte Landstriche im Bundestag unterrepräsentiert sein könnten, kann jedes Bundesland nach Zahl seiner Bewohner die entsprechende Zahl der Bundestagsmandate zuordnen und die Stimmauszählung für jedes Bundesland vorgenommen werden.

Da ein so gewähltes Parlament, das durch seine Befreiung von der Kanzlerwahl nicht mehr für den Erhalt der Kanzlerschaft zuständig ist, haben wir zum ersten Mal die Situation, in der die Abgeordneten nur dem ganzen Volk verantwortlich sind und nicht von Fraktionen gegängelt werden können. Die Abgeordneten könnten nach ihren eigenen Einsichten abstimmen und nicht nach Vorgaben aus den Parteien und Fraktionen. Es würde keine Abstimmungen im Block mehr geben, sondern für jedes Gesetzesvorhaben wechselnde Mehrheiten. Um die Fraktionsbildung in einer neuen Form zu verhindern, kann noch vereinbart werden, dass Mandatsträger für die Dauer ihres Mandates kein Mitglied einer Vereinigung mit politischen Zielen sein dürfen. Da die Kandidatur für das Parlament ein selbst gewählter Akt ist und die Ausübung des Mandats ein ehrenvoller Dienst an der gesamten Gesellschaft ist, wäre solch eine Einschränkung auch kein Verzicht, sondern die Voraussetzung dafür an einer so hervorgehobenen Stelle wirken zu dürfen.

Es bleibt noch das Problem, dass die Gewaltenteilung auch dadurch eingeschränkt wird, dass der öffentliche Dienst so stark im Bundestag vertreten ist, dass der Bundestag auf eine andere Weise als heute zu einer Legitimationsmaschine der Bundesregierung wird. Es ist sinnvoll und berechtigt, auch hier über Beschränkungen nachzudenken. Es soll ja Länder geben, in denen Mitglieder des öffentlichen Dienstes kein passives Wahlrecht haben.

(Was hier geschrieben wurde, ist kein Parteiprogramm, sondern mein Versuch, unsere politischen Probleme zu erfassen und Antworten bzw. Lösungen dafür zu finden. Ich vermeide auch das „Wir“, wenn es verschleiert, dass ich als Einzelperson der Schreibtäter bin.)

Die Fixierung der Deutschen auf Verbrechen, die im Namen ihres Staates begangen wurden, schafft neues Unheil

Ich habe mich schon wiederholt mit diesem Thema beschäftigt, aber diesmal hatte ich Manschetten davor, weil durch die politische Entwicklung das Thema so vergiftet ist, dass sich derjenige der sich dazu äußert – ganz egal mit welchen Motiven oder mit welcher Zielrichtung – damit rechnen muss, dass er dafür von irgendeiner Seite „Prügel“ erhält. Und die Verhältnisse entwickeln sich zur Zeit ja so, dass das Wort *Prügel* wahrscheinlich bald ohne Anführungszeichen geschrieben werden muss. Die Schwierigkeit in dieses Thema einzusteigen liegt auch darin, dass die Schuld der Deutschen zu einer Staatsreligion erhoben wurde, die nicht angetastet werden darf. Der Versuch, die Vorgänge sachlich zu erfassen und im Urteil so etwas wie eine Generationengerechtigkeit zu üben, gilt schon als Sakrileg. Aber in

dieser Situation zu schweigen, vergiftet das politische Klima noch mehr, als mit einer falschen Beurteilung der Vorgänge und Tatbestände hausieren zu gehen.

Es geht beim Thema Juden nicht nur darum, dem Gaul der verordneten öffentlichen Meinung gegen den Strich zu bürsten, sondern auch um das Thema Deutschland als Kriegstreiber und die Neigung der Politiker, den Ausgang aller Übel nach dem Ersten Weltkrieg bei den Nationalsozialisten zu verorten. Auch müsste ich der Frage nachgehen, ob das völkische Denken wirklich die Wirkung hatte, die ihm zugeschrieben wird oder ob unter dieser Beflagung heimlich Denkverbote aus nicht offen ausgesprochenen Gründen transportiert werden sollen. Dann wäre noch der Frage nachzugehen, ob die Deutschen, die in die Hitlerzeit hineingeboren wurden oder nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden, weniger schuldig geworden sind, als die Generation die vor und in der Hitlerzeit für das öffentliche Geschehen verantwortlich waren.

Meine Frage ist, kann ich überhaupt bei meinem Wissensstand auf wenige Seiten zu dem Komplex brauchbare Aussagen mit aufklärendem Charakter zusammen tragen? Die Antwort kann nur der Versuch erbringen. Und dem Leser wird auch etwas abverlangt. Er sollte das Abblocken meiner Aussagen dadurch vermeiden, dass er diese nur als Arbeitsthesen auffasst, nicht als letzte Wahrheiten und erst nach seinem eigenen Durchdenken des Gelesenen entscheiden, ob es sich hier um mehr als Thesen oder nur um ein überflüssiges Geschreibsel handelt.

Theodor Heuss als Starthilfe / Mut zur Liebe

Beim Nachdenken, wie ich diesen Abschnitt nach dem Vorgeplänkel beginnen sollte, ist mir eine Aussage von Theodor Heuss, erster Präsident der BRD wieder eingefallen. Sie steht in einer Broschüre aus dem Jahr 1957, trägt den Titel „Die Juden und wir“ mit Beiträgen von Helmut Genschel, Prof. Dr. Hans Köhler, Horst Bethmann und Prof. Dr. Theodor Heuss. Es ist eine Veröffentlichung des Arbeitskreises für angewandte Anthropologie e.V. Göttingen. Das Bemühen der Herausgeber ist nicht, sich in Schuldzuweisungen oder in Verharmlosungen zu üben, sondern das Verstehen zu fördern.

Der Beitrag von Theodor Heuss ist überschrieben mit „Mut zur Liebe“ Ich zitiere daraus:

... Lassen Sie mich ein persönliches Wort zu dem jüdisch-deutschen und jüdisch-christlichen Problem aus meinen eigenen Erfahrungen heraus sprechen. Wenn ich an die vier oder fünf nächsten Freunde in meinem Leben

denke, die mich begleitet und mein Leben mit aufgebaut haben, so waren zwei oder drei davon Juden. War ich mit ihnen befreundet, weil sie oder trotzdem sie Juden waren? Ich war mit ihnen befreundet, weil der Funke der menschlichen Liebe zwischen uns sprang. Es hat auch Juden gegeben, denen ich in einem schlichten Bogen ausgewichen bin; aber nicht, weil sie Juden waren, sondern weil sie mir nicht lagen. Ich weiche auch heute noch manchen Leuten aus, die - sagen wir es in diesem Falle - „Arier« sind.

... Und nun würde es mir als ein Unrecht erscheinen, wenn an einem Nachmittag wie an diesem, in einer solchen Stunde, ein Name nicht genannt werden würde, der in dieses Gespräch herein gehört, wenn man ein Gefühl der Dankbarkeit und der Würde besitzt. Und dieser Name heißt Victor Gollancz. Ich kenne den Mann nicht. Ich habe einiges von seinen Schriften gelesen und habe mir manches von ihm erzählen lassen. Aber wie immer es sei in Bezug auf geistige Qualität und Originalität: als ich zuerst von ihm hörte, schien er mir ein Zeichen zu sein, ein Zeichen dafür, daß es noch etwas gibt, das ich den „Mut zur Liebe“ nennen möchte. Mut zur Liebe? Bedarf es dessen? Ja! Der Haß folgt der Trägheit des Herzens; er ist billig und bequem. Die Liebe ist immer ein Wagnis. Aber nur im Wagen wird gewonnen.

Ich zitiere diese Ausschnitte, weil ich den Eindruck habe, dass in den politischen Auseinandersetzungen die Kontrahenten in dem sie ihren Hass auf den oder die politischen Gegner freien Lauf geben, sich selbst in die Kategorie der Guten retten wollen. Das ist aber eine falsche Annahme. Wer nur noch beim politischen Gegner sucht, was dem eigenen Hass Nahrung gibt und nicht mehr bereit ist, zu verstehen, was der andere sagt, der ist selber ein übler Teilnehmer der politischen Kommunikation.

Der Name Victor Gollancz klang mir noch vertraut, aber ich wusste nicht mehr, für welchen Inhalte dieser Name steht und deshalb habe ich im Netz nachgeschaut, für welchen Inhalt der Name steht.

Sir Victor Gollancz (* 9. April 1893 in London; † 8. Februar 1967 ebenda) war ein britisch-jüdischer Verleger, Sozialdemokrat, Humanist und Kämpfer für die Menschenrechte. Er war ein früher Hitler-Gegner und ein Kritiker der Behandlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere auch der Vertreibung. ...

In dem Abschnitt *Pazifist, Humanist und Aufklärer über den Nationalismus* wird berichtet, wie er schon 1936 über die Entrechtung der Juden durch das Nazi-Regime aufgeklärt hat. Er ist aber nicht dabei stehen geblieben. Unter der Überschrift „Kritiker der Vertreibung der Deutschen“ ist zu Lesen:

1945 veröffentlichte er eine Schrift unter dem Titel „What Buchenwald really means“, in der er sich gegen die These von der Kollektivschuld eines einzelnen Volkes wandte. 1946 gründete er die Hilfsorganisation „Save Europe Now“.

In seinem Buch Our Threatened Values (London, 1946; 1947 in Zürich mit dem Titel Unser bedrohtes Erbe auf Deutsch erschienen) beklagte Gollancz die Verbrechen an den besiegten Deutschen: „Sofern das Gewissen der Menschheit jemals wieder empfindlich werden sollte, werden diese Vertreibungen als die unsterbliche Schande all derer im Gedächtnis bleiben, die sie veranlasst oder sich damit abgefunden haben. Die Deutschen wurden vertrieben, aber nicht einfach mit einem Mangel an übertriebener Rücksichtnahme, sondern mit dem denkbar höchsten Maß von Brutalität.“

Unter anderem beschreibt er die Situation sudetendeutscher Häftlinge in einem tschechischen KZ: „Sie lebten ohne Rücksicht auf Geschlecht und Alter in Hütten zusammengepfercht... Sie waren im Alter von 4 bis zu 80 Jahren. Jeder sah verhungert aus... Den empörendsten Anblick boten die Säuglinge...“. Als Marschall Montgomery den Deutschen nur 1000 kcal täglich zuteilen wollte und zur Begründung auf die nur 800 kcal für die Häftlinge im Konzentrationslager Bergen-Belsen verwies, schrieb Gollancz über das Hungersterben in Deutschland, dass viele der Flüchtlinge nicht einmal diese 1.000 kcal erhielten. „Es gibt wirklich nur eine Methode der Umerziehung von Menschen“, erklärte er, „nämlich das Beispiel, das man selber vorlebt.“ Gollancz löste dadurch eine Welle der Hilfsbereitschaft aus. Nicht zuletzt sein Engagement führte im Dezember 1946 dazu, dass die britische Regierung das Verbot, Lebensmittelpakete nach Deutschland zu senden, aufhob.

Im Namen der Menschlichkeit und der Demokratie hat sich Gollancz immer wieder gegen nationalistische Entgleisungen gewandt. „Wir wollen uns völlig klar darüber sein, dass der Nationalismus ein Laster ist. Wir meinen mit ‚Nationalismus‘, jede übergebührende Betonung der Nationalität... Der Nationalismus ist ein Laster, weil er sein Augenmerk auf vergleichsweise belanglose Dinge lenkt... und dabei das Wesentliche übersieht, das einfach darin besteht, dass er (jeder Mensch) ein Mensch ist. (...) Was macht es schon aus, dass ich Englisch spreche und jemand anders Deutsch, dass meine Haut weiß ist und die eines Negers schwarz ist, dass ich Jude bin und mein Nachbar anderen Glaubens... Lasst uns denn im Namen der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes diese Unterschiede vergessen, damit wir uns unseres gemeinsamen Menschseins erinnern“.

https://de.wikipedia.org/wiki/Victor_Gollancz

Als ich das las, habe ich gedacht, dieser Mensch hat doch das christliche Gebot der Feindesliebe beachtet und gelebt. Ich habe mich vergewissert, wie es genau lautet:

Die Feindesliebe / Den Hass überwinden

Liebt eure Feinde, so lautet der provozierende Appell, den Jesus in einer berühmten Rede, der Bergpredigt, an die Menschen richtet. Damit erweitert

und überbietet er das Gebot der Nächstenliebe. Die Feindesliebe ist eine wichtige Grundlage der christlichen Friedensethik.
Liebt eure Feinde und bittet für die, die euch verfolgen, auf dass ihr Kinder seid eures Vaters im Himmel. Denn er lässt seine Sonne aufgehen über Böse und Gute und lässt regnen über Gerechte und Ungerechte.
Denn wenn ihr liebt, die euch lieben, was werdet ihr für Lohn haben?
Tun nicht dasselbe auch die Zöllner?
Und wenn ihr nur zu euren Brüdern freundlich seid, was tut ihr Besonderes?
Tun nicht dasselbe auch die Heiden?
Darum sollt ihr vollkommen sein, wie euer himmlischer Vater vollkommen ist.

Matthäusevangelium 5,44-48

<https://www.ekd.de/Feindesliebe-10798.htm>

Victor Gollancz ist unter den Juden kein Einzelfall. Aber wer von den Christen unter den politischen Kontrahenten, die das politische Klima vergiften, lebt denn nach diesem Gebot? Die Frage ist an alle in allen politischen Lagern gerichtet und nicht nur an Mitglieder und Wähler der AfD.

Die meisten Politiker, die das Attribut „ein Deutscher zu sein“ für sich in Anspruch nehmen, können nicht einsehen, die Entstehung der AfD, vorher der grünen Partei und davor des RAF-Umfeldes jeweils ein Ergebnis der vorangegangenen Politik ist. Und ein Weitermachen wie bisher bedeutet dann, dass wir einen wirklichen politischen Dammbbruch erleben werden. Die politische Entwicklung, die wir heute erleben habe ich schon in den 70er Jahren vorausgesehen, nicht weil ich ein Hellseher bin, sondern weil sie der Logik der praktizierten Politik folgte. Nicht die Juden sind unser Problem, sondern der Umgang mit „der Schuld der Deutschen“ und Deutschlands Israel-Politik, die uns zu neuen Schuldigen gegenüber der Palästinensern gemacht hat und weiter macht. Wir können Juden nicht als normale Menschen, wie alle anderen, betrachten, die des Lobes und der Kritik würdig sind, sondern nur als Opfer. Dabei sind die Juden, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren sind nicht mehr Opfer ihrer Zeit als die Deutschen mit gleichen Geburtsjahren. Vielleicht sogar weniger, den nachgewachsenen jungen Deutschen wurde das Stigma des Kollektivmordes aufgebürdet und alles was an Gutmachung in Form von Geldzahlungen geleistet wurde, wurde von ihnen, die kein Anteil an dem grausamen Unrecht, was im Namen Deutschlands die Juden erlitten haben, erarbeitet. Wenn ihre Eltern über ihr Leid, das sie als Flüchtlinge, Vertriebene, Ausgebombte gesprochen haben, dann wurde ihnen zu oft gesagt, sie seien selber schuld, sie hätten Hitler zugelassen. Wer Hitler zugelassen hat, da muss noch drüber gesprochen werden. Ich spreche nicht die Frage an, wer die NSDAP finanziert hat, sondern wer das Klima geschaffen hat, in

der die N'SDAP und Hitler überhaupt ein Erfolg haben konnte. Aber das Thema folgt später. Ich will noch erst einen Juden zu Wort kommen lassen, der sich auch für die Nachkriegsdeutschen in die Bresche warf. Ich spreche von Ludwig Freund, Frontsoldat im Ersten Weltkrieg, Professor für Soziologie und Politikwissenschaft, der in meinem Geburtsjahr 1934 in die USA emigrierte und 1959 nach Deutschland zurückkehrte.^{14 15}

In seinem Buch „**Aussenpolitische Grundsätze**“, 1963, schreibt Ludwig Freund:

Einer klug abwägenden, doch zielbewußten deutschen Interessenvertretung im Ausland stehen aber nicht nur fremde deutschfeindliche Bestrebungen und Enggeistigkeiten im Wege, sondern auch eine durch den Nazistaat indirekt verschuldete Atrophie staatspolitischer Gesinnung bei auffällig zahlreichen Repräsentanten bundesdeutscher Intelligenz. Diese oftmals an geistig prominenter Stelle befindlichen Kreise verdächtigen gerne jede kraftvolle, bei anderen Völkern als normal empfundene Betätigung staatlichen Lebenswillens. Die berechtigte Scham über die Nazivergangenheit, der Wille, einem ähnlichen Verfall der Staatsmoral vorzubeugen sind billigenwerte Züge, nur kann man des Guten zu viel tun. Die Übertreibungen der guten Absicht haben ein intellektuelles Klima erzeugt, in welchem zwar oft das seltsame Lob der Manifestationsweisen eines krassen Nationalismus gewisser fremder Staaten und Völker in nahen und fernen Erdteilen erklingt, dem eigenen Volke aber ein nationales Schuldbewußtsein auch für die kommenden Generationen angezuchtet wird. Ihm soll anscheinend nur die Begeisterung für europäische und weltweite Kooperation anstehen, nicht, wie das bei den anderen Völkern dabei immer noch normal und üblich geblieben ist, unter gleichzeitiger Achtung für die Sonderart des eigenen Volkstums. Das deutsche Volkstum und die deutsche Geschichte haben ja schließlich nicht nur das abscheuliche Phänomen des Hitlertums hervorgebracht. Es muß entweder zu einer verhängnisvollen Selbstverachtung oder zu einer nicht minder gefährlichen, unteilbaren Kluft zwischen Intelligenzschicht und Volk führen, wenn die positiven Leistungen deutscher Vergangenheit kaum noch mit Stolz verzeichnet werden dürfen, während alle anderen Völker mit berechtigtem, nicht selten sogar übertriebenem Selbstbewußtsein bei den Großtaten ihrer geistigen, politischen, ja militärischen Vergangenheit verweilen. Der Verfasser als freiwilliger Rückkehrer muß ganz energisch dagegen protestieren, daß von zahlreichen den deutschen Geist im In- und Auslande heute repräsentierenden Angehörigen der deutschen Intelligenz alles Deutsche fast nur unter dem Gesichtspunkt der Naziepoche dargestellt wird, daß in getreuer Übereinstimmung mit der an-

14 Eines Tages als für eine Wahlverwandte den Papierkorb im Container vor dem Eilenriedestift in Hannover leeren wollte, entdeckte in dem Container einen Berg von Büchern, der nach der Bergung den Kofferraum meines Wagens füllte. Die Analyse zu Hause ergab, das die Bücher von Ludwig Freund und der Buchbestand seiner Frau Karin Freund-Heitmüller war, die vermutlich nach ihm gestorben ist. Frau Freund-Heitmüller war Professorin an der Pädagogischen Hochschule, an der meine Frau studiert hat. Die meisten Bücher habe ich weitergereicht, aber die Bücher, die dem Ehepaar zurechnen konnte, habe ich behalten. Um sie alle zu lesen, muss ich eine Lebensverlängerung beantragen.

15 Als ich das oben genannte Buch aus dem Regal nahm, kam mir auch noch ein Vortrag von Ludwig Freund aus dem Jahr 1968 in die Hände. Der Titel lautet „Menschenwürde und Politik“. Vielleicht scanne ich ihn ein und hänge in als gesonderte Datei diesem Text an.

glo-amerikanischen Kriegspropaganda von einst eine Tendenz herrscht, nach dem Übel und der Schuld in der deutschen Geschichte und nur nach diesen zu fragen. Man nennt das „standortgebundene“, „neue“ Geschichtsbetrachtung, da reine Objektivität sowieso nicht möglich sei. Der dabei vorherrschende Zug, die Werte deutscher, ganz selbstverständlich auch der preußischen Geschichte aus heutiger Perspektive mit vorwiegend, wenn nicht gar völlig negativen Vorzeichen zu versehen, ist tatsächlich eine Travestie der Wissenschaft, die sich von Charlatanerie und totalitärer Wissenschaftsauffassung nur dadurch abgrenzen kann, daß sie am Ideal der Wahrheitstreue, dem gewissenhaften Streben nach größtmöglicher Objektivität und Ganzheit (statt Parteilichkeit) der Erkenntnisse festhält. (Seite 56 f.)

Nach diesem Zitat habe ich eine Schreibpause gemacht, andere Arbeiten erledigt, auch die Nachrichten verfolgt, gelesen und überlegt, wie ich mit diesem Text weiter mache. Letztlich geht es bei meinen Bemühungen darum, für mich selbst und andere herauszufinden, warum es Situationen und Zeiten gibt, wo dem Menschen allein oder zusammen mit anderen Menschen ein hohes Glücksgefühl überkommt, wenn ihm bewusst wird, zu einer herausgehobenen Gattung unter den Lebewesen zu sein und dann gibt es wieder Momente und Zeiten wo ich mich und alle, wenn wir gerade nicht verstockt sind, uns nur schämen können, zu der Gattung Mensch zugehören.

Johann Heinrich Pestalozzi

Mir ist eine Passage aus dem Buch „Pestalozzi der Rebell“¹⁶ von Bruno p. Schliephacke, 1960, wieder eingefallen. Schliephacke schreibt:

Statt immer nur neue Gesetzesparagrafen zu schaffen, mit denen man die „Staatsmännerschlechtheit“ oft nur verdecken wolle, fordert er die Schaffung wirklich menschenwürdiger Lebensverhältnisse; denn »der Mensch ist gut und will das Gute, er will aber zu allererst auch wohlsein.“ Pesta-lozzi wußte nicht von dem bekannten Spruch des östlichen Weisen: Je mehr Gesetze im Land, desto mehr Räuber und Diebe! (Laotse, Tao Te King). Er war überhaupt erstaunlich wenig belesen, weil er aus dem unerschöpflichen Reichtum seines Inneren sprechen konnte, aber hier begegnet er sich mit den großen Geistern aller Zeiten. (S. 39)

Es müsste doch das Bemühen der Wissenschaften vom Handeln des Menschen sein, unter welchen Bedingungen das Bedürfnis des Menschen sein „wohlsein“ befriedigt werden kann. Aber es macht doch den Eindruck, als lieferten die Wissenschaften – von der Rechtswissenschaft über die von der Ökonomie bis hin zur Sozialpsychologie die politisch agierenden

¹⁶ Es handelt sich um Johann Heinrich Pestalozzi, nicht um Hans A. Pestalozzi mit seinem Buch: „Nach uns die Zukunft / Von der positiven Subversion“, 1979

Menschen, die Werkzeuge dafür, dass sie sich gegenseitig die Köpfe einschlagen können. Ich versuche hier Gedankensplitter oder Textauszüge aus verschiedenen Quellen zusammenzustellen, die ermöglichen das Schema des gegenseitigen Köpfe-Einschlagens zu verlassen. Ich überlege gerade, welchen der rund ein Dutzend Punkte, die ich mir für die Fortsetzung meines Textes notiert habe, weitermachen soll, da trifft eine E-Mail mit folgendem Angebot ein:

isw-report 120

Boomstädte und Schrumpfreionen

Das Auseinanderdriften der Regionen und das Versagen der Regionalpolitik in der Eurozone / 44 Seiten / 4,00 Euro zzgl. Versand

Dieser Report setzt sich mit Regionalentwicklung in Euroland auseinander. Gerade für die Europäische Währungsunion (EWU) mehren sich Hinweise auf eine wachsende regionale Ungleichheit, die einige der Mitgliedsländer vor erhebliche Probleme stellt. Bemerkenswert ist das auch deshalb, weil man bei der Euro-Einführung den EWU-Bürgern doch versprach, durch beschleunigte wirtschaftliche Integration die Lebensverhältnisse in den Regionen anzugleichen und die ärmeren Regionen aufschließen zu lassen. Hat die EWU dieses Versprechen nun erfüllt oder gebrochen?

Die Fragestellung dieses Reports ist: Wie haben sich die Regionen in der Eurozone entwickelt? Wie wirkt die europäische Wirtschafts- und Währungsintegration auf diese europäischen Regionen – und was folgt daraus für die Wirtschaftspolitik und die Regionalpolitik in der EWU?

Der Autor, Roland Charles Pauli, belegt die regionale Spaltung der Eurozone mit vielen Daten und konkreten Beispielen.

Ich verweise nicht auf das Angebot, weil ich dem ISW irgendwie verpflichtet oder verbunden wäre, sondern, weil auch diese Inhaltsangabe sichtbar macht, dass der Spaltpilz in allen gesellschaftlichen Bereichen seine Wirkung zeigt. Auf dem Hintergrund unserer gesellschaftlichen Probleme, ist die Frage, ob es in unserem Kosmos schwarze Löcher gibt, völlig irrelevant. Die Wissenschaftspolitik finanziert falsche Forschungsschwerpunkte. Aus unterschiedlichen Motiven wird seit Jahrzehnten versucht, die Freiwirtschaftsschule, die hier Beiträge Klärung liefern könnte, durch finanzielles Aushungern, durch Boykott und Verleumdung zum Schweigen zu bringen. Das könnte so gar gelingen. Neulich erhielt ich eine Mitteilung, dass es doch noch gelingen könnte, eine Halbtagsstelle für das Archiv für Geld und Bodenreform zu finanzieren. Es wäre ein „toller“ Erfolg für die Friedensfreunde, die Freiheitlichen und die, die angeben den Kapitalismus überwinden zu wollen, wenn die zu kleine Zahl der Freunde der Freiwirtschaft / Natürliche Wirtschaftsordnung / Humane Wirtschaft / in die Resignation getrieben würde.

((Für die, die das verhindern wollen ein paar Kontakt-Links:

www.inwo.de / <https://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/> / www.sffo.de

www.humane-wirtschaft.de / <https://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/>))

Gesell konnte aufgrund seiner Einsichten 1918 formulieren:

Offener Brief an die Berliner Zeitung am Mittag (1918)

Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz des Rufs der Millionen: „Nie wieder Krieg!“, entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft, beibehalten wird, so wage ich es heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen, und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. An vielen Grenzpfählen wird man dann eine Tafel mit der Aufschrift lesen können: „Arbeitssuchende haben keinen Zutritt ins Land, nur Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen.“ Wie zu alten Zeiten wird man dann nach dem Länderraub trachten und wird dazu wieder Kanonen fabrizieren müssen, man hat dann wenigstens für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.

Silvio Gesell, Gesammelte Werke Band 17, Seite 257

Gesell berichtet hier über die Wirkung einer sinkenden Kapitalrendite, die solange immer wieder Wirtschaftskrisen auslöst, bis ihre Ursache im Währungssystem behoben worden ist. In dem Begriff Kapitalrendite fließen die Begriffe Bodenrente und Zins zusammen. Während heute die Medien immer wieder klagen, wie stark die Sparer durch die niedrigen Zinsen betrogen werden, weist Helmt Creutz in seinen Arbeiten nach, wie 90% der Bürger durch ein generelles niedriges Zinsniveau (einschließlich der abgeschöpften Bodenrente) gewinnen würden. Das Publikum bemerkt diese Belastung nicht, die nicht nur Schuldner tragen, weil sie in die einzelnen Preise eingerechnet sind. Der Kostenanteil des Zinses betrug zur Zeit der Untersuchung von Creutz durchschnittlich 30 bis 40 %, mit wachsendem Kapitaleinsatz wachsend. Den Betriebswirten fällt dieser Umverteilungsmechanismus offensichtlich gar nicht auf, weil sie den Zins für einen normalen Kostenbestandteil in den Preisen halten. Creutz zitiert in seinem Buch „Das Geldsyndrom“ eine historische Quelle, die Gesells Aussage vom Zusammenhang von Zins und Krieg bestätigen. Ich bringe hier die Seite 372 aus der ersten Ausgabe von 1993:

Hat der Zins tatsächlich mit Krieg zu tun?

In der Kundenzeitschrift »Sparkasse« erschien im Dezember 1988 ein hochinteressanter Nachdruck, entnommen aus einem Vorläufer der gleichen Zeitschrift aus dem Jahr 1891. Dieser vor 100 Jahren geschriebene Artikel befaßte sich *mit* der Zinsentwicklung, schwerpunktmäßig mit jener des 19. Jahrhunderts. Dabei wurde vor allem der damals zu registrierende Trend sinkender Zinsen beklagt und erklärt:

»Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, daß die besonders rentablen Capitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben.«

Um den damals bei drei Prozent liegenden Zinssatz vor weiterem Fall zu bewahren, müßten, so hieß es weiter:

»... die neuen Länder, beispielsweise Afrika, sehr rasch durch europäische Capitalien erschlossen werden, damit einem solchen Sinken begegnet werde.«

Doch da auch das zu einer Umkehr des Zinstrends nicht ausreichen würde, schließt der 1891 erschienene Artikel mit folgenden Sätzen:

»So spricht denn alles dafür, daß wir noch einem weiteren Sinken des Zinsfußes entgegensehen. Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Capitalzerstörung welche er bedeutet.«

Dieser Schluß scheint ungeheuerlich. Aber er hat sich - wie wir wissen - seit 1891 zweimal erfüllt: Zwei »allgemeine europäische Kriege«, die man sogar weltweit ausdehnen konnte, haben dem »Sinken des Zinsfußes Halt geboten«.

Und Zins ist wieder oder immer noch einer der Ursachen, der explosiven Verwirrung in und zwischen den Völkern. Aber immer noch wird mit dem Vorwurf hausiert, die Kritik am Zins sei antisemitisch. Und es wird versucht die Kritiker an ihm damit den Mund zu verschließen. Dabei geht es gar nicht darum den Zins in seiner Preisfunktion auszuschalten, sondern nur darum, diese im Bereich von geringfügig über oder unter Null Prozent zu ermöglichen. Das würde enorm die Einkommensverzerrungen – die ein sozialer und politischer Sprengstoff sind – aufheben.

In Gesells Aussage von 1918 wird die Wirkung von der Inflation und Deflation nicht berücksichtigt. Diese Themen waren zwischen den beiden Weltkriegen und schon davor Schwerpunktthemen der Freiwirtschaft. Ich weise hier aber auf eine andere Quelle hin, in der die Freiwirtschaft nur als Fußnote erscheint, was bedeutet, dass die Freiwirtschaft zur Zeit der Abfassung des Buches schon in der Tabuzone lag, die ein Autor nicht ganz verschweigen aber auch nicht betont benutzen durfte.¹⁷ Der Titel des Buches heißt:

¹⁷ Den Hinweis auf einmaligen Nennung der Freiwirtschaft schreibe ich aus dem Gedächtnis. Jetzt beim Durchblättern las ich in einer Fußnote „im Kreise der Reformen“, da könnte Gesell auch mit erfasst sein.

„*Inflation und Deflation zerstören die Demokratie*“. Es erschien 1971. Der Verfasser ist Gerhard Ziemer, auf der Rückseite des Buchumschlages ist zu lesen:

Dr. jur. Gerhard Ziemer, Jahrgang 1904, Studium der Rechts- und Finanzwissenschaft in Jena, München und Berlin, nach Referendar- und Assessor-examen zunächst richterliche Tätigkeit in Pommern, dann bis 1945 Vorstandsmitglied der Pommerschen Bank und Generallandschaftssyndikus der Pommerschen Landschaft; nach dem Krieg Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg.

Ziemer beschreibt ausführlich die Wirkungen der Inflation und der Deflation. Ich zitiere Ziemer ausführlich in meinem Text:

Brüning, Schröder, Lafontaine, Möllemann, die Presse, die Parteien und die Tabus Tagebuch eines Zeitungslesers vom Januar 2003
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/26.1%20HAZ%20Bruening%20Tagebuch.pdf>

Hier bringe ich ein Zitat aus dem Kapitel

„**Wirtschaftliche und menschliche Probleme der Arbeitslosigkeit**“:

Wer in der großen Krise oder in den Jahren danach Gespräche mit Männern führen konnte, die die Arbeitslosigkeit persönlich erleiden mußten, oft mehrere Jahre hindurch, weiß, um welchen Einbruch in ihr Leben es sich dabei gehandelt hat. Es war eine verhängnisvolle Verblendung der Weimarer nichtradikalen Parteien und ihrer führenden Männer, daß sie diesen Einbruch in das Leben des deutschen Volkes nicht als die größte Gefahr erkannten, der gegenüber die finanziellen und außenpolitischen Probleme unterzuordnen waren.

Von den 14 Millionen nationalsozialistischen Reichstagswählern des Sommers 1932 hatten sicherlich nicht einmal 5 Prozent Hitlers »Mein Kampf« oder andere Schriften gelesen, die das Parteiprogramm der NSDAP erläuterten. Die neuen nationalsozialistischen Reichstagswähler waren auch keine Antisemiten. Sie wählten die NSDAP, so wie 3 bis 4 Millionen andere Deutsche damals zusätzlich zu den alten kommunistischen Mitgliedern die KPD wählten, weil sie aus der Krise herauswollten und auf die nicht-radikalen Weimarer Parteien keine Hoffnung mehr setzten. Es wäre für Deutschland und die Welt besser gewesen, wenn Hitler als Reichskanzler später diese Hoffnung enttäuscht hätte. Weil sein Kabinett sie aber erfüllte, auf schnellem Wege und mit einfachen Mitteln, die auch Brüning hätte einsetzen können, wurden aus den Wählern der NSDAP dankbare Nationalsozialisten, die nunmehr Jahre hindurch für richtig hielten, was Hitler anordnete. Ohne diese Dankbarkeit der Massen, die nach 1933 wieder einen Arbeitsplatz gefunden hatten, hätte Hitler seine außenpolitischen Abenteuer und seinen innenpolitischen Terror nicht wagen können. Man kann nicht beweisen, was aus der NSDAP geworden wäre, wenn es die Weltwirtschaftskrise nicht gegeben hätte. Vielleicht hätte sie auch dann ihren Tiefstand des Jah-

res 1928 mit 2,6 Prozent der abgegebenen Stimmen und 12 Reichstagsabgeordneten überwunden. Aber mit voller Sicherheit kann man sagen, daß die NSDAP es niemals zu einer politischen Stärke gebracht hätte, die dem Bestand der Weimarer Republik gefährlich werden konnte. Dazu hatten Hitler und die NSDAP zu viele natürliche Feinde. Außer den Kommunisten und den organisierten Mehrheitssozialdemokraten waren es das katholische Zentrum, das aufgeklärte Literaten- und Freimaurertum, die jüdischen Kreise und auch die Konservativen und Deutschnationalen alter Art, Großgrundbesitz, größeres Bauerntum, Adel und Reichswehrführung. Um durch diese starke Mauer einer Abwehr von Gegnern, die Hitler selbst dazu machte, weil er sie ständig angriff, eine Bresche zu schlagen, bedurfte es eines alles aus den Fugen reißenden Vorgangs, wie es die Deflationskrise mit ihren Arbeitslosenheeren war. (S. 174 f.)

Und jetzt einen Ausschnitt aus dem Kapitel

„Behandlung der Deflationskrise in den politischen Memoiren“.

Im Eingangskapitel des Buches ist schon gesagt worden, daß unsere Geschichtsschreibung über die Weimarer Epoche eine Geschichtsschreibung nach Auschwitz ist. Das gilt auch für die Verfasser der politischen Memoiren, soweit diese nach 1945 geschrieben sind, was in der Mehrzahl der Fall ist. Die nichtnationalsozialistischen Politiker der Weimarer Zeit legen mit Recht Wert darauf, ihre Abneigung gegen Hitler und den Nationalsozialismus in ihren Büchern zu bezeugen. Ein Eingeständnis, daß sie selbst oder ihre Parteien durch sachlich falsche Entscheidungen in der großen Krise die Wahlerfolge der Nationalsozialisten - und auch der Kommunisten - erst ermöglicht haben, kann man von ihnen nicht erwarten. Insofern hat die Deflationskrise in der bisherigen Memoirenliteratur einen schlechten Platz. Sie wird nach Ursache und politischer Wirkung nicht verdrängt wie die fünfjährige Inflation. Das ist bei dem unmittelbaren Übergang vom Höhepunkt dieser Krise zum Kabinett Hitler nicht möglich, aber die selbst gesetzten Ursachen dieser Krise und die politische Auswirkung werden in der Darstellung herabgemindert oder doch schonend behandelt. Statt dessen sind es deshalb vornehmlich die politischen Ideologien, inländische und ausländische Konferenzen, Partei- und Koalitionsverhandlungen und die rein persönlichen Erlebnisse und Kämpfe, die diese Quellen der heutigen Historiker mit Inhalt füllen und die die Geschichtsschreibung über Weimar zu etwas Zwiespältigem gemacht haben.

Im Januar 2020 kam mir Ludwig Mises durch einen Anstoß eines Lesers eines Leserbriefes in dem örtlichen Anzeigenblatt *Neustädter Zeitung* ins geistige Blickfeld. Ich habe das Thema in meinem Text 165 verarbeitet. „Die Klagen über Machtspielchen und Postenschacher aus einem Umfeld, in dem sie ebenfalls Zuhause sind.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/165.von.Maengel.der.Demokratie.und.Waerungsordnung.pdf>

Der Name Mises war mir bekannt. Ich wusste aber nicht oder nicht mehr für welche Inhalte oder für welche Person er stand.

Im Wikipediaeintrag über ihn ist zu lesen:

Leben: Ludwig Edler von Mises wurde am 29. September 1881 als Sohn des Arthur Edlen von Mises und seiner Frau Adele, geborene Landau, in Lemberg (damals Hauptstadt des Kronlandes Galizien, heute Lwiw, Ukraine) geboren. Er entstammte einer wohlhabenden jüdischen Familie. Die Erhebung in den erblichen Adelsstand war für seinen Urgroßvater Mayer Rachmiel Mises durch Kaiser Franz Joseph I. erfolgt. Sein Bruder war der Mathematiker Richard von Mises. Wenige Jahre später siedelte die Familie nach Wien über, wo Mises 1900 sein Studium der Rechtswissenschaft aufnahm und 1906 mit einer Dissertation abschloss. Von Mises war ab 1906 Mitarbeiter der Handels- und Gewerbekammer in Wien und leitete dort die Finanzabteilung.

Von Mises schrieb 1940:

„In der ersten Periode, die vom Zusammenbruch der Monarchie im Herbst 1918 bis zum Herbst 1919 währte, war die wichtigste Aufgabe, die ich mir gesetzt hatte, die Verhinderung des Bolschewismus. Ich habe schon erzählt, wie mir das durch Einwirkung auf Otto Bauer gelang. Daß es damals in Wien nicht zum Bolschewismus gekommen ist, war einzig und allein mein Erfolg. ...

Mises spielte eine führende Rolle bei der Beendigung der Hyperinflation in Österreich im Jahre 1922 und war eine führende Stimme bei der Reorganisation der Österreichischen Nationalbank auf der Grundlage eines Goldstandards unter der Aufsicht des Völkerbundes. Er trat für die drastische Senkung der Einkommen- und Unternehmensteuern ein, die die Aktivitäten des privaten Sektors strangulierten und half dabei, die Devisenkontrollen der Regierung, die den österreichischen Handel mit dem Rest der Welt ruinierten, zu Ende zu bringen.[1]

Ich habe keinen Anlass daran zu zweifeln, dass von Mises ein wohlhabender Mensch und ein ernsthafter Politiker und Wissenschaftler war. Wenn man aber bedenkt, dass die Goldwährung letztlich der Auslöser für die große Arbeitslosigkeit war und diese die Voraussetzung, das Hitler an die Macht kam, dann hat sein Wirken etwas Tragisches, denn dann zählt er zu denen, die den Holocaust mit ermöglicht hat. Neben den damals wenigen aus der Wirtschaftswissenschaft kommenden Währungsexperten wie den Schweden Gustav Cassel („*Theorie der Sozialökonomie*“ und „*Der Zusammenbruch der Goldwährung*“) waren es die Freiwirte, die vergeblich gegen diesen damals währungspolitischen Wahnsinn angekämpft haben.

Hier wird sichtbar, dass Ideen, Vorstellungen oder Beschreibungen von Wirkungszusammenhängen z. B. in der Ökonomie eine reale Prägung der Gesellschaft bewirken. Man sollte hier aber nicht die Menschen als Träger der Ideen bekämpfen oder kritisieren, denn Ideen, wenn sie den Raum des Nur-Gedachten verlassen und sich im Raum der menschlichen Kom-

munikation ausbreiten konnten, fliegen den Menschen zu wie ein Virus. Kritisch betrachtet werden müssen Ideen immer, besonders , wenn sie Wirkungen auf das soziale Zusammenleben und die Ökonomie haben. Aber mit Verboten und Verteufelungen ist Ideen, denen negative Wirkungen zugewiesen werden, beizukommen. Solche Versuche leiten dann auch das Ende der Meinungs- und Lehrfreiheit ein. Ich habe mit völkischen Ideen nichts am Hut – wie man sagt. Aber wenn man diese verbieten will, dann muss man u. U. auch die Bibel verbieten. Ich hatte schon mal einen Text vor Augen, mit dem ein Verbot der Bibel begründet wurde, weil sie eine Anleitung zum Terrorismus wäre. Davon abgesehen, ist es doch so, dass die Bibel, obwohl sie das Tötungsverbot lehrt, seit ihrer Existenz für die Begründung des Tötens erhalten musste. Aber für die Entwicklung des Naziregimes war das Denken in den Köpfen der Mitglieder der demokratischen Parteien wirkungsmächtiger als das völkische Denken, dass geschickt von den Nationalsozialisten genutzt wurde, als die Demokraten die Zeit dafür reif gemacht hatten. Es wurde dann zum Kitt, mit dem jene Bürger, die so dachten, an die NSDAP zu binden. Die SPD konnte den Weg in das Verderben – trotz ihrer Mitgliederstärke und Einflusses – nicht verhindern, weil sie aufgrund ihrer damaligen Bindung am Marxismus, das freiwirtschaftliche Lösungsangebot für die verfahrenere ökonomische Situation nicht annehmen konnten und so machten den Weg frei für ihre eigene Verfolgung durch die Nazis.

Ich habe zu dem Thema mit dem Generalstaatsanwalt Fritz Bauer 1963 eine Korrespondenz gehabt.

Deutschlands und Europas Weg in ein neues Tal der Tränenoder zu einem gemeinsamen Hoch der Entwicklung von Tristan Abromeit / Text 150.1

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/150.1.Deutschlands.und.Europas.Weg.Kritik.und.mehr.pdf>

Nun gibt es ja auch den Vorwurf die Freiwirte wären auch im Nationalsozialismus verstrickt und noch in der Gegenwart produzieren Menschenfreude der besonderen Art Beiträge, die rassistische oder nationalsozialistische Tendenzen beweisen sollen. Richtig ist, dass es Freiwirte gegeben hat, die Mitglied der NSDAP gewesen sind. Über die Motive müsste man in jedem Einzelfall forschen, weil nach meiner Einschätzung auch das Motiv dahinter gestanden haben könnte, rette, was zu retten ist. Der von den Nazis missbrauchte Begriff von der Zinsknechtschaft, gab da eine gedankliche Verknüpfungsmöglichkeit in dem Sinne, dass man den Inhalt Begriffes gegen einen mir Substanz austauschen könne, denn die Zinstheorie eines Gottfried Feders wurde von freiwirtschaftlicher Seite als Nonsens eingestuft. Andere hat-

ten auch wohl die Vorstellung, mit ihrem Wirtschaftsprogramm könnten sie die ganze NS-Programmatik auswechseln. Die Realität war aber, dass Gesell wegen seines Internationalismus abgelehnt wurde und die freiwirtschaftlichen Organisationen verboten wurden. Und die Freiwirte, die nicht in eine innere Immigration gegangen waren und sich offen gegen den Nationalsozialismus aufgelehnt haben, wurden verprügelt oder ins KZ gesteckt.¹⁸

Gesell war zu seiner Zeit wohl der einzige Ökonom, der aufgrund seiner Einsichten die Juden von wirtschaftlichen Manipulationen, besonders der Währung, frei sprach. Er wurde auch 1919 auch von Juden als Volksbeauftragter für das Finanzwesen in die Münchener Räterepublik berufen.

Von Werner Onken, der das Archiv für Geldreform und Bodenrecht betreut und Redakteur der *Zeitschrift für Sozialökonomie* ist liegen mir folgende Arbeiten vor: „Natürliche Wirtschaftsordnung unter dem Hakenkreuz / Anpassung und Widerstand“ ; „Natürliche Wirtschaftsordnung unter kommunistischer Herrschaft und nach der Wende von 1989“ und „Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik“. Unter den Suchbegriffen Silvio Gesell, Freiwirtschaft, Sozialwissenschaftliche Gesellschaft und Archiv für Geld und Bodenreform“ ist genügend Material zu dem Thema zu finden.

Ich selber war von dem Thema betroffen, als ich das älteste Mitglied der Grünen, der den ersten Aufruf zur Parteigründung unterschrieben und verteilt hatte, gegen den Vorwurf verteidigte, er vertrete ultrarechte Tendenzen. Ich habe damals in meiner Stellungnahme vom Mai 1983 zu den Vorwürfen geschrieben:

Im Vornazi-Deutschland war die Frage für Freiwirte, wie und wo werde ich meine Erkenntnisse los. Es erzeugt nämlich einen Leidensdruck, die Medizin für eine Krankheit in der Tasche zu haben, die Leute leiden zu sehen und verdächtigt zu werden, man wolle Patentmedizin für alle Krankheiten oder gar Gift den Kranken verabreichen.

Es hat in der Untergangsphase der Weimarer Republik Freiwirte gegeben, die sich in der Erkenntnis, daß Freiheit sich nicht mit freiheitsfeindlichen Methoden erreichen läßt, von Anbeginn gegen Hitler gestemmt haben. Es hat aber auch Freiwirte gegeben, die sich der nationalsozialistischen Partei angeschlossen haben. Die NSDAP war am Beginn eine Bewegung, eine Bewegung, die eine Not wenden sollte, also keine Diktatur, eine Bewegung, wie die Bewegung der Grünen heute, bei der man auch manche Unebenheiten in Kauf nimmt, in der Hoffnung, daß sich das Gute durchsetzt. Nun

¹⁸ Ich habe heute gelernt, dass die Abkürzung KZ nach Nazi-Definition KL lautete.

unterstelle mir keiner, ich hätte gesagt, die Grünen hätten die gleichen Inhalte, wie die Nationalsozialisten. Sagen will ich, daß politische Bewegungen aufgrund von Problemlagen entstehen, daß politische Bewegungen in die Irre gehen können, und daß wir heute leicht über die damalige Zeit urteilen können, zumal wir uns das damalige ökonomisch-soziale Elend gar nicht so recht vorstellen können. Ich hoffe nur, daß in fünfzig Jahren über die grüne Bewegung besseres berichtet werden kann als über die braune.

Nun war es wohl für alle Grüne unangenehm auch aus den eigenen Reihen zu hören, das die Grünen irgend etwas mit braunen Bewegung zu tun hätten – und sei es über den Begriff Bewegung. Aber das war nach meiner Einsicht, nicht der Grund für den Antrag, mich aus der Partei auszuschließen. In Wirklichkeit waren wir freiwirtschaftlichen Parteigründer für die marxistischen Nachrücker (oder Trittbrettfahrer), die wir selbst hereingebeten hatten, ein Störenfried bei ihrem nicht ausgesprochenem Ziel, die Grünen in eine marxistische Partei um zu formen. Der ganze Vorgang ist hier nachzulesen:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/8.2%20Parteiausschlussverf..pdf>

Einfügen will ich hier noch zwei Stellungnahmen zu meiner Einschätzung in Briefform. Die erste Stellungnahme ist von dem Faschismusforscher Arno Klönne:

(Ich hatte bei Prof. Klönne angefragt, ob ich seinen Brief vom 23. 12. 83 in den Auseinandersetzungen mit den Parteifreunden um die Grundlage des Erfolges der NSDAP in der Anfangsphase (dreißiger Jahre) verwenden könne oder ob er mir evtl. für den Kreisrundbrief eine neue Fassung geben könne. Dies ist die neue Fassung. Der Landesschiedskommission hat die Fassung vom 23. 12. 83 vorgelegen. T.A.)

Dr. Arno Klönne
Sehr geehrter Herr Abromeit,
zu Ihren Bemerkungen über Freiwirte, NSDAP und Grüne kurz meine Auffassung:
Die Wirtschaftsvorstellungen der Freiwirte in der Zeit vor 1933 sind eine Seite - die Positionen von Freiwirten zu den politischen Ideen und Strömungen der damaligen Zeit eine anderes. Durchaus zutreffend schreiben Sie, daß manche Freiwirte klar gegen die NSDAP standen, andere aber Hoffnungen in eben diese Partei setzten. Das war bei der Jugendbewegung ähnlich, wie überhaupt bei den verschiedenen sozialen Reformbewegungen, die in den Zwanziger Jahren in Deutschland zwar Minderheiten darstellten, aber die Ideengeschichte und das gesellschaftliche Klima wesentlich beeinflussten. Insgesamt ging es diesen, vorwiegend aus dem gebildeten Bürgertum sich rekrutierenden Reformbewegungen um den Protest gegen das "Industriesystem" und dessen Auswirkungen auf die Lebenswelt, und in diesem Protest spielten naheliegenderweise gedankliche Rückgriffe auf Bilder einer "natürlichen", noch nicht durchrationalisierten Gesellschaftsordnung eine große Rolle. In alledem steckten Komponenten, an die der Nationalsozialismus in seiner "idealistischen", noch nicht machtpolitisch etablierten Ausformung anknüpfen konnte, ohne die seine Attraktivität gerade bei der nachwachsenden Intelligenz der damaligen Zeit ja auch gar nicht erklärlich wäre. In diesen Kontext ordnet sich m. E. auch der Text von Hermann Müller ein,

den ich in etlichen Punkten höchst problematisch finde, demgegenüber aber die Denunziation als "faschistisch" nichts klärt und nicht weiterführt. Zu bedenken ist, daß in der Substanz ähnliche Gedankengänge in einer anderen Begrifflichkeit auch heute in den Reformbewegungen zu finden sind, auch bei manchen Grünen, vielleicht auch bei solchen, die ihrerseits (aufgrund semantischen Wandels) an dem Text von Müller Anstoß nehmen. "Zivilisationskritische" Ideen sind der Sache nach vieldeutig, auch verführbar, "verkehrbar"; dagegen bietet politisches Abstempeln keinen Schutz, sondern nur kritische Diskussion, Weiterdenken.
Freundliche Grüße gez. Arno Klönne ¹⁹

Die nächsten beiden Briefe sind von Fred Braun, einem jüdischen Parteifreund in den GRÜNEN:

Fred B r a u n / Karlsruhe / 12. 3. 1984

Ultrarechte Tendenzen beim Arbeitskreis "Dritter Weg " 3221 Eberholen

Lieber Tristan Abromeit!

Nochmals darf ich Dir danken für die kleine Streitschrift.

Selbstverstaendlich, was auf Seite 8 festgestellt wird, ist einfach richtig. Von dem Elend, das damals überall herrschte, kann sich die nachgeborene Generation nur sehr beschränkt eine Vorstellung machen.

Jedermann wusste tief im Inneren: So geht es nicht weiter. Und es gab nur 2 Parteien, die jedenfalls behaupteten, sie brächte eine Wende, wenn sie an die Macht gelassen würden, die KPD und die NSDAP.

Und selbstverstaendlich war die grosse Masse auch der NSDAP-leute keine Buerger, die Konzentrationslager einrichten wollten, die sich auf Mord und Krieg vorbereiteten, sondern einfach, die wieder Arbeit, anstaendige Löhne und Gehälter usw. sehen wollten. Das gleiche galt natuerlich ebenso für die KPD.

Mit Hitler kam es dann ganz anders. Die KPD und SPD wurden sofort zerschlagen.

Aber auch in der NSDAP wurde bald gemordet.

Natuerlich wurde Röhm und sein Gefolge 1934 nicht wegen ihrer Homosexualität ermodert, sondern blutig die Kräfte erledigt, die auf einen sozialen Wandel zugunsten des arbeitenden Volkes hofften und in denen daher Hitler

19 Anmerkung vom Februar 2020: Der Begriff „Natürlich“ in „Natürliche Wirtschaftsordnung“ führt häufig zu Missverständnissen. 1. geht es um eine Marktwirtschaftliche Ordnung, 2. meint Gesell mit „natürlich, das die Wirtschaftsordnung auf die Natur des Menschen aufbauen muss und nicht mit einen „neuen“ Menschen rechnen kann.

eine ganz grosse Gefahr sah.

Damit war auch innerhalb der NSDAP selbst die „Gefahr“ einer sozialen Wandlung fürs erste gebannt.

Und dann konnte die Ruestung, Kriegsvorbereitung usw. einsetzen - bis zum bitteren Ende – 1945

Als Mitbetroffener, KZ, Emigration usw. kann ich den Feststellungen nur beistimmen.

Freundl. Gruss Dein gez. Fred

00000

Fred B r a u n / ... /
75 00 Karlsruhe, d. 3. 04. 84

Herrn ...

Lieber Tristan

Für die Übersendung des Beschlusses der Landesschiedskommission darf ich Dir bestens danken.

Vielleicht liegt dies an meinem Alter : So ganz verstehe ich die Welt nicht mehr.

Natuerlich wäre es besser gewesen, Du hättest das beanstandete Zitat noch mit einem zusaetzlichen Satz verlängert, etwa

So sahen es jedenfalls die vielen Mitlaufer und sicher auch die grosse Masse der Parteimitglieder.

Wie stark der soziale Druck ,dass „es so nicht mehr weitergehen konnte“ damals auch in der NSDAP selbst angestiegen war, dafür als ein Beweis die Stennesrevolte, wo die berliner SA " meuterte", die aus Arbeitern und Arbeitslosen im Wesensentlichen bestand, ebenso die politische Stossrichtung der Strasser-Brüder.

Hitler rechnete dann in der „Röhmrevolte“ ,die wahrscheinlich er zu diesem Zweck erfand, blutig mit den sozialen Tendenzen innerhalb der Nazis ab.

Als Jude, der damals hell wach die Ereignisse miterlebte und nur dank seiner „arischen“ Verlobten (jetzt Ehefrau) sich rechtzeitig z. Auswanderung entschloss und als Gruendungsmitglied der Grünen Karlsruhe kann ich dies nur unterstreichen.

Vollends unklar ist mir, wie die Partei geschädigt worden ist. Die Grünen haben den Austritt von Bastian aus der Bundestagspartei überstanden und ihn nicht ausgeschlossen - die Grünen haben die hessische Blutbeschmierung überstanden, ohne den Parteifreund auszuschliessen.

Ist denn Deine inkrimierte Aeusserung in die Welpresse gelangt, etwa in „Le monde“ oder in der „Washington Post“ oder auch in der „Istwestia“ ge-

standen? Oder hat Eure lokale Presse darüber eine Sonderausgabe herausgegeben.

Schliesslich kann ich aus eigener Beobachtung bestätigen, dass Du jedenfalls bei beiden karlsruher Tagungen im März in keiner Weise offensiv oder sonst parteischädigend aufgetreten bist.

Ich möchte als sicher annehmen, dass die Bundesschiedskommission Deiner Beschwerde stattgibt.

Freundl,Grüsse Dein (Fred) + gez. Fred

Gabor Steingart schreibt und zitiert in seinem Morning Briefing vom 21. 2. 2020:

Es sei ein Irrtum zu glauben, dass erst Hitlers Ansturm die Weimarer Republik zu Fall gebracht habe, schreibt der Publizist und Zeitzeuge **Sebastian Haffner**:

„Sie war schon im Fallen, als Hitler ernsthaft die Szene betrat.“

Aber die Republik fiel nicht, weil so viele Bürger völkisches Zeug daherredeten, sondern, weil die Demokraten die übernommenen untauglichen Vorstellungen vom Geld nicht abstreifen konnten. Der Konservatismus, der auch linke Gesichter hat und eine berechtigt bremsende Wirkung im politischen Getriebe hat, war wie heute überdimensioniert für die vorhandenen vorwärtstreibenden Kräfte.

Die Hamburg-Wahl vom 23. Februar 2020

Heute Morgen – wir haben den 25. Februar – fange ich mit aktuellen Themen an, nicht weil ich mit denen aus vergangener Zeit schon fertig bin, sondern um die Verbindung zwischen dem Vergangenen und Gegenwärtigen nicht aus dem Blickfeld zu verlieren.

Gabor Steingart meldet heute in seinem Morning Briefing:

Die FDP ist bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg nun doch an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis kommen die Freidemokraten auf 4,9 Prozent und verpassen so den Einzug ins Landesparlament. Bei der Wahl vor fünf Jahren holte die FDP noch 7,4 Prozent.

Nun könnte man hämisch sagen, das hat die FDP auch verdient – aus meiner Sicht repräsentiert sie wie die heutigen Neoliberalen ein Zerrbild von Liberalität -, aber darauf will ich nicht hinaus, sondern es geht mir um die Demontage der Demokratie, die sie selber mit ihren großen Konkurrenten der CSU/CDU und der SPD betrieben hat. Ich rede von der 5% Klau-

sel, die mit der falschen Behauptung eingeführt wurde, die Weimarer Republik sei an den vielen kleinen Parteien zugrunde gegangen, weil es nicht möglich gewesen wäre, stabile Mehrheiten zu bilden. In Wirklichkeit ging es diesen Parteien um die Festigung ihrer Macht und die Abwehr von Konkurrenten.

Das Ergebnis der 5%-Klausel ist bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 23. 2. 2020, dass 11% der Wähler, die eine gültige Stimmabgabe getätigt haben, von der Mitwirkung an der Auswahl der Abgeordneten der Bürgerschaft ausgeschlossen. (4,9 % für die FDP und 6,1 % für Sonstige) Der Ausschluss wirkt wie ein Entzug des Wahlrechts, er hat die gleiche Wirkung wie eine Wahlmanipulation, bei der diese Anzahl der abgegebenen Stimmen unter den Tisch gefallen sind.

Die Prozentzahlen bei Säulengrafiken mit denen die Wahlergebnisse dargestellt werden, weisen ja nicht die Ergebnisse an der Zahl der Wahlberechtigten aus, sondern an den Zahlen der Bürger, die sich an der Wahl beteiligt haben. Bei dieser Wahl in Hamburg stieg die Wahlbeteiligung gegenüber von 2015 mit 56,5 auf die 63 % der Wähler, die an der Wahl teilgenommen haben. Das bedeutet, dass die SPD und Grüne, wenn sie im Senat gemeinsam regieren, gemessen an den Wahlberechtigten eine Minderheitsregierung sind.

Da die Abgeordneten der SPD und der Grünen bei der Verzahnung von Parlament und Regierung diese auf Gedeih und Verderb stützen müssen und daher nicht frei in ihren Entscheidungen sind, ist die Rolle der Oppositionsparteien (CDU 11,2 % , Linke 9,1 % , AfD 5,3 %) eine kostenträchtige Dekoration der Hamburger Bürgerschaft, die eben auch eine unbefriedigende Konstruktion mit Legitimationsproblemen ist und nicht die Zustimmung zur Demokratie nicht fördert.²⁰

Der Kapitalismus lebt vom Mangel

Im Mornig Briefing vom 25. 02. 2020 schreibt Gabor Steingart:

... im modernen Kapitalismus lässt sich aus allem ein Geschäft machen - auch aus der Lust der Bürger an der politischen Erregung. Dieses Geschäft ist einträglich, ohne nachhaltig zu sein, wie Peter Sloterdijk in seinem Essay „Die nehmende Hand und die gebende Seite“ zu Recht anmerkt:

„Debatten enden hierzulande in der Regel damit, dass das Publikum

²⁰ Zahlen aus dem endgültigen Wahlergebnis der Hamburg-Wahl. Dort ist auch zu erfahren, dass Frau Anna von Treuenfels, die Spitzenkandidatin der FDP ein Direktmandat gewonnen hat und es auch annimmt.
https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/wahl/buergerschaftswahl_2020/Hamburg-Wahl-Das-endgueltige-Ergebnis.hhwahl362.html

seine von den Medien permanent umworbene Aufregungsbereitschaft nach kurzer Zeit anderen Themen zur Verfügung stellt. Am Ende siegt regelmäßig die Erschöpfung über das Lernen.“

Von diesem Zyklus aus Erregung und Erschöpfung profitieren die Finanzpolitiker aller Nationen. Die Hemmungslosigkeit, mit der sie die nationalen Budgets in die Verschuldung treiben, sorgt regelmäßig für einen medialen Aufschrei, bevor sodann die allgemeine Verstummung einsetzt.

...

Die Zentralbanken Fed, EZB und Bank of Japan mahnen nicht wie früher zur Solidität, sondern heizen das Lotterleben mit ihren Anleihekaufprogrammen an.

...

der vorsätzliche Wahnsinn der Geldpolitik. „Rufen Sie zu einer Revolution des Bewusstseins auf?“, wurde Sloterdijk gefragt. der vorsätzliche Wahnsinn der Geldpolitik. „Rufen Sie zu einer Revolution des Bewusstseins auf?“, wurde Sloterdijk gefragt.

Ergänzend dazu: Die HAZ von 25.2. 2020 meldet mit den Worten von Matthias Koch:

Deutschland fürchtet den Coronacrash / Hinter den Kulissen beginnt die Arbeit an einem Konjunkturpaket

...

„Für die Konjunktur drohen schwere Auswirkungen“, orakelte am Montag Joachim Lang, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Die Bundesregierung müsse jetzt „Impulse für eine Belebung des Wachstums liefern“. Was er sich genau vorstellt, sagte Lang nicht.

Hinter den Kulissen allerdings gibt es in Berlin in jüngster Zeit auffällige Geräusche. Vertreter der Regierung schrauben mit Wirtschaftsverbänden bereits an einem Konjunkturpaket. Dessen Umriss sollen schon bei den jüngsten Koalitionsrunden von Union und SPD eine Rolle gespielt haben. Bis Ostern werde man über den Inhalt Klarheit haben, heißt es in Wirtschaftskreisen. Als treibende Kräfte gelten Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Olaf Scholz. Kritik gibt es dagegen an Wirtschaftsminister Peter Altmaier, der zu lange warnende Hinweise vom Tisch gewischt habe.

Einfügung vom 12. 3. 2020 aus dem Morning Briefing:

Aber: Die Regierung steht Gewehr bei Fuß. Die Kanzlerin rückt ab von der Schwarzen Null. „Wir werden das tun, damit wir gut durch diese Situation kommen. Und dann werden wir uns am Ende anschauen, was das bedeutet hat für unseren Haushalt. Das andere geht jetzt erstmal vor.“

Altkanzler Gerhard Schröder antwortet in einem Interview von Gordon Repinski mit dem Thema „Altkanzler Gerhard Schröder über Angst vor Corona, seine Freundschaft zu Putin – und die SPD“ in der HAZ vom 12. 3. 2020 auf die Frage:

Erwarten Sie eine weitere Verschärfung der Lage?

Die eigentliche Gefahr lauert im Ökonomischen. Wenn internationale Lieferketten abbrechen, ist das ein Problem. Was die Bundesregierung mit dem Kurzarbeitergeld macht, finde ich richtig. Aber ich glaube, wir brauchen ein darüber hinausgehendes Programm. Wenn die Krise anhält, wird es darum gehen, die Ideologie der schwarzen Null mal endlich zu überwinden. Um nicht in eine Rezession zu rutschen, werden wir national mehr tun müssen. Auch die Europäische Union ist gefordert.

Die Schlüsselbotschaft liegt in der folgenden Sequenz der Morning Briefing-Ausgabe vom 25. 2. 2020 (Hier eine Wiederholung):

Fazit: Im Boom der Finanzmärkte spiegelt sich nicht die Realwirtschaft, sondern der vorsätzliche Wahnsinn der Geldpolitik. „Rufen Sie zu einer Revolution des Bewusstseins auf?“, wurde Sloterdijk gefragt. Seine Antwort fiel vornehm und dennoch deutlich aus: „Der Ruf liegt in den Verhältnissen. Die Weltlage übermittelt die Botschaft.“

Ja, so ist es! Mit realen Gegebenheiten, muss sich eben eine Realpolitik abgeben, könnte man weiter erwidern. Aber dieser Wahnsinn hält die Menschen schon seit Generationen in Schrecken. Er wird von einem geistigen Virus in der Politik von der einen Wahlperiode zur nächsten übertragen, in den Medien von einer Generation von Journalisten auf die nächste übertragen. Aber immerhin gewinnen Politiker und Journalisten dadurch Zeit. Die Politiker gewinnen Zeit die unübersehbare Fülle von Gesetzen noch mehr anzureichen. Und die Journalisten gewinnen Zeit, um ihrem Publikum noch mehr Schreckensmeldungen zu verkaufen? Und was ist in den Laboren der Wirtschaftswissenschaften los? Ehrlich gesagt, ich weiß es nicht. Von außen betrachtet sieht es so aus, als würden sie dafür bezahlt, zu keinem Ergebnis zu kommen, das einen aufklärenden Beitrag für die Bürger liefern könnte. Das muss aber eine irriige Vorstellung sein, wer Ökonomen kennengelernt hat, wird berichten können, dass das in der Regel passable Menschen sind und sie sind so zahlreich, dass man nicht alle kaufen kann.

In Kurzform dargestellt entstehen die Wirtschaftskrisen, die sich leicht zu Gesellschaftskrisen entwickeln und zu Kriegen führen können, auf folgenden Hintergrund:

1. Die Menschen in den heutigen Gesellschaften können nur überleben, wenn sie arbeitsteilig arbeiten.
2. Die notwendige Arbeitsteilung überfordert den Naturaltausch.
3. Es kommt das Tauschmittel Geld ins Spiel, das beliebig gestückelt und universell eingesetzt ist. Es ist (oder sollte sein) eine Quittung für ein Bruchteil an Leistung oder Gütern, die dem Markt zugeführt wurden.
4. Die Güter und Leistungen durchlaufen eine gerade Strecke – mit Zwischenstufen – von der Produktion / Erbringung bis zum Konsum / Nutzung.
5. Das Geld übt seine Funktion des Tauschvermittler in einem Kreislauf aus, man denke an einen Eimerbagger (<https://de.wikipedia.org/wiki/Eimerkettenbagger>) oder an das

- Schaufelrad im Braunkohleabbau. Das Geld kann nur richtig funktionieren, wenn das Einkommen unmittelbar als Nachfrage wieder auf dem Markt eingesetzt wird und den Markt räumt. Solange dies geschieht, kann es keine Stockung, keine Unterbrechung der Beschäftigung, keine Krise geben.
6. Im Kreislauf des Geldes befindet sich ein kleiner Fehler, der so große Wirkungen hat. Der Geldkreislauf ist bis heute sehr instabil und sorgt für eine Unter- oder Überbeschäftigung.
 7. Der Fehler im Geldkreislauf besteht bis heute und solange, bis er behoben wurde, weil dem Geld drei Funktionen zugeordnet werden, wobei eine Funktion eine andere aufhebt. a) Die Zahlungsmittelfunktion (mit der der zweite Akt des Tausches abgeschlossen wird), b) die Wertaufbewahrungsfunktion und c) die Wertmess- und Recheneinheitfunktion. Wenn aber für die Beschäftigung der geschlossene Geldkreislauf mit einer stabilen Umlaufgeschwindigkeit eine unabdingbare Voraussetzung ist, dann ist die Wertaufbewahrungsfunktion eine Aufhebung der Zahlungsmittelfunktion, wenn sie in einer Form verwendet wird, die dem Geldkreislauf Geld durch das Horten entzieht. Hier genügt es schon, wenn in Erwartung von fallenden Preisen, sich der weitere Einsatz des Geldes im Markt verzögert, um eine wirkliche Krise auszulösen. Man nennt das dann Deflation. Die Europäische Zentralbank, will diese vermeiden indem sie eine Inflation von 2 % p. a. anstrebt. Diese 2 % reichen aber nicht aus, um den Geldkreislauf umlaufsicher zu machen. Es müsste schon der doppelte Satz sein. Aber schon zwei Prozent Inflation bedeuten eine erhebliche Minderung der auf Geld lautenden Forderungen; sie ist eine Vermögensübertragung von den Gläubigern auf die Schuldner. Bei Deflation ist es umgekehrt.
 8. Wenn Einkommen nicht direkt als Nachfrage auf dem Markt genutzt wird, sondern auf dem Kreditwege (privat oder über die Bank) für eine befristete Zeit auf andere übertragen wird und dieses Einkommen dann zügig auf dem Markt als Nachfrage tätig wird, geht von dem Vorgang keine negative Wirkung auf die Konjunktur aus. (Die Beteiligten sind hier (Sparer, Kreditgeber auf der einen Seite, Kreditnehmer, Nachfrager auf der anderen Seite. Die Probleme tauchen auf, wenn das Geld in die Horte (Gesell) oder in die Liquiditätsfalle (Keynes) geht und somit dem Geldkreislauf mit der Wirkung der Schrumpfung der Nachfrage entzogen wird.
 9. Es handelt sich vor allem um Anteile des Geldes (Einkommen), das nicht für den täglichen Ge- und Verbrauch ausgegeben werden muss und daher nach rentierlichen Anlagen suchen kann, die die Instabilität in dem Geldkreislauf verursachen. Wenn die Geldanleger keine Anlage mehr finden, die eine erwartete Mindestverzinsung bringt (die Untergrenze befindet sich bei 4 bis 3 %), dann ist es vorteilhafter ihr Geld in einer Spekulationskasse aufzubewahren und auf Schnäppchen im Vermögensmarkt zu warten. Da das ein kollektives Verhalten der Anleger ist, ist die Krise da, so bald der Zins in den Keller geht. Die Krise bewirkt dann eine Kapitalvernichtung. Das geringere Kapital kann danach wieder einen erhöhten Ertrag realisieren.
 10. Das Anliegen der Freiwirtschaftschule ist, den Geldkreislauf so zu stabilisieren, dass von hier aus a) keine Konjunkturschwankungen ausgehen können, b) eine Vollbeschäftigung mit sinkenden Zinsen – und damit zu einer leistungsgerechten Einkommensverteilung im marktwirtschaftlichen Sinn möglich wird und c) eine genaue Steuerung der Geldmenge als Voraussetzung für eine Inflationsrate von 0 % machbar wird. *Eine Voraussetzung dafür ist, dass genau feststeht, was Geld ist. Aber hier herrscht ein Definitionschaos in der Wissenschaft, in der Politik und im Netz, das sich an keine Fakten mehr hält. Es ist kein Wunder, wenn in diesem Bereich Verschwörungstheorien Platz greifen.*

In diesem Zusammenhang muss noch auf die schwarze Null eingegangen werden, um die so viel gestritten werden. Keynes, der Gesell gelesen und in seiner "Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" gelobt hat, wusste um die Schwächen der Geldzirkulation, wollte aber offensichtlich einen eigenen Weg zur Lösung des Problems suchen. Er empfahl das Defizit spending.

Dabei wird das Geld, das in der Liquiditätsfalle steckt und den Nachfrageausfall verursacht, durch die Geldschöpfung der Notenbank ersetzt (was die EZB durch die Anleihekäufe macht) oder es wird aus der Falle dadurch herausgelockt, das der Staat sich mit einem für den Finanzmarkt interessanten Zinssatz verschuldet und mit dem Geld, über das er mittels der aufgenommenen Kredite verfügen kann, öffentliche Investitionen tätigt. Die erste Methode führt zur Inflation, weil die gehorteten Gelder weiterhin legitime Ansprüche an den Markt sind, und jederzeit mobilisiert werden können. Und die zweite Methode führt zur Staatsverschuldung. Die Zinsen und die Tilgung, die er dafür aufzubringen sind, wälzt er über seine Steuerhoheit auf die Steuerzahler ab. Diese Methode hält den Kapitalismus bei Laune, während die Gesellsche Methode die Geldhalter veranlasst, ihr Geld auch dann zum Investitions-Markt zu tragen, wenn die Rendite auf Null oder gar darunter sinkt.

Bei der SPD hat sich einfach eingepreßt: Arbeit durch Investitionen. Investitionen durch Staatsverschuldung. In der Weimarer Republik konnte sich die SPD nicht vom Marxismus lösen und heute hängt sie Keynesianismus fest.

In dem schon benannten Interview mit Gerhard Schröder in der HAZ vom 12. 3. 2020 sagt er:

Die CDU versinkt im Chaos und die SPD kann zeigen, dass sie der Stabilitätsanker ist.

Das halte ich für eine Fehleinschätzung. Wie kann eine Partei, die während der langen Zeit ihrer Existenz kein klares Denken über die Ökonomie an den Tag gelegt hat, ein Stabilitätsanker sein? Die Frage ist keine versteckte Gehässigkeit. Mir scheint, das Schiff SPD hängt ohne eigenen Antrieb an einen Notanker und kann nicht sicher sein, dass sie nicht auf die Klippen auftreibt und zerschellt.

Das Thema Währung und damit die Preisniveaustabilität und die Konjunktursicherheit mit Vollbeschäftigung will in einer geplanten letzten Arbeit aufgreifen.²¹ Meine Zielgruppen für meine nächst und hoffentlich letzte „Botschaft“ sollen da die Genossenschaftsbanken und

²¹ Mir wäre recht, wenn dass andere übernehmen würden, die es besser können und noch mehr Kraft haben. Bei Steffen Henke findet man zu dem Thema in seinem Buch „**Fließendes Geld für eine gerechte Welt**“ Erklärungen.

Sparkassen werden, weil sie von ihren ursprünglichen Gründungsimpulsen und durch die Schwierigkeiten, die ihnen die Europäische Zentralbank bringt, am ehesten bereit sein, mir dafür ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Auf die Regierungs- und Wirtschaftsverbandsebenen bezogen, dürften diese sich heute genauso wenig empfänglich für Impulse aus der Gesellschaft sein, wie in der Weimarer Zeit. Diese Beratungsresistenz in der Weimarer Zeit, die zum Ende der damaligen Republik geführt hat, sichtbar zu machen, wäre ein Arbeitsfeld für junge Wissenschaftler, die noch Mut haben im tabuisierten Gefilden zu forschen.

Auch die nachfolgenden Sätze waren heute (25.2.2020) von Gabor Steingart zu lesen:

Die Sparer werden durch die Abschaffung des Zinses arm, aber die Investoren an den Spieltischen der Weltbörsen feiern ihre Orgien. Der Dow Jones hat seit der Finanzkrise um fast 160 Prozent zugelegt, der Dax um rund 100 Prozent (siehe Grafik).

In Bezug auf Sparer und Zins kommt Gabor Steingart, der seine Rolle als Aufklärer ja ganz gut spielt, über das Niveau der Bildzeitung nicht hinaus. Dabei sollte ich die Redewendung „Niveau der Bildzeitung“ nicht nutzen, weil ich sie nicht lese und mir daher kein Urteil über sie erlauben kann. Und über die Börse als Spielkasino zu klagen bringt so lange nichts, wie die Meinungsbildner unserer Gesellschaft nicht die Wurzeln des Kapitalismus freizulegen in der Lage sind. Sicher befeuert die EZB durch ihre Geldpolitik²² auch die Spekulation, aber bei der Null-Zins-Politik der EZB verlagert sich die Jagt auf Renditeobjekten mehr auf die Rente aus dem Boden und aus den Patenten.²³

22 Für eine Politik hat die EZB keine demokratische Legitimation.

23 Hierzu Buchempfehlungen:

Das Ende der Rentenökonomie: Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können. Mason Gaffney gewidmet (Deutsch) Taschenbuch – 1. Februar 2017

von [Dirk Löh](#) (Herausgeber, Übersetzer), [Fred Harrison](#)

Die Plünderung der Erde: Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung. Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomik, 2015

Die Folgen der Bluttat von Hanau

Nach der Bluttat von Hanau will Niedersachsen die Moscheen stärker schützen und Bundesminister Seehofer sieht „sehr hohe Gefährdungslage“ durch den Rechtsterroristen. Meldet die HAZ vom 22. Februar. Die Politiker sind immer sehr schnell mit der Lokalisierung von Tätern, die sie selbstverständlich nicht selbst sind und vergessen zu fragen: „Wie und wann entsteht ein gewalttätiger Extremismus oder auch ein Antisemitismus und was haben wir dazu beigetragen?“ Und es wird auch nicht zugegeben, dass Attentate für die Sicherheitspolitiker ein Fest der Freude ist, weil sie dann an Gesetzen, Geld und Technik bewilligt bekommen, für die sie in friedlicher Zeit 3 x ein Nein gehört hätten. Und als politische Hochleistung wird dann gehalten, wenn sie der Öffentlichkeit einen Hintergrund des Täters oder der Täter präsentieren können. Z. Zeit muss es der rechte Extremismus sein. Die Richtung des Extremismus - rechts, links oder anders – wechselt mit dem Focus, den die Politik auf die Gesellschaft hat. Aber Hanau ist schon wieder eine alte Nachricht. Und bei dem Vorgang, wo ein Autofahrer sein Auto in einen Karnevalsumzug gelenkt hat und über 50 Personen verletzt hat, konnte laut den Mittagsnachrichten (bedauerlicher) Weise noch nicht nachgewiesen werden, dass ein rechts-extremer Hintergrund vorliegt.

Die Politiker suggerieren für die Zukunft mehr Sicherheit zu schaffen, was für die geschilderten Fälle überhaupt nicht - oder nicht ohne Änderung der Politik, die sie betreiben -, können. Die gesellschaftlichen Bedingungen, die die offene Gewalt und auch Formen Herabsetzung von Minderheiten, wie im Antisemitismus, benötigt, zeige ich weiter unten mit der Hilfe dreier Autoren noch auf. Man sollte aber nicht vergessen, dass die Gewaltanwendung im Menschen angelegt ist, sie kann mit der Moral und Strafandrohung nur begrenzt eindämmt und auf ein erträgliches Minimum nur reduziert werden, und zwar durch die Gestaltung seines Lebensumfeldes, dass ihm ermöglicht seine Aggression - eine Antriebskraft - gemeinschaftsfördernd auszuleben. Wenn die Politik das nicht beachtet, gibt es Bürgerkriege, um dieses Risiko zu verhindern oder wenn sie schon in Gang gekommen sind, wurde bisher nur das Mittel der Umlenkung in die Völkerkriege exerziert. Da ist aber für die Entwicklung von friedlichen Gesellschaften nicht genug. Nach meiner Einsicht gehört dazu die eigenständige Sicherung und Gestaltung des Lebens der Individuen unter gleichen Bedingungen auch frei gewählten Kollektiven / Gemeinschaften im Erwerbs- Bildungs- und Kulturbereich.

Die HAZ berichtet am 22. 2. 2020 in dem Interview von Jörg Köpke mit dem Psychiater

Thomas Stompe lobenswerterweise über die Frage, ob der Mörder von Hanau ein Kranker war. Wenn das bejaht werden kann, dann helfen zur Verhinderung solcher Taten aller denkbaren polizeilichen Maßnahmen nicht. Solche Fälle von Gewalt würden auch auftreten, wenn man die Hälfte der Bevölkerung in Gefängnisse oder Psychiatrien einsperren würde und der anderen Hälfte die Rolle der Bewacher oder Betreuer zuweisen würde. Ich bin mir sicher, die Mordrate würde steigen und nicht nur in einer der beiden benannten Gruppen vorkommen. Ich bringe zwei Abschnitte aus diesem Interview:

Wann wird Wahn zum Terror?

Das Problem ist, dass psychisch Kranke immer wieder auch Inhalte aufgreifen, die gesellschaftlich relevant sind. Wenn sich jemand verfolgt fühlt, greift er Themen auf, die medial präsent sind, wie zum Beispiel die Angst vor Ausländern, die Xenophobie. Er baut seinen Verfolgungswahn auf dieser kulturellen Matrix auf, für die eigentlich andere verantwortlich sind.

...

Wie weit ist es vom Wahn zur Tat?

Bestimmte Wahninhalte erhöhen die Wahrscheinlichkeit für ein Gewaltdelikt, wenn sich der Betroffene von dem vermeintlichen Verfolger schwer bedroht oder beeinträchtigt fühlt und wenn sich zusätzlich auf dieser erlebten Bedrohung eine hohe Aggressionsspannung mit dem Bedürfnis, den Gegner ausschalten zu müssen, aufbaut. Häufig haben diese Kranken die Überzeugung, in einem Akt von Notwehr zu handeln oder ein Zeichen setzen zu müssen. Insgesamt ist die Wahrscheinlichkeit eines Gewaltdelikts zwar erhöht, die Gefahr, Opfer zu werden, ist trotzdem sehr gering. Die meisten Kranken mit einem vergleichbaren Wahn sperren sich zu Hause ein, manche bringen sich um aus Angst vor den Verfolgern, nur sehr wenige werden selbst zu Tätern.

Interview: Jörg Köpke

Hier erst einmal zwei Rückfragen: Wann ist das Gefühl bedroht zu sein, berechtigt und real und wann ist es wahnhaft? Wann ist das Zeichensetzenwollen der Ausdruck einer kranken Seele, die sich bedroht sieht und wann der Ausdruck eines wachen Verstandes, der auf eine Gefahr aufmerksam machen will? Vermutlich findet man die Antworten leichter, je weniger kompliziert die komplexe Gesellschaft gestaltet wird und je mehr man darauf vertrauen kann, dass man von der Politik nicht die Hucke voll gelogen bekommt. Und diese Gefahr ist doch nicht geringer als mit Fakt News getäuscht zu werden.

In einer Beweislage wie in Hanau ist es durchaus angebracht, wenn Menschen mit Blumen, und Kerzen und mit dem Zusammenstehen in Gruppen auf der Straße das Ereignis, das Trau-

er, Mitgefühl, Angst und auch Wut auslöst, verarbeiten. Politiker sollten aber nicht gleich mit Androhungen von Erweiterungen polizeilicher Maßnahmen und Gesetze drohen, denn verbessert nicht unsere gesellschaftliche Situation, sie heizt sie nur an.²⁴

Die Linke sollte so eine Situation nicht als Beweis dafür nutzen, dass eine Gleichsetzung von Linken und Rechten nicht gerechtfertigt sei. Es mag Bewertungskriterien geben, die z. B. angelegt auf Mitglieder des Bundestages das Ergebnis geben, dass jene, die zur Linken gehören, besser abschneiden als jene, die zur AfD gehören. Aber man kann doch nicht übersehen, dass die Ideen, die die Linken antreiben in der Vergangenheit, z. B. in der Sowjetunion und in China, genauso zum Massenmorden geführt haben wie mit den Ideen der Nazis. Wenn sich die Linke aber inzwischen zum Modell der Sozialdemokratie bekennt, dann können sich die Linke und die CDU die Hand reichen. Die Distanzierungen der CDU zur Partei Die Linke, wäre dann nur Theater.

Dass unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei solchen Anlässen auftritt, finde ich für angemessen. Und ich hoffe, dass solche Anlässe nicht so viele werden, dass er sie nicht mehr bewältigen kann. Dass er auch politisch Farbe bekennt und nicht nur ein Grüßonkel ist, finde ich gut. Bevor ich schreibe, warum ich mich trotzdem Sorge mache, bringe ich erst eine Aussage über ihn von Heribert Prantl. Er ist Kolumnist der „Süddeutschen Zeitung“.

Frank-Walter Steinmeier ist nun exakt in der Mitte seiner Amtszeit – seiner ersten; dass es eine zweite geben wird, ist angesichts der derzeitigen Machtverhältnisse und der Schwäche der SPD unwahrscheinlich, auch wenn Steinmeier seine Aufgabe bisher sehr respektabel erfüllt hat. Steinmeier ist ein hoch engagierter Verteidiger von Demokratie und Rechtsstaat in unsicheren Zeiten. Die Macht von Bundespräsidenten wurde von Anfang an, von 1949 an, in rhetorischen Dezibel gemessen, in der Gabe also, grandios-furiöse Reden zu halten. Die Macht der Nummer eins bestand stets darin, die großen Fragen der Zeit intellektuell ins Schweben zu bringen und dann der Gesellschaft den Weg zu weisen. Wenn man diesen Maßstab nimmt, ist Steinmeier bisher ein guter, aber kein mächtiger Präsident gewesen. Seine Reden sind klug, haben historische Spannweite und Tiefgang; aber ihre Kraft entfalten sie erst beim Lesen, nicht beim Hören.

[https://www.abendblatt.de/meinung/article227170261/Steinmeier-der-Praesident.html](https://www.abendblatt.de/meinung/article227170261/Steinmeier-der-Power-Praesident.html)

Meine Sorge ist, dass seine Worte zum Antisemitismus und zum Rechtsradikalismus in der häufigen Wiederholung zu formelhaft wirken und wenn er die Kippa aufsetzt – was sicher

24 Ich habe vorhin vor 20.00 Uhr (5.2.2020) auf NDR 3 einen kurzen Ausschnitt einer Debatte aus dem Nieders. Landtag gesehen und gehört. Genau das, was ich für gefährlich halte, wurde dort betrieben. Hass kann man nicht mit Hass bekämpfen. Ich habe den Eindruck, dass die Mandatsträger, die nicht zur AfD gehören, Opfer ihrer Vorstellungen darüber sind, die Nationalsozialisten zur Herrschaft gekommen sind und deshalb nicht sachgerecht und nur emotional auf die AfD reagieren können. Ich muss wohl damit rechnen, dass ich für meinen Versuch, über die Zusammenhänge aufzuklären, als Freund der AfD genannt werde.

eine Erweisung des Respekts gegenüber den Juden sein soll – dann macht er eher den Eindruck eines Vertreters Israels und nicht als Präsident aller Deutschen und dazu gehören nun mal auch die Mitglieder der AfD, auch wenn man sie nicht mag oder für gefährlich hält. Wenn meine Wahrnehmung richtig ist, wirkt er damit dann für und nicht gegen den Antisemitismus. Als „engagierter Verteidiger von Demokratie“ kann man ihn in dem Sinn sehen, wie die herrschende Politik den Begriff für sich definiert hat, nicht aber in dem Sinne wie das Grundgesetz es meint, dass nämlich alle Staatsgewalt vom Volke aus geht. (Art. 20 / 2) Dazu gehört, dass sich das Volk als Ganzes eine Verfassung geben muss. Diesen Grundsatz kannten auch die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, der in der historisch begründeten Situation nach dem Zweiten Weltkrieg, weder von allen Deutschen noch von den Deutschen in den Westzonen als jeweilige Gesamtheit gewählt wurde. Dies sollte vom Standpunkt des Parlamentarischen Rates ausgesehen nachgeholt werden, wenn das Grundgesetz seine Gültigkeit an dem Tage verliert, „an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist. Bei allem Respekt vor dem Amt des Präsidenten und der Person Walter Steinmeier, für den ich sogar Sympathie empfinde, er gehört zu den Kräften die den Auftrag des Grundgesetzes verraten oder diesen Verrat hinterher akzeptiert haben.

Weiter mit der Spurensuche mit Nahum Goldman u. a.

Bei Nahum Goldman²⁵ ist in seinem Buch > Mein Leben USA – Europa – Israel <, 1981, zu lesen:

Die Kurve meines Lebens und meiner Tätigkeit, wie sie im ersten Band dargestellt wurde, begann gewissermaßen an einem Gipfel jüdischer Existenz - der Lage der Juden in der Weimarer Republik, dem erfolgreichsten und schöpferischsten Kapitel der gesamten jüdischen Galut-Geschichte - doch mit dem Wachstum der nationalsozialistischen Partei und besonders der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, führte die Linie abwärts, in eine entschieden antisemitische Politik, die dann in der grausigsten Katastrophe jüdischer Geschichte, der Vernichtung von sechs Millionen europäischer Juden, endete. Nach der Niederlage der Nazis im zweiten Weltkrieg begann die Entwicklungslinie wieder nach oben zu steigen, um nicht nur - was Deutschland betrifft - in der einmaligen Entschädigungs- und Wiedergutmachungsgesetzgebung zu kulminieren, sondern - vom gesamten jüdischen Standpunkt aus gesehen - in die volle Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern der Welt zu münden, und zu einer ökonomisch, politisch und kulturell sehr positiven Form jüdischer Existenz zu führen. Diese Entwicklung ging allerdings parallel mit einer Schwächung der inneren Front jüdischen Daseins, infolge von Assimilation und Indifferenz, mit dem

²⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Nahum_Goldmann

Resultat der Gefährdung jüdischer Existenz trotz äußerlich überaus günstigen Bedingungen. (S. 2)

Wenn es einen Gipfel jüdischer Existenz in der Weimarer Republik gegeben hat, dann kann der Antisemitismus, der in ganz Europa zu Hause war, nicht der Ausgangspunkt der nationalsozialistischen Herrschaft gewesen sein. Was Hitler an die Macht gebracht hat, wurde ja schon mehrmals angesprochen, die Frage soll weiter offenbleiben, da möglicherweise noch andere Aspekte gibt.

Der nächste Titel, in dem ich suchte, lautet „Meine Danziger Mission / 1937 – 1939“ von Carl J. Burckhardt. Er war der letzte Hohe Kommissar des Völkerbundes für die Freie Stadt Danzig. Ich zitiere aus dem Kapitel „Der antisemitische Terro“, Seite 192 f.:

Der Antisemitismus der nationalsozialistischen Partei hat am stärksten zur moralischen und politischen Isolierung Deutschlands beigetragen. In allen europäischen Ländern haben die Juden nach ihrer im Beginn des 19. Jahrhunderts erfolgten Emanzipation sich national stark integriert. Der jüdische Staatsbürger hatte gerade in Deutschland weitgehend die nationalistische Entwicklung mitgemacht. Drei Juden haben es Deutschland ermöglicht, im Ersten Weltkrieg des 20. Jahrhunderts während vier Jahren gegen eine ganze Welt im Felde zu stehen: Walther Rathenau, der die deutsche Kriegswirtschaft organisierte, der Chemiker Fritz Haber, der durch die Entdeckung des Stickstoffverfahrens die deutsche Munitionsfabrikation sicherstellte, und Ballin, der Schöpfer der deutschen großen Handelsflotte. Sie alle nahmen ein tragisches Ende. Ballin konnte die Niederlage seines Landes nicht überleben, er endete durch Freitod. Haber starb auf dem Wege nach Israel in Basel. Walther Rathenau wurde von der ersten Welle des deutschen Judenhasses erfaßt und umgebracht. Blickt man weiter zurück, so kann man an die entscheidende Rolle erinnern, die das Bankhaus Bleichröder durch eine großzügige Finanzierungsaktion im 70er Krieg gespielt hat. Sowohl im slawischen Osten wie in den angelsächsischen Ländern hat das Judentum von jeher und auch nach 1918 noch stark im deutschfreundlichen Sinne gewirkt. Unermeßlich ist seit den Zeiten, in denen Felix Mendelssohn-Bartholdy sich das Verdienst der Wiedererweckung Bachs erwarb, die jüdische Leistung innerhalb des deutschen Geisteslebens. Nach ihrer großen Niederlage im Beginn des Jahrhunderts waren die Deutschen äußerst unsicher geworden, und der bei den deutschen Juden vielfach vorhandene Glaube an deutsche Überlegenheit war erschüttert. Auf den ein ganzes Jahrhundert erfüllenden Anpassungsvorgang folgte Absonderung, intellektuelle Distanznahme der Juden gegenüber dem geschlagenen Gastvolk und auch gegenüber gewissen deutschen Grundeigenschaften. Die Deutschen, viel gescholten, oft auch verleumdet, nahmen nun jedes Zeichen von Untreue, von Kritik mit doppelter Empfindlichkeit auf. Gewisse jüdische Kreise wurden zu Trägern einer internationalen Großstadtkultur, wie sie sich in den zwanziger Jahren, vor allem in Berlin, ausbildete. Im ganzen deutschen Sprachgebiet hat dieser Vorgang eine Reaktion von stark provinziellem Charakter her-

vorgerufen. Artistischer Intellektualismus und aggressive Kritik versetzten den von den erhaltenen Schlägen noch halbbetäubten Durchschnitt der Deutschen in einen Zustand dumpfer Wut. Man war erbittert über die jüdische Fähigkeit, innerhalb unstabiler Wirtschaftsverhältnisse erfolgreich zu existieren. In den liberalen Berufen, in Presse und Theaterwesen, auch an den Universitäten nahmen die so begabten Juden vorübergehend eine führende Rolle ein, im Kleingewerbe aber bildete das rasche Nachdrängen der aus dem Osten eingeströmten Israeliten ein Phänomen, das auch alteingesessene Glaubensgenossen beunruhigte.

Was kann man daraus entnehmen? Die Juden in Deutschland fühlten als Deutsche und haben im Ersten Weltkrieg mit Überzeugung für Deutschland gekämpft.²⁶ Die Juden hatten die nationalistische Entwicklung mitgemacht. Sie erbrachten in führender Stellung für Deutschland große Leistungen. Fritz Haber²⁷ erhielt den Nobelpreis für Chemie. Walther Rathenau²⁸ war unter anderem Reichsaußenminister und Alber Ballin ein erfolgreicher Reeder.²⁹ Ich kann mir schon vorstellen, dass das nach dem verlorenen Krieg, der alle Bedeutungshierarchien durcheinander gebracht hatte, zum Neid bei den Nichtjuden geführt hat. Burckhard berichtet ja auch darüber. Hier kann man sehen, dass der verlorene Krieg den Antisemitismus gefördert hat. Vor einiger Zeit habe ich ein Fernsehfilm über Fritz Haber gesehen, wo es um seine Erfindung der Gasmunition ging. Seine Frau nahm nach der Erzählung des Films dazu eine oppositionelle Stellung ein. In Erfindung von bestialischen Mordinstrumenten, die dann verschleiernd Verteidigungs- oder Abschreckmittel genannt werden, sind nicht nur die Deutschen erfinderisch. Mir kam die Frage, ob der älteste Bruder meines Vaters, der im Ersten Weltkrieg in Ypern gefallen ist, auch beim Gaseinsatz umgekommen ist³⁰, die Frage ist hier aber nebensächlich. Die drückende Frage ist, ob Fritz Haber ungewollt der Ideengeber für die Tötungsmaschinerie der Nationalsozialisten war. Weiter wird auch die Mitfinanzierung des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 durch das Bankhaus Bleichröder erwähnt. Da bin ich aus einem persönlichen und einen sachlichen Grund im Zusammenhang mit meiner Suche nach Erklärungen gestolpert. Der persönliche Grund ist, dass mein ostpreußischer Großvater (Jg. 1850) bei den Husaren in dem 70er-Krieg mitgekämpft hat. Von einem Wilhelm Radeke, der Prokurist des Bankhauses S. Bleichröder war, habe ich gehört oder gele-

26 In dem Buch „Die Schleiße / Die Erlebnisse der Jüdin Alice Brandt im Ghetto Theresienstadt“, 1974, habe ich gelesen, das ein hochdekorierte jüdischer Offizier des Ersten Weltkrieges in Uniform herrum lief und der Meinung war, das es nur ein Versehen sei, dass er dort eingesperrt wurde.

27 https://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Haber

28 https://de.wikipedia.org/wiki/Walther_Rathenau

29 <https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=Ballin+Sch%C3%B6pfer+der+Handelsflotte&nirf=Ballin+Schiffe+der+Handelsflotte&sa=X&ved=2ahUKewjJp6vA3e3nAhUquqQKHVuuB7YQ8BYoAXoECAwQKw&biw=791&bih=718>

30 https://www.focus.de/wissen/mensch/geschichte/erstmaliger-einsatz-vor-100-jahren-augen-und-gesichter-weggefressen-vom-grauen-des-gaskriegs_id_4626720.html

sen, dass er vor der Hitlerzeit der Geschäftsleitung dieses Bankhauses die freiwirtschaftliche Analyse der Ursachen der bedrückenden wirtschaftlichen Verhältnisse vor der Nazizeit und ihre Behebung erläutert hätte. Die Geschäftsleitung hätte sich mit dem Hinweis bedankt, dass sie jetzt das Vermögen der Bank besser schützen könnten. Aber an eine allgemeine Anwendung, die nicht nur allen Deutschen, sondern auch den Juden zugutegekommen wäre, war man nicht interessiert. Man sollte bei allem Leid, das Juden widerfahren ist, nicht so tun, als seien sie nur die passiven Opfer gewesen. Aber die Frage, wann und wo sie bei der Verhinderung des aufkommenden Unheils versagt haben, wird sicher als antisemitisch deklariert. Es gab aber durchaus Juden, die das Unheil kommen sahen. Auf meiner Internetseite ist unter den Textnummern 56.2.1 und 56.2.2 eine kleine Schrift in zwei verschiedenen Ausgaben von dem jüdischen Arzt Dr. Max Sternberg aus Emden zu finden, die ist aus dem Jahr 1924 und trägt den Titel „*Warum und wie zur Freiwirtschaft*“.³¹ Er beklagt darin unter dem Titel „Bankerott der Novemberleute“ die Unkenntnis der Linken von der Wirkungsweise des Geldes. In einem fiktiven Gespräch zwischen Sozialdemokraten und Stinnes, sagt Stinnes, das die Sozialdemokraten die Macht haben könnten, denn er uns seine Klassengenossen wären jetzt ja ohnmächtig, nur das Geld dürften sie nicht anrühren. Diesem Wunsch wurde ihm auch gewährt, weil von Sozialisierung des Geldes in ihren Lehrbüchern der Sozialisten nirgendwo die Rede sei. Zum Ende lässt Sternberg Stinnes dann folgendes sagen:

Da ging Stinnes hinaus und sagte zu seinen Freunden: "Das Ding haben wir mal wieder fein gedreht. Die Toren da drinnen denken nicht einmal an die alte Volksweisheit: "Geld regiert die Welt." Die Toren da drinnen haben die Republik, aber keine Gebrauchsanweisung, und ich, ich gebe sie ihnen nicht. Die da haben die scheinbare Macht, nämlich die politische, ich aber, ich habe die wirkliche Macht, die Geldmacht. Die da haben die Hülle, ich aber habe den Kern. Die da werden in ihrer Blindheit mit der Tätigkeit der Notenpresse, mit der Helferich angefangen hat, ruhig oder vielmehr mit verstärkter Macht fortfahren und damit ist ihr Bankrott besiegelt. Was an mir liegt, soll alles geschehen, daß das Tempo der Notenpresse immer schneller gehen wird. Die Zeitungen werde ich aufkaufen. Sie mögen dann über die Notwendigkeit der Republik schreiben, wie sie wollen, aber über Geld und Währung sollen sie nichts schreiben, oder nötigenfalls nur so, daß das Volk weiter dumm gehalten wird. Wenn dann durch die Währungspfuscherie allmählich die Zeit kommt, wo die Milch 20 Milliarden, das Brot 100 Milliarden kostet, wenn dann die Massen hungern, arbeitslos sind, dann werden wir die Arbeiter, nachdem sie sich gegenseitig zerfleischt haben, schon wieder unter das Joch des Kapitalismus vollständig niederzwingen. Ob aber das Volk trotz aller Verdunkelungstätigkeit meiner Presse doch nicht merken wird, wo die Wurzel allen Übels steckt? Nein, ich kenne die Wirkung der Presse. Die Presse wird ihre Schuldigkeit tun und wird dem braven Michel die Schlafmütze über die Ohren ziehen, und die Parteibonzen aller Parteien,

31 http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.2.2%20Sternberg%20Warum%20FFF%20.pdf

ich sage ausnahmslos aller Parteien, werden sie bei dieser Tätigkeit unterstützen. Und wenn die Not im Volke gar zu arg wird; nun, wozu haben wir dann die lieben Juden? Hier müssen unsere Freunde von der deutschnationalen Volkspartei einsetzen. Sie werden das Volk schon dahin "aufklären", daß nur die Juden an allem Unglück Schuld sind. Sie werden die Massen mit nationalen Phrasen benebeln. Auf eine frisch, fromm, fröhliche Judenhetze ist ja von jeher das dumme Volk hereingefallen, wenn die bevorrechtigten Klassen in Gefahr gerieten, an ihrer bevorzugten Stellung Einbuße zu erleiden. So 1811, 1849. 1880. Somit fasse ich mein Urteil dahin zusammen: Voll Vertrauen in die Zukunft geblickt, denn die Notenpresse wird mit unfehlbarer Sicherheit die Novemberleute zum Bankrott bringen." ³²

Ich komme noch einem auf Nahum Goldmann zurück. Erst zu seiner Erklärung der Ursachen des Antisemitismus. Er schreibt:

Das jüdische Volk ist vor allem einzigartig darin, daß die Basis seiner Existenz weder ein Land, noch ein Staat, sondern eine Idee war.³³ Die relativ kurzen Perioden ihrer Geschichte, in der die Juden ihren eigenen Staat hatten - unter den Königen Saul, David, Salomon und ihren Nachkommen, bis zur Zerstörung des ersten Tempels, und später unter den Hasmonäer Herrschern (dieser Staat wurde durch die Römer liquidiert) -, sind in der Gesamtheit jüdischer Geschichte nicht entscheidend gewesen. Im politischen oder militärischen Sinne haben die Juden in den Jahrhunderten, die sie in der Diaspora verbracht haben, also im größten Teil ihrer Geschichte, keine Macht gehabt. Die entscheidende Grundlage ihrer einzigartigen Existenz war die religiöse Idee, wenn auch diese Idee einen nationalen Aspekt hatte und eine Verbundenheit mit dem Ursprungsland des Judentums, Palästina, in sich enthielt.

Schon der Eintritt des jüdischen Volkes in die Weltgeschichte war ungewöhnlich und entscheidend für den Sondercharakter des Judentums. Der Stammvater des jüdischen Volkes, Abraham - dabei ist es unwichtig, ob er eine historische Figur oder einen Mythos darstellt - zog aus Mesopotamien weg, nicht um Land zu erobern oder Reichtum zu erwerben (es ging ihm materiell sehr gut in seinem Stammland), sondern aus Protest gegen den Polytheismus seiner Umwelt, aus einem intellektuellen, religiösen und moralischen Protest. Seitdem ist das jüdische Volk in all seinen großen Manifestationen und Leistungen ein Volk des Protestes geblieben; es war immer nonkonformistisch. Es hat nie die Überzeugungen und Ideen der Majorität, unter der es lebte, akzeptiert. Es nahm Verfolgungen und Leiden auf sich, um nicht zu der Weltanschauung der Umwelt Ja sagen zu müssen. In seiner Lebensform und in seinem Schicksal war das jüdische Volk ideologisch und faktisch meist ein Störenfried für die übrige Welt. Die entschei-

32 Ich habe bei mir noch einen anderen Text gefunden, bei dem ich den oben gebrachten Ausschnitt kopieren konnte.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/110.1.OffenerBriefWirtschaftsredaktionen.pdf> Der Titel lautet:

Wirtschaftsjournalismus ist gefährlicher als Links- und Rechtsextremismus!

33 Gesell, der in seinem Denken die Grenzen der Nationalstaaten gerne auf Verwaltungsgrenzen reduziert hätte verweist da auch auf die Juden, die für ihre Identität keinen Staat benötigten.

dende Idee, die das Judentum geschaffen hat, die Vorstellung³⁴ des einen Gottes für die gesamte Welt, vielleicht die größte und revolutionärste Idee der Menschheit, ist noch heute in ihrem Charakter nicht voll gewürdigt. Sie ist in ihrer gewaltsamen Exklusivität gewissermaßen unnatürlich und scheint der Menschheit, die sie zum größten Teil übernommen hat, irgendwie aufgezwungen. Vor der Konzeption des jüdischen Monotheismus hatte jedes Volk, jede Einzelstadt und Einzelgruppe seine Götter, was einfach natürlich und unkompliziert war. Der Gedanke, daß ein Gott die gesamte Menschheit geschaffen hat und für die Vielfalt aller Völker, Nationen und Rassen der gleiche Gott ist, ist die kühnste, revolutionärste, großartigste Idee, die ein Volk oder seine religiösen Führer je formuliert haben. In der Geschichte der Antike lebte jedes Volk, religiös gesehen, separatistisch, verehrte seinen eigenen Gott oder seine eigenen Götter, die mit denjenigen anderer Nationen oft im Kampfe standen, manchmal siegten und andere Male besiegt wurden. Die Konzeption eines einzigen Gottes für alle Völker und Menschen hatte etwas unsagbar Großartiges in sich, und kaum eine Leistung in der Geistesgeschichte der Menschheit war so radikal weitreichend und erfolgreich wie die Tatsache, daß es dem jüdischen Volke, numerisch stets eine kleine Minderheit, gelang, diese großartige Konzeption dem weitaus größten Teil der Menschheit aufzuoktroieren. Eine Reihe von Schriftstellern und Ideologen haben den Antisemitismus zum Teil darauf zurückgeführt, daß die nichtjüdische Welt sich unbewußt für den Monotheismus rächen wollte, der ihr aufgezwungen worden war und der ihrem Charakter und ihrem Wesen widersprach. (S. 14 f.)

Nahum zum Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden:

Vom Standpunkt des Individuums, nicht kollektiv gesehen, deutet die Frage der jüdischen Gleichberechtigung darauf hin, wie schwer es ist, die Normalisierung mit der Einzigartigkeit zu vereinen. Das Bewußtsein der Juden von ihrer Auserwähltheit war stets einer der tieferen Gründe für den Antisemitismus. Wenn Männer wie Voltaire, Kant, Diderot oder Herder - um nur einige wenige zu nennen -, Vorkämpfer für Gleichheit und Freiheit, Juden, um es milde auszudrücken, nicht mochten, kann dies nur darauf zurückzuführen sein, daß sie die von ihnen aus gesehene Überheblichkeit des jüdischen Volkes, als einziges von dem einzigen Gotte auserwählt zu sein, nicht dulden konnten und als arrogant betrachteten. Der bedeutende Wirtschaftsgelehrte Werner Sombart, der die Juden für einen Hauptfaktor in der Schaffung des modernen Kapitalismus und ihre Leistungen als einen Beitrag zum Fortschritt der Geschichte ansah, äußerte einst den Gedanken, daß die Juden sicher Anrecht hätten, gleichberechtigte Bürger zu sein, daß sie aber, solange sie an ihrer Einzigartigkeit und Besonderheit festhielten, diese Gleichberechtigung mit großem Takt benutzen sollten. Ich erinnere mich sehr wohl einer heftigen Debatte in Frankfurt am Main, als ich, noch ein Jüngling, seine These verteidigte, die unter der deutschen Judenheit viele Proteste erweckt hatte.

34 In anderen Quellen habe ich gelesen, das es die Idee des Monotheismus schon vor jenen der Juden gab. Das spielt aber für die Aussage von Goldmann keine Rolle, denn es kommt in geschildert Zusammenhang darauf an, was die Juden glaubten.

Auch das Ghetto ist, wie viele Historiker behaupten, von den Juden freiwillig geschaffen worden. Die Ghettos von Venedig und anderen Städten wurden von den nichtjüdischen Autoritäten nur bestätigt und legalisiert. Die jüdische Sonderexistenz war für die Juden eine psychologische Notwendigkeit, um an ihrem Glauben als auserwähltes Volk festhalten zu können, was ihnen kaum hätte gelingen können, falls sie zerstreut inmitten der anderen Völker gelebt hätten. Hauptsächlich aus freiem Willen lebten also die Juden sozusagen am Rande der Weltgeschichte. Kriege, Revolutionen, Dynastiewechsel in der nichtjüdischen Welt interessierten sie nur vom Standpunkt ihrer Rückwirkung auf ihre eigene Situation. (S.20)

Ich kehre noch einmal zu der schon vorgestellten Schrift „Die Juden und wir“, 1957, zurück. Ich zitiere aus dem Beitrag „Judenverfolgung und Judenvernichtung im 'Dritten Reich'“ von Helmut Genschel:

Der Antisemitismus als Grundlage für die Judenverfolgungen Der „herkömmliche“ Antisemitismus vor Hitler

Will man den großen Einfluß der antijüdischen Propaganda im „Dritten Reich“ verstehen, so muß man sich vergegenwärtigen, daß der Antisemitismus keine Erfindung der Nationalsozialisten ist, sondern daß er in großen Teilen Europas eine lange Tradition besitzt.

Seit dem 6. Jahrhundert unterlagen die Juden gewissen Rechtsbeschränkungen vonseiten der Kirche. Während des ganzen Mittelalters und darüber hinaus durften sie kein „ehrliches“ Handwerk ausüben und stiegen daher - notgedrungen oder aus eigenem Antrieb - mehr und mehr ins Handels- und später ins Geldgeschäft ein. Da die Kirche den Christen verboten hatte, Geld gegen Zinsen zu verleihen, waren Fürsten, Bürger und Bauern darauf angewiesen, im Bedarfsfalle von Juden zu borgen. So gelangten viele Juden nicht nur in die Rolle des mißliebigen Konkurrenten für christliche Kaufleute, sondern auch in die des Kreditgebers und Wucherers für verschuldete Bauern. Kleinbürger und Bauern waren denn auch im allgemeinen Träger der antisemitischen Pogrome, die - mittelalterlichem Denken entsprechend - religiös begründet und von Vertretern der Kirche angeführt wurden. (Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei angemerkt, daß die christliche Lehre sowohl pro- wie auch antisemitisch ausgelegt werden kann: Sie kann das jüdische Volk entweder für das ursprünglich auserwählte erklären, das den Messias hervorgebracht hat; sie kann es auch als »Christuskreuziger« brandmarken. Die Juden sind ebenso das Volk Christi wie das des Judas. Beide Auslegungsversuche sind gemacht worden. Wesentlich aber ist, daß in der geschichtlichen Wirklichkeit häufiger die zweite Anschauung - des Christusverfolgers und -kreuzigers - zur Wirkung kam.)

Zu Pogromen kam es in Zeiten besonderer Not (Hunger, Seuchen) oder religiösen Eifers (Kreuzzüge) in vielen europäischen Ländern, wobei Zehntausende von Juden ums Leben kamen'). Wirksamer als die berechtigten Vorwürfe, die sich freilich immer nur gegen einen Teil der Juden richten konnten (Zinswucher, unlauterer Handel), waren für solche Massenaktionen die Anschuldigungen, die auf Aberglauben beruhten: Brunnenvergiftung (als an-

gebliche Ursache für den Ausbruch von Seuchen), Hostienschändung (wenn z. B. Hostien verdarben), Ritualmord (angebliches Schächten von Christenkindern) usw. . Durch zunächst freiwillige, dann zwangsweise Zusammenfassung in Ghettos blieben die Juden bis zum 18. Jahrhundert von der Kultur ihrer „Wirtsvölker“ relativ abgeschlossen, was das gegenseitige Verständnis nicht gerade förderte. (S. 6 f.)

Im nächsten Zitat von Himmler, die Genschel dokumentiert, wird deutlich, dass der Antisemitismus in Deutschland - jedenfalls nicht generell – konkreten Menschen galt, sondern „Jude“ ein Sammelbegriff war für eine gefühlte und /oder nicht erklärbare Bedrohung. Es war sicher so, wie heute der Begriff Neoliberalismus benutzt wird, für die Vorgänge. Der Unterschied ist, dass man zu dem Begriff Neoliberalismus durchaus Informationen erhalten kann. Aber den meisten Menschen – einschließlich der politisch engagierten - die heute eine Ursache für ihr Bedrohungsgefühl benennen möchten, genügt der nackte Begriff. Im übrigen, Milton Friedman, der ein hervorragender Vertreter dieser Ökonomie-Schule ist, ist auch Jude, sowie der Vater von Karl Marx, Heinrich Marx auch Jude war. Die Kinder aus der Ehe von Karl Marx mit Henriette Presburg wurden alle Zusammen im August 1824 getauft.³⁵

Nun zu Himmler:

Himmler sagte am 4. Oktober 1943 in seiner Posener Rede vor SS-Führern: „Ich will hier vor Ihnen in aller Offenheit auch ein ganz schweres Kapitel erwähnen. Unter uns soll es einmal ganz offen ausgesprochen werden, und trotzdem werden wir in der Öffentlichkeit nie darüber reden. ...Ich meine jetzt die Judenevakuierung, die Ausrottung des jüdischen Volkes. Es gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht: ‚Das jüdische Volk wird ausgerottet‘, sagt ein jeder Parteigenosse, ‚ganz klar, steht in unserem Parteiprogramm, Ausschaltung der Juden, machen wir.‘ Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist ja klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude. (S. 43)

Jetzt einen Ausschnitt aus dem Beitrag „Über die historische Wurzeln des Antisemitismus“ von Prof. Dr. Hans Köhler:

Wir müssen noch einen Schritt weitergehen: Verfolgt man die Geschichte des Antisemitismus durch die Jahrtausende seiner Entwicklung, dann stößt man auf die Beobachtung, daß er nur periodisch auftritt. Er ist wohl kontinuierlich in den Kollektivurteilen vorhanden, aber offene und weitreichende

³⁵ [https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Marx#Jugend_und_politische_Anf%C3%A4nge_\(1818%E2%80%931843\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Marx#Jugend_und_politische_Anf%C3%A4nge_(1818%E2%80%931843))

Verfolgungen treten doch nur in bestimmten Perioden auf. Was sind das für Zeiten? - Man darf wohl sagen, daß es meist ausgesprochene Notzeiten sind, vielleicht auch nur Krisenzeiten, die eine Notzeit vorbereiten. So kann man das in der allmählich dekadent werdenden Spätantike beobachten; man kann es in der wechselhaften Geschichte Spaniens im Hin und Her zwischen Christen und Mohammedanern erkennen; auch im Mittelalter sind es vorwiegend Spätzeiten, in den Judenverfolgungen auftreten; nicht anders ist es in den absolutistischen Ländern. Sollte man da nicht noch einmal an die Notzeit nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland denken?

Auch das erscheint zunächst psychologisch erklärbar. In Krisen- und Notzeiten sucht man Schuldige. Es ist eine alte Erfahrung, daß dabei der Blick gern auf Minderheiten fällt, ebenso auf solche Menschen, die der Menge der Einwohner nicht ganz gleichen. Aber diese Antwort reicht nicht ganz aus; es gibt ja noch mehr Minderheiten. Warum hat man z. B. in Deutschland nicht die Hugenotten verantwortlich gemacht, warum nicht nach dem ersten Weltkrieg z. B. die polnische Minderheit im deutschen Reichsgebiet? Es gab doch in der Tat Grenzumsstreitigkeiten, gab Nationalitätenprobleme genug. Warum gerade immer wieder die Juden? Liegt es nur an der Konfession? Kann man die Sache so erklären, daß man sagt, es habe zwar immer eine Menge nationaler Minoritäten gegeben, aber doch nur eben eine religiöse? Kann man es so erklären, daß es trotz nationaler Unterschiede eine christliche Solidarität gegeben habe, die sich dann immer wieder gegen die jüdische Minorität bewährt habe? Haben am Ende die Nationalsozialisten mit ihrem „positiven Christentum“, das sie in reichlich unklarer Manier vor ihrer Machtergreifung propagierten, auf diese Bewußtseinslage spekuliert?

Das könnte zwar manches erklären, keineswegs aber alles; denn damit wäre der antike Antisemitismus durchaus nicht erfaßt. Man müßte wohl noch eine Schicht tiefer gehen. Es sei hier ein Deutungsversuch gewagt, der vielleicht auch erklären könnte, warum diese Verfolgungswellen gerade in Krisen- und Notzeiten immer wieder aufbrechen.

Die Juden sind das geschichtlich denkende Volk. Man sollte darauf achten, was schon Paul Tillich mehrfach betont hat, daß wir in der Antike einem kreisförmig gedachten Geschichtsablauf gegenüberstehen, im Judentum aber einer linearen Geschichtsauffassung. Man müßte dann nur hinzufügen, daß dies Vorstellungen sind, die sich keineswegs auf die Antike beschränken, sondern daß das zyklische Geschichtsdenken auch im germanischen Denken eine Rolle spielt, wie Hilpert (Köln) vor kurzem in einem Vortrag in der Berliner Kant-Gesellschaft darlegte. (S. 59)

Ich komme zu den Auszügen aus dem vierten und hier letzten Beitrag aus der Broschüre

Die und wir:

Wie konnte es geschehen? Von Horst Bethmann

Wer sich die Tatsachen der Judenvernichtung ganz klar gemacht hat, kommt von der quälenden Frage nicht los: „Wie konnte das geschehen?“

Beinahe erscheinen die Versuche, das Entsetzliche zu leugnen oder zu rechtfertigen, verständlich. Aber damit ist so wenig etwas gewonnen wie mit der Methode, alle Schuld auf wenige brutale Verbrecher abzuwälzen. Nicht einmal die Tatsache Jahrhunderte alten und weitverbreiteten Antisemitismus reicht zur Erklärung aus. Er war nur Vorbedingung, zu der Ursachen kamen, die Eva Gabriele Reichmann in ihrem Buch „Flucht in den Haß“ aufzeigt. Sie dringt mit ihrer soziologischen und psychologischen Analyse des deutsch-jüdischen Verhältnisses seit der Judenemanzipation 1812 zu den tieferen Wurzeln vor und deckt damit zugleich Gefahren auf, die überall zwischen verschiedenen Gruppen unter ähnlichen Bedingungen zu gleichen Wahnsinnstaten führen können.

Obwohl Eva G. Reichmann selbst ein Opfer der Verfolgung war und ihr die Objektivität nicht leicht gefallen ist, vermeidet sie als Wissenschaftlerin jede Anklage oder einseitige Darstellung. „Alles verstehen“ bedeute aber nicht „alles verzeihen“, denn alle aufgezeigten „Ursachen“ haben nicht die Möglichkeit zur besseren Entscheidung ausgeschlossen. Das gilt zumindest für diejenigen, von denen man eigenes Denken hätte erwarten können.

Wir wollen im Folgenden weitgehend der Analyse Eva G. Reichmanns folgen, deren Werk auch die Zitate entstammen (falls nicht anders vermerkt). Soweit sie geistesgeschichtliche Ursachen anführt, werden diese auch durch das ebenso wichtige Werk von Eleonore Sterling „Er ist wie Du - Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland (1815-1850)“ bestätigt. (S. 63)

Erst nach der Machtergreifung gelang es den Propagandisten, auch jene Teile des deutschen Volkes von der „Notwendigkeit“ und „Rechtmäßigkeit“ der Judenverfolgungen zu überzeugen, die nicht aus antisemitischen Gefühlen heraus ihre Hoffnung auf den „Führer“ gesetzt hatten. „Die antisemitische Propaganda wurde wohl hingenommen, aber der Antisemitismus bildete nicht den Ausgangspunkt für die politischen Entscheidungen der Wähler. Es waren weder die ‚jüdischen‘ Kapitalisten noch die ‚jüdischen‘ Marxisten, noch die ‚jüdische‘ Republik oder die ‚jüdischen‘ Finanzskandale, es war ganz gewiß nicht der ‚jüdische Kulturbolschewismus‘, der die Menschen zur Verzweiflung und damit zur NSDAP brachte; aber es waren je nach der Gruppensituation Kapitalismus oder Marxismus, Republik oder irgendwelche radikalen Auswüchse, in denen man den Erreger des gesellschaftlichen Unbehagens zu sehen glaubte. Da jeweils auch Juden an diesen Erscheinungen beteiligt waren, teilweise sogar in exponierten Funktionen, schien eine allgemeine Gleichsetzung mit dem ‚Judentum‘ gerade so viel Wahrscheinlichkeit zu besitzen, daß Menschen unter den von uns geschilderten Einflüssen der Verlockung einer solchen ‚Erklärung‘ erliegen konnten.“ (S. 277). (Die Juden und wir / S. 72)

Es kommt heute weniger darauf an, Schuldige von gestern zu finden, um das eigene Gewissen zu beruhigen, als durch Erkenntnisse der Ursachen einer schrecklichen Barbarei Anzeichen neuer Katastrophen rechtzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Es kommt weniger darauf an, wo jemand gestern stand (in den Reihen der SS oder im KZ), sondern wo er heute steht,

ob er gelernt hat und bereit ist, sein Handeln danach zu richten. Und es kommt weniger darauf an, in welchem ideologischen Gewande jemand auftritt (christlich, kommunistisch, liberal, sozialistisch oder anders), sondern wie er sich dem jeweils anderen gegenüber verhält. - Wenn wir diese Lehren aus der Judenverfolgung ziehen, dann ist das zwar kein sehr glückliches Geschenk aus einer nie wieder gut zu machenden Zeit, aber vielleicht ein Lichtblick für die Zukunft. (S. 76)

War Deutschland ein Kriegstreiber?

Es hat ja die Selbstgeißler aus religiösen Gründen gegeben. Einleitend heißt es dazu in einem Wikipediaeintrag:

Die Flagellanten oder Geißler waren eine christliche Laienbewegung im 13. und 14. Jahrhundert. Ihr Name geht auf das lateinische Wort flagellum (Geißel oder Peitsche) zurück. Zu den religiösen Praktiken ihrer Anhänger gehörte die öffentliche Selbstgeißelung, um auf diese Weise Buße zu tun und sich von begangenen Sünden zu reinigen.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Flagellanten>

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte bei uns eine politische Selbstgeißelung ein. Vermutlich war es eine Reaktion auf das Bewusstwerden der Schuld, die sich die Deutschen durch das Morden unter Hakenkreuzfahne bewusst wurde. Von der dem Bedürfnis nach Selbstgeißelung waren aber eben auch die sich herauschälenden Politiker betroffen. Sie waren ja in der gleichen Situation, wie die anderen Bürger. Aber andererseits gab es einfach auch genug Deutsche, die aufgrund des eigenen Leides, der Erschöpfung oder weil sie aufgrund des eigenen Erlebens oder ihrem politischen Weltbild die Schuld gar nicht an nicht sich herankommen ließen. (*Die Unfähigkeit zu trauern von Alexander und Margarete Mitscherlich*) In dieser Situation wurde die Selbst-Geißelung aber auch durch die Politik gefördert und missbraucht, weil die Politiker die Schuld der Deutschen als politisches Gestaltungselement und Ersatz für ein bei den Mehrheiten nicht vorhandenes Zukunftsbild einsetzte. Ein vages Bild ergab ja das Grundgesetz, das mehr die Gefahren der Vergangenheit für die Zukunft verhindern wollte, aber weniger fragt(e), wie denn in Zukunft die neue Gesellschaft aussehen müsste. Aber das, was im Grundgesetz im Parlamentarischen Rat erarbeitet wurde und erst in den Köpfen der Mitglieder und dann auf dem Papier Platz genommen hatte, war ja nicht in den Köpfen der Masse von Bürgern. Sie waren ja nicht beteiligt worden. Und wurde dann die Schuld der Deutschen wie ein Schäferhund eingesetzt, um die Schafe dort hinzubekommen, wo man sie hin haben wollte. Dieser Kult um die eigene Schuld hat zu einem Selbsthass geführt, der sich in Fremdenfeindlichkeit und einem Rechtsruck in der Gesellschaft abregiert. Der Wirkungs-

zusammenhang ist einfach: Wer sich selbst hasst, kann sich nicht selber lieben und wer sich nicht selber lieben kann, kann auch den anderen lieben – und der Mensch, auf dem der Hass dann abgeleitet wird, braucht nicht einmal ein Fremder sein.

Wenn es um einen Staatsbesuch geht, gehört zur Begrüßung von deutscher Seite dazu, zu bekennen, das Deutschland den Krieg begonnen hat. Von einem preußischen König habe ich Aussage in Erinnerung, dass nicht immer derjenige einen Krieg begonnen hat, der den ersten Schuss abgegeben hat. Das hängt damit zusammen, dass zwischen den kriegsführenden Völkern schon weit vorher Spannungen entstanden sind, die nach einer Entspannung suchen. Wenn dann keine Lösung erarbeitet wurde, die eine Lösung ohne Waffen möglich macht, dann haut einer der Beteiligten einfach drauf, das heißt, er gibt den ersten Schuss ab, in der Hoffnung, dass dieser zur Lösung führt.

Bei Sebastian Haffner kann man lesen, dass in Bezug auf den Ersten Weltkrieg von der Schuld Deutschland zu reden nicht angebracht wäre. Damals gehörte der Krieg noch zu den normalen politischen Mitteln. Selbstverständlich sollte bei der Beurteilung von Vorgängen, die in der Vergangenheit liegen, auch die Beurteilungsmaßstäbe aus jener Zeit mit berücksichtigt werden. Wichtiger erscheint mir aber, jene Elemente in den Beziehungen der Völker zu finden, die zum Krieg führen, obwohl er gar nicht gewollt wurde. Ein Kapitel in dem 2. Band von „Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker“ von Fritz Schwarz, Bern 1945, lautet: „Der Krieg von 1814 bis 1818 begann 1874“. Hier werden währungspolitische Zusammenhänge aufgezeigt, die mit Moralpredigten nicht aufgelöst werden könne. Friedensfreunde haben in der Regel keine Neigung, sich um so schnöde Zusammenhänge zu kümmern, sie wollen lieber den neuen Menschen schaffen. Die Sieger des Ersten Weltkrieges hatten auch keine Neigung, in Deutschland Verhältnisse zu schaffen, die ein friedliches Leben auf Dauer möglich machten. Zu diesem Schluss kommt man auch, wenn man in dem Buch von Carl J. Burckhardts Buch „Meine Danziger Mission 1937 – 1939“ liest, kommt man zum Schluss, auch ohne Hitler, hätte es den Zweiten Weltkrieg gegeben. Das polnisch-deutsche Verhältnis war danach von Beginn an nach dem 1. Weltkrieg stark belastet. Ich zitiere:

Was die Regelung seiner Westgrenzen anbetrifft, so hatte Polen zum mindesten klare Forderungen gestellt. Es hatte einen beträchtlichen Teil Oberschlesiens, die Masuren und einen gesicherten breiten Zugang zur Ostsee verlangt. Dies wurde nicht berücksichtigt, und schon schritt man zu gefährli-

chen Kompromißlösungen.

Die deutsch-polnische Spannung setzte unmittelbar nach den Friedensschlüssen ein. Sie wurde bedrohlich mit Ausbruch des Handelskrieges zwischen den beiden Mächten im Jahre 1925, in dessen Verlauf Polen schwere wirtschaftliche Einbuße erlitt. Politisch-strategisch hat dann im selben Jahre Stresemanns Entspannungsaktion gegenüber Frankreich, haben die Verträge von Locarno vom 16. Oktober 1925 unzweideutig die deutschen Revisionsansprüche gegenüber seinem östlichen Nachbarstaat verstärkt und auch bereits deutlich gemacht. Die Demilitarisierung des Rheinlandes, ihre Garantie durch England, Frankreich und Italien, sodann die damals unterzeichneten Nichtangriffs- und Beistandsverpflichtungen zwischen den genannten Staaten waren für Polen bedrohlich, sie schwächten schon sieben Jahre nach dem alliierten Sieg die Bedeutung des französisch-polnischen Bündnisses ab.

Stresemanns Absichten waren bekannt. Er hat sich schon 1925 sehr deutlich geäußert: in einem Brief an den einstigen deutschen Kronprinzen erklärte er die Korrektur der Ostgrenzen, die Wiedergewinnung Danzigs und des Korridors sowie die Veränderung der oberschlesischen Grenze als ein Hauptziel seiner Politik.

Strategisch war die Situation Polens gegenüber Deutschland von Anfang an schwach, in der Folge sollte sie aussichtslos werden. Man braucht nur einen Blick auf die Karte zu werfen, um zu erkennen, wie sehr alle geographischen Gegebenheiten das Reich zu einer Umfassungsstrategie gegen Großpolen einluden. (S. 8 f.)

...

Von allem Anfang an wurde in Polen wie im Reich der Verdacht geäußert, es habe sich bei der künstlichen Abtrennung Ostpreußens durch den Korridor und bei der Schaffung der »freien« und doch von Polen abhängigen Stadt Danzig um die versteckte Absicht gehandelt, auf die Dauer einen friedlichen Ausgleich zwischen Polen und dem Deutschen Reich unmöglich zu machen. Warnende Stimmen, die sich in diesem Sinn äußerten, verstummten nie: schon 1919 erklärte in der französischen Kammer Marcel Sembat, »daß Danzig den Keim zu einem neuen Krieg in sich trage«.

Am Ende der unglücklichen und zuletzt unheilvollen Episode der Freien Stadt sollte der letzte polnische Außenminister Jozef Beck, schreiben: »Das Statut der Freien Stadt Danzig war zweifellos die bizarrste und komplizierteste Schöpfung des Versailler Vertrages. Es war schwer, etwas anderes anzunehmen, als daß es einzig mit dem Zweck geschaffen worden war, den Ursprung beständiger Konflikte zwischen Deutschland und Polen, oder zum allermindesten ein Tauschobjekt zu bilden, das gelegentlich benützt werden konnte, um polnische Interessen zugunsten Deutschlands zu opfern.« Derselbe Beck hat geschrieben:

»Der Hohe Kommissar des Völkerbundes hat seinerzeit die Aufgabe erhalten, die Aktion der polnischen und der Danziger Regierung zu kontrollieren,

dabei hat er nicht einmal den geringsten Einfluß auf die Danziger Polizei besessen«. Es fehlte in der Tat jede Angabe, was geschehen müsse, wenn einer der beiden Staaten (Polen und Danzig) den Schiedsspruch des Hohen Kommissars nicht anerkennen sollte. Selbst in der Frage der Landesverteidigung Danzigs war der Hohe Kommissar fast machtlos. Wohl hatte der Völkerbund die militärische Verteidigung der Freien Stadt an Polen übertragen, und der Hohe Kommissar konnte theoretisch bewaffnete Intervention Polens verlangen, aber ohne einen besonderen Beschluß des Völkerbundsrates war dies wiederum nicht möglich.

Mit Recht hat der französische Botschafter in Berlin, Coulondre, in seinen Memoiren aufgezeichnet, daß das deutsche Volk sich mit der Rückkehr des Elsaß an Frankreich abgefunden habe, daß es ihm aber unmöglich gewesen sei, die Verstümmelung seiner Ostgebiete anzuerkennen. In diesem Punkt und zugleich auch in den militärischen Klauseln müsse es das »Diktat« um so bitterer empfinden, als es in ihm mehr das Ergebnis eines Verrates als seiner Niederlage empfunden habe.

Bei dem ganzen Vorgang scheint man damals vergessen zu haben, daß es eine Danziger Bevölkerung gab (bestehend aus 96% Deutschen und nur 4% Polen), über welche man, entgegen allen Grundsätzen, einfach verfügte. Immer wieder hat sie ihr Recht auf Abhaltung eines Plebiszits verlangt, wie es im Falle der Saar, am 13. 1. 1935, Anwendung finden sollte, - vergeblich! Die um ihre Meinung nicht befragte Danziger Bevölkerung hat denn auch Polen von Anfang an passiven Widerstand geleistet. (S. 24 f.)

Deutschland heute: Militär und Pazifismus

Hier wäre einiges zu sagen. Aber die Zeit, die ich für diesen Text habe, läuft ab und ich kann daher die restlichen Stichworte nur in gedrängter Form abhandeln.³⁶

Die Schwüre „Nie wieder Krieg, nie wieder Rüstung“, die nach dem Zweiten Weltkrieg tausendfach geleistet wurden, sind schon lange verblasst. Das hängt damit zusammen, das erlebte kriegerische Ereignisse mit wachsendem zeitlichen Abstand nicht mehr so grausam erscheinen. Die nachwachsenden Generationen den per Fernsehen vermittelten Krieg vermutlich wie ein Spielfilm erlebt, eine inhaltlich schwache Politik sich mit dem Militär Bedeutung geben kann und vor allem, weil die Rüstung für Aktionäre eine gute Anlagemöglichkeit ist. Schützen kann uns das Militär nicht wirklich, schon lange nicht gegen Viren, die unseren Körper oder unseren Computer befallen können. Aber das Militär gibt einigen Seelsorgern die Möglichkeit, den Soldaten das schlechte Gewissen auszureden. Den moralischen Eier-tanz um die Rechtfertigung von Rüstung, Militär und Krieg zu erleben, wäre ein intellektuelles Vergnügen, wenn hier die Doppelmoral der Moral in der Politik nicht so deutlich sichtbar

³⁶ An dieser Formulierung merkt man, dass ich das ursprüngliche Ziel, einen kurzen Text zu schreiben, und den familiär bedingten Zeitrahmen immer noch im Kopf hatte.

wäre. Immerhin kann das Militär und Rüstung zur Bekämpfung Arbeitslosigkeit eingesetzt werden. Familien können dadurch ihre Kinder ernähren. Es ist nur ein kleiner Schönheitsfehler, wenn an anderer Stelle Kinder anderer Eltern durch Landminen Arme, Beine oder das Leben verlieren. Aber das Töten wurde ja mit den Drohnen so verfeinert, dass man sich keine Gedanken mehr darüber machen muss, ob man in all diesen Fällen das Gebot „Du sollst nicht töten!“, nicht gleich mit „tötet“. Aber die Theologen und Juristen helfen uns aus der moralischen Klemme, in dem sie zwischen dem gesetzlich erlaubten Töten und dem töten aus bösen terroristischen Motiven unterscheiden. Ich weiß, das ist Polemik, aber so wird dieses Thema von der Politik diskutiert, nur mit anderem Vorzeichen.

Ich habe dies Form gewählt, weil ich den Eindruck habe, dass die Politik sich und ihre Wähler die Taschen voll lügt und weil der **Ministerpräsident** Winfried Kretschmann von Baden-Württemberg, ein liebenswerter Mensch, neulich in einer ARD-Sendung sagte, das der Pazifismus eine Privatsache sei.³⁷ Diese Aussage hätte nur eine gewisse Berechtigung, wenn man den Pazifismus als eine Haltung versteht, in der die Beteiligten alles passiv hinnehmen, was mit Ihnen geschieht. Ich sehe aber den Pazifismus als eine Politik, die darauf gerichtet ist, sowohl den Verzicht auf militärische Gewalt, wie auch auf die terroristische Gewalt zur Veränderung oder Beibehaltung eines gesellschaftlichen Zustands zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang spielt die Ökonomie sowohl im Innenverhältnis der Völker wie im Außenverhältnis eine große Rolle. Die Beibehaltung des Kapitalismus trägt in sich den Keim des Krieges, weil er vom Ertrag der Arbeit, einen erheblichen Teil ohne Gegenleistung nehmen kann, solange der Mangel herrscht.³⁸ Stellt sich der Mangel durch Seuchen und oder Naturgewalten nicht ein, dann muss er durch Kriege hergestellt werden. Die Freiwirtschaft, die Natürliche Wirtschaftsordnung bzw. die vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft, die eine Ökonomie bietet, die friedensstiftend ist, wurde von der CDU, SPD und der FDP in der BRD von Beginn an, von der öffentlichen Suche nach einem Friedensweg für Deutschland und die Welt ausgeschlossen. Der ursprüngliche Impuls zur Gründung der grünen Partei *DIE GRÜNEN*³⁹ erfolgte auch, um die Freiwirtschaft aus ihrem Ghetto, das sie sich nicht selbst gesucht hat, zu befreien, um die schwache Friedensfront zu stärken. Stattdessen wurden ab der Zeit, als sich dort die roten „Freunde“ im grünem Anzug breit mach-

37 Vermutlich war es diese Sendung: Die Story im Ersten: Die Grünen und die Macht / Karriere einer Partei <https://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/sendung/die-gruenen-und-die-macht-100.html>

38 Ich spreche hier vom Privatkapitalismus, der Staatskapitalismus hat zum Teil eine andere Ausbeutungsform und der Mangel ist hier nicht die Voraussetzung der Ausbeutung, sondern die Folge seiner Ineffizienz.

39 Vor der Gründung der Grünen Liste Umweltschutz in Niedersachsen aus der heraus die Grünen und DIE GRÜNEN gegründet wurden, war auch die Überlegung, ob die angestrebte Partei *Lebensschutzpartei* genannt werden sollte.

ten, weil sie glaubten, aus der Partei eine marxistische machen zu können, Mauern um dieses Ghetto noch höher gezogen. Und die heutigen Grünen sehen diese Mauern und was sich dahinter verbirgt überhaupt nicht. Sie schauen auch nicht nach, ob dahinter eine Fantasterei kultiviert wird oder brauchbare Einsichten verborgen sind.⁴⁰ Und da die Mitglieder der Grünen keine dummen Menschen sind, ist es möglich, das in ihrem Wirtschaftsprogramm trotzdem Nützliches steht. Aber dass sie für dieses Programm den Namen New Deal wählten, war nicht klug, sondern entspricht ihrer Abkehr vom ursprünglichen pazifistischen Gründungsansatz.

Bei Robert Lekachman kann man in seinem Buch „*John Maynard Keynes / Revolutionär des Kapitalismus*“, 1970 zu der Vorlage vom grünen New Deal lesen:

... Obgleich 1939 bereits ein halbes Dutzend Jahre des New Deal vergangen war, lag die Arbeitslosenquote noch immer sehr hoch. ... (S.93)

Wie Keynes selbst bereits in seiner Generaltheorie bemerkt hat, sind Militärausgaben eines der wenigen konkreten Mittel, mit denen der Staat die Gesamtnachfrage ausdehnen kann. (S..130)

Eine 'reife Volkswirtschaft' wird nicht mehr durch intensive Investitionstätigkeit nach vorn getrieben. Genau das war die Lage der amerikanischen Wirtschaft. Betrachten wir zuerst die überragende Rolle des Bevölkerungszuwachses. Seit Smiths *Wealth of Nations* (Vom Reichtum der Nationen) haben die Wirtschaftswissenschaftler schnellen Bevölkerungszuwachs als Anreiz für intensive Investitionstätigkeit erachtet. Hansen erinnerte seine Zuhörer daran, daß Adam Smith bewiesen hatte, daß eine wachsende Bevölkerung eine differenziertere Arbeitsteilung sowie eine steigende Produktivität pro Kopf ermöglichte. Mehr noch, größere Bevölkerungszahlen erleichterten die Ausdehnung der Konsumgütermärkte. Je ausgedehnter diese Märkte sind, desto stärker wird weitere Arbeitsteilung gefördert. (S. 152)

Die Vereinigten Staaten befanden sich in einer scheinbar ausweglosen Situation. Einerseits >konnte die fortdauernde Arbeitslosigkeit großen Umfangs, deren Ursachen in unzureichenden Möglichkeiten für private Investitionen lagen, zu einer in allen Bereichen reglementierten Wirt-

40 Ein Vorwurf daraus zu machen, ist aber ungerecht, durch die Fülle der Themen, die eine Partei bearbeiten soll, sind die Mitglieder ständig überfordert. Eine Blockadehaltung in verschiedenen Bereichen ist ein notwendiger Selbstschutz. Außerdem war es so, dass die freiwirtschaftlichen Ideen, in Schlagworten dargestellt, auf völliges Unverständnis stießen. Eine Aufklärung waren bei den Mühen des Parteaufbaues von der geringen Zahl der freiwirtschaftlich orientierten Gründer auch gar nicht zu leisten. Aber Signalfarbe grün, haben die freiwirtschaftlichen Gründer mitgebracht. Anne Hallensleben – die die freiwirtschaftliche „Botschaft auch nicht verstanden hat - bestätigt das auch in ihrer Dissertation „Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?“ von 1980. Bei der Suche nach dieser Stelle, die ich Anhiel nicht gefunden hab, las ich zufällig auch von einer Umfrage von 1978 (?), dass 25 % der Wähler bereit waren, eine Umweltschutzpartei zu wählen. Dass diese Bereitschaft absackte, als es so aussah, dass die Grünen den marxistischen Weg gehen würden, ist nicht verwunderlich. Vielleicht muss man auch das derzeitige Ansteigen der Sympathie der Wähler für die Grünen mit ihrem Verzicht auf die Betonung „linke Partei“ sehen. Aber das ist für sich genommen noch kein Qualitätsmerkmal für ihre jetzige Programmatik.

schaft führen<. Das konnte jedoch >auch eintreten, wenn man einen indirekten Weg mit langsamer Entwicklung einschlug und ein weit ausge-dehntes Programm staatlicher Ausgabenpolitik verwirklichte<. Keiner dieser beiden Wege schien ein glückliches Ende zu nehmen. Die beste Lösung schien ein Programm zu sein, >das durch Staatsausgaben Nettoeinkommen schuf< und sie dann wohlweislich >einschränkt, wenn wir uns dem Stadium der Vollbeschäftigung und dem entsprechenden Einkommensniveau nähern<. Aber selbst dann gab es noch einige sehr gefährliche Fallgruben: Engpässe in der Produktion (bottlenecks), steigende Kosten, übermäßige Lohnforderungen und die heimtückische Lohn-Preis-Spirale bei sinkender Auslastung der Kapazitäten<. Auch Hansen mußte zugeben, keine vollständige Lösung dieses Problems parat zu haben: >Die Fragen, die ich angeschnitten habe, sind eine Herausforderung an unser Fach.< (S.157)

Der Krieg hat einen Grundsatz Keynes'scher Theorie unterstrichen: Zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen haben sich alle Kriege (vor dem Atomzeitalter) als ideal erwiesen. Da die gesamte Kriegsproduktion, ökonomisch gesehen, reine Verschwendung darstellt, gelangt man nie in die Gefahrenzone der Überproduktion. Selbst eine Nation mit hohem Entwicklungsstand könnte so viele Schulen, Straßen, Wohnhäuser, Erholungsgebiete und Krankenhäuser bauen, daß damit der gesamte Bedarf abgedeckt wird. Was geschieht, wenn sich die Nachfrage nach vollkommen nutzlosen Dingen bis ins Uferlose potenziert? Was geschieht, wenn diese Nachfrage tatsächlich durch die Ausgabe von neuem (Papier-Geld) finanziert wird? Die Periode von 1941-1945 war durch Vollbeschäftigung, geschäftige Fabriken und einen Produktionsanstieg bei nützlichen und nutzlosen Dingen gekennzeichnet. Im wirklichen Leben resultierten diese Ereignisse aus ökonomischer Verschwendung, genau wie Keynes es vorausgesagt hatte. Im Zweiten Weltkrieg waren Panzer, Bomber und Flugzeugträger das Gegenstück zu den Pyramiden Ägyptens, den Kathedralen des Mittelalters und vergrabenen Flaschen, gefüllt mit Geld. (S. 177)

Ich schließe daraus, dass die USA nicht in den Krieg gegen das Nazi-Deutschland eingestiegen sind, sondern sie haben den Krieg als Konjunkturprogramm gebraucht und genutzt. Und nun muss man natürlich fragen: Braucht der New Deal der Grünen auch einen Krieg, um zu funktionieren?

Ein weiterer Grund für den Unfrieden und kriegerische Auseinandersetzungen in und zwischen den Völkern ist der Boden und seine Schätze. Wenn hier nicht Lösungen gefunden werden, ist auch der Kriegsbazillus nicht zu überwinden. Das Thema füllt ganze Bücher, so z. B. „*Fortschritt und Armut* / Eine Untersuchung über die Ursache der industriellen Krisen und der Zunahme der Armut bei zunehmenden Reichtum“ von Henry George, herausgegeben und eingeleitet von Dirk Löhr.

Hier gebe ich wieder, was Konrad Adenauer als Oberbürgermeister Dr. Adenauer von Köln und Präsident des Preußischen Staatsrates, einst sagte:

„Wir sind die erste deutsche Generation, die Großstadtleben wirklich durchlebt hat. Das Ergebnis kennen Sie alle. Wir leiden nach meiner tiefsten Überzeugung in der Hauptsache in unserer Volke an der falschen Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfange des Wortes nehme, als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungsercheinungen, unter denen wir leiden.

Die Stadt Köln hat ja auch schwer unter der Vergangenheit zu leiden. Sie wissen, daß wir über hundert Jahre Festung gewesen sind und daß daher auch beim besten Willen, und selbst wenn früher ein größeres Verständnis gewesen wäre, doch manches nicht hätte gebessert werden können. Der Festungsgürtel ist jetzt gefallen. Wir haben einmal und zum letzten Male die Gelegenheit, für viele Generationen, die nach uns kommen, wirklich ein bodenpolitisches Werk ersten Ranges zu vollbringen. Ich meine die Anlage des äußeren Festungsrings. Die Gegner des Plans sind auf dem Posten - aber die Freude des Plans lassen einige wenige für sich arbeiten und beschränken sich darauf, vielleicht später die Früchte zu genießen. Das ist natürlich ein unmöglicher Zustand.

Die bodenreformerischen Fragen sind nach meiner Überzeugung Fragen der höchsten Sittlichkeit. Es nützt Ihnen alles nichts, was Sie sonst machen, im Schulwesen, mit Kultur - mit dem Wort wird ja solch furchtbarer Mißbrauch getrieben - die ganze Volkskunst, Volksbildung, alles das nutzt Ihnen nichts, wenn sie nicht das Übel an der Wurzel fassen! “

Das Zitat befindet sich in dem Buch „Die Bodenreform“ von Adolf Damasche zwanzigste Auflage von 1923, Seite 476 . Hier übernommen aus meinem Text 22.1, *Das Boden(un)recht*

[http://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.1%20Das%20Boden\(un\)recht%20Teil%20I.pdf](http://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.1%20Das%20Boden(un)recht%20Teil%20I.pdf)

Die SPD hat in Ihrer Geschichte auch Zeiten mit bodenreformerischen Zielen gehabt. Auf dem Parteitag der SPD 1973 in Hannover, gab es noch Beschlüsse zur Bodenreform. Ich habe eine Veröffentlichung dazu in meiner Textsammlung „kleine freiwirtschaftliche Bibliothek“ geschmuggelt, da sie vom Thema hergesehen dahin passt.

http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.29%20SPD%20Bodenreform.pdf

Aus Machterhaltungsgründen hat die SPD ihre bodenreformerischen Gedanken abgestreift. Heute ist Hans-Jochen Vogel noch ein Erinnerungzeichen an dieses Wollen der SPD. Er hat kürzlich sein Buch „Mehr Gerechtigkeit“ / Wir brauchen eine neue Bodenordnung – nur dann wird auch Wohnen wieder bezahlbar“ fertig- und vorgestellt.

Sogar von der FDP habe ich den Beschluss eines Ortsverbandes in Erinnerung, der eine Kommunalisierung des Bodens verlangt.

Es geht aber nicht nur um das Wohnen, sondern um die Nutzung der Erde mit allen Bestand-

teilen, die die Existenzgrundlage aller Menschen ist. Es gilt dem Artikel 1 der allgemeinen Menschenrechte eine Grundlage im wortwörtlichen Sinn zu geben:

Artikel 1: Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Solidarität begegnen.

Dann gilt es, den wesentlichsten Grund gesellschaftlicher Zwietracht und Kriege zu tilgen. Das Wort tilgen, wird ja üblicher Weise in Verbindung mit Wort Schuld benutzt. Ja, die jetzt verantwortlichen Generationen sind es den nachwachsenden Generationen schuldig, die schon lange anstehenden Reformen in Angriff zu nehmen. Das Problem wird aber nicht gelöst, wenn man einfach zu dem Mittel der Enteignung greift, wie marxistisch orientierte Regierungen es in der Vergangenheit exerziert haben. Unrecht kann man nicht mit neuem Unrecht aufheben. Nicolaus Oresme / Bischof von Lisieux (1325 – 1382) sagt auf das Geld bezogen, was im Allgemeinen gilt:

Vor allem wisse man: ohne offenkundige Notwendigkeit sollen frühere Gesetze, Statuten, Anordnungen, Gewohnheiten aller Art, welche die Gemeinschaft betreffen, nicht abgeändert werden. So lehrt Aristoteles im zweiten Buch der Politik. Ein positives altes Gesetz ist nicht zugunsten eines neuen und vielleicht besseren abzuschaffen, außer es liege ein großer Unterschied in ihrer Güte vor. Denn solche Änderungen erschüttern Autorität und Ehrfurcht vor den Gesetzen in hohem Maße, falls sie häufig vorkommen. Ärgernis und Murren im Volk und Gefahr der Auflehnung sind Folgen. Um wie viel mehr erst, wenn diese Wandlung zum Schlechten hin geschieht!

(Seite 47 in der Ausgabe von Edgar Schorer, 1937)

Wann hatten die Deutschen die Chance die Demokratie zu entwickeln und lieben zu lernen ? Noch nie!

Als der Erste Weltkrieg ausbrach, hatten die Deutschen noch einen Kaiser, sie zogen für ihn und ihr Vaterland auf Befehl oder auch freiwillig in den Krieg um es zu retten. Das war gleichzeitig ihr und des Kaisers Beitrag zur Emanzipation der Frau. Die Frauen hatten jetzt nicht nur die Plackerei mit den vielen Kindern zu bewältigen, sondern mussten zusätzlich die Arbeit von den Männern auf dem Hof, in der Werkstatt oder im Büro übernehmen. Die meisten jungen Männer und Frauen kannten den Krieg nicht aus eigenem Erleben. Und die alten Männer, die ihn - auch als Krüppel – für Volk und Vaterland oder im Dienste fremder Herrscher überlebt haben, erinnerten sich nur an ihre Heldentaten und an die angenehmen Seiten des Soldatenseins, das Grausame hatten sie schon lange verdrängt. Sie wussten vor allem noch, dass sich in ihre Zeit als Soldat, die engen Grenzen in ihrer dörflichen Welt oder in den städtischen Quartieren, wo sie sich in der gesellschaftlichen Bewertung nur als Null fühlen konnten, geweitet hatten. Aus dieser Grundhaltung heraus ermunterten sie die jungen Männer getrost und singend in den Krieg zu ziehen. Mit von der Partie waren auch einige Frauen als Sanitäterinnen

mit dem Verbandskasten unterm Arm, um die Sorge der Männer vor künftige Blessuren nicht aufkommen zu lassen. Dann kamen noch die schwarz gekleideten Vertreter der Kirchen und erklärten ihnen, sie bräuchten keine Angst zu haben, Gott sei mit ihnen und würde sie auffangen, wenn sie den Heldentod sterben würden. Es sei auch Gottes Wille, wem möglich viel Feinde mit Schüssen in den Kopf oder Bauch ins Jenseits befördern würden. Der schwarz gekleideten Männer wussten zwar, dass das eine Lüge war und ein Verrat ihrer Glaubenssätze, aber irgendwann muss man eine offene Rechnung bezahlen, die dadurch entstanden war, dass der Kaiser sie finanziell unterstützte und auch einen Platz in der Nähe des Throns für sie frei hielt.

Die jungen Männer, die so gesegnet, singend in den Krieg zogen, lernten ihn aber bald von der realen Seite kennen, verloren erst ihre Illusionen und danach viele von ihnen ihr Leben. Die Übrig-Gebliebenen verloren lädiert den Krieg und ihre Selbstachtung. Zu Hause angekommen, wurden sie als die Versager behandelt und später als die Militaristen diffamiert und ihnen wurde gesagt, sie hätten den Krieg verursacht. Beim Kaiser, den sie Treue geschworen hatten, konnten sie sich nicht beschweren, denn der war Holland gegangen, weil es für ihn in Berlin zu ungemütlich wurde. Die Macht Deutschlands lag jetzt auf der Straße. Nach kurzer Zeit kamen zwei Männer auf die Idee, nach dieser Macht zu suchen und sie aufzuheben, denn sie war ja herrenlos. Sie stiegen, auf an verschiedenen Orten auf Balkone - der eine hieß Philipp Scheidemann und der andere Karl Liebknecht - und riefen, sie hätten sie gefunden, sie hieße jetzt nicht mehr Kaiser, sondern Demokratie. Als die Kriegsteilnehmer - die von der Front und die, die zu Hause gehungert hatten - sich wählen sollten, welchen Verwalter der Macht denn haben wollten, entschieden sie nach ihrem Bauchgefühl. Einen Herrn, der ihren Status Knecht im Namen trug, wollten sie nicht. Sie entschieden sich für den, der Scheidemann hieß. Sie dachten, der würde ihnen sicher das Scheiden vom Kaiser erleichtern. Ansonsten warteten sie wie gewohnt darauf, dass ihnen gesagt würde, was sie zu tun hätten. Das erfuhren sie dann auch, sie sollten auf bedrucktes Papier Kreuzchen machen und zwar an der richtigen Stelle, danach sollten sie ein Bier trinken gehen. Beim Weggehen, wurde ihnen noch gesagt, dass sie durch das Kreuzchen-Machen Demokraten geworden wären. Sie sollten sich aber trolchen, denn der Philipp Scheidemann und seine Kumpels müssten sich um die Verfassung kümmern und da würden sie nur im Wege stehen. Und was Demokratie im Alltag bedeutete erfuhren sie auch bald. Sie benötigten nämlich für das Geld, mit dem sie ihr Brötchen bezahlen wollten, eine Schubkarre, so eine die wie ein offener Kasten mit einem Rad und zwei Handgriffen aussieht. So eine war nötig, damit das Geld nicht gleich wieder herunterruschte.

Dann gab es ein paar Jahre, da entwickelte sich alles besser und sie dachten schon, dass die Demokratie doch etwas Gutes wäre. Dann änderte sich das gesellschaftliche Klima wieder. Alles wurde schlechter. Sie fanden keine Arbeit und kaufen konnte man sich auch nichts. Über die Ursachen der Verschlechterung wurden sie nicht aufgeklärt. Die verschiedensten Vermutungen ergaben auch keinen Sinn. Dann wurde geflüstert, die Juden würden das Elend verursachen, sie würden das Brot, die Butter und den Schinken schon auf dem Hinterhof lagern, so, dass es gar nicht mehr in die Läden käme und würden es anderswo, wo noch zahlungsfähige „Demokraten“ seien, verscherbeln.

Eines Tages wurde gesagt, sie sollten zu dem großen Versammlungsplatz kommen, da würde sich ihr neuer Kaiser vorstellen. Dieser würde sich aber Führer nennen und seine Uniform, sei auch eine andere als die des al-

ten Kaiser aber sonst wäre er in Ordnung, denn er könne ihnen wieder eindeutige Befehle erteilen. Nach kurzer Zeit erhielten sie den Befehl, wieder ihre Uniformen anzuziehen. Die Demokratie, die ihnen nur einen leeren Magen und leere Versprechungen gebracht hätte, wäre entsorgt worden. Jetzt dürften sie für das Reich marschieren und diesmal würde ihr Führer mit ihnen gewinnen. (Es gab auch solche unter ihnen, die wollten weder marschieren noch siegen, die wurden zu ihrem eigenen Schutz, damit sie nicht noch mehr Unsinn reden in große Lager eingesperrt. Und an die Emanzipation der Frauen dachte der Führer auch. Sie durften in die Munitionsfabriken arbeiten und später als Flack-Helferinnen ihren Mann stehen und sie sollten wiederum nebenbei viele Kinder für das künftige glorreiche Reich gebären.)

Es kam wieder anders. Den Sieg errangen die Gegner, der weitere Weg war aber schon vorherbestimmt, denn der Feind wurde zum Befreier und später zum Freund und Bündnispartner gewandelt. Aber nicht alle gehörten dazu, denn die Deutschen wurden geteilt. Die in Mitteldeutschland – dem heutigen Ostdeutschland - wohnten, bekamen einen anderen Befreier, der andere Vorstellungen von Führung der Deutschen hatte als die Befreier der Westdeutschen. (Die eigentlichen Ostdeutschen wurden vorher schon durch die Flucht und Vertreibung unter die West- und Mitteldeutschen verteilt. Die Befreier im Osten Deutschlands und ihre eingesetzten Vertreter verstanden sich als Sozialisten. Die Menschen in Westdeutschland sollten aber Ostdeutschen Kommunisten oder die Roten nennen, weil das mehr Furcht auslöste. Dann konnte man mit dem Spruch „lieber tot als rot“ die Westdeutschen dazu bringen, wieder die Uniform anzuziehen und den Gleichschritt bei wechselnden Melodien zu üben. Die Wahlmöglichkeit bei den Melodien nannte man dann Freiheit. Ich, der Erzähler, weiß nicht, ob die Deutschen im neuen Osten, der sich jetzt Deutsche Demokratische Republik nannte, den Westdeutschen, die für ihren Bereich die Bezeichnung Bundesrepublik Deutschland verordnet bekommen hatten, auch eine Farbe zugeordnet haben, aber das ist sicher, sie nannten uns Kapitalisten oder Imperialisten. Demokraten durften sich die Deutschen in Westen wie im Osten nennen, denn sie durften Kreuzchen auf Abstimmzettel machen, aber an der Verfassung, die Urkunde, die die Bewohner zum Verfassungs-Bürger macht, durften nur Auserwählte – die nicht die ihren waren - mitwirken. Dass beide Republiken eine Verfassung haben sollten, haben im Osten wie im Westen die jeweiligen Befreier angeordnet. Dass darin nichts geschrieben wurde, was ihnen nicht passte, haben sie dann auch aufgepasst. Die Deutschen in Ost und West mussten sich damit bescheiden, dass sie jeweils nur Abstimm-Demokratien erhielten. Damit die Stimmberechtigten ihr Kreuz an der richtigen Stelle setzten, wurden die Ostbewohner mit grober Propaganda bedacht, die weniger erfolgreich war als die wohldosierte Psychologie und die Flüsterpropaganda der Schwarzröcke auf den Kanzeln, mit denen die Deutschen im Westen bedacht wurden. Da man aber deren Wirkungen nicht ganz traute, wurde uns gegenseitig noch von Furcht erregende Untaten der jeweiligen Gegenseite berichtet. Dass die Hüter der verordneten Demokratien im Westen insgesamt – also auch in Bezug auf das Wohlseinsgefühl der Menschen mit reduziertem Bürgerstatus – größer war als im Osten, sieht man daran, dass dort soviel Menschen wegliefen, dass die Wirtschaft und die Wehrkraft darunter litt. Um dieses Übel zu beseitigen, kamen sie nicht auf die Idee, die Ursachen zu beseitigen, sondern sie bauten stattdessen im geteilten Berlin eine Mauer und zwischen den beiden Republiken zogen sie einen langen bewachten Zaun.

Aber in einig waren sich die Schein-Demokraten in West und Ost in ihrem Urteil darüber, dass das Volk, das in der Theorie den Souverän ist, für Verfassungsfragen einfach zu dumm sei und sich doch damit abfinden soll,

dass es Kreuzchen machen darf.

Als sich dann in der DDR aufgrund der schlechteren Lebensbedingungen ein urdemokratischer Widerstand gegen die Bevormundung und miesen Lebensbedingungen entwickelte, die Grenze fiel und gerufen wurde; „Wir sind das Volk!“, da war das Hauptanliegen der Schicht von Politikern im Westen, die sich als Aktionäre der BRD AG fühlten, den Menschen aus dem Osten, die glaubten, den Scheck auf wahre Demokratie einlösen zu können, mitzuteilen, sie seien im Irrtum, sie seien ahnungslos oder sie hätten vergessen, dass die gelernten Demokraten in den Parteien die wahren Demokraten seien. In dieser Frage hatte zwischen dem Führungskader Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und dem Führungspersonal der Deutschland AG immer eine Übereinstimmung bestanden. Den Ostlern wurde gesagt: „Ihr dürft euch als Volk fühlen, aber damit das klar ist, durch den Fall der Mauer, ist nicht der Satz aufgehoben, dass das Volk für Verfassungsfragen zu dumm ist. Diese Aussage galt zu Zeiten des Kaiser, sie galt in der Zeit nach dem Kaiser in der Weimarer Republik, sie galt im „Dritten Reich“, sie galt danach in der DDR und in der BRD und sie gilt auch jetzt nach dem Mauerfall, wo wir wieder von Deutschland reden.

Die Westdeutschen der alten BRD haben – bis auf kleine Gruppen, die sich kein Gehör verschaffen konnten – den Vorgang verschlafen. Das Erbe aus diesem Vorgang ist, dass die emotionale Bindung an der Demokratie – die durch den Kampf und den Einsatz für sie entsteht – heute fehlt, wo die Demokratie als Regierungsform aufgrund der mangelnden Qualität der Ergebnisse der realen Politik ihre Attraktivität eingebüßt hat. Und jetzt glauben die Menschen, die ihren Status als Demokraten, wie ein unbequemes Kleidungsstück über die Jahre im Schrank hängen hatten und die Berufsdemokraten, die mehr an sich und ihre Partei als an die Gesellschaft als ganzes dachten, dass sie mit Ausbrüchen von emotionaler Abneigung und Hass in gleicher Qualität, wie sie sie ihn bei den Mitgliedern der AfD feststellen oder festzustellen glauben, die besseren Menschen, die besseren Demokraten sind.

Aber noch eins (und ich vermute, dass ich mich wiederhole) : Die Idee von der Demokratie beinhaltet, dass das Volk sie auch abwählen kann. Die Mitglieder einer Gesellschaft, die die Demokratie behalten wollen, müssen sie so gestalten, dass für eine solche Wahl keine Mehrheit gibt. Mit Verbote und Herabsetzungen von Bürgern, die ihre Zuneigung für oder das Vertrauen in die Demokratie verloren haben, an ihre persönliche Abwahl der Demokratie zu hindern, sind nicht die richtigen Maßnahmen, denn sie fördern nur ihre Abneigung und teils auch die Wut gegen das politische Establishment, die sich in Gewalt Luft verschafft. Es herrscht dann – berechtigt oder nicht bei den Enttäuschten und bei jenen, die nie richtig in der Demokratie angekommen sind, die Vorstellung, man wolle ihnen vorschreiben, wie sie zu denken und zu handeln haben. Auf diese Weise werden nur Bombenleger geboren, es werden die Gesetze und das Personal der Polizei vermehrt und die vereinigten Republiken werden der DDR immer ähnlicher.

Leserdebatte: (Zufallsfund im Netz)

Haben Sie Vertrauen in das politische Establishment?

Heutige populistische Strömungen lebten vom grossen Misstrauen gegenüber der etablierten Politik, schreibt der Soziologe Rainer Paris in seinem Essay. Die Politikverdrossenheit steigt seit Jahren an. Haben Sie noch Vertrauen in unsere Politik und/oder in unser politisches System?

Die gegenwärtige Stimmung gegen die sogenannte «etablierte Politik» ist gemäss dem deutschen Soziologen Rainer Paris nicht mehr als eine Momentaufnahme: «Das zunehmende Misstrauen gegenüber dem etablierten politischen Personal hat dort seine Grenze, wo neue Gesichter und Organisationen aktiv werden, die sich nun in den parlamentarischen Auseinandersetzungen um die Definition des Gemeinwohls in vielfältigen politischen Prozessen bewähren müssen.»

Seit den achtziger Jahren beklagen westliche Demokratien eine zunehmende Politikverdrossenheit. Heute lebten populistische Strömungen vom grossen Misstrauen gegenüber der etablierten Politik, schreibt Rainer Paris in seinem Essay. «Man traut denen, die am Ruder sind, einfach nicht mehr zu, die aufgestauten oder sich abzeichnenden Probleme zu lösen, und sucht Zuflucht zu Rezepten und Parolen, die von glaubwürdigen Personen (oder solchen, die man für glaubwürdig hält) verkündet werden.»

...

3. 8. 2017 Neue Zürcher Zeitung

<https://www.nzz.ch/leserdebate/leserdebate-haben-sie-vertrauen-in-das-politische-etablisement-ld.1308907>

Wir haben uns nach der Wende einen neuen Feind gezüchtet

Der Fall des Eisernen Vorhanges hätte wirklich ein neues Zeitalter mit einem befriedeten Gesamteuropa werden können. Stattdessen hat Deutschland und der Westen sich einen neuen Feind gezüchtet. Wie weit Blindheit und wie weit Absicht dahinterstanden, weiß ich nicht zu sagen. Aber die Zeichen für die erfolgte Fehlentwicklung waren 1989 schon sichtbar.

Diese Fehlentwicklung wurde durch folgende Faktoren bestimmt:

Erstens fehlte ein demokratisch legitimiertes Verfahren zur Vereinigung der Republiken und den Umbau unserer Gesellschaft im Sinne einer Erneuerung als Muster für unsere östlichen Nachbarn.

Zweitens täuschte der Westen (Wo die gierigen Schnäppchenjäger darauf lauerten im Osten und besonders in Russland das Geschäft ihres Lebens zu machen.) damit, dass den Menschen dort gesagt wurde, sie könnten alle ihren Wohlstand steigern, wenn sie den Kapitalismus, den sie als Marktwirtschaft verkleideten, einführen würden. Die Folge war, dass sich in Russland ein modernes Raubrittertum (Oligarchen) bildete und eine große Verarmung und die Entwertung sozialer Rollen eintrat, ohne einen befriedigen Ersatz für den gesellschaftlichen Umbau zu schaffen. In diesem vom Westen geförderten Klima von Raubrittertum, Verarmung und Verlust der Orientierung konnten wieder autoritäre Strukturen entstehen, die uns heute als eine Freund-Feind-Mischung zu schaffen machen.

Drittens zeigte sich die Unfähigkeit des Westens das Militärbündnis so umzubauen oder aufzulösen, so, dass die Russen nicht als der Gelackmeierten dastehen mussten und sich nicht als verratene Nation fühlten.

Diesen Prozess haben nicht Extremisten oder Terroristen in Gang gesetzt und begleitet, son-

dern die Mitglieder unserer westlichen Parlamente und Regierungen. Mir ist zu dem Vorgang kein bedeutender Widerstand oder auch nur eine Warnung seitens des offiziellen Deutschlands in Erinnerung.

Von der Sehnsucht nach einer anderen Ökonomie

Es folgt eine Begriffserläuterung und ein Ausdruck eines Zitates das die Sehnsucht nach einer Ökonomie, die weder kapitalistisch noch kommunistisch ist:

A)

Ein Oligarch (vom griech.: ὀλίγοι oligoi = „wenige“ und ἄρχων archon = „Herrscher, Führer“) ist ein Wirtschaftsmagnat oder Tycoon, der durch seinen Reichtum über ein Land oder eine Region weitgehende Macht zu seinem alleinigen Vorteil ausübt.

In den USA wurde der Begriff während des wirtschaftlichen Aufschwungs im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert auf Personen angewandt, die in einer Region ihre eigenen Regeln aufstellten, wenn es dort an Vertretern der allgemeinen Rechtsordnung mangelte, etwa in manchen Städten des Westens oder in Alaska. ... >> Russland >> Ukraine

https://de.wikipedia.org/wiki/Oligarch#Oligarchen_der_%C3%84ra_Jelzin

B)

„Was ich persönlich bedaure - nicht als Historiker, sondern als ein Mensch meiner Zeit -, ist, dass man es sowohl in der kapitalistischen wie in der sozialistischen Welt ablehnt, zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft zu unterscheiden. Jenen, die im Westen die negativen Folgen des Kapitalismus brandmarken, antworten Politiker und Ökonomen, dass es sich nur um das kleinere Übel handle, um die notwendige Kehrseite des freien Unternehmertums und der Marktwirtschaft. Das glaube ich keineswegs. Und jenen, die sich, einer Bewegung entsprechend, die sogar in der Sowjetunion spürbar ist, über die Langsamkeit der sozialistischen Wirtschaft beklagen und ihr etwas mehr ‚Spontaneität‘ einräumen möchten (ich übersetze dies mit ‚mehr Freiheit‘), wird zur Antwort gegeben, dass dies das kleinere Übel sei, die notwendige Kehrseite für die Beseitigung der kapitalistischen Plage. Auch daran glaube ich nicht. Aber ist die Gesellschaft, die ich für erstrebenswert halte, überhaupt möglich? Jedenfalls vermute ich, dass sie auf dieser Welt nicht sehr viele Anhänger hat.“

Aus: „Die Dynamik des Kapitalismus“, Klett-Cotta Stuttgart 1986, S. 100

Fernand Braudel, 1902 geboren, war einer der großen Historiker des 20. Jahrhunderts. 1946 habilitierte er sich mit einer bahnbrechenden Studie über den Mittelmeerraum zur Zeit Philipps II. Im selben Jahr wurde er Mitherausgeber der Zeitschrift „Anna/es“. Der zwanzigfache Ehrendoktor, der seit 1949 am Collège de France und seit 1956 auch an der Ecole pratique des Hautes études lehrte, wurde 1984 in die Académie Française gewählt. Er starb im November 1985.

Übernommen aus: **HUMANE WIRTSCHAFT** 01/2020 www.humane-wirtschaft.de

Das politische Verhalten der Politik und Bürger zum Klimawandel

Das wir einen Klimawandel haben, kann wohl jeder Mensch – sagen wir ab dem 15. Lebensjahr – aufgrund eigener Erfahrungen oder aufgrund des Studiums von Langzeitmessungen von Wetterdaten feststellen.

Generell kann man wohl sagen, dass ein Wandel, wenn er mit positiven Erwartungen ausge-

stattet ist, Lebensenergie und -freude auslöst. Umgekehrt ist es so, dass ein Wandel, der negativ besetzt ist, Unbehagen, Angst und sogar Wut und Auflehnung auslösen kann. So viel größer und verbreiteter die Angst ist, so viel eher sucht sich die Angst ein Ventil im Protest. Dass der Protest der Jugendlichen, der sich aufgrund des Klimawandels gebildet hat, so stark ist, mag einerseits daran liegen, dass sich die Jugend von heute politisch früher von Vorgaben der Erwachsenen emanzipiert als bei den vorhergehenden Generationen.⁴¹

Und dass beim Thema Klimawandel sich der Protest bei jungen Menschen stärker und früher einstellt, als bei alten Menschen, mag daran liegen, dass die jungen Menschen das Leben noch vor sich und die alten, das längste Stück ihrer Lebensbahn hinter sich haben und daher von der vermuteten Entwicklung nicht so stark als die jungen betroffen sind. Es kann auch sein, dass ältere Menschen schon mehrere „Weltuntergänge“ hinter sich haben und sich von neuen Aufregungen nicht so leicht anstecken lassen. Und das Mittelfeld der Menschen zwischen jungen und alten sind in Regel zu stark im Broterwerb eingespannt, dass sie die zusätzliche Energie, die ein Protest benötigt, nicht aufbringen können.

Ich denke auch, dass der Protest der Jugendlich nicht nur aus der Angst vor den Folgen des Klimawandels sich speist, sondern auch aus der Sorge und Unsicherheit in Bezug auf die Entwicklung in allen Lebensbereichen unserer Gesellschaft (bzw. ihrer Gesellschaften). Die Teilnahme an dem Protest bedeutet auch nicht, den Grund des Protestes bis in die kleinste Ursachenkette verstanden werden muss, sondern es genügt, dass der Grund glaubhaft sein muss. Es wirkt sich auch die positiv zu bewertende Haltung aus, dass man nicht nur Zuschauer sein möchte. Da hier ein Einfallstor für Manipulationen der Protestierenden liegen kann – aber nicht muss -, ist eine kritische Kommentierung der Proteste - sozusagen als Begleitmusik - gerechtfertigt und notwendig.

Die Gesellschaft als Ganzes muss auch so offen, elastisch, prüfend sein und nicht nur gleichgültig und abwehrend auf Proteste – auch auf die mehr stillen – reagieren, dass sich aus dem Protest nicht durch ein Ohnmachtsgefühl ein Gewaltpotenzial entwickelt, wie im 68er Protest. a) Die direkte Demokratie und b) das Wort der unabhängigen Köpfe – möglichst mit einem hohen Bekanntheitsgrad – sind dann die Instrumente, die Volksvertreter in den Parlamenten und Regierungen zu sachlichen Reaktionen a) zu zwingen und b) anzuregen. Natürlich kann das Parlament und die Regierung nicht alle Protestinhalte sich zu eigen machen.

41 Als ich 1967 in einem Parteiprogramm die Forderung formulierte, dass das Erreichen der Volljährigkeit vom 21. Geburtstag auf dem 18. Geburtstag herabgesetzt werden sollte, da lautete eine Begründung dafür, dass 18.-jährige, die zum Wehrdienst gezwungen werden, sich politisch dagegen wehren können sollten. Banken und Geschäftsleute waren auch dafür, aber aus anderen Gründen.

Wenn sie dafür Gründe haben, ist die Gesamtheit der Gesellschaft sachlich und nicht ideologisch darüber zu informieren. Auf der Seite der Protestler, sollte man auch die Gründe, die zum Protest führen, ehrlich beschreiben, die Gefahren oder Entwicklungsmöglichkeiten nicht überhöhen, das sabotiert die Glaubwürdigkeit des aktuellen Protestes und färbt ab auf den künftigen. Und künftige Proteste wird es geben, weil sich zwar Gesellschaften optimieren lassen – und wir haben in unserer viel zu optimieren -, aber das Gesellschaftsleben bleibt immer ein Prozess in der sich nicht alles in Friede, Freude, Eierkuchen auflöst.

Bei dem Protest gegen die zu geringe Beachtung der Gründe für den Klimawandel vermissen ich a) das nötige Maß an Ehrlichkeit, b) ein Maß an Toleranz gegen Zweifler und c) Blindheit gegenüber die ökonomischen Folgen der Umrüstung der Energiegewinnung.

Zu a) Wenn ich als Laie in Klimafragen lese, dass wir in der geschichtlichen Zeit, den wir Menschen überblicken, schon mehrmals einen Klimawandel gehabt haben und einigermaßen sicher wissen, dass zu diesen Zeiten von den Menschen keine im heutigen Ausmaß fossile Brennstoffe verbrannt wurden, dann muss es doch eine Antwort darauf geben, welches menschliche Handeln hat damals den Klimawandel ausgelöst? Die Behauptung, dass alle Wissenschaftler sich – bis auf ein paar Abweichler – einig wären, dass der Klimawandel durch menschliches Handeln verursacht wurde und weiterhin verursacht wird, soll nicht stimmen, sondern richtig soll sein, dass sich die Fachwissenschaftler einig darüber sind, dass die Menschen Mitverursacher am Klimawandel sind, wobei sein Anteil an der Mitwirkung nicht sicher bestimmt werden könne, weil die Wirkung anderer Ursachen in der Quantität auch nicht bestimmt werden kann.

Zu b) Wenn Laien oder Fachwissenschaftler zu anderen Einschätzungen zu Klima kommen, als die Klimaschützer, dann werden sie nach meiner Wahrnehmung wie Ketzer einer Glaubensgemeinschaft oder als von Energieunternehmen gekauft eingestuft. Hier besteht die Gefahr, dass aus Schützer Verfolger werden. Diese Neigung sabotiert das berechtigte Anliegen der Klimaschützer. Auch vermutete Gefahren können berechtigte Anliegen einer Protestbewegung sein. Es bekommt aber jeder Bewegung besser, wenn sie Fakten für ihr Anliegen sprechen lassen kann.

Zu c) Eine Gesellschaft muss technische Verfahren oder Produktionen auswechseln können, egal ob die Gefahren, die von ihr ausgehen, real oder eingebildet sind. Nur muss man genau hinsehen, wo die Kosten und wo die Gewinne anfallen. Ich habe den Eindruck, dass solche Fragen, die Mitglieder grüner Partei wenig interessieren. Die Hauptsache scheint zu sein, die neue Technik wird realisiert. Ein solches Denken legt aber den Grundstein für den nächsten

Protest und ist ein Spaltpilz der Gesellschaft. Betrachten wir mal den Bau einer Windkraftanlage. Durch die Genehmigung des Ackers oder der Wiese steigt die Bodenrente und damit der Kaufpreis dieser Fläche um ein Vielfaches. Die Wertsteigerung geht als Kosten in dem Strompreis ein. Zahlen muss der Endverbraucher den Preis. Wenn der Staat den Bau der Anlage oder den Strompreis subventioniert, dann werden die Bürger über die Steuern belastet und auch die deren Wohnwert und Immobilienwert ihres Hauses aufgrund der Nähe zur Windkraftanlage sinkt. Für die Wertminderung der Wohnanlage mag vielleicht gar keine messbaren Gründe geben, der Wertverlust kann hier schon durch eine subjektive Bewertung möglicher Käufer eintreten. Wenn die Wohnanlage gar nicht zum Verkauf steht, dann kann die Windkraftanlage als dauernde Störung empfunden werden. Wenn hier kein Ausgleich zwischen Gewinner und Verlierer gefunden wird, dann haben wir hier einen potenziellen Dauerkonflikt, der sich mit jeder neuen Anlage vergrößert. Wir haben es hier mit einem bodenrechtlichen Problem zu tun, das uns schon in anderen Bereichen, viel Kummer macht, besonders im Wohnungsbau.

Ein anderes Problem beim Umbau der Energieversorgung ist, dass die Stilllegung der Kohlegewinnung und der Kohlekraftwerke eine Kapitalvernichtung ist und wirtschaftlich gesehen die gleiche Wirkung hat, wie eine Vernichtung durch Bomben. Die Vernichtung von Sachkapital hat zur Folge, dass der Anspruch des Geldkapitals auf Verzinsung tendenziell steigt. Ein steigendes Zinsniveau spiegelt sich wider in einem steigenden Anteil an Kapitalkosten in allen Preisen. Lassen sich die kalkulierten Preise am Markt noch nicht durchsetzen, wird der Staat genötigt, mit Subventionen einzugreifen. Erst entschädigt der Staat die Energieunternehmen für die stillgelegten Werke mit Summen, die über den Buchwert dieser Anlagen liegen (können) und dann sorgt der Staat mit Subventionen dafür, dass die Energieunternehmen einen Ertrag erwirtschaften können, der eine satte Rendite ermöglicht. Jetzt ist der Energiemarkt wieder hochprofitabel. Ähnlich lief es bei den Atomkraftwerken. Die Rettung des Klimas wird auf diesem Wege zu einer Rettung des Kapitalismus. Die Pioniere der technischen oder politischen Art der Energiewende dürfen sich stolz an ihren Einsatz erinnern, gehen bei der Gewinnverteilung zwar leer aus, aber was soll's, sie können sich jetzt ja jetzt bei jenen Engagieren, die Almosen aus der Kasse des Finanzministers fordern, um die Armut im Lande zu bekämpfen. Auch hier macht sich die verhinderte Geld- und Bodenreform als Hindernis für den ökologischen Umbau unserer Gesellschaft bemerkbar.

Noch eine Überlegung: Wäre es bei dem geringen prozentualen Anteil, den Deutschland an der Luftverschmutzung hat, nicht rationaler, sich auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten?

reiten? Wenn die Folgen so groß werden, wie vielfach befürchtet wird, dann wird es einen Kampf um Siedlungsfläche geben. Die Wanderungsbewegungen werden alles in Schatten stellen, was wir bisher an Umfang erlebt haben und das staatliche soziale Sicherungssystem wird zusammenbrechen, weil es die Last nicht tragen kann, besonders dann nicht, wenn die inländische Wanderungsbewegung und die Zuwanderung von außen nicht durch einen konjunktursicheren Arbeitsmarkt aufgefangen werden können und die Kosten, die Flüchtlinge verursachen zusätzlich zu den Kosten, die die Massen von Arbeitslosen verursachen letztlich von den Bürgern aufgebracht werden müssen, die durch ihre produktive Arbeit die Mittel dafür schaffen. (Der Staat kann keinen Euro an irgendjemand zahlen, den er vorher nicht anderen Bürgern abgenommen hat. Es wäre zu überlegen wie man in Deutschland die Vorreiter Rolle im Klimaschutz mit den vorausschauenden Sicherungsmaßnahmen kombinieren kann. Wenn eine Möglichkeit gefunden würde, ein solches Modell zu entwickeln, ist es aber noch nicht sicher, dass ein solches Modell politisch durchsetzbar ist. Eine Gesellschaft ist keine Maschine, bei der jedes Teil vorher auf dem Reißbrett und im Modell überprüft werden kann.

Freihandel und Globalisierung

1. *Die Bedeutung des Freihandels für eine Welt in Frieden* und 2. *der Unterschied zwischen Freihandel und Globalisierung* könnten zwei Titel von Diplomarbeiten im Bereich der Wirtschaftswissenschaft sein. Dazu würde dann auch die Geschichte des Freihandels und die Wirkungen der Globalisierung von heute gehören. Ich vermute, jeder, der sich auf diese Themen gründlich einlässt, wird seine Überraschungen erleben – ich schließe mich da ein. Die aufgeführten Themen sind nicht nur Themen für Hörsäle und Seminare, sondern sollten statt der Börsenberichte vor der Tagesschau portionsweise serviert werden.

Ich versuche mal eine idealtypische Beschreibung im Sinn meiner Überlegungen und Beobachtungen:

Der Freihandel⁴² ist neben dem Protektionismus, einer der beiden Formen in dem der Außenhandel gestaltet werden kann⁴³. Die Staaten die sich für den Freihandel entscheiden, verzichten gegenseitig auf Zölle und auf andere Maßnahmen die den Im- oder Export fördern oder bremsen sollen. Denn diese Maßnahmen sind Instrumente des Protektionismus. Beim Freihandel geht man davon aus, dass der Nutzen für alle beteiligten Volkswirtschaften ohne

42 Die Beschreibung hier ist ein Zusammendenken von Vergangendem und möglichen Künftigen.

43 Auch in diesem Bereich gibt es Mischformen.

Handelsbeschränkungen am größten ist. Die Ein- und Ausfuhren der beteiligten Länder müssen auf Dauer ausgeglichen sein. Der Außenhandel bleibt eine Ergänzung - sozusagen in einer Dienerrolle - der Binnenwirtschaft. Er strebt wohl Vertretungen außerhalb der Ausfuhrländer zur Erleichterung des Ex- und Importes an, hat vom Ansatz her nicht das Ziel sich im Ausland mit Produktions- und Dienstleistungsunternehmen niederzulassen und maßt sich auch nicht an, die Normen, die Kultur und die Strukturen der jeweiligen „Gastländer“, mit dem er durch Handel verbunden ist, seinen Forderungen zu unterwerfen, sondern ist bemüht Bedingungen zu schaffen, die die Bedürfnisse an der Abwicklung des Handels beider Seiten befriedigen. Die Vielfalt der Kulturen bleibt erhalten. Der Stolz der Mitglieder der exportierenden Nation auf „ihre“ Produkte und Produktionsstätten wird nicht dadurch geschmälert, dass „ihre“ Unternehmen im Eigentum des Auslandes sind. Der bescheidene Stolz der Mitglieder eines Wirtschaftsgebietes kann auch die Leistung der Menschen anderer Wirtschaftsgebiete anerkennen.

Die Macht der nationalen Freihändler wird begrenzt durch konkurrierende Freihändler aus anderer Ländern.

Dem Freihandel betreibenden Unternehmen ist es nicht möglich sich durch buchhalterische Maßnahmen wie Kosten- oder Gewinnverlagerungen dem nationalen Steuerrecht zu entziehen.

Ökologisch hat der Freihandel, wenn die Transportkosten nicht durch protektionistische Elemente verfälscht werden, den Vorteil, dass der Im- und Export eine Preisbremse erhält, die wie eine Mengenbeschränkung wirkt, aber keine ist.

Der Binnenmarkt und die Eigen-Produktion in jedem Freihändlerland wird gestärkt und nicht durch billige Importprodukte veranlasst selber Billigprodukte mit geringer Lebensdauer zu produzieren. Im Außenhandel geht es dann generell um Klasse vor Masse. Ergänzend muss ein Preis für die Nutzung der Meere und den Luftraum – gestaffelt nach Menge der Emissionen für Fracht- und Passagierschiffe und -flugzeuge in der Art eingeführt werden, dass für die Reedereien und Fluggesellschaften ein Optimierungsdruck entsteht, bzw. eine Emissions-Vermeidungsstrategie entwickelt wird. Die Gelder aus diesen Abgaben für die Schiffe fließen dann in den Schutz der Meere und die aus dem Luftverkehr eingenommenen Abgaben könnten dann teilweise an die durch den Fluglärm geschädigten Bewohner in den betroffenen Ländern als Ausgleich gezahlt werden.

Für einen solchen Freihandel, der den Völkerfrieden fördert, wären aber Währungen, die

kein Grund mehr für eine Unterbeschäftigung liefern, aber stabile (nicht fixierte) Wechselkurse - die sich aufgrund von Kaufkraftparitäten bilden - möglich machen, nötig. Das theoretische Rüstzeug liegt dafür vor. Hier kann man auch noch Keynes Bancor-Plan und Gesells IVA-Note ins Spiel bringen.^{44 45}

Wie der Freihandel zwischen Volkswirtschaften mit hohem und solchen mit niedrigem Lohnniveau bei Vermeidung von Zöllen als Schutzmauer gestaltet werden müsste, fällt mir im Moment nicht ein. (Der Erfolg des deutschen Maschinenbauexportes ist nach meiner Einsicht zu Lasten der Inlandsproduktion mit der Folge von Arbeitslosigkeit gegangen.)

Der Unterschied zwischen Globalisierung Freihandel:

Vom Freihandel kann man sagen, dass er der Diener oder Laufbursche der marktwirtschaftlich gestalteten Binnenwirtschaft ist. Von der Globalisierung kann man sagen, dass sie das Instrument des Kapitalismus zur Beherrschung der Binnenwirtschaften ist. Sie sprengt die Grenzen für eine sinnvolle internationale Arbeitsteilung. Die Triebkraft liefert die Kapitalrendite (der Zins), die zur Kapitalkonzentration in der Hand weniger Eigentümer und Kapitalsammelunternehmen und in Folge zur Bildung von international agierenden Konzernen und anderen Unternehmenszusammenschlüssen führt. Die verschachtelten Unternehmen sind dann in der Lage, Monopole oder Oligopole zu bilden. Dadurch können sie dem Markt ihre Bedingungen aufdrücken. Da sie international verschachtelt sind, können sie ihre Gewinne und Kosten dorthin verlagern, wo der Ertrag am wenigsten durch Steuern geschmälert werden. Aufgrund ihrer Größenordnung und weil die Staaten das Beschäftigungsproblem nicht in den Griff bekommen, können sie die Regierungen die Bedingungen diktieren, zu denen sie ins Land kommen oder nicht gehen, um in einem anderen Land mit geringeren Abgaben, Auflagen und niedrigerem Lohnniveau zu wechseln. Eine Weltwirtschaft in dieser Form war den Ideengebern von der *Sozialen Marktwirtschaft* eine Horrorvorstellung. Die Marktwirtschaft leidet unter der Globalisierung, zusätzlich, dadurch, dass die Regierungen und Parla-

44 Hier ein paar Links zu dem Thema:

[Edoardo Beretta: Zwischen Gesells IVA-Note und Keynes ... www.sozialoekonomie-online.de › zfsoe-online-archiv-folge-172-183](http://www.sozialoekonomie-online.de/zfsoe-online-archiv-folge-172-183)
Von Friedmans optimaler Inflationsrate zur optimalen Liquidität. Zwischen Gesells IVA-Note und. Keynes' Bancor-Plan – Ansätze zu einer Weltwährung ...

[Keynes Bancor-Plan als Grundlage für einen friedlichen ...](http://www.sozialoekonomie-online.de/zfsoe-online-archiv-folge-192-200)

[www.sozialoekonomie-online.de › zfsoe-online-archiv-folge-192-200](http://www.sozialoekonomie-online.de/zfsoe-online-archiv-folge-192-200) PDF

Thomas Betz: Europa und die Welt: Keynes' Bancor-Plan ... Zeitschrift für ... tung einer Zinszahlung (!) gegenüber der die Iva-. Noten ausgebenden Verwaltung ...

45 Ich habe vorliegen: „Der Weltwährungsgedanke / eine historisch-kritische Untersuchung“ von Dr. Wilhelm Trimborn, 1931. Zitate finden sich in Arbeiten unter www.tristan-abromeit.de. Titel in die Suchfunktion eingeben. (Suchfunktion 2 x vor der Eingabe anklicken!)

mente sich nicht mehr als eine Ordnungsmacht sehen, sondern als Akteure der Wirtschaft.

Die Globalisierung als Herrschaftsinstrument der Konzerne endet dann, wenn die Rendite des Realkapitals, der Zins auf das Geldkapital gegen Null sinkt und das Patentrecht wirklich nur den Lohn der Erfinder sichert.

Flüchtlinge und Einwanderung

Da ich mich in meinen Betrachtungen hier auch auf Silvio Gesell beziehe, trage ich 3 von 9 Punkten seiner Erläuterung des Wortes *Freiland* vor. Gesell hat mit großer Wahrscheinlichkeit den Begriff von Thodor Hertzka, der seinem Buch über „Ein sociales Zukunftsbild“ von 1889 den Titel *Freiland* gab, übernommen.

Der Sinn des Wortes Freiland

1. Der Wettstreit unter den Menschen kann nur dann auf gerechter Grundlage ausgefochten werden und zu seinem hohen Ziele führen, wenn alle Vorrechte auf den Boden, private wie staatliche, aufgegeben werden.

2. Der Erde, der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen – ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. Und dort soll er den Altangesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle sind Altangesessene dieser Erde.

3. Der Begriff Freiland läßt keinerlei Einschränkungen zu. Er gilt unbeschränkt. Darum gibt es der Erde gegenüber auch keine Völkerrechte, keine Hoheitsrechte und Selbstbestimmungsrechte der Staaten. Das Hoheitsrecht über den Erdball steht dem Menschen, nicht den Völkern zu. Aus diesem Grunde hat auch kein Volk das Recht, Grenzen zu errichten und Zölle zu erheben. Auf der Erde, die wir uns im Sinne von Freiland nur als Kugel vorstellen können, gibt es keine Waren-Ein- und Ausfuhr. Freiland bedeutet darum auch Freihandel, Weltfreihandel, die spurlose Versenkung aller Zollgrenzen. Die Landesgrenzen sollen nur einfache Verwaltungsgrenzen sein, etwa wie die Grenzen zwischen den einzelnen Kantonen der Schweiz. ...

Aus Silvio Gesell, *Die Natürliche Wirtschaftsordnung*, 9. Auflage, S. 92

Hier übernommen aus dem **Text 99.5** / Ist der Bürger- und Völkerfrieden ohne Lösung der ökonomischen Probleme möglich? / Dokumentation: Freiland, die eherne Forderung des Friedens / Vortrag gehalten in Zürich am 5. Juli 1917 / der Sinn des Wortes Freiland

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/99.5%20Friedenslogik.Gesell.1.pdf>

Das ist eine radikale Forderung oder auch eine Bedingung der Vermeidung von Bürger- und Völkerkriege. Bei Gesell findet man keine Forderung nach einem Welt-Zentralstaat und

seine Ideen sind auch keine Utopie im Sinne von „unmöglich“ oder „Träumerei“. Sein Modell deckt sich mit dem Versprechen des Artikel 1 der allgemeinen Menschenrechte. Die Realisierung kann – nach meiner Einsicht - aber nur in und mit Staaten beginnen, die ökonomisch im Gleichgewicht stehen und auch die Geldreform nach Gesell durchgeführt haben. Und noch eine Bedingung muss erfüllt sein, die Neigung der Menschen, auch dort zu ernten, wo sie nicht gesät haben, muss auch bei den Sozialversicherungssystemen unterbunden werden angewendet werden. Adam Smith formuliert diesen Gedanken mit Bezug auf die Bodeneigentümer. In seinem Werk „*Der Wohlstand der Nationen*“ liest sich das so:

Sobald in einem Land aller Boden in Privateigentum ist, möchten auch die Grundbesitzer, wie alle Menschen, dort ernten, wo sie niemals gesät haben. Sie fordern selbst für den natürlichen Ertrag des Bodens eine Rente. Das Holz des Waldes, das Gras des Feldes und alle Früchte der Natur auf dieser Erde, die der Arbeiter, solange der Boden noch allen gehörte, nur einzusammeln und zu ernten brauchte, erhalten nunmehr selbst für ihn zusätzlich einen Preis. Er muß nämlich von nun an für die Erlaubnis zum Ernten dieser Früchte etwas bezahlen, indem er dem Landbesitzer einen Teil von dem abgibt, was er durch seine Arbeit eingesammelt oder erzeugt hat.
(Ausgabe von 1974, S. 44)

Problem Flüchtlinge:

Beim Problem Klimawandel kann man darüber streiten, ob der Verursacher die Natur oder der Mensch ist. Beim Flüchtlingsproblem ist es bisher noch eindeutig, das der Mensch den Menschen zur Flucht antreibt. Das gilt auch noch, wenn die Menschen fliehen, weil ihr Boden unfruchtbar geworden ist.

Die Probleme sind nicht neu. Ich meine das nicht in Bezug auf die Bewältigung von Flüchtlingsströme, die der Zweite Weltkrieg ausgelöst hat, sondern jene, die schon in den 70er und 80er Jahren sichtbar waren.

Der türkische Präsident Erdogan hat die Grenzen von der Türkei nach Griechenland geöffnet, lautet eine Meldung von heute, den 2. März 2020. Gabor Steingart vermeldet in seinem Morning Briefing von heute:

Die neue Situation treibt CDU und Grüne auseinander, noch bevor es zu einer ersten schwarz-grünen Koalition im Bund kommt. Die CDU möchte auf keinen Fall das Trauma von 2015 wiederholen. Unionsfraktionsvize Thorsen Frei bringt Grenzschießungen ins Gespräch:

„Eine Situation wie im Herbst 2015 darf sich nicht wiederholen. Das war un-

ser Versprechen an die deutsche Bevölkerung, und wir müssen alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um Wort zu halten.“

Bei den Grünen wird ebenfalls auf die neue Situation reagiert – aber anders. Die EU sei in der Pflicht, Griechenland bei der Bewältigung der Lage mit allen Mitteln zu unterstützen – finanziell, personell, mit Hilfsgütern und Material, fordert Grünen-Chefin Annalena Baerbock.

„Wir können nicht weiter so tun, als ginge uns das nichts an.“

Erster Kommentar mit Zitaten aus: ***Die Warnung / Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird*** von Hans-Jürgen Papier, Deutschlands höchster Richter a. D., 2019:

... Die Erstzutrittsländer der EU, vor allem Italien und Griechenland, waren von dem Ausmaß der Migration erkennbar überfordert. Deutschland und andere EU-Mitglieder haben das lange ignoriert - auch, dass die Zahl der Migranten bereits vor Beginn des Syrienkriegs, im Prinzip schon in den Neunzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts, deutlich anstieg. Das Problem zeichnete sich also nicht erst im Jahre 2015 ab. Sachliche, personelle und finanzielle Mittel wurde jedoch weder von der EU noch von Deutschland in ausreichendem Maß bereitgestellt. Von europäischer Solidarität war keine Rede. ... (S.- 66 f.)

Die deutsche Politik hat der Gefährdung ihrer verfassungsstaatlichen Souveränität, Identität und Stabilität - kurz, dem Angriff auf den Rechtsstaat - nichts entgegengesetzt. Sie hat zugelassen, dass ein auf individuelle Verfolgung zugeschnittenes Asylrecht zum ausufernden Asylbewerber-Recht für Hunderttausende wurde. Jahrelang hat auch die deutsche Rechtspraxis hingenommen, ja sogar befördert, dass allein die Erklärung, einen Asylantrag stellen zu wollen, für eine Einreise reichte, die sich schließlich häufig zu einem Aufenthalt von nicht absehbarer Dauer wandelte. (S. 77)

Die Flüchtlingskrise war aus rechtlicher Sicht eine Bankrotterklärung des Rechtsstaats. Sie hat bei vielen Bürgern den Eindruck hinterlassen, das Recht sei kein geeignetes Instrument, um Sicherheit und Ordnung in diesem Land zu garantieren. Klarheit, Beständigkeit, Vorhersehbarkeit und Gewährleistung von Rechtsnormen sind aber der Kern des Rechtsstaats. Sie müssen das Vertrauen der Bürger in die Verlässlichkeit der Rechtsordnung schaffen und bestärken. Die besten Gesetze nützen nichts, wenn sie nicht vollzogen werden. (87)

Zweiter Kommentar, diesmal von TA

Aus der Meldung von Steingart geht nicht hervor, ob die Grünen-Chefin Annalena Baerbock bei ihrer Forderung mehr Hilfe zu leisten, eine Unterstützung der Griechen bei ihrer Abwehr neuer Flüchtlingsströme meint oder bei der Betreuung neuer Flüchtlinge. So wie die Grünen in Bezug auf das Problem in den letzten Jahrzehnten agiert haben, besagt ihre Botschaft:

Grenzen aufmachen, Flüchtlinge hereinlassen und betreuen. So eine Haltung als Privatperson kann durchaus nobel sein, weil hier nicht die Folgen mitbedacht werden müssen. Aber sobald sich jemand in politischer Funktion äußert, muss sie oder er die Ursachen und die Folgen von Maßnahmen mit im Blick haben. Dann kann man eine Stellungnahme oder Entscheidung nicht nur vom Leid der Flüchtlinge abhängig machen. Ich empfinde die Sprecherinnen und Sprecher der Grünen – bei vorhandener Sympathie für sie – als Heuchler. Was haben sie vor 2015 und nach 2015 denn wesentliches zum Abbau der Fluchtmotive in Nahost und Afrika und zur Beendigung des Krieges in Syrien getan? Für die Türkei, Syrien und Russland sind die Flüchtlinge die „Bauern“ in einem Machtspiel, die man beliebig einsetzen oder opfern kann. Und wir Deutschen helfen dieses Spiel auch noch zu finanzieren. Erdogan erpresst von uns bzw. von der EU Geld dadurch, dass er droht, die Flüchtlingsströme, die die Türkei erreichen an die EU-Staaten weiterzuleiten und finanziert mit dem erhaltenen Geld einen Krieg gegen Syrien. Die Machtspiele Russland finanzieren wir über die Rechnungen, die uns Russland für die Gaslieferungen ausstellt. Da die Flüchtlinge uns so oder so Geld kosten, könnte man Russland eine Quittung für sein Verhalten ausstellen, indem wir die Abnahme von Gas boykottieren.⁴⁶ Wenn auch unser Bestreben sein muss, die Beziehungen zu Russland zu verbessern, müssen wir dem Präsidenten Putin klar machen, dass er keine militärischen Machtspiele auf unsere Kosten führen kann ohne Rückwirkungen auf das eigene Land. Auch müssen wir nüchtern überprüfen, ob wir in der NATO Bündnispartner haben, die in Syrien ein dubioses Spiel betreiben und wie weit dieser Krieg ein Geschäft für deutsche Rüstungsunternehmen ist. Eine Partei wird unglaublich und nicht regierungsfähig, wenn sich als Rettung der Welt aufführt und nur minimale Gedankenarbeit über die Ursachen und Überwindung des Geschehens leistet. Die ganzen politischen Problemen, die wir heute haben waren schon im Januar 1980, als die Partei DIE GRÜNEN in Karlsruhe gegründet wurde, sichtbar. Die Grünen wurden doch gegründet, um die unzureichende Problemlösungskompetenz der anderen Parteien auszugleichen. Die Grünen haben ihre Energie in unvermeidbaren Richtungskämpfen verpulvert, statt die „Altparteien“ auf Trapp zu bringen und sind heute eine hohle Nuss, wie es die anderen Parteien schon vor der Gründung der GRÜNEN waren.⁴⁷

46 Beim Energieeinkauf haben wir (noch) schlechte Karten. Solche Verträge sollten möglichst gar nicht als Druckmittel eingesetzt werden. Aber wenn über eine erzwungene Zuwanderung nicht gestoppt werden kann, steht am Ende ein Bürgerkrieg und der kosten allen Deutschen noch mehr als ein Gasboykott.

Aber am Gas und Erdöl sieht man auch, wie weit die Welt noch von Gesells Vorstellungen entfernt sind, wenn er sagt, die Naturschätze der Erde gehören allen Menschen, nicht wenigen Aktiengesellschaften oder Staaten. Die Welt wäre friedlicher, wenn hier ein gerechter Ausgleich geschaffen werden könnte.

47 Ich meine es nicht in einem abwertenden, sondern in einem beschreibenden Sinn.

In meinem Text 141.0 vom Sept. 2015 mit dem Titel „Flüchtlinge als Ausdruck des Unfriedens in der Welt“ habe ich daran erinnert, dass Flüchtlinge schon zur Zeit der Gründung der Grünen ein Thema war. <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/141.0.Fluechtlinge.Frieden.Verfassung.pdf>
Ich bringe einen Ausschnitt:

Wir haben uns die Köpfe heiß geredet über die Frage, wie das ökonomische Ungleichgewicht bei einer wachsenden Weltbevölkerung (In der HAZ vom 5. 4. ist die Rede von sieben Milliarden im Jahr 2015.) behoben werden könnte. Wir haben zwei Modelle diskutiert: a) Alle Grenzen öffnen, alle hungrigen Mäuler suchen sich dort etwas zu essen, wo sie etwas finden, mit der Folge, daß alle Nahrung spendenden Kulturlandschaften wie nach dem Abzug von Heuschreckenschwärmen aussehen würden. Der Hunger wäre globalisiert und egalisiert. Diejenigen, die diesen Prozess überleben, beginnen dann, die Welt neu zu ordnen und besser zu gestalten. Als freiwilliger Akt der weißen Menschen dieser Welt wird sich dieses Modell bestimmt nicht realisieren, aber damit ist es noch nicht außerhalb der Denkmöglichkeiten. Was ist z.B., wenn sich die Hungernden in den verschiedenen Erdteilen organisieren und von Einpeitschern animieren lassen, gen Norden zu ziehen? In dem geplanten Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven würden keine Güter gelandet, sondern Menschenmassen, die ungefragt zu uns kämen: Zehntausende, Hunderttausende dann in Millionenschüben.⁴⁸ Mit welchem Recht? Mit dem gleichen Recht, das sich der weiße Mensch nahm, als er sich mit Landnahme, Mord, Versklavung und Mission die Welt in Besitz nahm und ihr seinen kulturellen Stempel aufdrückte. Nicht nur die Deutschen würden mit Entsetzen den Vorgang erleben, aber wir wären zusätzlich durch den auf uns lastenden Holocaust gelähmt, um uns mit Gewalt, dagegen zu wehren zu können. Es ist ein Entwicklungsmodell, was wir nicht ernsthaft fördern können, was uns aber ernsthaft bedroht, wenn wir so weitermachen wie bisher. Wir - Nick und ich - sind dann damals – auf den Feldwegen spazieren gehend, also nicht in einem Institut sitzend - zu dem Ergebnis gekommen, daß die völlige Öffnung der Grenzen unendlich viel Leid und Tote erzeugen würde und es danach vermutlich auch keine gleichmäßige gesellschaftliche Aufwärtsentwicklung der Weltbevölkerung gäbe. Es würden sich wahrscheinlich erst Inseln des Fortschritts und des Wohlstandes bilden, die sich dann vernetzen würden. Und wenn das der Fall ist, wäre es humaner, gleich dem Modell b) den Vorrang zu geben, nämlich die vorhandenen Inseln des Wohlstandes störungsunanfälliger zu machen, sie mit dem Ziel zu vernetzen, immer weitere neue Wohlstandsinseln zu schaffen, bis alle oder fast alle Menschen dieser Erde in einem Stande leben, in dem sie sich wohlfühlen können. Da – nach dem was ich gelesen habe - ein enger Zusammenhang zwischen der Armut und dem Bevölkerungswachstum besteht, würde die „Bevölkerungsexplosion“ ihre Kraft und ihren Schrecken verlieren. Wir haben auch über erforderliche Maßnahmen gesprochen, es sind nicht so viele, aber wesentliche Eingriffe in unsere Ökonomie. Und da die Menschen - besonders jene, die sich Politiker nennen - offensichtlich aus den Kriegen und Hungerrevolten nichts gelernt haben und dem Untergang vor vernünftigen

48 (im Original 13) Wilhelmshaven würde das Gegenstück zu Bremerhaven. Siehe dort das Auswanderermuseum.

Lösungen den Vorzug geben, sind diese aber politisch nur schwer durchzusetzen. Die Realität ist: Trotz gegenteiliger Zielsetzung und viel verbrauchtem Idealismus und Einsatz von gutem Willen, wirkt die SPD schon 100 Jahre, die CDU/CSU und die FDP schon 50 Jahre und die Grünen schon mehr als 20 Jahre gegen eine Welt mit ausgleichender Ökonomie. Ist das eine Aussage des Hoch- oder Übermutes? Nein! Es ist ein Ausdruck von Resignation und Traurigkeit, die ein klein wenig Hoffnung auf Änderung zulässt.

Das Problem der Einwanderung

Einwanderung und Auswanderung im verträglichen Maß ist etwas Gutes, weil es eine generelle kulturelle Bereicherung für die betreffenden Länder und den gegenseitigen Wissenstransfer fördert. Im Idealfall sind die Gesellschaften so gestaltet, dass der Austausch von einem kleinen Teil ihrer Mitglieder oder die einseitige Zuwanderung keiner gesetzlichen Beschränkungen bedürfen und sich kein Widerstand der Alteingewesenen entwickelt. Die Bedingungen für einen solchen Zustand wäre, dass jeder Mensch sich und seine Familie jederzeit in der Gesellschaft, von der er auswandern möchte, und in jener, in der einwandern möchte Arbeit zu einem Lohn findet, der eine Selbstversorgung – einschließlich der sozialen Absicherung – ermöglicht. Dann wirkt nämlich die Reviergebundenheit des Lebewesens von der Gattung Mensch und nur wenige spüren das Bedürfnis, das angestammte Revier auf Dauer zu verlassen. Es dürfen aber auch keine Privilegien oder Benachteiligungen durch ein Berufszulassungs(un)wesen oder wie das heutige Bodenrecht geben. Jeder Einwanderer steigert den Wert des Bodens im Einwanderungsland. Die Kostensteigerung für die Nutzung des Bodens gehen in der Hauptsache zulasten der Einheimischen und Einwanderers die kein Eigentum am Boden haben.

In Deutschland, das sich bisher nicht als Einwanderungsland verstanden hat, aber lange Zeit ein Auswanderungsland war und im kleineren Maße noch nicht ist, gab es aber schon immer die Innenwanderung, erst in Form der Ein- und Auswanderung zwischen deutschen Kleinstaaten, dann in Folge der Industrialisierung als sich Deutschland ohne innere Landesgrenzen aufteilte in Regionen mit geringen Arbeitsmöglichkeiten und solchen mit guten. Diese Auswanderung aus der Heimat im engeren Sinn und die Einwanderung in eine Fremde Gegend können in der Geschichte vieler Familien nachgewiesen werden. Mein Vater ist als Memelländer geboren und aufgewachsen, zwei Brüder und eine Schwester landeten in Rheinlanden, ein Bruder in Berlin und er im Oldenburgischen.

Im Dezember 1955 wurde das erste Anwerbeabkommen von Gastarbeitern zwischen der BRD und Italien vereinbart. Aber vorher gab es schon eine Arbeitskräfteanwerbung inner-

halb der BRD. Westdeutschland benötigte Energie, die stand aus eigenen Quellen nur genügend in Form von Kohle zur Verfügung. Also wurden bundesweit Arbeitskräfte für den Kohlebergbau geworben. Das lief nach einem ähnlichen Muster ab, wie bei den Gastarbeitern. Die Probleme waren bis auf die Sprachverständigung auch ähnlich. Ich landete auf diese Weise im Winterhalbjahr 1953/54 im Steinkohlenabbau unter Tage auf der Schachanlage Friedrich Thyssen Schachanlage 2/5 in Düsburg-Hamborn. Wir lebten in einem Bergmannslager isoliert und fühlten uns fremd.⁴⁹ Man könnte sagen, wir waren die Fremdarbeiter im Ruhrgebiet, wenn nicht der Begriff Fremdarbeiter damals noch für die Menschen galt, die der Krieg aus anderen Ländern nach Deutschland geführt hatte und die heute Zwangsarbeiter genannt werden.

Im Übrigen wurde der Bedarf an Gastarbeitern dadurch erzeugt, das die Konjunktur überdimensioniert war. Und der Bedarf an Arbeitskräften nicht mehr aus Einheimischen gedeckt werden konnte. Seine Ursache hatte dieser Tatbestand aber in dem überdimensionierten Export, der wiederum angetrieben wurde von einer unterbewerteten DM im System der fixierten Wechselkurse. Diese Unterbewertung der DM mit Zwangsankauf zu einem fixiertem Kurs durch die Notenbank führte dazu, dass die westdeutschen Exporteure für jedes Geschäft, das sie tätigten, eine Prämie erhielten und die ausländischen Unternehmen für jede Investition im DM-Bereich ebenfalls. Da nichts von nichts kommt. Bezahlen mussten es die Sparer durch die ständige Entwertung ihres Geldes.⁵⁰

Nun zu den Problemen der politisch gewollten Einwanderung, die zum Teil identisch sind mit jenen, die durch die Zuwanderung aufgrund von Flucht aus anderen Ländern entstehen.

a) Der Mensch kann sich durchaus als Weltbürger und Bewohner dieser Welt fühlen und allen Menschen die gleichen Rechte zubilligen und wenn diese Gefühle und Einstellungen noch nicht hat, kann er sich diese mit oder ohne Hilfe anderer Menschen antrainieren. Er hat aber auch um sich als Individuum zu verstehen und sich von anderen unterscheiden zu können das Bedürfnis nach Absonderung, Sonderstellung und Abgrenzung nach einer Identität,

49 Im übrigen habe ich auch Erfahrungen mit Auswanderungsversuchen in den 50er Jahren. Einmal war Kanada mein Ziel, da wollte man mich nicht, weil man dort Seeleute genug hatte. Das andere Zielland war Neuseeland. Ich hatte schon grünes Licht bekommen, dann wurde auf rot umgeschaltet. Ich kann nur den Grund vermuten. Es herrschte ja der Kalte Krieg und hielt Kontakt zum Internationalen Freundschaftsheim in Bückeburg und dieses IFB verstand sich als pazifistischer Brückenbauer zwischen West und Ost und wurde offensichtlich nicht als zuverlässiger Gegner des Kommunismus eingestuft. Folglich wurde ich auch nicht als politische zuverlässig eingestuft.

50 Da es nicht möglich ist, den Schaden, den Sparer und andere Inhaber von Titel, die auf Geld lauteten, nicht mehr den tatsächlich Geschädigten zugeordnet werden können, habe ich an anderer Stelle vorgeschlagen, das Gold der Bundesbank, dass sie mit den angekauften Devisen erworben hat, den Rentenkassen zuzuführen. Es ist nicht gerechtfertigt, dieses Gold für das Europäische Zahlungssystem einzusetzen. Für eine stabile Währung ist Gold überflüssig.

die sich durch seine Familie, Sprache, Kultur und sein Lebensumfeld herausbildet. Diese Identität ist wandelbar, aber sie braucht Zeit und die Ereignisse die dazu führen, dürfen nicht zu massiv werden, weil es dann zu einer Abwehr gegen vermeintlichen oder tatsächlichen Ursachen, kommt, die Veränderung bewirken. Es gibt doch noch nach 75 Jahren Vertriebe aus dem ehemaligen Ostdeutschland, die sich in Westdeutschland immer noch nicht voll angekommen fühlen oder umgekehrt aus Sicht der vor ihnen Ansässige immer noch „die Flüchtlinge“ sind. Es führt zu Konflikten, wenn man glaubt man können Menschen umsta-peln, wie Schnittholz in einem Lager.

Wenn eine Gruppe Menschen sich auf dem Nord- oder Südpool aufhalten und gegenseitig vorstellen, dann genügt es ihnen Regel nicht, sie seien Weltbürger, es wird schnell bei der Benennung der Herkunft, der Kontinent, dann des Herkunft Landes, des Landesteils – je nach Interessenlage – bis runter zum Dorf oder der Straße im Stadtteil – benannt werden. Aber nicht nur die geografischen Koordinaten geben dem Individuum sein soziales Umfeld Orientierungshilfe, sondern es folgen Abgrenzungen und Zuordnungen – wie schon gesagt - solche der kulturellen, religiösen, sprachlichen, politischen, beruflichen Art und des Vermögens und des Einkommens. Überall erfolgen diese Abgrenzungen durch Einschlüsse und Ausschlüsse, was einer ist oder nicht ist, damit sein Ich sich als sich selbst fühlen und identifizieren kann. Man muss auch kein Einwanderer sein, um als Fremder empfunden zu werden. Veränderungen in diesem Orientierungsnetz – besonders wenn sie dem Menschen aufgezwungen werden – wehrt er ab oder versucht sie einzudämmen, weil sie verunsichern.

Der Umbau dieses individuellen Orientierungsnetzes fordert von den Einwanderer eine größere Anstrengung als für die Mitglieder der aufnehmenden Gesellschaft, wenn sie nur eine unbedeutende Randerscheinung bleiben, einfach, weil der Umfang der Veränderungen für den Einwanderer - auch wenn er nur aus einer anderen Stadt oder Landesteil kommt. Ich schätze es so ein, dass der Ansässige gegen den Zugereisten solange, seine Anpassungsleistung nur geringfügig ist, wenn sein Bett und sein voller Kühlschrank nicht bedroht ist. Ist die Lage seiner Gesellschaft und seine Stellung darin im angenehm und fühlt er sich in seinem Stand Sicher, dann kann er großzügig sein, wenn nicht, dann nicht.

Ich habe hier nicht versucht, ein Problem der Deutschen zu beschreiben, sondern es sind wohl generelle Eigenschaften der Menschen, die zum Problem werden, wenn sie nicht be-

achtet werden. Der Mensch, der sich durch die Zeit und den Raum bewegt, braucht Sicherheit darüber, wer er ist und mit welchen Eigenschaften sein Revier ausgestattet ist.

Wer meint, dass es mir nicht gelungen ist, meine Überlegungen klar genug zu formulieren, der sollte sich doch einmal selber dabei beobachten, wie er reagiert, wenn im Treppenhaus, das zu seiner Wohnung führt oder auf einer ruhigen Straße, an dem sein Haus steht, eine nicht vertraute Person bewegt, die er auch nicht in seine Welt einordnen kann.

Ein anderes Beobachtungsfeld sind unsere Parlamente. Als die Grünen in den Bundestag einzogen, war die Einschätzung der „Altparteien“ Die Grünen sind die fremden Eindringlinge, die hier eigentlich nichts zu suchen haben. Durch ihre Kleidung und ihr Auftreten zeigen sie, dass sie die Fremden sind, die uns das Vertraute rauben wollen. Sie riskieren leichtsinnig die Existenz unserer Republik. Und heute werden die Abgeordneten der AfD als die feindlichen Eindringlinge von allen anderen Parteien – also auch von den Grünen, die einst selbst als die fremden Eindringlich galten – so gesehen. Die Abneigung ist so stark das man, nicht daran denkt, dass sie nur dort sind, weil es genügend Wähler so wollten und den Grundsatz vergessen wird, dass die Freiheit, die Freiheit des Andersdenkenden ist (Rosa Luxemburg). Ich zeige hier keine Sympathie für die AfD, sondern streite für die Demokratie. Die AfD ist für mich der Warnschuss für die Mannschaft auf der Brücke des Passagierschiffes Deutschland, die darüber streiten, wer der Kapitän ist und dabei eine felsige Untiefe nicht wahrnehmen.⁵¹

Nach meiner Einschätzung ist ein Großteil der Regungen, die in unserer Gesellschaft als Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verschrien werden, der Kampf um Erhalt der Vertrautheit ihrer Lebenswelt und des Orientierungsrasters, das ihr ihre eigene Identität vermittelt.⁵² Die herrschende Politik hat diesen Unterschied nicht wahrgenommen und dadurch die Entstehung AfD und ihren Stimmanteil bei Wahlen gefördert.

Die Grenzen zu öffnen und die Grenzen zu schließen sind - demokratisch gesehen – zwei

51 Mir kam eine Passage aus einem anderen Text vor die Augen, die passt hier hin:

24.5.2 Nun habe ich auch den Eindruck gewonnen, dass viele Befürworter einer multikulturellen Gesellschaft auch gar nicht eine Gesellschaft mit unterschiedlichen Kulturen wollen, sondern eine Mischmasch-Gesellschaft (in der über einen längeren Zeitraum sich jeder - auch der Einheimische - fremd fühlt). Ein Beispiel dafür, daß es gar nicht einfach ist, Menschen mit unterschiedlichen Einstellungen und Einsichten zu vereinen, sind die Grünen. Im Gründungszeitraum bestand aus verschiedenen Gründen die Notwendigkeit, die Parole „Vielfalt in der Einheit“ auszugeben. Was ist geschehen? Gerade die Parteifreunde mit einem politisch linken Selbstverständnis haben eine Gruppierung nach der anderen heraus gegruht, dann haben sie sich gegenseitig bekriegt. Diejenigen, die noch übrig geblieben sind, nennen sich noch grün, sind aber nicht mehr grün, haben eine undefinierbare Farbe. Das wird von Jungwählern offensichtlich auch so gesehen. Wenn aber schon etwas in einem Teil einer Gesellschaft nicht funktioniert, wie sie eine Partei darstellt, wie soll es dann in einer noch komplexeren Gesamtgesellschaft funktionieren?

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/141.0.Fluechtlinge.Frieden.Verfassung.pdf> Text vom Sept. 2015

52 Das ist aber nicht nur ein spezielles deutsches Problem. Ein Teil der Ursachen für den Brexit dürfte hier liegen.

gleichberechtigte Forderungen, die beide bei ihrer Realisierung ihre jeweils eigenen Konsequenzen haben. In einer reifen Demokratie müssten beide Forderungen ohne Diffamierung der jeweils anderen Vertretung möglich sein.

Ich denke den heutigen Abgeordneten fehlen die Erfahrungen mit den Zwangseinweisungen von Flüchtlingen, Vertriebenen und Ausgebombten nach dem Krieg. Nur in ganz seltenen Fällen wurde das als Bereicherung auf beiden Seiten empfunden. Die Reaktionen von Menschen in kleinen Einheiten sind auch in Großen Einheiten / in der Gesamtgesellschaft feststellbar.

b) Eine wichtige Frage ist, wer zahlt die Kosten der Einwanderung und der Eingliederung. Ich habe mich vor längerer Zeit mal umgeschaut, wie das in früheren Zeiten geregelt war. Ich kann die Quelle nicht mehr benennen. Aber es war wohl so, dass die Einwanderer die Kosten der Einwanderung meistens selber tragen mussten und sie sich so hoch verschuldeten, dass sie viel Jahre für die Tilgung dieser Schulden arbeiten mussten. Es gab aber auch Länder, die eine Prämie zahlten, wenn sie als Einwanderungsland gewählt wurden. Wenn heute eine öffentliche Förderung der Einwanderung geben soll, dann muss im Regress auch auf die Unternehmen zurückgegriffen werden, die den Nutzen von der Einwanderung haben und diese Last nicht über die allgemeinen Steuern auf die Bürger abgeladen werden, für die die Einwanderer Konkurrenten eben nicht nur bei der Suche nach einem Arbeitsplatz sind.

c) Man muss auch sehen, dass Einwanderer tendenziell Lohndrücker sind. Jahrzehnte lang hat die hohe Arbeitslosenzahl die Funktion des Lohndrückers innegehabt und eine Unzahl von Arbeitnehmern hängt heute noch in Arbeitsverträgen, die ihnen einen Lohn bescheren, der sie nicht ernährt. Es sind die Aufstocker, die noch beim Vater Staat um eine Zugabe bitten müssen. (Das ist eine Schande für eine Wirtschaft, die für sich die Bezeichnung Marktwirtschaft in Anspruch nimmt.)

d) Der Fachkräftemangel ist doch von den Unternehmen mit verursacht worden, besonders in den handwerklichen Berufen. Erstens haben sie sich in der Ausbildung zu sehr auf den Staat und auf die Kammern - die praktisch auch nur Außenbüros der Ministerien sind - verlassen. Zweitens haben sie nicht auf die Verlagerung der Berufsausbildung in die Fachhochschulen mit konkurrenzfähigen Ausbildungsmodellen reagiert. Drittens Es endet für die

meisten Ausgebildeten, die Berufskarriere als Geselle mit einem Lohn der nach Schwarzarbeit zur Lohnaufbesserung schreitet. Nötig wäre hier, dass die Unternehmen Beteiligungsmodelle für die Handwerks- und andere Betriebe anbieten⁵³, die die Tätigkeit in kleineren Unternehmen, wie Handwerksbetriebe interessanter machen, als in Industriebetrieben.

e) Wir sollten uns daran erinnern, dass der Bau der Mauer in Berlin und der Bau des Zaunes an der Grenze zwischen der DDR und BRD auch dazu diente, die Flucht von Fachkräften von Ost nach West zu verhindern. Mit der Anwerbung von Fachkräften im Ausland lockt Deutschland aus deren Heimatländern gerade die Kandidaten weg, die für die Entwicklung dort gebraucht werden (und durch die Entwicklung zu Hause den Auswanderungsdruck mindern würden.) Es wäre doch besser, wenn die Unternehmen in Deutschland fähige Mitarbeiter mit unternehmerischen Qualitäten dort hinschicken, wo die Fachkräfte zu finden sind, um mit ihnen Unternehmen aufzubauen, die als Zulieferer (und mehr) für die Unternehmen in Deutschland arbeiten könnten.

f) Kann die Einwanderung unser Sozialsystem retten? Im NDR Niedersachsen gab es ein Bericht über gelungene Integration und als Beispiel wurde benannt, dass einer der eine Arbeit gefunden hat. Betont wurde, dass er nun Beiträge für die Sozialversicherung zahlt. Dieses Argument als Stützung des Sozialversicherungssystems hört man häufiger. Stimmt denn das Argument überhaupt? Der Einwanderer, der mit der Arbeitsaufnahme automatisch Mitglied der Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung wird, erhält damit doch automatisch eigene Ansprüche. Wenn die Einwanderer durchschnittlich mehr Kinder haben als die deutschen Kollegen, dann ist seine Mitgliedschaft in der Krankenkasse mit einem Familientarif für das System ein Verlustgeschäft. Auch müssen verdeckte Krankheiten, die aus Mangel an finanziellen Mitteln in den Heimatländern nicht auskuriert wurden, als Möglichkeit berücksichtigt werden.

g) Der Bestand der gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen bei uns sind von Menschen anderer Länder, die solche nicht haben, begehrenswert und auch einer der Gründe, sich auf den Weg zu uns zu machen, um sie auch für sich nutzen zu können. Es wird dann leichthin gesagt, dass ihr Bestand eine Leistung des Staates sei. Das ist soweit richtig, dass die Leistungsfähigkeit unserer staatlichen Gesamtorganisation - die auch den Holocaust auf den

⁵³ Ich erinnere an meine Überlegungen zur Berufsausbildung aus dem Jahr 1982:
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/3.0%20Freie%20Berufsbildungs-Assoziation%203.04.pdf>

Weg brachte - darin zum Ausdruck kommt. Aber abgesehen von der Frage, ob das nicht in anderer Form mit mehr Gestaltungsfreiheit für die Bürger besser zu bewerkstelligen wäre, wir doch mit dem Blick auf die staatlichen Leistungen übersehen, dass der Staat nur die Mittel investieren oder verschenken kann, wenn er das Geld dafür, den Bürgern mittels den Zwang Steuern zu zahlen, vorher weggenommen hat. Dabei entwickelt sich der Staat vom Diener der Gesellschaft zum Herrscher über seine Bürger. Es sind die Bürger, die die Mittel erarbeiten, die der Staat benötigt, wenn er etwas für alle Welt sichtbares schafft. Für die Schaffung der von außen gesehenen bewunderungswürdigen Institutionen und Strukturen müssen die Menschen sich ein Leben lang einer harten Arbeitsdisziplin, mit hohem Zeiteinsatz und Abgabenordnung – die schon einen ausbeuterischen Charakter hat - bei Verzicht auf südlicher Lebenslust unterwerfen. Da ist es nicht verwunderlich, dass da auch die Frage aufkommt: „Müssen wir die Menschen, die nichts dazu beigetragen haben, ohne Gegenleistung daran teilhaben lassen?“

h) Bei der Zuwanderung durch Flucht, Asyl und Einwanderung darf auch nicht die Verdichtung des Siedlungsraumes übersehen werden. Deutschland hat mit 225 Einwohner pro km² Flächeneinheit mehr als doppelt so viel Einwohner wie Frankreich mit 105 Einwohner pro km².⁵⁴ Bei steigender Einwanderung wird der Naturschutz immer schwieriger. Gemeinschaftsflächen wie Parks – die nicht beliebig erweitert werden können – werden von immer mehr Menschen genutzt werden. Die Wohnbebauung bringt nicht nur steigende Kosten für den Boden mit sich, sondern auch, dass die Menschen dichter an- oder aufeinander hocken müssen. Wenn der einzelne Mensch mal einen Platz in der Landschaft sucht, wo er sich durch das Alleinsein von den Zwängen, die das Gemeinsamsein mit sich bringen, erholen will, findet er immer schwieriger einen Platz, wo er dieses kann.

i) Das Deutschland den wirtschaftlichen Erfolg nach den verlorenen Zweiten Weltkrieg gehabt hat (und relativ noch hat) kann nicht nur auf das Modell Soziale Marktwirtschaft zurückgeführt werden, sondern auch darauf dass Deutschland bis über die Jahrtausendwende hinaus trotz der bis dahin erfolgten innerdeutschen Flüchtlingsströme und Zuwanderung durch Gastarbeiter eine Wertegemeinschaft ohne all zu große Widersprüche war. Ist es nur ein Gerücht, dass konkurrierende Staaten diesen Vorteil ausschalten wollten, indem sie eine Politik betrieben, die Deutschland zur Aufnahme Fremder mehr oder weniger zwang. Wenn man die Politik der Türkei unter Einsatz der Flüchtlinge, die in der Türkei sich aufhalten und an die Grenze zu Griechenland gekarrt werden, betrachtet, dann könnte eine solche Vermu-

⁵⁴ <https://www.indexmundi.com/map/?v=21000&r=eu&l=de>

tung, mehr als eine Verschwörungstheorie sein.

j) Es fehlt uns einfach ein Maß für eine verträgliche Einwanderung für uns und für die, die zu uns kommen möchten oder für die, von der wir uns wünschen, dass sie kommen mögen. Bei allem Respekt und teil sogar gekoppelt mit Bewunderung für unsere Bundeskanzlerin, es war und ist ein Irrtum und ein Verfassungsbruch, 2015 das Maß der verträglichen Einwanderung ohne Auftrag des Bundestages selbst bestimmen zu können. Es ist aber auch ein Irrtum des Bundestages, dieses Maß durch eine Mehrheit zu bestimmen und dann damit zu rechnen, dass das keine negativen Wirkungen hat.

In der HAZ vom 26. 2. 2020 war unter dem Titel „Antidemokratische und gewaltbereit / Studie der Universität Leipzig offenbart neue Erkenntnisse über AfD-Wähler. Zum Schluss des Berichtes heißt es:

Der Leipziger Forscher Oliver Decker ergänzte, dass „erschreckend viele Wähler der AfD“ eine „Verschwörungsmentalität und antidemokratische Einstellungen teilen“. So befürchte gut ein Drittel der AfD-Wähler, dass hinter politischen und sozialen Ereignissen auf der Welt geheime Organisationen steckten. Dass es „geheime Organisationen“ gibt, „die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“, glauben der Studie zufolge knapp 44 Prozent der befragten AfD-Anhänger sowie knapp 38 Prozent der Anhänger der Linkspartei, die den Forschern Auskunft gaben. Für 60 Prozent der AfD-Wähler sind Politiker nur Marionetten geheimer Mächte. Aus den Ergebnissen lasse sich ableiten, dass ein Großteil der AfD-Anhänger die Partei nicht trotz, sondern wegen antidemokratischer Positionen wähle, resümierten die Forscher.

Mich wunder das Ergebnis der Untersuchung nicht, auch die Demokratie ist kein Wert an sich, sie muss eben beweisen, dass sie besseres liefert als andere Regierungsformen, dazu gehört dann auch, dass sie besser und ehrlicher aufklärt über die politischen Vorgänge. Die Politiker können aber nur besser aufklären, wenn sie selbst aufgeklärt sind und eben diesen Eindruck machen sie nicht.

All diese Überlegungen sind nicht gegen die Menschen gerichtet, die durch Kriege und den Mangel in ihren Heimatländern zu uns getrieben werden oder von unseren sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, von denen sie gehört haben, angelockt werden. All diese Menschen haben genauso ein Anspruch auf etwas Lebensglück wie beispielsweise wir Deutschen, wie die Franzosen, die Polen oder die Dänen.

Die jetzigen Verhältnisse in der Welt sind allgemein die Aufforderung an die Bürger aller

Nationen ihre Gesellschaft – auch ihre jeweilige Staatsform - so zu gestalten, dass der Mensch sich dort wohlfühlen kann, wo er geboren wurde, aber es auch keine Grenzen mehr gibt, die ihn hindern einen anderen Ort in einem anderen Land für die Suche nach seinem persönlichen Lebensglück zu suchen. Das ist ein Mammut-Projekt, das eine Neuorientierung unserer Forschungskapazitäten erfordert, weg von der Vernichtungsforschung und der Suche nach schwarzen Löchern und Hinwendung zur Klärung der Fragen, unter welchen Bedingungen der Mensch als Einzel- und Gesellschaftswesen glücklich und in Frieden leben kann. Hierzu sind auch die Menschen in den Ländern aufgerufen, die vermuten, dass bei uns die Milch und der Honig fließen, ohne das wir uns dafür anstrengen und ohne auf angenehmen Seiten des Lebens dabei verzichten zu müssen.

„Die Wahrheit darf nicht sterben“

das ist die Überschrift des Artikels von Ulrich Krödel in der HAZ mit der Schlagzeile „200 Überlebende und Staatsgäste gedenken in Auschwitz der Befreiung des ehemaligen KZ. Ein großformatiges Bild zeigt die Besuchergruppe, wie sie durch das Eingangstor zum KZ schreiten. In Spiegelschrift ist der Spruch *Arbeit macht frei*, den die Nazis in infamer Weise über das Eingangstor angebracht haben und so den Sinn des Spruches in sein Gegenteil gekehrt haben.

Es ist richtig die Wahrheit bedarf in allen Erkennungsfelder immer wieder die Erweckung dadurch, dass sich Menschen erinnern und danach suchen. In der Berichterstattung über das Elend und den Tod von Millionen Juden ist die Wahrheit aber insofern ein Verrat der Wahrheit, weil die Geschichte, wie es dazu kommen konnte nicht oder nur ungenügend erzählt wird. Ich habe mich weiter oben bemüht, auf Quellen zum Vorlauf des Holocaust mit ergänzenden Informationen zu verweisen. Auch auf die Betonung der Einmaligkeit des Holocaust zu beharren ist problematisch, denn jeder Mord und jede Tötung von Menschen ist einmalig, auch wenn dafür Bomben oder Atombomben mit militärischer Begründung verwendet wurden. Das Gedenken an den Holocaust kann nach meiner Einsicht nur dann vor neuen Untaten schützen, wenn alles Morden in allen Ländern zu allen Zeiten mitbedacht wird. Es müssen mehr die gesellschaftlichen Bedingungen erforscht werden und ins öffentliche Bewusstsein befördert werden, in welchen gesellschaftlichen Situationen die Menschen zu Mörder werden oder werden können.

Stellen wir uns mal Einzeltäter vor, z. B. einen Vater, der alkoholisiert sein eigenes Kind

beim Rangieren mit seinem Auto hat. Er ist durch die Tat an sich schon bestraft. Er wurde aber von einem Gericht auch verurteilt und nach der Verbüßung der Strafe kommt er wieder nach Hause. Und sagen ihm jeden Tag (oder jede Woche) seine Frau und seine Nachbarn und die Kollegen bei der Arbeit, er sei ein Mörder. Was würde wahrscheinlich passieren? Er würde entweder um sich schlagen, in der Psychiatrie landen oder Selbstmord begehen. Dieses Gedankenmodell kann man hundertfach variieren, das Ergebnis wird immer ähnlich sein. Warum soll ein positives Ergebnis dabei herauskommen, wenn der Mord und der Mörder millionenfach multipliziert wird. Zwar wurde immer formal betont, es gebe keine Kollektivschuld der Deutschen, aber real hat man allen Deutschen ein Schulgefühl implantiert, das dazu diente, sie gefügig zu machen. Angewandt wurde diese Methode vor allem von den deutschen Regierungen in Folge. Ich vermute, a) um von dem Versagen der Demokraten in der Weimarer Republik abzulenken und b) die alleinige Schuld bei den Nazis verankern zu können, wurde die Schuld der Deutschen zu einer Religion gemacht, die nicht infrage gestellt werden durfte. Von jüdischer, besser von israelitischer Seite wurde dieser Vorgang wohlwollend gefördert, weil so die Deutschen, die erst in die Hitlerzeit hinein geboren wurden oder danach das Licht der Welt erblickten, zur Zahlung von Sühnegeld willig gemacht werden konnten. Ich sehe in dieser fatalen Politik – jedenfalls in Deutschland – die Ursache für das Ansteigen des Antisemitismus. Dass das so kommen wird, habe ich schon vor einem halben Jahrhundert geahnt. Ich war schon mit dem Thema in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts konfrontiert.

00000

Hier zur Übersicht zur nachfolgenden Arbeit:

Die etwas andere Sicht über die Deutschen in der Rolle als Täter und Opfer
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/55.0%20Uebersicht%20%FCber%20Dateien.pdf>

Im Text 55.7 ist auch ein Briefwechsel mit Generalstaatsanwalt Bauer über die Vergangenheits- und Gegenwartsbewältigung aus dem Jahr 1963 enthalten.
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/55.7%20Die%20etwas%20andere%20Sicht.Anhang%207.pdf>

Die Juden und die Manager - ein (un)zulässiger Vergleich?
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/65.0%20Juden%20Manager%20Vergleich.pdf>

00000

Zur Wahrheit gehört auch, dass die Kritik an der israelischen Politik grundsätzlich als Antisemitismus diffamiert wird. Diese Kritik kann natürlich antisemitisch gefärbt sein, wenn sich einer äußert, der grundsätzlich etwas gegen Juden hat. Aber diese Einordnung verbietet auch

den Menschen das Maul, die es gut mit den Juden meinen. Verdächtig ist auch, dass die israelische Opposition – nach meiner Wahrnehmung - wenig oder keine Unterstützung seitens der deutschen Politik er hält. Es kommt auch merkwürdig an, wenn in Berlin im Brustton der Überzeugung gesagt wird: Nationalismus und eine Volk-ohne-Raum-Politik ist für Deutschland inakzeptabel – was auch richtig ist – und diese Politik, die Israel betreibt, soll gut sein. Das ist eine schizophrene Wertung und fördert ebenfalls den Antisemitismus und die Verdrossenheit über unseres reales Regierungssystem.

Ich bringe ein paar Auszüge als Hinführung zum Thema Israel / Palästina aus mein *Freund der Feind* von Uri Avnery ⁵⁵, 1988:

Aus dem Kapitel *Kollisionskurs*

Wenn ich an die Anfänge des Konflikts denke, formt sich in meinem Kopf immer ein bestimmtes Bild. Es stammt aus einem alten amerikanischen Film über skrupellose Magnaten, die um die Kontrolle über die Eisenbahn kämpfen. In dem Film rasen zwei Züge, jeder mit Söldnern der sich befehrenden Eisenbahngesellschaften beladen, auf der einspurigen Strecke aufeinander zu. Die Söldner wissen nicht, was ihnen bevorsteht, das Publikum aber weiß, daß die Züge bald zusammenstoßen und die Söldner sich eine blutige Schlacht liefern werden. Genau das ist in unserem Land geschehen.

Als die zionistische Bewegung geschaffen war, begann sie, Siedler nach Palästina zu schicken. Gefördert vom Schicksal der Juden in Europa schwoll das Tröpfeln zum großen Strom an. Einwanderer, von hehrsten Idealen beseelt, machten sich daran, die gerechteste und schönste soziale Ordnung aufzubauen, die es je gab — Kibbuzim, Moschavim und andere Experimente utopischen Zusammenlebens. Sie waren erstaunt, dann empört, als ihre neuen Nachbarn nicht begriffen, wie schön das alles war. Hatten sie nicht das Land mit gutem Geld gekauft? Hatten sie nicht Ladenbesitzer und Börsenmakler in Handarbeiter verwandelt, die jetzt den Acker pflügten? Hatten sie nicht ihren Nachbarn die Wohltaten der modernen Medizin mitgebracht? Hatten sie ihnen nicht Konzerte mit Beethoven und Brahms geboten, die ohne Frage den häßlichen, monotonen arabischen Gesängen vorzuziehen waren?

Für die Araber sah das alles natürlich völlig anders aus. Da war ein Haufen Ausländer, die von Gott weiß woher kamen und behaupteten, das Land gehöre ihnen, weil ihre Verwandten vor zweitausend Jahren einmal da gewohnt hätten. Sie kauften reichen Grundbesitzern irgendwo in den Städten das Land ab und jagten die Fellachen, die es seit Generationen bearbeitet hatten, davon. Sie errichteten Siedlungen, in denen kein Araber wohnen durfte, verfolgten jeden Juden, der es wagte, arabische Arbeiter zu beschäftigen anstelle der frisch in Handarbeiter verwandelten zionistischen Ladenbesitzer. ... (Seite 33 f.)

55 https://de.wikipedia.org/wiki/Uri_Avnery <http://www.uri-avnery.de/>

... Am Anfang gab es kleine Zwischenfälle unter Nachbarn: hier einige Kibbuzniks, dort ein paar arabische Schafhirten, die ihre Herde auf mühselig bestellten Äckern grasen ließen. Stöcke wurden geschwungen, Leute wurden verletzt, der Zwist wurde mit einer traditionellen arabischen *sulkha* (Versöhnungs-)Zeremonie beigelegt. Dann gab es Handgemenge, Schüsse fielen. Die jüdischen Schutzleute in exotischer Kluft waren die Idole der Zionisten, die örtlichen Wehrmänner der Araber hingegen bildeten Banden, um jüdische Dörfer zu überfallen. Nach den Pistolen kamen Gewehre, dann Maschinengewehre. Mit der Gründung des Staates Israel kamen Panzer und Kampfflugzeuge. Und dann kamen die Gerüchte über Atombomben und andere Arten der Massenvernichtungsmittel.

Als ich dreizehn Jahre alt war, begann ein Guerillakrieg, den die britische Regierung „Unruhen“, die Araber „den arabischen Aufstand“, die Juden „Ausschreitungen“ nannten. Drei Jahre später übte ich Pistolenschießen ohne Kugeln, dann war ich Soldat und trug eine Maschinenpistole. Jetzt werden hochspezialisierte Waffen benutzt. Der Nachbarschaftsstreit in Türkisch-Palästina verwandelte sich in einen Kampf zwischen zwei Völkern unter dem britischen Mandat. 1948 wurde die ganze arabische Welt und die gesamte jüdische Diaspora in den Krieg einbezogen. Heute nehmen politische Wissenschaftler an, wenn sie mit der Simulation des Dritten Weltkrieges spielen, daß er mit der Schlacht um Jerusalem seinen Anfang nehmen wird.

Es gibt keinen Zweifel: Wenn die Dinge weiter ihren gegenwärtigen Lauf nehmen, wird es weitere Kriege um dieses Land geben, was zur Destabilisierung der ganzen Region führt, vielleicht zur globalen Konfrontation. Der Einsatz von Atomwaffen könnte unvermeidlich werden - mit seinen unvorstellbar grauenhaften Folgen.

Gibt es eine Lösung für diesen Konflikt? Kann man ihm ein Ende machen, bevor er uns allen ein Ende macht?

Kann man diese beiden hochintelligenten Völker, die dynamischsten Völker des Nahen Ostens, die beide Exil und Tragödie bitter erfahren haben, dazu bringen, friedlich zusammenzuleben in dem Land, das sie beide als Heimat beanspruchen und mit dem sie beide nun unauflöslich verbunden sind?

Vor vielen Jahren hat der französische Journalist Eric Rouleau einmal ein Treffen zwischen einem bekannten ägyptischen Linkspolitiker und mir arrangiert. Nach Mitternacht saßen wir im eleganten Pariser Restaurant La Coupole und diskutierten über mögliche Lösungen. Auf dem - nach dem Essen etwas fleckigen - Papiertischtuch notierten wir eine Liste theoretischer Möglichkeiten. Es waren fünf: Entweder löscht ein Volk das andere aus, oder eins unterwirft das andere, oder eins vertreibt das andere, oder beide Völker leben miteinander in einem Staat, oder das Land wird geteilt.

Danach gingen wir daran, jede der Möglichkeiten zu analysieren. Wir waren uns einig, daß Auslöschung nicht in Frage kommt, nicht nur aus moralischen, sondern auch aus praktischen Gründen. In einem Krieg zwischen Nationen wird heutzutage ein Staat, bevor er sich auslöschen läßt, Massenvernichtungsmittel einsetzen und damit das ganze Gebiet in einen Friedhof verwandeln.

Die Unterwerfung eines Volkes durch ein anderes ist viel wahrscheinlicher.

Tatsächlich eroberte Israel in der Zeit nach diesem Gespräch ganz Palästina und entwickelte sich rasch zu einem nahöstlichen Südafrika. Doch selbst wenn es Israel möglich wäre, Millionen von Palästinensern, eine stetig wachsende Minderheit, in totaler Unterjochung zu halten, ihnen alle Bürgerrechte und die meisten Menschenrechte zu verweigern, was wäre das für ein Israel? Es wäre in der Tat weit entfernt von dem idealen Gemeinwesen, das Herzl in seinem zweiten Buch „Altneuland“ entwarf, dem er den Wahlspruch voranstellte: „Wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen.“

Die Idee, sämtliche Palästinenser aus Groß-Israel zu vertreiben – ein Gedanke, der in gewissen israelischen Kreisen immer mehr an Popularität gewinnt -, ist die einzige Möglichkeit, die Vorstellungen von Groß-Israel und vom Judenstaat zu vereinen, aber sie ist noch widersinniger. Selbst wenn die Austreibung der Palästinenser möglich wäre, würde sie zum ewigen Krieg zwischen Israel und der ganzen arabischen Welt führen und damit zurück zu Möglichkeit Nummer eins. Israel kann die Palästinenser nicht in die Wüste jagen, so wenig wie die Palästinenser die Israelis ins Meer werfen können.

Die Vorstellung vom friedlichen Zusammenleben in einem Staate mag angenehmer sein, aber nicht realistischer. Niemand vermag zu sagen, wie sich die Beziehungen zwischen den beiden Völkern entwickeln werden, wenn es einmal Frieden gibt. Die ganze Welt kann sich verändern und wir mit ihr. Eines Tages mögen neue Formen des sozialen Zusammenlebens den Nationalismus ablösen, aber davon sind wir noch weit entfernt. Israelis und Palästinenser sind beide zutiefst nationalistische Völker, traumatisiert durch Erfahrung die Israelis durch den Holocaust und ihre nationale Leidensgeschichte, die Palästinenser durch die Demütigung des Kolonialismus und die spätere Vertreibung. Nach einem totalen Krieg, der sich jetzt über vier Generationen hinzieht, kann nicht über Nacht der totale Friede zustande kommen. Niemand kann wirklich glauben, daß in einem Groß-Palästina die Israelis gleichberechtigt wären oder daß in Groß-Israel die Palästinenser sich der Gleichberechtigung erfreuen könnten. Der Gedanke eines säkular-demokratischen Staates, in dem Israelis und Palästinenser friedlich zusammenleben, ist bestenfalls verfrüht, schlimmstenfalls eine Tarnung für ganz andere Pläne.

So kamen wir zwei an unserem Pariser Restauranttisch also mit Hilfe des Eliminierungsverfahrens zu dem unausweichlichen Schluß, daß es keine andere Lösung gibt als die eine, die von der ungewöhnlich intelligenten Resolution der Vereinten Nationen von 1947 ins Auge gefaßt wurde, auch wenn die Geschichte die damals gezogenen Grenzen inzwischen verändert hat. Wenn zwei Völker ein Land als ihre alleinige Heimat beanspruchen und jedes seine Identität in einem eigenen Staat auszudrücken wünscht, dann ist Teilung die einzig lebensfähige Lösung. Und auch eine gute Lösung. (Seite 34 f.)

Aus dem, Kapitel: *Von der Irgun zur Friedensbewegung*.

... Als ich vierzehn war, verließ ich die Schule und ging bei einem Rechtsanwalt in Tel Aviv arbeiten. Einige Gerichte und Regierungsbehörden lagen in Jaffa, und alle paar Tage verbrachte ich dort einige Stunden, traf arabische Beamte, redete mit arabischen Kollegen, schlenderte durch die Straßen, roch die Düfte des Orients, aß arabische Süßigkeiten, lauschte der seltsamen Sprache. Ich mochte sie. Seit damals war das, was später als Palästinenserproblem bekannt wurde,

für mich niemals etwas Abstraktes. Es meinte Menschen, Leute, die ich als Teenager zumindest oberflächlich gekannt hatte; es meinte Geräusche und Gerüche, die zur Landschaft meiner Jugend gehörten. Anders als die meisten Israelis von heute brauche ich nicht erst Bücher und Manifeste zu lesen, um zu wissen, daß in diesem Lande zwei Völker wohnen und daß sie hier schon seit langer Zeit Seite an Seite leben.

*

Noch ehe ich fünfzehn wurde, trat ich der *Irgun Tzvai Leumi* bei (der nationalen Militärorganisation, allgemein Irgun genannt), die zu der Zeit die einzige jüdisch-nationalistische Untergrundorganisation war. Ich trat bei, weil ich fand, das britische Kolonialregime habe kein Recht, unser Land zu beherrschen. Im Jahre 1938 hängten die britischen Behörden Schlomo Ben-Yosef, einen jungen Juden, der als Vergeltung für eine arabische Gewalttat gegen Juden eine Bombe auf einen arabischen Bus geworfen hatte. Es war auf dem Höhepunkt der Unruhen, die von Palästinensern „der arabische Aufstand“, von Juden „die Ausschreitungen“ genannt werden....

... Drei glorreiche Jahre lang gehörte ich zum Untergrund. Ich lebte für die Irgun. Alles andere - Familie, Arbeit, Mädchen - war unwichtig. Ich lernte, mit Pistolen zu schießen, Kurierdienst zu laufen, Flugblätter zu verteilen - manchmal mit der Ankündigung von Irgun-Aktionen gegen Araber wie etwa einer im Gedränge eines Arabermarktes versteckten Bombe. Bei illegalen Demonstrationen geriet ich mit britischen Polizisten aneinander, ich steckte Regierungsbüros in Brand (dieselben, die ich als Anwaltsgehilfe dienstlich aufgesucht hatte). Meine Wohnung diente meiner Einheit als Arsenal, ein Verbrechen, auf das damals die Todesstrafe stand. Ich schleppte Schußwaffen zum Exerzieren. Die Gefahr war berauschend. Nach britischen Maßstäben war ich Terrorist, nach unserer Definition Freiheitskämpfer. Diese Lektion habe ich seither nie vergessen: Jeder Terrorist ist in den eigenen Augen ein Freiheitskämpfer, ein Freiheitskämpfer ist in den Augen seines Feindes stets ein Terrorist.

Ich verließ die Irgun im Jahre 1941, ein Jahr bevor Menachem Begin nach Palästina kam, der schließlich die Führung der Organisation übernahm. Inzwischen war ich siebzehn, und es war mir zunehmend unmöglich geworden, die rechte, reaktionäre und araberfeindliche Haltung der Irgun zu unterstützen.

Die Jahre in der Irgun sind für mich in mancher Hinsicht wichtig gewesen. Heute helfen sie mir verstehen, was in den Köpfen junger Palästinenser vorgeht, die sich den Fedajin-Organisationen anschließen. Immer wenn ich mich frage, wie wohl junge Palästinenser in den von uns besetzten Gebieten in einer bestimmten Situation reagieren werden, versuche ich mir vorzustellen, wie ich selbst mit sechzehn Jahren war. Wie hätte ich empfunden? Was hätte ich getan?

Fünf Jahre später, 1946, gründete ich eine neue Gruppe. Wir nannten sie ‚Junges Palästina‘ (Hebräisch *Eretz Israel Halzeira*), aber sie hieß allgemein ‚die Kampfgruppe‘, das war nämlich der Name des Blattes, das wir herausgaben. Wir verkündeten ein neues Glaubensbekenntnis, das zu seiner Zeit ziemlich revolutionär war: Daß wir Juden in Palästina eine neue hebräische

Nation bildeten, die mit dem jüdischen Volk verbunden, aber von ihm gesondert sei, daß wir zur Dritten Welt gehörten, daß unser eigener Nationalismus und die arabischen Nationalbewegungen sich zu einer gemeinsamen „semitischen“ Front zusammenschließen müßten, um den Kolonialismus zu bekämpfen und einen neuen, freien und fortschrittlichen Nahen Osten zu schaffen (den wir die Semitische Region nannten).

Der Kampf um Palästina war inzwischen immer erbitterter geworden. Juden, Araber und Briten brachten sich gegenseitig um. Die Tage des britischen Mandats in Palästina neigten sich ihrem Ende zu. Der Beschluß der Vereinten Nationen zur Teilung des Landes in einen jüdischen und einen arabischen Staat war das Signal für den Ausbruch eines ausgewachsenen Krieges zwischen den beiden Völkern Palästinas.

Einige Wochen vor Kriegsausbruch veröffentlichte ich eine Broschüre mit dem Titel „Krieg oder Frieden in der Semitischen Region“. Darin skizzierte ich den Plan einer semitischen Föderation im Nahen Osten und der Zusammenarbeit von Hebräern und Palästinensern in Palästina. Eine englischsprachige Kurzfassung dieser Broschüre schickten wir an arabische Zeitungen im ganzen Nahen Osten, und einige davon zitierten sie auch. ... (Seite 39 f.)

Diese Zeilen von Uri Avnery können ja nur einen Eindruck von dem vermitteln, wie er es beim Abfassen der Buches – Erstveröffentlichung 1986 – im Rückblick gesehen hat. Das Buch hat einen Umfang von 415 Seiten. Die Lage der Palästinenser ja nicht besser geworden und die Volk-ohne-Land-Politik der Israelis ebenfalls nicht.

Wenn ich die Nachrichten über und aus Israel richtig deute, so steht schon länger die Absicht dahinter, die Palästinenser an der Gründung eines eigenen Staates zu hindern und deren Siedlungsfläche nach und nach Israel einzuverleiben.

Die HAZ meldet am 4. März 2020 in einem Bericht von Sara Lemel:

Jerusalem. Als Regierungschef Benjamin Netanjahu in der Wahlnacht mit Ehefrau Sara strahlend vor seine Anhänger tritt, bricht begeisterter Jubel aus. Überraschend hat der 70-Jährige seinem Likud das bisher beste Wahlergebnis beschert, seit er an der Spitze der rechtskonservativen Partei steht. Und dies, obwohl schon in zwei Wochen ein Korruptionsprozess gegen ihn beginnen soll. Die Anklage in drei Fällen hat den Machtpolitiker bei Israels drittem Urnengang binnen eines Jahres nicht beschädigt – ganz im Gegenteil, er wirkt stärker denn je. Das Mitte-Bündnis Blau-Weiß des Ex-Militärchefs Benny Gantz, bis vor Kurzem noch ein großer Hoffnungsträger, kommt dagegen nur auf Platz zwei nach Netanjahus Likud.

Netanjahus Anhänger feiern Israels am längsten amtierenden Ministerpräsidenten bei der Siegesfeier in der Nacht zu Dienstag euphorisch. Viele schwenken blau-weiße Nationalflaggen. Seine Frau Sara formt mit ihren Fingern ein Herz. Was ist das Geheimnis von Netanjahus Erfolg? Der britisch-israelische Journalist Anshel Pfeffer sagt: „Es ist ihm über Jahre immer wieder gelungen, die Wut großer Teile der israelischen Bevölkerung auf

die ‚alten Eliten‘ für seine eigenen politischen Ziele zu nutzen.“ ...

Ich ergänze diesen Ausschnitt der Meldung vom 4. März 2020 mit einem Ausschnitt aus einem Interview der HAZ 9. 11. 2002 mit dem ehemaligen israelischen Botschafter Avi Primor. Das Interview ist wie folgt überschrieben: „Scharon verfolgt eine geheime Strategie“.

Herr Primor, Sie werden in Deutschland weiterhin als eine Art Botschafter Ihres Landes verstanden. Was sagen Sie den vielen Deutschen, die sich Sorgen machen, weil jetzt eine Alleinregierung des rechten Likud-Blocks in Israel herrscht? Wird sich der Konflikt mit den Palästinensern noch verschärfen?

Die Politik der Großen Koalition wurde sowieso vom rechten Flügel bestimmt. Obwohl die Arbeitspartei sehr wichtige Posten in dieser Regierung hatte, vor allem das Verteidigungs- und das Außenministerium. Aber in Wirklichkeit hat Premier Ariel Scharon im Einklang mit den Rechtsextremisten seiner Regierung alles bestimmt. Und nach allen Umfragen gewinnt der Likud bei den nächsten Wahlen, ganz gleich, ob dann Scharon oder Benjamin Netanjahu an der Spitze ist. 70 bis 75 Prozent der Israelis unterstützen Scharon und seine Politik. Aber derselbe hohe Anteil erklärt sich - so paradox das ist - in Umfragen auch bereit, den Palästinensern Zugeständnisse zu machen, Siedlungen zu räumen, einen Palästinenserstaat anzuerkennen.

Linke Kritiker haben dem bisherigen Außenminister Schimon Peres vorgeworfen, nur Feigenblatt für Scharon gewesen zu sein.

Peres war ein Feigenblatt, aber nicht nur. Er war auch eine Bremse - die allerdings die Fahrt nicht stoppen konnte.

Die Fahrt in die Sackgasse?

Es gibt noch Schlimmeres als eine Sackgasse. Ich glaube, dass die rechte Regierung im Gegensatz zu dem, was man ihr immer vorgeworfen hat, schon eine ganz klare Strategie hat. Die meisten Israelis glauben das nicht, sie glauben, dass diese Regierung nur eines will: zurückschlagen und den Terror bekämpfen. Dass sie nur eine Taktik hat und keine Strategie. Aber man darf Scharon nicht unterschätzen. Ich glaube, dass die Likud-Regierung eine klare Strategie hat, die sie nur nicht zum Ausdruck bringen will, weil sie die dann sehr bequem in die Tat umsetzen kann, ohne öffentlich kontrolliert zu werden. Damit meine ich nicht die Bekämpfung des Terrors, das würde jede Regierung machen. Aber beim rechten Flügel kommt die Ideologie hinzu, dass uns die besetzten Gebiete gehören, als biblisches Kernland, als göttliche Verheißung, auf die wir gar nicht verzichten dürfen. Also wie kann man die Gebiete behalten? Natürlich ist das einfacher, wenn es Krieg gegen Terror gibt. Dann geht es offiziell nicht um Gebiete, sondern nur um Sicherheit.

Scharon legt also seine Strategie nicht offen, weil sie international nicht akzeptiert würde?

Wenn Scharon von internationalen Reaktionen spricht, meint er nur die Vereinigten Staaten. Und die unterstützen ihn fast bedingungslos. Es gibt bloß eine Einschränkung: Die palästinensische Autonomiebehörde soll nicht auf einen Schlag, sondern nur schrittweise zerstört werden. Palästinenserchef Jassit Arafat soll nicht beseitigt werden, sondern man will ihn allmählich der Macht berauben. Die Palästinenserbehörde existiert ja jetzt schon kaum noch. Ein Mann wie Donald Rumsfeld, der US-Verteidigungsminister, spricht von „so genannten besetzten Gebieten“, the so-called occupied territories. Was kann Scharon mehr verlangen?

Bestehen irgendwelche Aussichten, dass die israelische Regierung ihren Kurs ändert?

Die einzige politische Kraft, die eine israelische Regierung zur einer Wende bewegen kann, ist die israelische Bevölkerung. Sie hat das in der Vergangenheit mehrfach getan, zum Beispiel beim Friedensvertrag mit Ägypten. Warum? Weil die israelische Bevölkerung davon überzeugt war und deshalb die Regierung zu Zugeständnissen gedrängt hat. Das kann die israelische Bevölkerung, deren Friedensfähigkeit man nicht unterschätzen darf. Deshalb ist es sehr wichtig für Scharons Strategie, dass die israelische Bevölkerung weiter glaubt, dass Scharon keine Strategie hat. Dabei muss man statt seiner widersprüchlichen Worte nur seine klaren Taten sehen: Bei allen Armeeaktionen gibt es eine Konstante, die Belagerung der Palästinenserstädte. Alle sind permanent umzingelt, seit Scharon an der Macht ist. Wohin führt das? Dazu, dass in diesen Städten eine örtliche Autorität entsteht, weil die Menschen sie für das Überleben im Alltag brauchen. Und mit wem kann und muss sie kooperieren? Mit den Streitkräften, die sie belagern, sonst bekommen sie weder Wasser noch Nahrungsmittel noch Strom noch sonst etwas. Die zentrale Palästinenserbehörde ist für sie im Alltag tatsächlich irrelevant.

...

Wie wird in Ihrer Heimat die deutsche Debatte um die Israel-Kritik Jürgen Möllemanns empfunden?

Ich glaube, dass die Deutschen immer noch vorsichtig sind und sich nicht so ganz offen äußern. Sie fühlen sich befangen, wenn es um Israel oder um Juden geht. Dabei ist die Analyse der Nahostlage in Deutschland dieselbe wie überall in Europa. Als die ganze Welt Frankreich wegen des Algerienkriegs kritisierte, hat niemand antifranzösischen Rassismus beklagt. Als die Welt Amerika wegen des Vietnamkriegs anprangerte, hat keiner von anti-amerikanischem Rassismus gesprochen. Aber wenn man Israel kritisiert, heißt es sofort Antisemitismus. Diese Beobachtung habe ich in Israel in einem Zeitungsartikel veröffentlicht. Aber da predige ich in der Wüste. ...

Was Avi Primor da beschreibt, ist eine Politik Israels, die rechts-außen angesiedelt ist. War-

um wird in Deutschland einer rechts-außen Politik so scharf kritisiert, wenn sie offiziell von Deutschland in Israel gefördert wird? Eine Moral mit zweierlei Maß ist unglaublich. Ich habe mich mal im Netz nach einer Umfrage mit Aussagen von Deutschen zu Israel umgeschaut.

DIE WELT

Klare Mehrheit der Deutschen steht an Israels Seite

Veröffentlicht am 21.04.2012 | Lesedauer: 2 Minuten

Von Clemens Wergin

Kritik an Israel kein Tabu

Der Umfrage zufolge vertreten 75 Prozent der wahlberechtigten Bundesbürger die Ansicht, Israel und seine Politik könne in Deutschland prinzipiell genauso kritisiert werden wie andere Länder, diesbezüglich gäbe es keine Tabus.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article106211569/Klare-Mehrheit-der-Deutschen-steht-an-Israels-Seite.html>

Die Aussage kann man ohne Art und Inhalt der Befragung gar nicht werten. Die Befragten mit einer gegenteiligen Ansicht geantwortet hätten, dann mussten sie doch fürchten, als antisemitisch eingestuft zu werden.

Dann bin ich auf den nachfolgend benannten Artikel gestoßen. Ich bringe einen Ausschnitt:

Auswertiges Amt / Israel: Beziehungen zu Deutschland / 05.11.2019

- Artikel -

Deutschland steht in einem einzigartigen Verhältnis zu Israel. Dies ist begründet durch die Verantwortung Deutschlands für die Shoa, dem systematischen Völkermord an etwa sechs Mio. Juden Europas in der Zeit des Nationalsozialismus. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 12. Mai 1965 haben sich die deutsch-israelischen Beziehungen sowohl auf offizieller Ebene als auch im zivilgesellschaftlichen Bereich kontinuierlich intensiviert und vertieft. Mit der Einrichtung der deutsch-israelischen Regierungskonsultationen im Jahr 2008 wurde ein neues Kapitel der bilateralen Beziehungen aufgeschlagen. Im Oktober 2018 sind die Kabinette beider Länder bereits zum siebten Mal zusammengekommen.

Die einzigartigen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind ein Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Deutschland steht ein für das Existenzrecht des Staates Israel. Es fördert als aktiver Partner in der EU die Friedensbemühungen im Nahen Osten. In den Vereinten Nationen setzt sich Deutschland für einen fairen Umgang mit den Konfliktparteien im Nahen Osten ein.

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/israel-node/bilateral/203806>

Ich halte den Artikel des Auswärtigen Amtes für schwach und verlogen, weil er dem eigentlichen Problem ausweicht und mögliche vertragliche Verpflichtungen deutscherseits nicht benennt. Natürlich ist die Shoa für Deutschland ein geschichtliches Ereignis, was gegenüber den Israelis beachtet werden sollte. Die Shoa ist aber in unserem Verhältnis zu den Palästi-

nensern ebenfalls zu beachten, denn ohne sie wäre Israel in der heutigen Form mit großer Wahrscheinlichkeit nicht entstanden und die Palästinenser nicht in Bedrängnis und Elend gekommen.

Die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* vom 10. Dezember 1948 sind keine Rechtsnorm des Völkerrechtes, aber für Deutschland eine frei übernommene moralische Verpflichtung sein staatliches Streben und Gestalten an deren Inhalt auszurichten. Von der Logik der Allgemeinen Menschenrechte hergesehen, können wir nicht sagen, in unserer Beziehung zu Israel sollen sie gelten, aber in der Beziehung zu den Palästinensern nicht.

Wenn wir Deutschen uns in Bezug auf die Spannungen, im Nahen Osten verpflichtet fühlen, endlich zur Friedensschaffung tätig zu werden und die Spannungen nicht zu vergrößern, dann nur unter Berücksichtigung der gleichberechtigten Bedürfnisse von Israel und Palästina.

Die einseitige Politik für Israel so weiterzubetreiben, verbirgt in sich das Risiko, dass wir in einem Krieg verwickelt werden, den wir nicht wollen. Die Bundesregierung hat ohne ein eindeutiges Votum des Bundestages nicht das Recht, solche Verpflichtungen einzugehen. Und der Bundestag wäre mit so einer Entscheidung auch überfordert. In einem solchen Fall müsste durch einen Volksentscheid über ein Ja oder Nein abgestimmt werden. Wenn solche Verpflichtungen schon bestehen, sollten diese in aller Ausführlichkeit der Öffentlichkeit vorgestellt zu werden. Die Information des Auswärtigen Amtes müsste lauten: Deutschland steht ein für das Existenzrecht des Staates Israel und für das Recht des palästinensischen Volkes einen Staat zu gründen. Deutschland verpflichtet sich an keine der Konfliktparteien im Nahen Osten Waffen zu liefern.

Es gibt zu diesem Thema ja auch noch eine Grundsatzfrage, die zu klären ist. Wie weit und wie lange kann eine Gesellschaft und ihr Staat haftbar gemacht werden, für Taten und Schäden, die die Vorgänger-Generationen verursacht haben? Die in die Nazi-Zeit hinein und danach geborenen Deutschen kann man in Bezug auf die Juden und die Israelis nicht als Schuldige benennen, wohl aber als Schuldner der Palästinenser, denn sie haben die negativen Wirkungen der Israel-Politik Deutschlands auf die Palästinenser nach der Hitlerzeit zugelassen. Natürlich ist dieser ganze Politikkomplex schwierig und es ist nicht leicht, gerechte Lösungen zu finden. Aber die bisherige deutsche Nah-Ost-Politik ist mit Ursache, das sich das gesellschaftliche Klima bei uns so vergiftet und der Antisemitismus ausbreitet.

In diesem Zusammenhang hätte die deutsche Regierung gegenüber den Bürgern die Pflicht,

darüber aufzuklären, welche Rolle die USA in diesem Konflikt spielt und welche Ziele sie verfolgt. Denn es ist doch offensichtlich, was in Israel und Palästina geschieht, wird auch von den USA mitbestimmt. Avi Primor sagte in dem schon zitierten Interview vom 9. 11. 2002:

Die israelische Regierung hat nur einen bedingungslosen Freund in der Welt, und das ist Washington. Und wenn Washington einen Krieg führen will, wird die israelische Regierung den natürlich unterstützen. Sollte morgen Amerika Krieg gegen Uruguay führen, würden wir Washington natürlich unterstützen. Wir können gar nicht anders. Wir sind so von den Amerikanern abhängig, dass es gar nicht in Frage käme, die Amerikaner nicht zu unterstützen.

Die Frage ist doch, ob hier zwischen der USA und Israel eine gegenseitige Abhängigkeit besteht, durch die auch die USA in ihrer Israel-Politik gebunden ist und in Folge Deutschland, weil es seinerseits ein Freund von den USA und Israel sein möchte, in Bezug auf das Nah-Ost-Problem zum eigenständigen Handeln unfähig geworden ist.

Am 25. Januar 2020 brachte die HAZ folgenden Bericht von Stefan Järkel und Can Merey. „Deal des Jahrhunderts“ / Am Dienstag will US-Präsident Trump seinen Friedensplan für den Nahen Osten vorstellen. Das eingefügte Bild mit Donald Trump mit aufgesetzter Kippa und an die rechte Hand an der Klagemauer macht schon deutlich, dass er nicht als Friedensbringer nach Israel geflogen ist, sondern aus Förderer des Unheils, denn hätte sonst hätte er sich auch an einer den Palästinensern bedeutsamen Stätte mit einer religiösen Geste ablichten lassen. Es heißt im zweiten Teil des Artikels:

Frieden im Nahen Osten zu schaffen wäre ein historischer Erfolg für Trump. Er hat immer wieder deutlich gemacht, dass er sich für einen Kandidaten für den Friedensnobelpreis hält. „Ich würde diesen Deal sehr gern machen“, sagte er nach Angaben mitreisender Journalisten am Mittwoch an Bord der Air Force One. „Man sagt, das sei der schwierigste aller Deals.“ Der Berufsoptimist spricht von „einem großartigen Plan. Es ist ein Plan, der wirklich funktionieren würde.“

Ob der Plan in der Realität wirklich funktioniert, ist zweifelhaft. Trump ist kein neutraler Vermittler, sondern steht fest an der Seite Israels. Der Präsident macht deutlich, dass er von den Palästinensern keinen spontanen Beifall für den Plan erwartet. „Ich bin sicher, dass sie vielleicht zunächst negativ reagieren werden“, sagte er. Dabei sei der Plan „eigentlich sehr positiv für sie“.

Das sieht die Palästinenserführung total anders. Weil Trump bereits einige sehr proisraelische Entscheidungen traf, hat sie bereits im Vorfeld den Plan

abgelehnt. Rote Linien sieht sie beispielsweise überschritten, wenn Israel das Jordantal und die Siedlungen zugeschlagen bekommt. Auch Politikprofessor Naschat Aktasch von der Nadscha-Universität in Nablus sagt: „Der ‚Deal des Jahrhunderts‘ ist ein amerikanisch-israelischer Plan. Wenn die den umsetzen wollen, werden sie das sogar tun, ohne die Palästinensische Autonomiebehörde um ihre Meinung zu fragen.“

Man sieht auch an dem Bericht, was unsere Lehrmeister, die US-Amerikaner, in Sachen Demokratie von der Demokratie halten. Bei der Verwendung des Begriffs „US-Amerikaner“ fällt mir gleiche eine Passage von den 1. Bundespräsidenten unserer Republik aus einer Rede vom 7. 12. 1949 wieder ein, die ich schon weiter oben aus der Schrift „Die Juden und wir“ zitiert habe. Er hat vorher geschildert, dass unter den Freunden, die sein Leben begleitet haben von fünf zwei oder 3 Juden waren, aber nicht, weil sie Juden waren, sondern, „weil der Funke der menschlichen Liebe zwischen uns sprang.“ Dann heißt es:

Es hat auch Juden gegeben, denen ich in einem schlichten Bogen ausgewichen bin; aber nicht, weil sie Juden waren, sondern weil sie mir nicht lagen. Ich weiche auch heute noch manchen Leuten aus, die - sagen wir es in diesem Falle - „Arier“ sind.

Warum sage ich das? Ich sage es deshalb, weil wir, auch wenn wir vor einem allgemeinen Problem stehen, dies begreifen müssen: daß wir aus den globalen Wertungen des Menschen herauskommen müssen. Wir dürfen nicht immer sagen: Er ist ein Franzose - also; er ist ein Engländer - also; er ist ein Deutscher - also; er ist ein Jude - also. Nein so geht es nicht. Wir müssen im Verhältnis Mensch zu Mensch eine freie Bewertung des Menschentums zurückgewinnen.

Ich denke, wir können im Meinungs austausch nicht ganz auf verallgemeinernden Begriffe verzichten, weil sie so etwas wie Zeichen einer Kurzschrift sind, die ganze Redewendungen zusammen fassen können. Wir müssen uns aber immer bewusst sein, dass sich jede Verallgemeinerung in differenzierte Betrachtungen auflösen lässt und diese Auflösung auch erforderlich ist, wenn Zusammenhänge erkannt werden sollen. Es gehört aber auch von einer Gesellschaft, die von einer Regierung repräsentiert wird, dazu, dass sie sich deutlich differenziert und vernehmbar äußert, damit von außen betrachtet nicht der Eindruck entsteht, dass die Inhalte der Regierung und die der Gesellschaft nicht aus dem gleichen Soßentopf stammen.

Irgend ein kluger Mann (oder war es eine Frau?) hat gesagt, es sei erstaunlich, welchen Unsinn der Mensch denken könne, wenn er nur für sich alleine denken würde. Um die Gefahr, Unsinn zu denken, zu vermeiden zitiere ich gerne und stöbere gerne in alten und aktuellen

Quellen. Mein Ziel dabei ist aber, die Zitate so zu wählen, dass die Intention des jeweiligen aus dem Schriftstück sprechenden Autors nicht verfälscht wird. Auch beim Thema Israel / Palästina habe ich nachgeschaut und zitiere nachfolgend aus einem ...

Ein Gastbeitrag von des [Rappers Kaveh](#), ...
In Die Freiheitsliebe / Dein Portal für kritischen Journalismus
April 2015 – 09:55

Nicht nur Liberale und Konservative, sondern auch ein nicht unerheblicher Teil der deutschen Linken wie Gregor Gysi, Jutta Ditfurth & Co. verschließen ihre Augen vor der deutschen Teil-Verantwortung gegenüber dem schleichenden israelischen Völkermord an den Palästinensern, während sie gleichzeitig die deutsche Verantwortung gegenüber dem israelischen Staat betonen. Darauf hat in den letzten Jahren besonders der israelische Professor für Geschichte und Soziologie Moshe Zuckermann hingewiesen.

<https://diefreiheitsliebe.de/kultur/das-deutsch-israelische-verhaeltnis-die-zunehmende-einschraenkung-der-meinungsfreiheit-und-die-deutsche-verantwortung-gegenueber-palaestina/>

In dem schon zitierten Artikel „Die Wahrheit darf nicht sterben“ von Ulrich Krökel in der HAZ vom 28. 1. 2020 ist ein Zitat von Marian Turski, Überlebender des Konzentrationslagers Auschwitz in größerer Schrift herausgestellt worden. Es lautet:

Seid niemals gleichgültig. Seid niemals gleichgültig, wenn Minderheiten abgewertet werden.

Ich denke, Marian Turski würde aufgrund seiner Erfahrungen auf der Nachfrage, ob seine Aussage nur in Bezug auf die Juden gelte, bestimmt antworten: „Nein! Sie gilt generell!“ Sie also auch in Bezug auf die Palästinenser gültig.

Themenfelder, die unnötig vermint sind

Wer die Themenfelder – wie ich hier – bearbeitet, muss immer damit rechnen, dass er als Antisemit oder in Bezug auf die Ökonomie oder die übrige Gesellschaftsgestaltung als Fantast oder Utopist abgestempelt wird. Die Folge ist, dass diejenigen, die sich gegen den großen Meinungsstrom stemmen, nach Zeugen suchen, die sich schon vorher abweichend Mainstream durchgesetzt haben. Das ist aber nicht nur eine Verteidigungsstrategie für den Schreiber, sondern baut auch den Lesern eine Brücke, damit sie leichter die Grenzen ihres bisherigen Denkens überschreiten können.

Der Nationalsozialismus und die Art der Bewältigung seiner Folgen haben uns zu einer retar-

dierten ⁵⁶ Gesellschaft in Bezug auf **a)** unsere politische Kommunikation und **b)** auf die Beschreibung von gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten gemacht.

Zu a): Die Behauptung, dass das völkische Denken Hitler an die Macht gebracht hat und die Vorstellung, dass mit Verbot, nationalsozialistische Symbole zu zeigen, eine Wiederholung nationalsozialistischer Bestrebungen verhindert werden könnte, hat der politischen Kommunikation unnötig ein Merkmal des freien Wortes genommen und den Artikel 5 GG über die Meinungsfreiheit eingeschränkt. Durch Denk- und Symbolverbote lässt sich eine unerwünschte politische Entwicklung nicht aufhalten. Sie befördert eher das, was man unterdrücken will. Wenn die Bedrückung in einer Gesellschaft so groß wird, dass diese anfängt sich zu organisieren, dann stellen sich auch neue Symbole ein, die als Erkennungs- und Werbezeichens der Protestbewegung dienen. Es entstehen neue Erzählungen, die die Funktion haben, ein gemeinsames Band des Verstehens und der Zugehörigkeit zu bilden. Gefährlicher als die Zeitgenossen, die die Demokratie und Freiheit der Person öffentlich bekämpfen, sind jene Bürger, die sich als Verteidiger der Demokratie und der Freiheit ausgeben, aber in Wirklichkeit die Demokratie an einer Entwicklung hindern und denen bei dem Gedanken, den Bürgern wirklichen Entscheidungsfreiheit zuzugestehen, der Angstschweiß auf die Stirn treten lässt. Hier ist das Reservoir für neue Formationen, die dann singen „die Reihen fest geschlossen“ - natürlich mit einem anderen Text.

Zu b): Das Selbstbild der Mitglieder einer Gesellschaft, das sich mehrheitlich bildet und die Herrschaftsform, die sich in diesem Staat etabliert hat (oder ihr aufgedrückt wurde), bestehen große Differenzen. In der Zeit des Startes der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg bestand eine allgemeine Unsicherheit darüber, wie denn die neue Form des damaligen Restdeutschlands gestaltet werden sollte. Für viele Bereiche hat man Formen zurückgegriffen, die aus der Vor-Hitler-Zeit bekannt waren. In Bezug auf die Wirtschaft bestand sowohl die Sorge vor einem Kapitalismus vergangener Zeiten wie auch vor einem Sozialismus, der irgendwie an dem „Kommunismus“ in der Sowjetunion angelehnt war. Und man wollte auch nicht zurück, zu der Wirtschaftsform, wie er in der NS-Zeit betrieben wurde.

Ich habe in einem Beitrag zur Gründungsgeschichte der CDU nachgeschaut. In dem Kapitel „Gründungsphase der CDU (1945-1949)“ ist zu lesen:

⁵⁶ retadiert = in der körperlichen oder geistigen Entwicklung zurückgeblieben

Treffend hat einer der Kölner CDU-Gründer ([Leo Schwering](#)) vom „Katakombengeist“ gesprochen, der die Anfänge der Partei geprägt habe. Man war sich einig im Willen, die für Kapitalismus wie Marxismus gleichermaßen verantwortlich gemachte materialistische Weltanschauung sowie totalitäre und kollektivistische Tendenzen zu bekämpfen. Der zu schaffende neue Staat sollte den Gesetzen von Recht und Sittlichkeit unterworfen sein, die Grundsätze der christlichen Ethik sollten erneuert, und die Würde der einzelnen Person und die Freiheit des Einzelnen sollten gegen übertriebene Machtbefugnisse des Staates wiederhergestellt werden.

<https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/gruendungsphase-der-cdu-1945-1949->

Es hat sicher während des Zweiten Weltkrieges in allen religiösen, weltanschaulichen und politischen Zusammenhängen Einzelpersonen und Gruppen gegeben, die über die Zeit nach dem Krieg, der für Deutschland nicht gut ausgehen konnte, nachgedacht haben. Es gibt sicher mehr, als allgemein bekannt ist und ich habe auch keinen Überblick.

Ich weiß aber das in Bezug auf die Marktwirtschaft die Freiwirte und die Ordoliberalen gute Vorarbeit geleistet haben. In den Tagungen des Freiwirtschaftsbundes von November 1951 mit dem Thema „*Magna Charta der Sozialen Marktwirtschaft*“ und November 1952 mit dem Thema „*Das Programm der Freiheit*“ kam es zu einer Zusammenarbeit zwischen Ordoliberalen und Freiwirten. Diese beiden Tagungen des Freiwirtschaftsbundes wurden die Startrampe für die die *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft*. Zwischen den Ordoliberalen und Freiwirten gab es in weiten Teilen eine Übereinstimmung zum Thema Marktwirtschaft aber nicht in den Teilen, die nach Einsicht der beteiligten Freiwirte die Schlusssteine für das tragenden Gewölbe bildeten. Dabei muss es nach meinem Eindruck zwischen Otto Lautenbach, als Initiator auf der freiwirtschaftlichen Seite und Ludwig Erhard als Beobachter des Projektes die größte Übereinstimmung gegeben haben. Dass das Modell *Soziale Marktwirtschaft* unfertig zur Anwendung übernommen und der Kapitalismus von Beginn an als der Beherrscher der Marktwirtschaft erhalten blieb, war ganz im Sinne derer, die sich keine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus vorstellen konnten oder wollten. Und mit dem Begriff Soziale Marktwirtschaft konnte man die CDU-Wähler täuschen, die keinen Kapitalismus haben wollten. In den ersten Jahren hat die Masse der Bürger diesen Betrug gar nicht gemerkt, weil sich die Symptome des Kapitalismus in Frühstadium noch nicht bemerkbar machten.

Die Darstellung auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung unter Stichwort **Soziale Marktwirtschaft** ist nach meinen Einsichten in der nachfolgenden Form nicht korrekt (Ausgenommen davon der Hinweis auf den Wohlfahrtsstaat):

Die soziale Marktwirtschaft hat sich seit ihrer Einführung nach 1948 in der Bundesrepublik Deutschland bewährt und zu einer bis dahin nicht gekannten Steigerung des Wohlstandes bei breiten Bevölkerungsschichten und zu einem hohen Maß an sozialer Sicherheit geführt. Allerdings waren Art und Umfang der staatlichen Eingriffe z. B. mit dem Hinweis auf den [Wohlfahrtsstaat \(siehe dort\)](#) politisch immer wieder umstritten.

<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20642/soziale-marktwirtschaft>

Jedenfalls wurde oder konnte einerseits der hinter dem Begriff *Soziale Marktwirtschaft* versteckte *Kapitalismus* nicht offen diskutiert werden und es bestand die Angst im kalten Krieg, dass der Sozialismus auf der anderen Seite des Zaunes, der zwischen den beiden Republiken vom Osten her gebaut wurde, ein gefährliches Maß an alten und neuen Anhängern des Kommunismus bringen und die Mehrheiten der bürgerlichen Parteien gefährden könnte. Damit die Wähler gar nicht in ihrem Schlaf gestört würden, gab man dann die Parole aus: „Keine Experimente!“ Die Folge ist, dass sich zum Thema Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sehr viel gesellschaftlich Mief angesammelt hat. Die Chance im Einigungsprozess die Fenster alle aufzureißen, damit der reduzierte Bau Deutschland durchgelüftet wird, wurde von westdeutscher Seite verhindert.

Das Thema Soziale Marktwirtschaft habe ich schon mehrmals aufgegriffen zuletzt in folgend benannten Texten:

162.1  [Die Soziale Marktwirtschaft in heutiger Form ist ein Verrat der nicht ausformulierten Ursprungsidee / Teil I](#)

162.2  [Die Soziale Marktwirtschaft in heutiger Form ist ein Verrat der nicht ausformulierten Ursprungsidee / Teil II \(Quellenstudium\)](#)

Wenn man auf die Spurensuche nach den Gründungsimpulsen der CDU geht, stößt man auch eine Strömung die einen christlichen Sozialismus wollten, aber schnell in ihrem Bestreben abgewürgt wurden. Zu den geistigen Vätern dieses Gründungsimpulses gehörte auch aus der politischen Gemeinde in der ich geboren wurde und meine Jugend verbrachte:

Laurentius Siemer wurde am 8. März 1888 in Elisabethfehn als sechstes von zehn Kindern des aus Spreda bei Langförden stammenden Kanalaufsehers [Franz Joseph Siemer](#) und seiner aus Repke bei Emstek stammenden Ehefrau [Maria Josephine Franziska](#) geb. Diekhaus geboren und zwei Tage später in der Pfarrkirche zu Strücklingen auf den Namen [Joseph Franz](#)

Bernhard getauft. Sein Geburtshaus ist das frühere Kanalwärterhaus, in dem sich heute das Moor- und Fehnmuseum befindet.

https://www.nwzonline.de/die-kindheit-am-kanal-verbracht_a_5,1,637201412.html

https://de.wikipedia.org/wiki/Laurentius_Siemer

Ich habe von Pater Siemer zwar seinen Brief zum Thema „Die Schuld der Deutschen“ aus dem Jahr 1948 übernommen ⁵⁷, mir war aber nicht bewusst, dass sein Name auch für den Inhalt des „christlichen Sozialismus“ stand. Es wäre doch interessant durch Vergleiche von Inhalten zu erfahren, ob Siemer sich mit dem freiwirtschaftlichen Verständnis von „Sozialer Marktwirtschaft“ hätte anfreunden können. ⁵⁸ Auch wäre es interessant etwas von der Einstellung von Siemer zu dem Wirken von Oswald von Nell-Breuning („*Den Kapitalismus umbiegen*“) zu erfahren und ob er von der Existenz des Moraltheologen und Wirtschaftsethiker Johannes Kleinhappl, der von seiner Kirche kaltgestellt wurde, Kenntnis hatte. Der Nachlass von Kleinhappl wurde von Ernst van Loen in fünf Bänden herausgegeben. Ich nenne hier zwei Titel: „*Kirchliche Kapitalismuskritik*“ und „*Soziales Christentum*“.

Beim Begriff Sozialismus wird heute meistens an eine Kommandowirtschaft oder Zentralverwaltungswirtschaft gedacht, das ist aber eine Zurechnung der Marxisten und nicht einmal eine von Karl Marx. Unter Sozialismus verstand man ursprünglich nur, dass der Arbeitsertrag voll der Arbeit zukommen soll und nicht geschmälert wird durch eine durch das System erzwungene Abgabe (in Form der Rendite) an das Kapital. Wobei die Unternehmertätigkeit auch zur Arbeit gehört.

57 <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.12%20OB%20Lt.%20Doku%2012.pdf>

58 Hier ist eine persönliche Anmerkung angebracht. Elisabethfehn ist eine Fehnsiedlung und gehört zur Gemeinde Barbel. Barbel ein Ausläufer des oldenburger Münsterlandes an der Grenze zum Ammerland und Ostfriesland, war nach dem Kriege, ein fast reines katholisches Dorf. Ich wurde in eine der wenigen evangelischen Familien hineingeboren. Nach dem Kriege wurde mir von Spielkameraden deutlich gemacht, dass wir Evangelischen gar nichts in Barbel zu suchen hätten. Zum Konfirmanden-Unterricht mussten wir zur Kirche in Elisabethfehn. In E-fehn – wie der Ort umgangssprachlich dort heißt, waren wir aber die Barbeler und wurden auch nicht als die Dazugehörigen akzeptiert. Das führte zu einem Krieg der Knöpfe. Die Pastorei mit Konfirmanden-Saal war aber das Nachbaranwesen zum Haus der Eltern von Pater Siemer. Meine vier Schulkameraden hatten in der Auseinandersetzung kapituliert. Ich wollte aber nicht einfach nachgeben. Da die Übermacht der Gegner nicht bereit war, gegen mich einzeln anzutreten, blieb mir als Verteidigung nur die Flucht. An einem entscheidenden Tag, als mir drei katholische Schulkameraden - mordsmäßig aufgerüstet - beistehen wollten, waren diese noch weit entfernt vom Konfirmanden-Saal, so dass ich erst durch das Anwesen der Eltern von Pater Siemer (von dessen Existenz ich damals keine Kenntnis hatte) meiner „Schützenhilfe“ mit der feindlichen Korona auf den Fersen entgegenfliehen musste.. Als die dann sahen, dass ich nicht mehr alleine war, machten sie ein Vollbremsung. Seit dem Tag war Frieden.

Das Verhältnis der Konfessionen untereinander, hat sich gegenüber der zweiten Hälfte der vierziger und der fünfziger Jahre – so wie ich das aus der Ferne sehe – total geändert. Heute suchen sie das Gemeinsame.

Dieses Bestreben hatte auch Franz Oppenheimer⁵⁹, der mit seinen Gedanken Ludwig Erhard beeinflusste. Franz Oppenheimer nannte das Modell, das er anstrebte, liberaler Sozialismus. Nachfolgend gebe ich ein Zitat wieder, dass die Suche nach einer Wirtschaftsform ohne Zentralverwaltungswirtschaft und ohne Kapitalismus weiter geht.

Prof. Dr. Axel Honneth über den Unterschied

zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus

„Mit seiner Vorstellung, dass der Kapitalismus ein einheitliches Gesellschaftssystem bilde, in dem der Markt aufgrund der ihm innewohnenden Verwertungsimperative zur ständigen Expansion neige, hat Marx dem Sozialismus jede Möglichkeit genommen, jenseits einer zentralisierten Planökonomie über institutionelle Wege der Vergesellschaftung der Wirtschaft nachzudenken.

... Die wichtigste Aufgabe für eine Wiederbelebung der sozialistischen Tradition besteht daher darin, die von Marx vorgenommene Ineinssetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus wieder rückgängig zu machen, um dadurch Freiräume für den Entwurf alternativer Verwendungsweisen des Marktes zu gewinnen. ... Eine der vordringlichsten Aufgaben des Sozialismus besteht heute darin, den Begriff des Marktes von allen ihm nachträglich zugefügten Beimischungen kapitalismusspezifischer Eigenschaften erst wieder zu reinigen.“

Die Idee des Sozialismus – Versuch einer Aktualisierung, Berlin 2015, S. 93-94 und 107.

Entnommen aus: **Zeitschrift für Sozialökonomie 190-191/2016**

<https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-184-191.html>

Gegen die Übergriffe der Obrigkeit

Vielleicht aus solchen Überlegungen, vielleicht auch aufgrund der Frage, wie man den Palästinenser und den Israelis helfen könnte kam mir das Buch „**Weniger Staat** / Gegen die Übergriffe der Obrigkeit“ von Leopold Kohr, 1965, in den Sinn. Ich weiß nicht genau, warum mir der Impuls, nach dem Buch zugreifen, kam. Vermutlich habe ich Hilfe oder Anregungen bei ihm gesucht, in jedem Fall wollte ich eine Denkrichtung in Erinnerung bringen, die in der Zeit der grünen Bewegung und der Partei ihre Bedeutung gehabt hat. Auch wenn es eine Ewigkeit her ist, dass ich darin gelesen habe, brauchte ich nach dem Buch nicht zu suchen. Ich wusste, wo es steht. Ich habe nicht vor das Werk oder den Verfasser vorzustellen, dafür füge ich ein paar Links ein. Wenn man Kohr – und auch andere die im Zusammenhang mit ihm benannt werden müssen – liest, dann hilft es einem auch andere Denkfiguren, als die, die sich in dem eigenen Kopf festgesetzt haben, zuzulassen, und das kann uns helfen, den

⁵⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_Oppenheimer#Bekannte_Studenten_Oppenheimers

Irrgarten des politischen Aktivismus hinter uns zu lassen. Auf dem Klappentext des Buches „Weniger Staat“ ist zu lesen:

Mit einer verblüffenden Beweisführung zeigt Kohr, daß die »schlimmste Tyrannei, durch die die Welt in Verwirrung gebracht wird, nicht mehr die persönliche Tyrannei schlechter politischer Führer ist« - die so oder so beseitigt werden können—sondern »die Tyrannei, die durch die bloße Größe einer Menschenmasse entsteht, die, in sinnloser Weise zusammengedrängt und integriert, im Rahmen der modernen Großmächte leben muß«.

Dabei beschränkt sich Leopold Kohr keineswegs auf eine Analyse unserer Zeit und der Gefahren, die aus den großen Gesellschaftsstrukturen erwachsen. Er entwirft auch ein Konzept, wie wir dieser Gefahr Herr werden können. Dabei ist er sich durchaus bewußt, daß seine Thesen eher dazu angeht, die Menschen aus ihrer geistigen Gleichgültigkeit aufzuschrecken und nachdenklich zu stimmen, als den Trend der Zeit wirklich zu ändern.

In dem Kapitel „Erfahrungen mit einem Spazierstock“ macht Kohr die Gefahren, die die von der öffentlichen Meinung ausgehen deutlich. Hier ein Ausschnitt:

... Und das ist der Punkt, der dieser harmlosen Geschichte ihre Bedeutung verleiht. Wir leben hier in einem freien Land, dem einzigen, das das Glückstreben des einzelnen zu einem Verfassungsgrundsatz erhoben hat. Und doch scheinen selbst hier die Kanäle auszutrocknen, auf denen wir unser Glück auf eigene Weise suchen können. Es besteht kein Gesetz, das mir verbieten könnte, einen Spazierstock zu führen, und doch gibt es schon Menschen, die glauben, es gehöre Mut dazu, das zu tun.

Sie haben in gewisser Weise auch recht, weil es sehr wohl eine Einmischung in die Freiheit unserer Entscheidungen und die Auswahl unserer Beschäftigungen gibt, doch nicht von seiten des Staates oder der Regierung, sondern durch den am meisten hofierten Organismus unserer Zeit - die Gesellschaft, die Gemeinschaft, das Volk. Von der Regierung haben wir wenig zu befürchten, denn unsere Vorfahren haben sie klugerweise in einem feinmaschigen Netz von Beschränkungen eingefangen. Allein mit dem Volk haben sie nichts dergleichen getan, das sich dank unserer Gutgläubigkeit allmählich zu unserem Herrscher erhoben hat.

Das heißt, daß der Staatsbürger, der früher in jeder demokratischen Gesellschaft herrschte, immer mehr zum Diener einer neuen Gemeinschaftsform wird, deren Vertreter nicht mehr der Einzelmensch ist, sondern der Durchschnittsmensch - der niedrigste gemeinsame Nenner, von dem Ortega y Gasset so treffend sagte, er wäre für die Geschichte das, was für die Erdkunde der Meeresspiegel.

In seinem alles nivellierenden Interesse funktioniert die moderne Gesellschaft. Kaut er Kaugummi, so darf es ein jeder; wirft er seinen Spazierstock weg, dann darf niemand mehr einen Spazierstock tragen, der nicht für lahm,

kriminell oder verrückt gelten will.

Indem er die öffentliche Meinung auf den Altar seiner Selbstanbetung stellt, macht der Durchschnittsmensch die private Meinung zunichte. Indem er einen allgemeinen Geschmack propagiert, ächtet er den individuellen Geschmack. Indem er die Entscheidung des Volkes verherrlicht, vernichtet er die Bedeutung der persönlichen Entscheidung und schafft Ungeheuerlichkeiten wie die durchschnittliche Absolventin der Yale-Universität, über die ich neulich in einer der allenthalben beliebten statistischen Untersuchungen gelesen habe, daß sie im Laufe ihres Lebens 2,6 Kinder gebiert - eine Leistung, deren sich noch kein natürliches weibliches Wesen bis dahin rühmen konnte.

Wenn wir uns einen kümmerlichen Rest demokratischer Lebensgewohnheiten erhalten wollen, müssen wir der immer stärker werdenden Tyrannei widerstehen, die die Öffentlichkeit der modernen Massengesellschaft nicht nur ihren Organen (deren Dienste ihr zustehen) aufzuzwingen sucht, sondern die sie auch auf die Staatsbürger ausdehnen will, deren Herrscherstellung sie an sich zu reißen droht, indem sie behauptet, ihr Interesse, das Interesse der Gemeinschaft, besäße gegenüber dem des einzelnen den Vorrang. Das ist zwar ein verfechtbares Prinzip, es ist aber das Prinzip des Kollektivismus, nicht des Individualismus. Die Tatsache, daß wir uns im eigenen Lande immer mehr danach richten, macht es nicht angenehmer. (S. 56 f.)

Es ist eigentlich eine Unart Autoren nach der Zugehörigkeit zu Parteien, Religionen, Nationen, Generationen usw. in Schubladen zu stecken. Eigentlich sollte das geschriebene oder gesprochene Wort für sich bzw. dem Schreiber sprechen. Aber manchmal ist das Wissen um den Hintergrund des Schreibers eine Hilfe zum Verständnis seiner Botschaft. Ich hatte Leopold Kohr zu „meinen“ jüdischen Autoren gerechnet, war dann aber unsicher, ob das überhaupt stimmt. In Wikipedia fand ich folgenden Eintrag, der zu meiner Frage keine Auskunft gibt.

Leopold Kohr (*nom de plume*, 1940er Jahre: **Hans Kohr**, * 5. Oktober 1909[1] in Oberndorf bei Salzburg; † 26. Februar 1994 in Gloucester, England) war Nationalökonom, Jurist, Staatswissenschaftler und Philosoph. Inhaltlich propagierte er Dezentralisierung sozialer Organisationen und Gruppen auf eine Größe, in der Funktion noch möglich ist, aber gleichzeitig den Mitgliedern eine Überschaubarkeit erlaubt. Kohr war Anarchist und Vordenker der Umweltbewegung. Er erhielt 1983 den „Alternativen Nobelpreis“.

...

https://de.wikipedia.org/wiki/Leopold_Kohr

Dann fand ich unter dem Link http://oeko-treff.at/Leopold_Kohr.html den folgenden Hinweis:

- 1938 Flucht aus Österreich vor den Nazis (sein Vater war „halbjüdischer“ Abkunft aus dem Sudetenland) über Paris nach USA;

- Asylant in Kanada;

Wichtiger fand ich aber in dem nachfolgend benannten Beitrag den Hinweis auf eine Lösung des Konfliktes zwischen Israeliten und Palästinenser.

**„Small is powerful“ – Klein ist machtvoll !
Dezentralität und Kantonisierung als Lösungsansatz für Krisenregionen wie den Nahost-Konflikt**

Eine Betrachtung nach Gerald Lehnerns neuem Buch* über Leopold Kohr:
„Das menschliche Maß. Eine Utopie?“

Ein Modell für den Nahost-Konflikt?

„Wäre es nicht sinnvoll und überlegenswert, festgefahrene Krisenherde und Nationalismen wie jene der Palästinenser und Israelis durch Kantonisierung und regionale Selbstverwaltung zu entschärfen?“

Durch Förderung kleiner und ethnisch gemischter Einheiten Lebensräume zu schaffen, in denen die Ressourcen wie Trinkwasser und fruchtbarer Boden gerechter verteilt würden? Könnten die Ansätze Kohrs Lösungsmöglichkeiten für Krisenregionen bieten?“

Diese Fragen wirft der Leopold Kohr-Biograph und renommierte Investigativjournalist Gerald Lehner in seinem Buch: „Das menschliche Maß. Eine Utopie?“ auf. Darin beleuchtet er 20 Jahre nach Kohrs Tod die erstaunliche Aktualität der politischen und ökonomischen Konzepte dieses bahnbrechenden Vordenkers der Ökologiebewegung.

Statt der heute meist ausschließlich in Betracht gezogenen Zweistaatenlösung könnte ein gemeinsames Projekt von Israelis und Palästinensern die bisherige israelische („jüdische“) Zentralstaatsidee ablösen und die realpolitisch längst fällige Abkehr von Herzls Zionismus in die Wege leiten. Dazu führt Gerald Lehner weiter aus:

„Die anarchistisch friedliche Dezentralisierung des Landes ist eine erstaunlich logische Utopie: Israel als kleiner Staat mit vielen noch kleineren Kantonen. Ein Kohr'sches Modell mit optimierter Verwaltung, nach sozialer Gerechtigkeit strebender und regional gut funktionierender Wirtschaft – möglichst frei von ethnischen Barrieren. Ein Staat, in dem Juden und Palästinenser ihren Alltag im jeweiligen Kanton selbst in die Hand nehmen können. Wo eine ethnisch gemischte Bundesregierung das tut, wozu sie vom frei gewählten Parlament beauftragt ist: den Rechtsstaat zu garantieren, nach innen und außen zu verteidigen, den Frieden politisch und militärisch zu beschützen, Nachbarn zu achten und Gemeinsames zu ermöglichen.“

Es lohnt sich, Leopold Kohrs Theorie von der staatlichen Kleinheit und die Erzählungen aus seinem wissenschaftlichen und privaten Lebensweg anhand dieses beachtenswerten Buches kennenzulernen und in den gesellschaftspolitischen Diskurs einzubringen.

...

http://oeko-treff.at/Leopold_Kohr.html

Als in einen der gelesenen Beiträge von der ideellen und realen Verbindung von Kohr, Ernst Friedrich Schumacher und Ivan Illich gelesen habe, fiel mir der nachfolgende Beitrag wieder ein, der eine überarbeitete Fassung eines Vortrages, der im Rahmen der Mündener Gespräche gehalten wurde und von der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft organisiert wurde. Ich war damals Teilnehmer dieser Veranstaltung.

In den folgenden beiden Ausschnitten wird der Zusammenhang zwischen Leopold Kohr, Ernst Friedrich Schumacher und Ivan Illich⁶⁰ sichtbar, die alle in der Zeit der Entstehung der grünen Bewegung und der Gründung der grünen Partei eine Orientierungsgröße der bewegten Akteure waren. Mir scheint, mit dem Vergessen dieser und weiterer Vordenker haben die Grünen auch vergessen, warum sie eigentlich gegründet wurden, nämlich ein Geburtshelfer für die Gesellschaftliche Erneuerung zu sein.

Ernst Friedrich Schumacher:

Prophet einer Mittleren Technologie
Helmut Woll

Ernst Friedrich Schumacher (1911-1977) war ein britischer Ökonom deutscher Herkunft. Er studierte in Bonn und Berlin, London, Oxford und New York Volkswirtschaftslehre. Sein Vater war Professor für Politische Ökonomie. Seine Schwester war die Frau von Werner Heisenberg.

Der anfängliche Atheist und Sozialist wandte sich immer stärker religiösen Fragen zu. Schumacher schrieb in den 1970er Jahren mehrere Bestseller und wurde als Wachstumskritiker und Ökologe weltweit bekannt. Man kann ihn in seiner Bedeutung in einem Atemzug nennen mit Ivan Illich und Leopold Kohr. Sie wurden weltweit beachtet in ihrer Kritik am westlichen Industrialismus.

Sie wiesen frühzeitig auf die Umweltzerstörung, auf die Gefahren der Kernenergie, auf die Abhängigkeit der Dritten Welt von den Industriestaaten, auf eine radikale Umkehr zu einer regionalen Wirtschaft mit mittleren Technologien und ökologischer Landwirtschaft hin. Da alle beharrlich bis zu ihrem Lebensende an ihrer Kritik festhielten, waren sie unzähligen Attacken ausgesetzt.

...

Zum Ende hin, heist es dann:

Small is possible und Angepasste Technologien

Die Frage nach der optimalen Größe eines Landes oder einer Stadt wurde

⁶⁰ „Entschulung der Gesellschaft“ ist das Stichwort, wenn von seinem Denken und Wirken etwas erfahren will. https://de.wikipedia.org/wiki/Ivan_Illich

bis dato nicht gestellt. Erst Leopold Kohr, Ivan Illich und Ernst Friedrich Schumacher haben diese gemeinsam aufgeworfen. Ihr Slogan „small is beautiful“ ging um die Welt, auch als geistige Waffe gegen die gigantische Atomindustrie. Während Kohr (1957) stärker mathematisch argumentierte, beschreibt Schumacher eher die Situation in den westlichen Städten und in den rasch wachsenden Städten der Dritten Welt. Das Wachstum ist begleitet von Verarmung, Armut und Elend. Illich argumentierte ähnlich. (1957) Die materialistische Sichtweise impliziert, dass größere Einheiten besser sind als kleinere. Dem wird hier massiv widersprochen. In dieser Frage tritt Schumacher wieder für eine differenzierte Betrachtungsweise ein. Doch was ist sein Maßstab? Was wird wirklich gebraucht? Er bringt den Menschen selber in den Fokus. „Für jedes Tun gibt es eine bestimmte ihm angemessene Größe, und je aktiver und je mehr auf den Menschen bezogen es ist, je weniger Menschen daran teilnehmen können, desto größer ist die Zahl der herzustellenden Bezugsgliederungen.“ (Schumacher 1977/ S. 59-60)

Zeitschrift für Sozialökonomie 190-191/2016

<https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-184-191.html>

Hier noch Links zu Kohr:

Small is beautiful: Leopold Kohr & die Erben seines geistigen Nachlasses

https://www.meinbezirk.at/pinzgau/c-lokales/small-is-beautiful-leopold-kohr-und-die-erben-seines-geistigen-nachlasses_a1894275

Und: http://www.salzburg-rundgang.at/geboren_gelebt/leopold_kohr

0000000

„Nach uns die Zukunft / von der positiven Subversion“

Das ist ein Buchtitel von Hans A. Pestalozzi, den ich schon weiter oben in einer Fußnote erwähnt habe. Da das Buch noch im Sichtfeld lag, kam bei mir die Frage auf, wie und wann das Buch in meinen Bücherbestand gelangte. Ich wusste noch, dass ich einen Vortrag des Verfassers in der Region Hannover gehört habe. Aber wann und wo das war, fiel mir nicht ein. Aus diesem Grund habe ich mir das Taschenbuch genauer angesehen.

Ich fand einen Ausriss aus einem Programmheft mit dem Titel „Rückblick auf 30 Jahre Volkshochschule Wedemark e.V.“, Und in dem Jubiläumsprogramm 1983 findet sich auch folgende Ankündigung:

HANS A. PESTALOZZI

„Was stimmt mit unserem Wohlstand nicht?“

Mittwoch, 12. Okt., 20.00 Uhr Wennebostel, Gaststätte Bludau, 5,— DM/3,— DM

Hans A. Pestalozzi, ein ehemaliger Spitzenmanager, spricht zu Probleme-

men unserer Wohlstandsgesellschaft. Als Warner und Kritiker stellt er seine brillanten und verständlichen Thesen zur Diskussion. Seinem Verständnis und Wunsch entsprechend werden Rede und Gegenrede den Abend bestimmen.

Ich las dann auf der Rückseite des Buchumschlages folgende Empfehlungen:

In der Geschichte der demokratischen Bewegungen wird der »Fall Pestalozzi« als Ereignis eingehen. Hier hat einer endlich gegen die neue Knute aufgemuckt. Das wird nicht vergessen werden.

Robert Jungk

In diesem Fall spricht ein Rebell, eine Stimme, die aufhorchen läßt, durch ihre Unerschrockenheit verblüfft. Und es spricht nicht nur ein Rebell, ein protestierender, niederreißender, sondern gleichzeitig ein Pionier; ein auf-tauender Rebell also, dessen von Verantwortung getragene Analysen in packende Erkenntnis übergehen und dort in handfeste Orientierungshilfen.

Frederic Vester

Der Materialismus ist am Ende seiner Möglichkeiten - und das weltweit. Der neue Lebensstil wird von immateriellen Inhalten beherrscht. Auf dem Wege zu einer neuen Geistigkeit kommen wir auch zu einem neuen Verhältnis zur Natur und Umwelt, unserer Lebensgrundlage. Der neue Weg ist schon ein geistiges Erlebnis in sich, wozu uns dieses Buch verhilft.

Herbert Gruhl

Ich habe dann überlegt: Hans A. Pestalozzi, hatte einen bedeutenden Bekanntheitsgrad erreicht und wurde von drei weiteren damals bekannte Personen für sein Denken und Wollen so gelobt, dass die Leser erwarten konnten, sie hätten ein Buch von einem Heilsbringer erworben, wo sind dann die sichtbaren Spuren seines Wirkens zu besichtigen? Wenn man dann bedenkt, dass trotz guter Voraussetzungen sich herausstellt, „dass außer Spesen nichts gewesen ist“ und der Rebell nichts erreicht hat, was öffentlich sichtbar und nachweisbar ist, dann ist doch mein Bemühen mit Sach- und Literaturhinweisen eine Diskussion über unser gesellschaftliches Sein und die Chancen der Entwicklung Deutschlands und Europas anzuregen, geradezu lächerlich. In dem Wikipedia-Eintrag zu H.A. Pestalozzi steht am Ende: „*Pestalozzi wählte 75-jährig den Freitod.*“⁶¹ Wenn ich das für mich – 86-jährig - auch akzeptabel hielt, hätte das höchstens den Erfolg, dass ich die Pflegekasse nicht belasten kann, weil in einem solchen Fall kein Pflegefall werden kann. Ein solches Vorhaben würde keine Wirkung haben, als die Umsatzförderung eines Beerdigungsunternehmens, aber nicht der Branche, denn letztlich müssen wir alle sterben. Die Mahnung, dass wir Deutschen von heute ebenfalls scheitern könnten oder werden, wie jene Generationen, die in der Weimarer Republik agierten und die Republik aufgrund von Denkblockaden gegen die Wand führen, wird auch

61 https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_A._Pestalozzi

nicht verstanden werden, wenn ich sie ausspreche. Der Grund des erneuten Scheiterns ist aber nicht, weil es eine AfD gibt, sondern weil die breite politische Mitte von einer scheinbaren Hohlköpfigkeit befallen ist, obwohl diejenigen, die sich zu dieser Mitte zurechnen, annehmen, dass sie zur Sperrspitze des Fortschrittes gehören. Aber mit gegenseitigen Kränkungen kommen wir nicht weiter.

Ich will Hans A. Pestalozzi aber noch selbst zu Wort kommen lassen:

Aus dem Kapitel „**Verantwortung statt Pflicht**“⁶²

1. Pflichterfüllung entbindet von der Notwendigkeit des Denkens, da sich die Frage nach dem Sinn gar nicht stellt. Ich verweise auch hier wieder auf die Formulierung unseres Dienstreglementes: »Der Wehrmann erfüllt seine Pflicht immer ganz, selbst dann, wenn er den Sinn seines Auftrages nicht zu erkennen vermag.« Verantwortung hingegen erfordert einen ständigen Denkprozeß. Verantwortung übernehmen zu können, heißt also in erster Linie, *selbständig* urteilen und *selbständig* handeln zu können. Über die persönliche Handlungsfreiheit verfügen wir nur dann, wenn wir keinen fremdbestimmten Zwängen unterworfen sind. Und hier muß ich in erster Linie und immer wieder die sogenannten System- und Sachzwänge erwähnen, denen wir uns je länger je mehr ausliefern. Wenn wir eine Gemeinschaft verantwortungsbewußter Menschen sein wollen, geht es in erster Linie einmal darum, alles zu verhindern, was Sach- und Systemzwänge schafft, beziehungsweise alles zu unternehmen, um bestehende Sach- und Systemzwänge zu beseitigen.

2. Je wichtiger die Institution, desto mehr verschwindet die Verantwortung des einzelnen gegenüber dem Mitmenschen und der Umwelt. Dürfen wir so weit gehen und sagen: Damit wir Verantwortung übernehmen können, müssen wir die Institutionen überwinden?⁶³ Auch aus diesem Grunde ist für mich die ganze Bewegung der Selbsthilfeaktionen, Gemeinschaftsaktionen, Bürgerinitiativen derart wichtig, weil es sich hier um Bestrebungen und Aktivitäten einzelner Menschen handelt, die nicht normiert, reglementiert, institutionalisiert sind, sondern die spontan entstehen und in denen man sich laufend um Gemeinsamkeiten, Gegenseitigkeiten, Verantwortlichkeiten auseinandersetzen, streiten muß.

3. Damit man Verantwortung übernehmen kann, also Beziehungen haben kann, muß man irgendwo verwurzelt sein, einen Rahmen haben, irgendwo daheim sein, eine Heimat haben. Und allein schon unter diesem Aspekt ist die Aufforderung von Bundesrat Honegger *⁶⁴, der Arbeiter müsse lernen, mobil zu sein, um dem heimatlosen Geld immer dorthin nachzureisen, wo das Kapital gerade wieder einige Menschen braucht, verantwortungslos.

Dieser Spruch von Bundesrat Honegger (der sich ja selber geweigert hat, von Rüschi nach Bern umzuziehen, als er Bundesrat wurde) ist noch in anderer Beziehung von Bedeutung: Er zeigt, wie die sich an rein materiellen Werten orientierende Führungskraft auch vom Mitmenschen rein rationales Handeln verlangt und ihm jegliches Recht auf Emotionalität abspricht.

4. Erlaubt denn unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem überhaupt, Verantwortung übernehmen zu können? Unser Wirtschaftssystem, das ja auf unsere ganze Ge-

62 Was Pestalozzi hier als Pflicht bezeichnet wäre nach meinem Begriffsverständnis ein Zwang, der seine Grundlage in einem Gesetz, einer Anordnung oder auch einer Notlage hat. Pflicht ist für mich eine moralische Norm, die aus einer Verantwortung für etwas entsteht. Dieser Hinweis soll nur auf die Schwierigkeiten hinweisen, die wir mit unseren Begriffen haben und nicht Pestalozzi korrigieren.

63 Ich hatte Kontakt zu dem verstorbenen Dr. Erich Reigrotzki, der war in Marburg Professor für Staatswissenschaften. Ein wichtiges Thema war für ihn, die Überwindung des Institutionen-Absolutismus.

64 Damals: Gegenwärtiger schweizerischer Wirtschaftsminister.

sellschaft und besonders auch auf die Schule abfärbt, geht vom Prinzip des Eigennutzes aus⁶⁵. Das strikte Befolgen des Eigennutzes, das nötig ist, damit das Konkurrenzprinzip überhaupt funktionieren kann, verunmöglicht aber die Übernahme von Verantwortung. Verantwortung heißt nichts anderes als Rücksichtnahme.

Noch schlimmer ist die Quantifizierung unseres ganzen Lebens. Pflicht läßt sich als etwas Äußerliches noch messen und deren Verletzung sich mit x Franken Buße oder Schadenersatz oder mit x Jahren Freiheitsentzug kompensieren. Wie wollen Sie Verantwortung messen?

Ich erinnere mich an ein Gespräch im Militärdienst vor etwa zehn Jahren, als noch kaum jemand von der Wachstumsproblematik unserer Gesellschaft sprach. Ein mir zugeteilter Stabsoffizier erzählte von seiner beruflichen Arbeit und schilderte, wie er als Flugplatzplaner den Politikern verschiedene Ausbauvarianten zu unterbreiten habe. Auf meine Frage, ob er den Politikern auch die Variante »kein Ausbau« unterbreiten werde, schaute er mich völlig konsterniert an: »Genau das ist ja mein Problem. Aber wie soll ich denn Faktoren >kein Lärm<, >keine Abgase<, >kein zusätzlicher Verkehr< usw., also die Verantwortung gegenüber Mensch und Natur, in einen Auftrag einbauen, der von mir meßbare Ausbauvarianten verlangt?« Der Auftrag verunmöglichte dem Wissenschaftler, Verantwortung übernehmen zu können.

Wenn ein wesentlicher Bestandteil der Verantwortung darin besteht, die Interessen des Mitmenschen wahrnehmen zu können, dann stellt sich allerdings die schwierige Frage: Wie erkenne ich die wirklichen Interessen meines Mitmenschen? Wie falsch wir in dieser Beziehung laufen können, wurde mir vor einer Woche bewußt. Ich hatte die Freude, an einer 1.-Mai-Kundgebung die Ansprache halten zu dürfen. (Es war tatsächlich eine besondere Freude. Ich weiß allerdings nicht, ob Sie mich begreifen können, weshalb ein Saal voller Arbeiter wichtiger und dankbarer ist als ein Saal voller Akademiker.) Erfreulicherweise nahmen an diesem Anlaß auch viele Gastarbeiter teil. Wir glauben, uns diesen Mitmenschen gegenüber dann besonders verantwortungsbewußt zu verhalten, wenn wir ihnen die Möglichkeit bieten, sich in unserer Gesellschaft so rasch als möglich zu assimilieren. Um so eindrücklicher war der Aufschrei eines Gastarbeiters an diesem Abend: »Wir wollen uns doch gar nicht assimilieren! Wir wollen doch unsere Eigenart behalten. Wir wollen lediglich, daß Ihr uns in unserer Eigenart akzeptiert und daß Ihr uns wenigstens die elementarsten Rechte gebt, in der Gemeinschaft mit Euch zusammen mitbestimmen zu dürfen.« Und in der Tat: Was wäre denn mit der Schweiz geschehen, wenn das Ziel der Mehrheit immer darin bestanden hätte, so rasch als möglich die Minderheiten zu assimilieren? Es geht um Akzeptation, nicht Assimilation.

Dies lediglich als ein Beispiel, wie gutgemeinte Verantwortung völlig falsch laufen kann, wenn wir glauben, von unserer Warte aus ohne gegenseitige Kommunikation die Interessen des andern zu erkennen.

5. Wer Verantwortung übernehmen will, muß die innere und äußere Freiheit und die Fähigkeit zur Kreativität haben, um sich Genormtem entziehen zu können. Suchen Sie die Fähigkeit zur Kreativität nicht am falschen Ort! Ein Kind ist in der Regel - wenn es nicht schon frühzeitig diszipliniert worden ist - fähiger zur Kreativität als die sogenannten Führungskräfte unserer Wirtschaft und damit Gesellschaft, die ja gerade deshalb Führungskräfte geworden sind, weil sie sich in ihren Denkweisen

65 Hier hat Pestalozzi nicht genau nachgedacht. a) Den Eigennutz muss man vom Egoismus unterscheiden. Auch ist der Eigennutz eine zuverlässige Steuerungsgröße. Wenn der Eigennutz allgemein gegen den Gemeinnutz ausgetauscht werden soll, dann bleibt gerade das aus, was Pestalozzi anstrebt, die Verantwortung. Pestalozzi hätte fragen müssen, was verformt den Eigennutz. Dann wäre er bei den Systemzwängen gelandet, die von dem Rentabilitätsanspruch des Kapitals ausgehen. Auch beim Thema Wettbewerb, der heute vielfach nicht mehr als Grundlage der Freiheit gesehen wird, sondern als ein Krieg jeder gegen jeden kann ich Pestalozzi nicht folgen. Vielmehr müssen die Gründe der Verzerrung des Wettbewerbs gesucht und behoben werden. Der Wettbewerb ist auch ein freiheitliches Verteilungssystem von Chancen aller Art. Wenn wir ihn ausschließen wollen, müssen wir ein Zuteilungssystem wählen, bei dem, dem etwas zuteilt wird, wiederum keine Verantwortung hat, die bleibt nämlich beim Zuteiler. Ohne Rücksichtnahme kann in einem marktwirtschaftlichen Wettbewerb auf Dauer niemand bestehen. Noch ein Grund mehr den Kapitalismus an den Kragen zu gehen.

und ihrem Verhalten in geformten, von einer stabilen Gesellschaft vorgegebenen Bahnen bewegt haben. Es ist eine böse Formulierung, aber sie trifft in der Regel zu: Sie werden im Großunternehmen oder in der Großorganisation Führungskraft, weil sie nicht kreativ sind, sonst wären sie längst auf Widerspruch und Widerstand gestoßen. Verantwortung tragen, heißt, sich unbequem machen. Wenn Sie sich bewußt sind, daß eine der Voraussetzungen, um Verantwortung wahrnehmen zu können, die Fähigkeit zur Kreativität ist, dann sehen Sie auch, wie verantwortungslos der heutige Zwang zur Größe, zur Zentralisierung, zur Konzentration ist. Dieser Zwang führt nur dazu, daß die Zusammenhänge, die Abläufe, die Abhängigkeiten immer undurchsichtiger werden - und Verantwortung setzt doch Transparenz, Information, Wissen voraus. Noch schlimmer ist, daß große Gebilde organisiert, verwaltet, reglementiert werden müssen. Je mehr reglementiert wird, desto weniger ist es möglich, Verantwortung zu übernehmen. Reglemente machen verantwortungslos. (Seite 142 f.)

Zu guter Letzt

Am 9. März 2020 hat die HAZ ein Interview mit dem Verfassungsschutzchef Bernhard Witthaut gebracht. Der Titel: „Wird die Gefahr von rechts unterschätzt. Herr Witthaut?“ Ich beschränke mich auf seine erste Antwort, um dann eignen Überlegungen zu folgen. Sie lautet:

Nein. Wir haben in Niedersachsen auf allen Ebenen, also Polizei und Verfassungsschutz, eine Menge zum Kampf gegen den Rechtsextremismus eingesetzt. Wir haben in Niedersachsen auch 50 neue Stellen erhalten, was sicherlich ein Schritt nach vorne ist. Aber was sich stark verändert hat, sind die Strukturen in der rechtsextremistischen Szene. Ferner wird das Internet immer stärker zum treibenden Faktor.

Nach meiner Einschätzung können Geheim- und Nachrichtendienste weder eine Diktatur noch eine Demokratie auf Dauer schützen. Auch vermute ich bei Geheimdienstmitarbeitern Charaktereigenschaften, die es ihnen leicht macht, eine Demokratie gegen eine Diktatur auszutauschen.⁶⁶ Den Schutz können die Geheimdienste nicht wirklich leisten, weil die Prozesse, die in einer Gesellschaft laufen stärker und vielfältiger sind, als ihre Möglichkeiten diese alle zu beobachten, zu analysieren und in verständlicher Form an ihrem Dienstherrn weiterzuleiten. Im Falle des Verfassungsschutzes kommt noch die Schwierigkeit hinzu, dass sie auch ihren Dienstherrn im Hinblick auf Verfassungstreue überwachen müssten und dabei schnell Loyalitätskonflikte ausgesetzt wären. Auch die Unterscheidung zwischen extremen Zielen und Verhaltensmuster und solchen, die radikal einer Idee folgen, wird m. E. zu wenig berücksichtigt. Ebenfalls gibt es sicher Fälle, wo eine radikale Position nur deshalb als gefährlich eingestuft wird, weil sie einer lauen Haltung der Mittigen unbequem ist. Nicht einmal nach der Bereitschaft Gewalt einzusetzen oder diese zu verneinen, ist eine eindeutige

⁶⁶ Nicht überlesen: Ich behaupte nicht, sondern ich vermute hier aufgrund meiner Menschenkenntnisse – und die können für ein Urteil ungenügend sein.

Beurteilung immer eindeutig möglich, weil die Gewaltanwendung ihre Triebkraft aus Ohnmachtigkeitsgefühlen bezieht. Die politische Gewalt kann am besten dadurch eingeschränkt werden, dass effektive, gewaltlose Methoden des Protestes oder der Durchsetzung entwickelt und angeboten werden. Und zu bedenken ist auch, dass die Einsetzung staatlicher Gewalt ihren Grund in den persönlichen Befindlichkeiten desjenigen haben kann, der sie eigentlich nur nach objektiv überprüfbaren Kriterien einsetzen darf.

Die Kriterien, nach dem der Verfassungsschutz die Bürgerschaft allgemein und Mitglieder bestimmter Gruppen und Organisationen nach Gefahrenquellen für die Demokratie abtastet, müssen ja sehr oberflächlich sein, sonst müsste ja jeder Beobachter dieses Dienstes ein multiples Studium hinter sich haben. Es ist doch auch nicht leicht zu erkennen, welche inhaltliche Extremposition auf linken oder rechten Seite des Spektrums morgen oder übermorgen ein Basisbestandteil der politischen Mitte ist.

Dann besteht auch noch die Schwierigkeit darin links und recht von der politischen Mitte richtig einzuschätzen, denn die Gruppen in beiden Politikfeldern, sind keine einheitliche Blöcke, sondern setzen sich genauso wie die politische Mitte aus Personen zusammen, die jeweils ein Sortiment an politischen Interessen und Zielen verfolgen. Auch vor und im „Dritten Reich“ war rechts nicht gleich Nationalsozialismus. Ich wurde daran erinnert als ich die Zitate aus „Meine Danziger Mission 1937 – 1939“ von Carl J. Burckhardt im vorliegenden Text einfügte und mir folgende Passage vor meine Augen kam. Sie ist aus dem Kapitel III Meine Ernennung auf den Danziger Posten:

Was mir in der Folge und während der ganzen Dauer eines unter schwersten Bedingungen gestellten Vermittlungsversuches die lehrreichsten Einblicke in die Wirklichkeit der osteuropäischen und speziell der Danziger Probleme verschaffte, waren die Beziehungen, die ich zu ostpreußischen Persönlichkeiten anknüpfen konnte, Beziehungen, die sich in einigen Fällen in vertrauensvolle Freundschaft umgewandelt haben.

Das Gebiet Ostpreußens war in wahrhaft leichtsinniger Weise vom Reichsgebiet abgetrennt worden, man hatte durch diese Abtrennung einen unhaltbaren Zustand geschaffen. Trotz dieses Umstandes ist in dieser deutschen Provinz kein überreizter Nationalismus ausgebrochen. Der nationalsozialistischen Revolution gegenüber verhielt man sich in weiten Kreisen kritisch. In Ostpreußen habe ich den deutschen »Widerstand« kennengelernt, vertreten durch ernste Menschen ungebrochen vaterländischer Gesinnung, ihr Verhalten blieb untadelhaft bis zu den letzten Konsequenzen, die sie mit dem größten Mut auf sich nahmen. Vielfach handelte es sich um Personen, die vom Staate nicht abhängig waren, die im Gegenteil ihre Formung durch eine lange Gewöhnung an *wirtschaftliche* Unabhängigkeit erhalten hatten. Ich war häufig Gast in einem Haus, in welchem noch in den späten dreißiger Jahren verfolgte Juden Aufnahme gefunden haben. Selbstverständlich handelte es sich bei den erwähnten frei und selbständig Urteilenden um eine quer durch alle Stände gehende Elite. Es gab auch Nationalsozi-

alisten ohne Zweifel, vielleicht waren sie die Mehrheit, unter diesen aber, wenn sie nicht landfremd aus dem Reich zugezogen waren, herrschte in Bezug auf Hitler und seine Scharen das konservativ-patriotische Mißverständnis und eine gewisse provinzielle Verwechslung zwischen erlittenem Unrecht, berechtigten Ansprüchen und, auf der andern Seite, den Vorwänden, den propagandistischen Mitteln und den maßlosen Vergeltungsforderungen des »Führers«. In Ost- wie in Westpreußen, in Pommerellen oder, wie die Deutschen und der Westen sagten, im polnischen Korridor, habe ich Deutsche gekannt, die bei ungebrochenem nationalem Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland doch mit allen Mitteln darnach strebten, zu Polen ein gerechtes und freundschaftliches Verhältnis zu gewinnen.

In Ostpreußen wie in Pommerellen und, soweit die damals jeden meiner Schritte kontrollierende Weltöffentlichkeit dies zuließ, in Polen, habe ich viel großzügige Gastfreundschaft erfahren, viele Hilfe und Aufklärung erhalten. Es ist mir nie möglich gewesen, an die von den Folgen ungeheuerlicher politischer Fehler am schwersten betroffenen Bewohner jener Gegenden anders als mit tiefem Anteil zu denken. Es handelte sich um Männer und Frauen, die bei tapferstem Widerstand wirkungslos geblieben sind innerhalb der übermächtigen Begebenheiten, an denen sie zugrunde gehen mußten. Die meisten von ihnen haben das, was bevorstand, zu ihrer doppelten Qual vorausgewußt¹.

¹ Hier möchte ich nur den Grafen Heinrich Keyserlingk in Neustadt erwähnen, der sich bis zu schwerer persönlicher Gefahr für einen Ausgleich mit Polen einsetzte und bei Kriegsende einen harten und ungerechten Tod erleiden mußte.

Von den Gruppen, die eine Abneigung gegen die NSDAP und besonders Hitler hatten und die gewöhnlich rechts und konservativ einsortiert werden, berichtet ja auch Gerhard Ziemer, in seinem Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ aus dem ich weiter oben Ausschnitte eingefügt habe. Die Geheimdienste, die damals in der Weimarer Republik sicher auch aktiv waren, konnten gegen den Zerfall der damaligen Republik nicht ausrichten, weil der Links- und Rechtsextremismus nicht die Ursache des Verfalls der Republik waren, sondern die Folge von falschen Vorstellungen von der ökonomischen Problemlage in der politischen Mitte. Und diese konnten die Geheimdienste gar nicht orten, weil sie von diesen falschen Vorstellungen selber besetzt waren.

Damit aus meinen Zeilen nicht eine besondere Vorliebe für rechte gedankliche Inhalte nach gesagt werden können, sei gesagt, ich hätte keine Hemmungen solche Haltungen, die im linken Gedankengut wurzeln, ebenso zu zitieren, wenn mir dazu welche eingefallen wären. Ich wiederhole mich vermutlich, viele Zeitgenossen – auch solche in hohen Ämtern – machen den Eindruck, dass sie immer noch nicht verstanden haben, dass die Idee der Demokratie nicht eine Herrschaftsform ist, in dem die Bürger einheitlich frisierte Gedanken haben, sondern eine Herrschaftsform, wo sich auch gegensätzliche Ansichten das Recht haben, sich zu zeigen und zu äußern. Zum Beispiel schließt das Ziel mit offenen Grenzen leben zu wollen, nicht automatisch aus, für geschlossene Grenzen zu werben. Wer die Linken, Rechten oder

Mittigen aus der Politik ausschließen will, will in Wahrheit die Demokratie ausschließen.

Der vorhergehende Absatz sollte eigentlich überflüssig sein, weil er Selbstverständliches enthält. Aber dass man sich bemüßigt fühlt sich immer wieder nach allen Seiten abzusichern, zeigt wie unreif oder vergiftet unsere politischen Diskussionen um Standortbestimmungen sind.

Ich wollte eigentlich von Carl Burckhardts Schilderungen von der ostpreußischen Abneigung gegen Hitler nur zu Freyja Scholing kommen, die ein Gründungsmitglied der GRÜNEN war und mir von dem Widerstand gegen Hitler aus konservative Kreisen in Ostpreußen – wo sie geboren wurde - erzählt hat. Da sie nicht mehr lebt, kam ich auf die Idee im Netz nach Spuren von ihr zu suchen. Der Eintrag in Wikipedia ist nicht ausführlich, aber immerhin ist dort zu lesen, dass sie aus Protest aus der grünen Partei ausgetreten ist, als diese den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zugestimmt hat. Dann ist noch zu lesen, dass sie drei Auszeichnungen erfahren hat:

1992 Eintragung in das Ehrenbuch des Landkreises Lüneburg

1996 Bundesverdienstkreuz

1996 Umweltpreis des Landes Niedersachsen

Der Satz „Scholing war 1984 eine Mitbegründerin der politischen Partei Die Grünen ...“ ist falsch. Die Gründung fand im Januar 1980 in Karlsruhe statt. Das Gründungsdatum, was dort eingetragen ist, bezieht sich vermutlich auf die Ökolibertären innerhalb der GRÜNEN:

Die Sparkassenstiftung Lüneburg lobt sogar einen Freyja-Scholing-Preis aus.

Es gibt auch ein Buch über Freyja Scholing:

Der Jugend eine lebenswerte Zukunft: Freya Scholing, Pazifistin, Menschenrechtlerin und Umweltschützerin (Deutsch) Taschenbuch – 12. Oktober 2012

von [Werner H. Preuß](#) (Autor)

Ich war dann erstaunt, als ich dem Wikipedia-Eintrag las, dass ein Text von mir den

Verfassern des Beitrages als Quelle gedient hat. Der folgende Text ist gemeint:

DIE GRÜNEN: Vom Hoffnungsträger zum Totengräber?

Ein Beitrag: - zum zwanzigjährigen Jubiläum der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen, - zur zehnjährigen Vereinigung von Bündnis 90 und DIE GRÜNEN - zum 140jährigen Jubiläum der SPD, - zur Agenda 2010 der rot-grünen Regie-

Ich war nun neugierig geworden, in welchem Zusammenhang Freyja von mir benannt worden ist.

In dem Text „... Vom Hoffnungsträger ...“ gehe ich auf die Hoffnungen und Erwartungen, die den Gründern den Mut zur Tat gaben, aber auch die Schwierigkeiten ein, die diese Parteigründung mit den unterschiedlichen Erwartungen und Zielsetzungen der Gründungsakteure hatte. Ich taste dann die Gruppen aus der Gründungszeit ab, die mit 2003 beim Schreiben eingefallen sind. Auf der Seite 12, unten beginnend, heißt dann:

Dann gab es ja auch noch die Ökolibertären. So aus dem Gedächtnis heraus fiel mir ihr zahlenmäßiger Umfang und ihr inhaltlicher Einfluß gar nicht mehr ein. Beim Suchen in meinen Unterlagen blieb mein Blick an dem Informationsblatt „Einigkeit und Grün und Freiheit – Ökolibertäre Grüne / Gründungserklärung“ vom 26. Februar 1984 hängen. Unter den UnterzeichnerInnen finde ich viele Namen, an die ich mich gerne erinnere: z. B. Wolf-Dieter Hasenclever, Freya Scholing und Anke Burmester (Zeitschrift für Politische Ökologie). Ich gebe ein paar Passagen wieder:

>> Wir begreifen uns als Strömung, die einer freiheitlichen ökologischen Politik zu theoretischen und praktischen Perspektiven verhelfen will. Wir werden innerhalb wie außerhalb der grünen Partei Initiativen ergreifen. ...

1. Was ist mit ökologischer Politik gemeint? Da heute alle traditionellen Parteien dabei sind, sich den ökologischen Impuls einzuverleiben, und da in der grünen Partei die Gefahr besteht, daß die Ökologie zu einem Thema unter vielen wird, scheinen hier einige Klärungen angebracht. Politische Ökologie ist nicht die Ergänzung überkommener Politiken, sie fügt nicht einfach einen neuen Baustein hinzu. Sie geht vielmehr von einer radikalen Kritik des entfesselten Industrialismus und seiner Geschichte aus. Anders als die Sozialisten sind wir nicht der Meinung, eine bessere Gesellschaft könne Nutznießer und Erbe der industriellen Geschichte sein und man müsse nur die politische Verfassung der Industriegesellschaft ändern. Wir sind ganz und gar nicht der Meinung, die Produktivkräfte müßten nur von der Fessel der Produktionsverhältnisse befreit werden, damit eine bessere Gesellschaft der Menschheit in den Schoß falle. Die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel halten wir für ein Problem zweiter Ordnung (das beweist im übrigen auch die gesellschaftliche Realität aller Länder, in denen die sozialistische Konzeption an der Macht ist). Die so-zialistische Lehre hat Teileinsichten zutage gefördert; zu Lösungen trägt sie heute nichts mehr bei - im Gegenteil: sie ist ein Teil des Problems geworden. ...
2. Ökologische Politik ist nur als freiheitliche möglich. Das klingt selbstverständlich, ist es aber nicht.
Es geht, wie dargestellt, um eine sehr grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Entwicklung. Abkehr, Umkehr, Wende - das sind indes alte Worte, und schon viele Weltverbesserer haben sie im Munde geführt. Ihnen allen gemeinsam war in der Regel die Überzeugung, das hohe Ziel rechtfertige die Mittel. Im Interesse, eine geeignete und möglichst große Klientel zu gewinnen, gaben sie sich zumeist

demokratisch. Doch sie waren das schiere Gegenteil davon: sie wähten sich - von Savonarola bis hin zu Lenin und seinen neudeutschen Adepten - im Besitze einer »objektiven« Wahrheit, die es nur noch unter die Leute zu bringen gelte. Die Politik, die aus solcher Überzeugung entspringt, ist natürlich sowenig dialogisch wie die von Krupp oder Standard Oil. Das Dumme bzw. Gefährliche ist nur: in Krupp und Standard Oil setzt niemand eine emanzipatorische Hoffnung, in die Weltverbesserer aber schon.

In diesem Sinne ist die vielbesungene Verbindung von Ökologie und Sozialismus in der Tat gefährlich. Denn in ihr täten sich zwei autoritäre Strömungen zusammen: der oben beschriebene biologische Ökologismus und der gute alte erziehungsdiktatorische Jakobinismus der Sozialisten. Der Weltverbesserer ist immer Schulmeister. Er ist im Besitz einer Weisheit, an dem der Rest der Welt - sozusagen die Menschen zweiter Wahl - noch nicht teilhat. Der Weltverbesserer ist der immer schon bessere Mensch, der daher den Dialog nicht nötig hat. Er arbeitet stets mit Schuldzuweisungen. Damit ist zweierlei erreicht: erstens sind Verantwortliche ausgemacht und zweitens hat man sich selber außerhalb des schlechten Zustands gestellt. Die Vorstellung von Gesellschaft, die dem zugrunde liegt, ist mechanisch, und man kann mit ihr nur eine autoritäre Politik in Gang setzen. Wir halten es daher für ganz falsch, wenn diejenigen, die ökologische Politik betreiben wollen, der Meinung sind, sie stünden außerhalb des zerstörerischen Zusammenhangs. Denn es stimmt nicht, und solche Meinung zeugt nur von elitärer Gesinnung. Jeder Einzelne trägt Verantwortung für die Gesellschaft wie sie ist - und eben nicht nur die Regierungen, die Konzerne und die uns nicht passenden Bevölkerungsschichten. Eine Politik, die den gegenwärtigen schlechten Zustand verändern will, kann daher nur eine dialogische sein. ...

3. Gibt es nicht schon einen Träger ökologischer Politik? Sind das nicht die Grünen? Wir glauben, soweit ist es noch nicht, und wollen das im Folgenden erläutern. Vereinfachend kann man sagen, in der grünen Partei haben sich zwei relevante Strömungen zu-sammengefunden: die alternative Szene im weiteren Sinn, die ohne die Revolte von 1968 nicht denkbar wäre, einerseits und die Bewegung des ökologischen Protests andererseits. Joviale Vertreter des sozialistischen Flügels innerhalb der Grünen räumen gerne ein, daß es sich hier um zwei unterschiedliche Strömungen handle - das Wundervolle sei nur, daß sie beide so harmonisch zusammengingen und sich gegenseitig befruchteten. Es käme dabei etwas Neues, Besseres heraus.

Doch kann von Harmonie und offener Auseinandersetzung im Ernst nicht die Rede sein. Tatsächlich hat sich in der Partei auf fast allen Ebenen die Kultur der alternativen Szene durchgesetzt. Das hat natürlich seine Gründe. Zum einen kommt es daher, daß in die grüne Partei die Konkursmassen etlicher kommunistischer Sekten eingeflossen sind; deren Mitglieder haben zwar nichts bewirkt, ihr Handwerk aber gelernt. Als Kader schwimmen sie in jeglicher Partei wie die Fische im Wasser. Es verwundert daher nicht, daß sie sich eine Resonanz verschaffen konnten, die weit über ihre tatsächliche Bedeutung hinausgeht. Doch kommt noch ein weiteres Element hinzu: die alternative Szene, die den Kader in der Regel ja gar nicht schätzt, ist seinem Treiben jedoch relativ wehrlos ausgesetzt. Es fehlt ihr weithin das Vermögen zu einer politischen Kritik des Kadern. Denn mit ihm teilt sie die Überzeugung, in der Szene seien die besseren Einsichten und die besseren Menschen versammelt. Es kann ihr daher nur recht sein, wenn sie in der grünen Partei überrepräsentiert ist. Der Kader kann also zumindest mit der passi-

ven Duldung der Szene rechnen. Und andererseits ist es auch erklärlich, daß diejenigen, denen die Politik nicht das Wichtigste ist und denen die missionarische Energie fehlt, deswegen einen schweren Stand in der grünen Partei haben.

So sind die Verhältnisse heute auf fast surreale Weise verkehrt: während die grüne Partei und ihre parlamentarische Existenz Folge eines Aufbruchs sind, dessen Zentrum nicht die Szene ausmacht, ist die Partei selber jedoch weithin in den Händen eben dieser Szene - in den Händen von sozialistischen Kadern mit anderen als grünen Zielen und von Sitzfleisch-Politikern, die das Parteileben mit dem Leben überhaupt und Politik mit Parteiarbeit und -karriere verwechseln. Von daher erklären sich viele der Abstrusitäten, die gegenwärtig die grüne Partei prägen und beschädigen. ...

4. ... Wir werden daher um Mehrheiten in der grünen Partei kämpfen. Wären die grünen Wähler demokratisch in den Gremien der Partei repräsentiert, dann wären wir die Minderheit schon längst nicht mehr, die wir heute - noch - sind. Wir beklagen uns nicht mehr. Wir haben uns zusammengeschlossen, weil wir der Überzeugung sind, daß der grüne Traum kein schlechter war und ist, daß er aus der Realität kommt und zu realer Politik drängt, und daß der Untergang der grünen Partei noch nicht besiegelt ist. ... <<

Ende der Auszüge aus der Erklärung der Ökolibertären. Weite mit dem Text von TA:

Die Schwierigkeiten, die wir Grünen miteinander hatten, kommen in diesen Auszügen ganz gutzum Ausdruck. Aber schon der vereinfachende Versuch, die grünen Strömungen in alternative Szene und ökologischer Protest zu sortieren, mußte ein Versuch bleiben, weil die Wirklichkeit vielfältiger war. Herbert Gruhl war nie nur ökologischer Protestler, auch nicht August Hausleiter mit seiner AUD (Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher). Ich selbst wüßte nicht, wo ich mich einsortieren sollte. Achtundsechziger? Ja! Aber Protestler im Protest. Alternativer? Ja. Aber nie einer, der das Ländliche und die Handarbeit überhöhte und der immer wußte, daß ein Kühlschrank gefüllt werden muß, wenn man sich an ihm bedienen will. Sozialist? Ja! Aber nach Proudhon, nicht nach Marx. Marktwirtschaftler? Ja! Aber weit von denen Weg, die täglich den Begriff für sich reklamieren. Und so wie mir ist es doch vielen anderen mit sehr unterschiedlichen politischen Profilen ergangen. Bei der Frage, warum das grüne politische Projekt in der ursprünglichen Form nicht realisiert wurde, nicht realisiert werden konnte, geht es nicht um Schuldzuweisungen, sondern um die sachlichen Gründe. Und die sehe ich wie folgt:

Politische Vorstellungen - wie Vorstellungen von der Welt im allgemeinen - können von ihren Trägern nicht beliebig ausgetauscht werden, schon lange nicht durch Mehrheitsbeschlüsse in politischen Versammlungen. Zielgerichtetes politisches Handeln erfordern ein Mindestmaß an gefühlter Wahrheit der Überzeugung, der Leitidee, die dem Handeln zugrunde liegt. Wahrheiten haben den Drang nach Weltgeltung. Jeder, der eine Wahrheit in sich trägt, wird somit ein Ideen Imperialist (und trägt verwandtschaftliche Züge mit den us-amerikanischen Politikern). Solange wir unsere eigene Wahrheit offen und öffentlichkeitswirksam aussprechen können, können wir tolerant gegenüber anderen Wahrheiten sein - die jeweils ein Fragezeichen hinter unserer Wahrheit sind -. Die Grünen sind in einer Situation entstanden, in dem die Träger von Wahrheiten sich mit ihrer Botschaft unterdrückt fühlten. Konkurrierende Wahrheiten mußten sich also

unter der Fahne einer höheren gemeinsamen Wahrheit versammeln, um sich Gehör zu verschaffen. Das wurde auch geschafft. Damit war aber das Konkurrenzverhältnis untereinander aber noch nicht gelöst. Ein Lösungsansatz wurde entwickelt (Programmabteilungen A und B), aber anschließend torpediert. Was dann bei den Grünen unter den wieder unklaren Begriffen Realos und Fundis - die wieder viele Mitglieder mittendurch teilen - einsetzte, war die Sozialdemokratisierung der Grünen. Inhaltlich lag Otto Schily gar nicht daneben, wenn er die Fusion von Bündnisgrünen und der SPD vorschlug. Nur aus der Nähe betrachtet zeigen sich Differenzen. Machtstrategische und wettbewerbpolitische Belange hat Schily dabei aber übersehen.

Ende Auszug vom Text „Die Grünen: Vom Hoffnungsträger zum Totengräber?“

Nun ist noch ein Textbaustein aus einem anderen Text übrig geblieben, der passt als Ergänzung zum Text der Ökolibertären hier gut hin. Er ist aus meinem Text:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/141.0.Fluechtlinge.Frieden.Verfassung.pdf> vom Oktober 2015

24.5.2 Nun habe ich auch den Eindruck gewonnen, daß viele Befürworter einer multikulturellen Gesellschaft auch gar nicht eine Gesellschaft mit unterschiedlichen Kulturen wollen, sondern eine Mischmaschgesellschaft (in der über einen längeren Zeitraum sich jeder - auch der Einheimische - fremd fühlt). Ein Beispiel dafür, daß es gar nicht einfach ist, Menschen mit unterschiedlichen Einstellungen und Einsichten zu vereinen, sind die Grünen. Im Gründungszeitraum bestand aus verschiedenen Gründen die Notwendigkeit, die Parole „Vielfalt in der Einheit“ auszugeben. Was ist geschehen? Gerade die Parteifreunde mit einem politisch linken Selbstverständnis haben eine Gruppierung nach der anderen herausgegruhlt, dann haben sie sich gegenseitig bekriegt. Diejenigen, die noch übrig geblieben sind, nennen sich noch grün, sind aber nicht mehr grün, haben eine undefinierbare Farbe. Das wird von Jungwählern offensichtlich auch so gesehen. Wenn aber schon etwas in einem Teil einer Gesellschaft nicht funktioniert, wie sie eine Partei darstellt, wie soll es dann in einer noch komplexeren Gesamtgesellschaft funktionieren?

00000

Über meinen biographisch-politischen Standpunkt als Grundlage
der Bewertungen und Überlegungen zu den Themen Flüchtlinge und Frieden

Von Tristan Abromeit

September 2015 / Text 141.1

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/141.1.Friedenspolitik.biographischer.Standort.pdf>

00000

Hier ein Hinweis zu einer Radiosendung zu Silvio Gesell:

<https://www.swr.de/swr2/wissen/Johann-Silvio-Gesell-Vordenker-einer-gerechten-Gesellschaft-Wirtschaftsphilosophie.swr2-wissen-2020-03-06-100.html>

> Johann Silvio Gesell – Vordenker einer gerechten Gesellschaft <
(28 Minuten, von Natalie Kreis), SWR2 Wissen

000000

Anmerkungen zum Schluss

a) Ich habe im vorliegenden Text aus Karl Walkers kleinem Buch „Demokratie und Menschenrechte“ von 1947 zitiert. Vor hatte ich auch, die 103 Seiten einzuscannen und dem vorliegenden Text als gesonderte Datei beizufügen. Gerade weil Walker die Schwierigkeiten mit den Parteien in der Weimarer Republik und den Nationalsozialismus selbst erlebt hat, sind seine Aussagen auch ein Maßstab für das, was danach folgte. Mir wird das jetzt zu viel. Vielleicht hole ich es später nach. Walker wollte mit mir an meinem Wohnort noch eine kleine Forschungsstelle eröffnen. Daraus wurde nicht, weil er starb. Der folgende Link führt zu mehr Auskünften über ihn: https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Walker

b) Ich habe im foliegenden Text geschrieben, dass ich überlege einen Aufsatz von Prof. Dr. Ludwig Freund mit dem Titel „Menschenwürde und Politik“ einzuscannen und in eine weitere Datei beizufügen. Das ist mir im Moment auch zu viel, auch weil ich den Text noch gründlich lesen und evtl. kommentieren möchte. Der Text ist die „Weihnachtsgabe 1969 der Deutschland-Stiftung e.V. ...“ Wie ich zu den Text gekommen bin, habe ich in der Fußnote 14 auf der Seite 30 beschrieben. Einen Wikipedia-Eintrag habe ich nicht gefunden. Auf dem Umschlag seines Buches *Deutschland im Brennpunkt, 1968*, ist ein Bild und eine biografische Auskunft von ihm zu finden.

c) Ich bin ja noch in einer Zeit aufgewachsen, als Fehler in der Rechtschreibung und Grammatik als Zeichen von „Schwachsinn“ galten. Ich habe mich zwar bemüht, solche Fehler auch mit einem Korrekturprogramm zu vermeiden, dass dürfte aber nicht vollständig gelungen sein. Eine Korrekturhilfe mit einem eigenen Kopf zu organisieren, ist mir im Moment zu nervig. Außerdem geben evtl. Schreibfehler jenen Lesern, denen meine Ausführungen gegen den Strich gehen, die Möglichkeit sich abzureagieren, indem sie mich in eine entsprechende Schublade stecken können.

Überlick über Ziele und Einsatz für ...

Auf der nächsten Seite habe ich Links zu Texte von mir zusammengestellt, die ein Überblick über die Ziele meines Einsatzes für die Demokratie, den Frieden, die Freiheit und Gerechtigkeit ermöglichen. Es sind jeweils nur die Hauptdateien benannt.

Zum Text 2.O, dem zuerst benannten Text „**Der Dritte Weg / Die natürliche Wirtschaftsordnung** / Erstellt zum Programmkongress der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken“ schrieb mir Dr. Ernst Winkler, Mitgründer der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* am 11. April 1980:

... für Ihr Typoskript „Der Dritte Weg (NWO)“ bin ich sehr dankbar. Zu diesem Entwurf darf ich Ihnen meinen Glückwunsch und meine Hochachtung aussprechen. Sie haben nicht nur die Freiwirtschaftslehre in korrekter und gut verständlicher Weise dargestellt, sondern darüber hinaus ganz im Geiste der Freiwirtschaft eine Erweiterung zu einem, für heute erforderlichen Programm geschaffen. ...

→→→

- Text 2.0 **Der Dritte Weg** (75 Seiten, 406 KB)
Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)
- Ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung
- Erstellt zum Programmkongress der GRÜNEN im *März 1980* in Saarbrücken
- Text 5.0 **Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik** (44 Seiten, 248 KB)
Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank
- Ein Brief an den Zentralbankrat - *Oktober 1989*
- Text 6.1 **Darauf kommt es an!** (108 Seiten, 610 KB)
Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR
gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung
für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus *Dezember 1989 / Januar 1990*
- Text 10.0 **Verfassungsbeschwerde**
über die Entmündigung bei der Formulierung und Verabschiedung der fälligen neuen Verfassung und Antrag auf einstweilige Anordnung der Unterlassung der Ratifizierung der Maastrichter Verträge zur europäischen Währungsunion durch den Deutschen Bundestag
Oktober 1992 (40 Seiten / 2147 KB)
- Text 11.0 **Gebt die Rolle der Verfassungspiraten auf!**
Eine Mahnung und Warnung bzw. eine Anklage als Offener Brief an die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages, des Bundesrates und des Bundestages - *April / Mai 1993*
- Text 18.0 **Agenda Niedersachsen 2001 - 1. Teil - Inhaltsübersicht**
Der Ministerpräsident - Schuldenverwalter oder ein Gesellschaftsgestalter?
Offener Brief vom *Oktober 1999* für den Ex-Kommilitonen Herrn Gerhard Glogowski (Niedersächsischer Ministerpräsident) (7 Seiten, 143 KB)
- Text 19.0 **Agenda Niedersachsen 2001 - zweiter Teil -** (10 Seiten, 166 KB)
Offener Brief vom *1. Mai 2001* an die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages
Inhaltsübersicht vom Hauptteil und den Dokumentationen 1-15
- Text 22.1 **Das Boden(un)recht I** - Hauptteil
Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit
Eine Sammlung fremder und eigener Texte - *Oktober 2000*
- Text 164 **Das Grundgesetz wurde vor 70 Jahren verabschiedet. Haben wir Gründe zum Jubeln oder Trauern?**
Anmerkungen zu dem Kommentar „Unser Grundgesetz / 70 Jahre grandios erfolgreich und trotzdem unvollendet“
von Professor Dr. Hermann Heußner,
veröffentlicht im **mdmagazin** – Zeitschrift für direkte Demokratie 1 Ausgabe 2.2019
von Tristan Abromeit / Zum Tag der Deutschen Einheit / 3. Oktober 2019
(115 Seiten / 884 KB)
- Text 164.2 **Zwischenbemerkungen**
Die Ausgangslage / Invictus – Unbezungen - der Freiheitskämpfer Nelson Mandela /
Der Gipfel der G-7-Staaten / Zu den eigenen Bemühungen um Klärung /
Zu Friedrich Müller-Reißmann / Links-Rechts-Schema u. a. / Über eine Aussage zu Israel und Palästina des Bischofs Hans-Jürgen Abromeit / Die Kreuzkirche in Dresden
von Tristan Abromeit / August 2019 (35 Seiten / 551 KB)